

Institut für
Ökologie



Herrschaft

6 €

- ✓ Geschichte: Vom Hauptwiderspruch über „triple oppression“ zu Diskursen und Aliens
- ✓ Freie Kooperationen und Freie Vereinbarungen
- ✓ Kritik von Staat, Markt und Demokratie
- ✓ Texte von Christoph Spehr, Gruppe Gegenbilder usw.

Herrschaftskritik konkret

Zusammengestellt von: Jörg Bergstedt

■ www.projektwerkstatt.de/herrschaft ■

Rätsel zu NGOs und „linker“ Politik!

Wer hat was gesagt???

In einem in obigem Sinne reformierten System, das die richtigen Marktanreize setzt, könnten die dem Kapitalismus innewohnenden innovativen Kräfte positiv genutzt werden.

- ADAC** **Thilo Bode, Ex-Greenpeace-, jetzt FoodWatch-Chef** **Angela Merkel, CDU**

I was mistaken when I criticized the American bombings of Afghanistan. (...) This was worth doing in order to get rid of the Taliban... I wish to thank George Bush. He has shown that it was possible to reach the terrorists and their supplies.

- Toni Blair, Premierminister** **Susan George, Attac-Vize France** **Wladimir Putin, Premierminister**

Prominente Akteure könnten helfen, und sie werden es tun, in dem Maße, in dem die Bewegung es schafft, sich die Steineschmeißer vom Hals zu schaffen.

- Bild-Zeitung** **Verfassungsschutzbericht** **Attac-Buch**

Den Kapitalismus pauschal zu verteufeln, ist fraglos Unsinn.

- Natur&Kosmos** **Capital** **FDP-Parteiprogramm**

Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand.

- Papst Johannes Paul II** **Mike Moorer, WTO-Chef** **Michael Miersch, HR-Umweltredaktion**

Ich habe den Glauben an diesen Staat verloren. Vieles ist hier zusammengekommen, es war nur ein Auslöser:

Wir sollten uns fragen, ob ein bißchen Vögel zählen, gegen AKWs demonstrieren und mit Politikern diskutieren überhaupt etwas bringt.

Müssen wir uns nicht fragen, wieviel von unseren Zielen in diesem Staat überhaupt umsetzbar sind?

Traum von einer neuen Bewegung: Seit Entstehen der Öko-Bewegung Ende der 70er Jahre, als es noch „grüne Spinner“ waren, die Papier sammelten, hat sich viel verändert. Umweltschutz ist nichts Neues mehr. Heute hat die Gesellschaft die Bewegung weitgehend integriert. KompromißlerInnen sind halbwegs befriedigt oder kanalisiert in Naturschutzbund, BUND, GREENPEACE, ... keine Spur mehr von Systemkritik. Die Verbände ... erfüllen brav die ihnen von der Demokratie zugewiesene Aufgabe als Mahner, um dann hier und da kleine Veränderungen zu bewirken. ... Wir brauchen neue „grüne Spinner“, die diesem Wahnsinn wirkliche, konsequente Alternativen entgegensetzen.

Wir gehen nämlich davon aus, daß Kapitalismus und Ökologie nicht miteinander vereinbar sind ... Ökologischer Umbruch unserer Gesellschaft auch immer den Abbau von Macht- und Herrschaftsstrukturen einschließen muß.

- Che Guevara** **Sven Giegold, 1990-92** **Robert Jungk**

Im ersten Semester Politik habe ich begriffen, dass Anarchismus Unsinn ist und ... dass Selbstverwaltung eine gute Idee für Leute ist, die so leben wollen – aber keine Vision für die ganze Gesellschaft.

Ich habe immer Rot-Grün gewählt: Erststimme SPD, Zweitstimme Grüne. Ganz pragmatisch. ...

Ich bin auch gegen bedingungslose Schuldenstreichung. ...

Kapitalismus ist immer verschieden – der amerikanische unterscheidet sich stark vom schwedischen oder dänischen, wie ich ihn vorziehe.

- Bernd Pischetsrieder, Ex-BMW, jetzt VW-Chef** **Sven Giegold, Attac-Ko-Kreis** **Wolfgang Clement**

Was vor allem erreicht werden muß, sind Gesetze, die die Menschen zwingen, „moralisch“ zu handeln.

- Herbert Gruhl, Ökofaschist** **Helmut F. Kaplan, Tierrechts-Guru** **Hartmut Heller, Pol-Pot-Anarchist**

Eine demokratische Verfassungsordnung kann nur dann bestimmende Kraft entfalten, wenn sie vom demokratischen Souverän, dem Volk, auch verteidigt wird ...

- Bl Lüchow-Dannenberg** **Skinheads Sächsische Schweiz** **PLO**

Regierungsfähigkeit ist die wesentliche Herausforderung, der wir uns gegenübersehen. Wo auch immer wir hinsehen, finden wir politische Strukturen mit unzureichender Leistung.

- SPD-Presseinfo** **Club of Rome** **Verband Chem. Industrie**

Die spekulativen Blasen an den Finanzmärkten profitieren zwar von Produktivitätszuwachsen, die Gewinne daraus werden aber nicht an die Arbeitnehmer weitergegeben.

- NPD-Parteiprogramm** **Attac-Manifest 2002** **CGW (Freiwirtschaftler)**

Wir sind für den Wettbewerb der Eigentumsformen, um die Form zu finden, die am meisten nachhaltige Effizienz zeitigt ...

Kapitalistisch ist die Gesellschaft nicht, weil sie durch die Existenz des Marktes geprägt ist. Wir haben uns in diesem Programm davon verabschiedet, dass es der Maßstab sein sollte, etwa den Markt zu überwinden. ... Ich gebe zu, wir haben die verschiedenen Typen des Kapitalismus nicht ausdrücklich unterschieden, obwohl ich glaube, dass unverkennbar ist, dass wir den rheinischen Kapitalismus präferieren, ihn allerdings verändern und über ihn hinaus wollen.

- PDS** **Bundesverband Deutscher Industrie** **FDP**

Alle Zitate von den Zitatesammlungen der www.projektwerkstatt.de. Genaue Quellenangaben dort sowie im neuen Buch „Nachhaltig, modern, staatsreu?“ aus der Projektwerkstatt (www.projektwerkstatt.de/materialien).

Kein Preis! Kein Wert!



Inhalt und Quellen

Der Staat wird zum Retter und Regulator

55 - 59

Kritik an der Staatsorientierung von NGOs und politischen Gruppen

Autor: Jörg Bergstedt

Quelle: Auszug aus dem Entwurf für ein Kapitel im Buch „Nachhaltig, modern, staatstreu?“ (IKO-Verlag)

Utopien

60 - 65

Auszüge aus dem Schwerpunktheft „Utopien“ der Ö-Punkte
Quelle: Ö-Punkte Herbst 2001

Macht, was Ihr wollt!

Autorin: Annette Schlemm (Zukunftswerkstatt Jena)

Konkrete Utopien vorgestellt

AutorInnen: Annette Schlemm, Oliver Uschmann

Umriss einer konkreten Utopie

Autorin: Annette Schlemm

Kritik an Demokratie und Wahlen

66 - 69

Demokratie als Herrschaft, Modernisierung, Wahlen

Quelle: Anti-Wahl-Zeitung „Macht nix!“

Direkte Aktion gegen Herrschaft

70 - 71

Ziele, Methoden, Vermittlung

Quelle: Ö-Punkte Herbst 2001

fragend voran
Heft zu Widerstand & Vision

Heft zu Widerstand & Vision
Es gibt etwas Neues: Eine regelmäßige Reihe von Themenheften als Verbindung von Widerstand und Vision, von Aktion und Utopie:

- Visionäre Entwürfe für eine andere Gesellschaft
- pragmatische Vorschläge für emanzipatorische Veränderungen
- praktische Tipps, konkrete Projekte, kreative Ideen für Aktionen.

Jahresabo 20 Euro, bei Sammelabo je weiterem Exemplar 5 Euro.

Null-Nr. 2005: Herrschaftsfrei wirtschaften ... 4 €
Herrschaftsfrei wirtschaften ++ Technikentwicklung ++ Umsonstökonomie ++ Arbeit? ++ Aktionstipps und Projektideen.

www.fragend-voran.de-vu

Neu!!!

fragend voran
Heft zu Widerstand & Vision

Herrschaftsfrei Wirtschaften
Aktionen und Alternativen
Eine Ökonomie ohne Herrschaft

Internetseite gegen Herrschaft und für Utopien
www.herrschaftsfrei.de-vu

Inhalt und Quellen

Inhalt und Quellen

Herrschaftskritik im Überblick	5 - 7
Grundsatzaufsatz zur Geschichte der Herrschaftsanalyse Autor: Jörg Bergstedt Quelle: Anti-Wahl-Zeitung „Macht nix!“	
Freie Kooperationen	8 - 15
Herrschaftsanalyse und Bedingungen freier, d.h. nicht erzwungener Kooperation Autor: Christoph Spehr Quelle: Christoph Spehrs Arbeit „Gleicher als andere“	
Gesamtgesellschaftliche Kooperation	16 - 19
Kritik an Unvollständigkeit der Spehr'schen Thesen Autor: Stefan Meretz (Oekonux, OpenTheory) Quelle: www.opentheory.org/dschungel	
Kritik am Konzept der Freien Kooperationen	20 - 27
Grundlegende Kritik und Entgegnungen Autoren: Ralf Krämer (Radikaldemokrat, PDS) Entgegnungen von Jörg Bergstedt (Gruppe Gegenbilder) Quelle: Mailingliste von Hoppetosse	
Herrschaft ausmachen!	28 - 31
Grundlegende Analyse von Herrschaft AutorInnen: Schöner leben, Göttingen Quelle: Schöner Leben Rundbrief Nr. 4 (Febr. 2002)	
Freie Menschen in Freien Vereinbarungen	32 - 48
Herrschaftsanalyse, Bedingungen herrschaftsfreier Gesellschaft AutorInnen: Gruppe Gegenbilder	
Interview mit der Gruppe Gegenbilder Quelle: Auszugsweise veröffentlicht in der Contraste März 2001	
Kurzfassung des Konzepts „Freie Menschen in ...“ Quelle: Contraste Dezember 2000	
Debatte um „Freie Menschen in ...“ Quelle: Mailingliste von Hoppetosse	
Zwölf Thesen über Anti-Macht	49 - 51
Zur Strategie der Gegenmacht von unten Autor: John Holloway Quelle: www.buko.info	
Fünf Thesen zur Gesellschaftskritik und Utopie	52 - 54
Autor: Lothar Galow-Bergemann (autofrei leben e.V.) Quelle: Vortrag auf einem Attac-Seminar in Stuttgart	



Herrschaftskritik im Überblick:

es geht um mehr als die frage, wer regiert ...

Für viele Menschen ist es heute noch recht einfach und früher war das Stand aller „Linken“: Die PolitikerInnen und die Firmenchefs, also „die da oben“, sind alle böse, von Kapitalinteressen durchdrungen oder den Reizen der Macht erlegen. Darum läuft alles so scheiße, werden Kriege geführt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, geht die Umwelt vor die Hunde. Und darum ist die Lösung auch, die Mächtigen auszutauschen, damit die „Richtigen“ das Richtige machen. So werden neue Parteien gegründet oder Menschen versuchen es selbst, per Gang durch die Institutionen. Wer das nicht als erfolgreich ansieht, greift zum Mittel der Kontrolle, baut öffentlichen Druck auf und fordert mehr Regeln für die Mächtigen oder einfach alle. So werden neue Gesetze und Steuern gefordert, Appelle geschrieben, Petitionen eingereicht, Zeitungen gedruckt, Transparente geschwungen oder Parolen gerufen.

Doch all das hat einen entscheidenden Haken – es greift Herrschaft nicht an, sondern versucht sie, für eigene Ziele einzusetzen. Dahinter steht das Fehlen einer Analyse von Herrschaft. Macht wird neutral gesehen, Menschen in ausführenden Positionen nicht als Rädchen in einem System, sondern als frei Handelnde begriffen. Immer wieder gehen politische Vorschläge sogar über den bisherigen Herrschaftsrahmen hinaus: Für die Tobin Tax oder die Ökosteuer müssen neue Institutionen und Kontrollen geschaffen werden. Nazis sollen in den Knast, Vergewaltiger nie wieder rauskommen. Schutzgebiete werden international immer öfter von paramilitärischen Ökopolizeen gesichert – rein kommt nur, wer Geld hat (TouristInnen). Armeen marschieren für die Umwelt, die Menschenrechte und die Befreiung der Frau. Solche politischen Forderungen schaffen eine Einheit aus den Institutionen der Herrschaft und denen, die sie kritisieren. Bei allen Unterschieden im Detail – beide Seiten halten an der Illusion fest, dass der Staat, die Demokratie, die zentralistisch organisierte Gesellschaft zum Positiven gewendet werden können. Dabei übersehen wird:

★ Herrschaft verstärkt konkurrierendes Verhalten, weil Konkurrenz, d.h. Durchsetzungsfähigkeit, über Machtstrukturen immer gestärkt sowie der Zwang zum kooperativen Verhältnis mit anderen Menschen überwunden werden können. So können Metropolen der Peripherie die Energiegewinnungsanlagen, Rohstoffgewinnung und Mülldeponien aufzwingen – um nur ein Beispiel zu nennen.

★ Herrschaft ist deutlich mehr als die Institutionen der Herrschaft, vielmehr sind Denkkategorien, biologistische Schubladen, Standardisierungen usw. Formen der Herrschaft, die viel stärker den Alltag der Menschen berühren, bis in die entlegensten Winkel des Lebensalltags vordringen und so Denken und Handeln kontinuierlich beeinflussen. Herrschaftsfreie Räume sind so gar nicht mehr herstellbar – wohl aber Räume, in denen Herrschaft ausgemacht (erkannt, offengelegt) und ausgemacht (abgebaut, überwunden) wird!

Die Kritik an Herrschaftsverhältnissen hat eine lange Geschichte. Viele ältere Theorien werden noch heute hochgehalten, neuen Ansätzen gegenübergestellt – oftmals feindselig, was gemeinsame Debatten und Praxis verhindert. Der folgende Text soll keine umfassende Herrschaftskritik aufstellen, sondern eine vereinfachte geschichtliche Entwicklung sowie die aktuellen Debatten und Texte um Herrschaftskritik zeigen. Bei vielen kurzen Einführungen sind Links auf weitergehende Texte zu finden. Das Nachforschen lohnt!

Personale Verhältnisse werden zu Marktbeziehungen ...

Der Blick zurück in die Tiefen von Fürstentümern, Monarchien bis religiösen Regimes zeigen statt ökonomischen vor allem personale Herrschaftsbeziehungen. Die Mächtigen, ihre Clans und Dynastien unterwarfen die Menschen in ihren Ländern mit plumper Gewalt, trieben Steuern ein und sicherten ein Regime, in dem viele Menschen zum Eigentum wurden der Sklavenhalter, Lehnsherren, Fürsten und Militärbefehlshaber. Mit der Industrialisierung des 18. Jahrhunderts, für Teile der Bevölkerung schon vorher in den bürgerlichen Handelsstädten, begann die Veränderung hin zu marktförmigen Herrschaftsbeziehungen. Diese hätten sich niemals durchgesetzt ohne die personalen Bedingungen, die den Menschen immer mehr den Zugriff auf selbstbestimmtes Leben nahmen. Eigentum wurde akkumuliert, d.h. immer weniger Einheiten (Menschen, Betriebe, Staat) hatten immer mehr Zugriff auf Land, Rohstoffe und Maschinen. Den vielen Menschen wurde die Möglichkeit zum selbständigen Leben genommen mit der Folge, dass sie das Angebot der Massen-Arbeitsplätze und fremdbestimmter Tätigkeit annehmen mussten. Marktförmige Herrschaft funktioniert über die personal hergestellte Alternativlosigkeit zum Markt. Die personale Herrschaft blieb, übte oft sogar direkten Zwang zur Aufnahme von Arbeit aus. Sie organisierte sich mit dem Aufkommen des Kapitalismus mehr und mehr als moderner Nationalstaat in demokratischer Verfassung dar.

Kritik am Kapitalverhältnis

Mit dem Zwang zur massenhaften Ver-Arbeitung vieler Menschen endeten zwar personale Machtverhältnisse nicht – zum einen wurde der Zwang zur Unterwerfung unter Arbeitsverhältnisse ja personal durchgesetzt (siehe oben), zum anderen bestand er weiter im Verhältnis von Obrigkeit zu Mensch (Justiz, Polizei, Ämter ...), innerhalb vieler Gruppen sowie in der Organisation von Alltagsverhältnissen z.B. vom erwerbstätigen Mann zum abhängigen Rest der Familie, von Erwachsenen zu Kindern sowie in rassistischer und Behinderten-Diskriminierung. Dennoch wurde das Lohnabhängigkeitsverhältnis als zentral gesehen, weil es deutlich mehr als die anderen auch öffentlich sichtbar gemacht und diskutiert wurde. Arbeitskämpfe erzeugten weit mehr Aufmerksamkeit als die Kämpfe um Rechte oder gar Befreiung von Frauen, Nichtangehörigen des jeweiligen Staates oder sog. Minderjährigen. Daraus entwickelte sich eine einseitige Wahrnehmung von Herrschaftsverhältnissen. Der Kapitalismus bzw. noch enger das Kapitalverhältnis, also die Akkumulation von Kapital (Land, Rohstoffe, Maschinen, Geld) bei wenigen und ökonomische Abhängigkeit bei vielen, wurde als zentrale Unterdrückungsform beschrieben. Würde sie überwunden, entstünde umfassende menschliche Befreiung. Die wichtigsten Werke dieser Debatte finden sich bei Marx/Engels sowie in den Schriften damals lebender TheoretikerInnen des Anarchismus – wobei die AnhängerInnen von Marx mehr der Idee anhängen, den Staat zu funktionalisieren, während AnarchistInnen meist die Zerschlagung desselben anstreben.

Kapitalismus als Hauptwiderspruch ist bis heute in marxistischen Kreisen gut verbreitet (siehe aktuelle Texte z.B. von Jürgen Elsässer in Konkret oder aus kommunistischen Parteien). Und er lebt neu auf in den staatsstreuenden Massenorganisationen der Neuzeit von Attac über marxistische, z.B. trotzkistische Gruppen, die mit der Reduzierung an ökonomischen Details zwar nicht einmal mehr den Kapitalismus kritisieren, aber das Leben auf die Kapitalverhältnisse reduzieren.



Kein Wunder, daß die meisten MarxistInnen Attac lieben ... sie halten sich halt beide am Emblem von Attac auf: Politik – jetzt noch mehr reduziert!

Haupt-Widerspruch in Mode

Die Idee des Hauptwiderspruchs Kapitalismus war auffällig verkürzt. Ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse in Massen gab es erst seit wenigen Jahrzehnten – Herrschaft und Unterdrückung war jedoch viel älter, Umweltzerstörung auch. Die Mobilisierung von Arbeitskraft in Massen brachte zwar einen erheblichen „Fortschritt“ gerichteter (also nicht individueller bis selbstbestimmter) Produktivkraft, jedoch hat der Kapitalismus Herrschaft nicht erfunden, sondern gewandelt bzw. erweitert. Das wiederum klagten zurecht andere Zusammenhänge ein. Es dauerte aber lange, bis sie auch massenwirksam wurden – z.B. die Frauenbewegung im Zuge der zunächst vollständig, dann weiter überwiegend männerdominierten und hauptwiderspruchsorientierten 68er-Bewegung. Antirassistische Projekte entstanden auf breiter Ebene noch später. Aufgrund ebenso verkürzter Analyse sowie des Gegensatzes zur Hauptrichtung politischer Arbeit, die im Kapitalismus den Hauptfeind sah, wurden in den neueren Zusammenhängen jeweils andere Themen zum Hauptwiderspruch. Nun war plötzlich das Patriarchat die Ausgangsform aller Herrschaft usw. – folglich mußte die Herrschaft der Männer als erstes abgebaut werden. Egal wie: Mit härteren Strafen, mehr Staat oder Armeen. Gegen den Rassismus war auch jedes Mittel recht – mehr Polizei, Knast usw. Letztlich war es immer der Staat und dessen personalen Herrschaftslogiken, die als große Hoffnung am Himmel linker (Nicht-)Visionen zu sehen waren ... als wäre das alles nicht schon mal dagewesen sowie ständig auch weiter gültig als Teil von Herrschaft.

Vorläufige Einigung: „triple oppression“

Zwischen den AnhängerInnen der verschiedenen Richtungen tobte der Streit – bis ein Teil eine vorläufige Einigung fand. Die drei Hauptwidersprüche, die bis zu diesem Zeitpunkt „erfunden“ waren, wurden einfach alle drei als gültig anerkannt. Sie bestanden so nebeneinander her und wer von zwei oder gar drei dieser betroffen war (arme, dunkelhäutige Frau) hatte es am schlechtesten. Das war einfach. Die psychiatrisierten Menschen, Kinder und Jugendliche und andere Unterdrückungsverhältnisse blieben außen vor – für sie gab es in der „Linken“ keine Lobby, z.T. nicht einmal ein Fremdwort!

Insofern war die „triple oppression“ eher ein Bündnis als eine Herrschaftsanalyse. Typisch dafür waren die Organisierungsversuche Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, z.B. das als Abspaltung aus der ÖkoLi-Gründung entstandene Bundestreffen von Basisgruppen und Einzelpersonen.

Neue Kritik und „unity of oppression“

Die Kritik an der plumpen Summierung kam dann aus unvorhergesehener Ecke. Viele TierrechtlerInnen machten sich über die verkürzte Herrschaftstheorie her, übersahen weiter Kinder, Psychiatrisierte usw. und entdeckten die Tiere als unterdrückte Gruppe. Speziesismus nannte sie ihre Theorie der Unterdrückung von nichtmenschlichen Arten, „unity of oppression“ die neue wirre Analyse von Herrschaftsverhältnissen. Die Kritik an der Ausbeutung von Tieren ist wichtig und in jedem Fall zulässig als gesellschaftlicher Kampf, die Herrschaftsmechanismen jedoch sind grundsätzlich nicht vergleichbar – schließlich geht es bei der Unterdrückung von Menschen um eine Zurichtung auf Rollen innerhalb der Gesellschaft, die als herrschaftsfreie Alternative aus „Freien Kooperationen“ bzw. „Freien Vereinbarungen“ der Menschen bestehen könnte. Hunde, Katzen, Kühe und Nashornkäfer werden dagegen niemals an dieser Debatte teilnehmen. Daher ist die Herrschaft über Tiere zwar da, aber eine grundsätzlich andere – eine „unity of oppression“ vermenschlichte somit die Tiere (oder machte Menschen zu Tieren). Biologismus war in Tierrechtskreisen lange Zeit sehr prägend und wird auch heute noch von wichtigen TheoretikerInnen vertreten (z.B. im

deutschsprachigen Raum von Helmut F. Kaplan in verschiedenen Büchern und der „Tierbefreiung aktuell“).

Und ganz brandheiß: Der vierte Haupt-Widerspruch

Während zunehmend grundlegendere Herrschaftsanalysen erschienen, erfand eine recht neu entstandene Gruppe einen neuen Hauptwiderspruch, der als Unterdrückungsform bekannt und sich als besonderer Schrecken durch die Geschichte zog: Antisemitismus. Hauptwiderspruch war der noch nie und es bedurfte auch etlicher Verrenkungen, bis die nach dem 11. September 2001 schlagartig wachsende Gruppe frustrierter Alt-Antifas und Umfeld eine Theorie entwickelte, die sogar ausreichte, um weltweit Kriege, Vertreibung, Grenzabschottungen usw. zu begründen. Alles wurde plötzlich auf den Judentum reduziert, der von den Antideutschen in allem gefunden wurde, was sich regte. Wer Fensterscheiben von Banken klirren ließ oder vegan leben wollte – alles waren Antisemiten, weil ihre Angriffsziele Symbole des Judentums waren, direkt oder indirekt. Und Deutschland war die schlimmste Nation (was aus anderen Gründen durchaus zutreffen mag), weil es den AmerikanerInnen (gemeint war die US-Regierung, aber Differenzierung paßt nicht zur Hauptwiderspruchslogik) nicht komplett loyal zur Seite steht und darauf spekuliert, zusammen mit den arabischen Ländern die Weltherrschaft zu erobern, die USA zurückzudrängen und Israel zu vernichten (Belege für diese Thesen fehlen erwartungsgemäß immer, umso militaristischer ist der Tonfall).

Daß Antisemitismus dauerhaft und überall vorkommt, ist unbestritten, aber als alleiniger Erklärungsansatz für Herrschaftsverhältnisse taugt er nicht.

Das klappt alles nicht: Diskursive Herrschaft

Alle Hauptwiderspruchsanalysen einschließlich derer, die mehrere summarisch verknüpften, hingen stark an institutionalisierter Herrschaft bzw. an festen normativen Prägungen in den Köpfen. Viele überwandten die Trennung in HerrscherInnen und Beherrschte – durchaus ein wichtiger Schritt. „Hitlers willige Vollstrecker“ oder die patriarchalen Verhältnisse in allen Winkeln der Gesellschaft sind Beispiele. Herrschaft wird zwar auch (und oft besonders massenwirksam) von institutionalisierter Macht hergestellt (Bildungseinrichtungen, Justiz, Armeen, Behörden, Polizei usw.), aber sie lebt auch ohne diese fort. Moderne Herrschaftssysteme, allen voran die „Demokratie“ leben sehr stark von dieser diskursiven Herrschaft, welche die institutionalisierte Form nur noch als Drohung und Potential im Hintergrund braucht. Dass Menschen glauben, arbeiten gehen zu müssen und sich darauf ächzend Jahrzehnte vorbereiten, bedarf kaum noch direkter Sanktionen. Die Diskriminierungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern und Nationalitäten, zwischen Menschen verschiedenen Alters oder mit sog. Behinderungen – all das bedarf im Alltag keinem Herrschaftsdurchgriff mehr. Schon überhaupt die Annahme, dass es Geschlechter, Rassen, Nationen, Normal und Unnormal gibt, ist diskursive Herrschaft, schafft Kategorien, die in den Köpfen weiterleben und von Mensch zu Mensch weitergeben werden. Das Leben wird durch und durch normiert, standardisiert und eine direkte Kontrolle dann immer öfter überflüssig.

Die Debatte um diskursive Herrschaft verläßt aber teilweise selbst den Bezug zu spürbaren Herrschaftsverhältnissen. Alles wird relativiert, Herrschaft selbst sei nur konstruiert, direkte Gewalt nicht mehr relevant. Wenn diskursive Herrschaft wie Sprache oder Wahrnehmung verändert würde, entstünde bereits Befreiung? Die Esoterik läßt grüßen ...

Aktuelle Herrschaftstheorien I: Aliens ...

Wie kann mensch diese diskursive Herrschaft begreifen, anschaulich machen? Christoph Spehr hat einen einzigartigen Versuch gemacht mit dem Buch „Die Aliens sind unter uns“.

Rund um das Buch lief und läuft eine Debatte um Utopien, u.a. mit den Kongressen „Out of this world“, angereichert immer wieder mit

Bildern aus Science Fiction – so wie sich der Kreis der Diskutierenden „FreundInnen des Maquis“ nennt (Maquis, franz. der Busch, ist nicht nur ein Begriff aus dem französischen Widerstand, sondern auch die anarchistische „Zone“ in Star Trek). Doch die Aliens sind schlau – sie verliehen in Form von PDS-FunktionärInnen Spehr den Rosa-Luxemburg-Preis für seine Arbeit „Gleicher als andere“, das zweite wichtige Werk dieser Debatte. Seitdem vermehren sie sich. Der Kongreß „Out of this world“ wurde zunächst unterstützt von der PDS-Stiftung, später war er eine Veranstaltung der PDS-Stiftung, während Spehr und Umfeld selbst zu FunktionärInnen im Bremer Landesverband wurden. Auch der Siedler-Verlag ist nicht ohne – Kontakte zu rechten Kreisen sind unübersehbar. Das Ganze ist noch offen, aber die Aliens haben den Fuß in der Tür.

Wichtig ist die Spehr'sche Idee der Freien Kooperation, dem wichtigsten Baustein einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Herrschaftsfreie Beziehungen zwischen Menschen können nur entstehen, wenn der Preis der Menschen, diese einzugehen oder wieder zu verlassen, gleich hoch ist. Gleichberechtigung bedarf also gleicher Möglichkeiten – ein wichtiger Beitrag zur Debatte über Utopien und ihre Bausteine, die bereits heute Schritte ermöglichen.

Theorie II: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Im Jahr 1999, mitten im Gewühl um den Widerstand gegen die geplante Zukunftsschau Expo 2000 (die dann doch als billige Unterhaltungsschau endete, was auch dem Widerstand die Flügel nahm), fand sich die Gruppe Gegenbilder zusammen – drei Menschen aus marxistischem und anarchistischem Umfeld. Ihr Ziel: Ein Buch mit Herrschaftskritik und Entwürfen für herrschaftsfreie Formen von Gesellschaft. Dort wird Herrschaft als komplexes Gebilde beschrieben mit verschiedenen Teilen – direkten, ökonomischen und diskursiven Formen. Die Debatte darüber läuft weiter, und Ende November 2002 soll die zweite heiße Phase beginnen.

Grundidee einer herrschaftsfreien Zukunft ist der Begriff der Freien Menschen (die also nicht unter dem Zwang zur eigenen Verwertung, zur Unterwerfung oder Kooperation stehen – siehe auch bei C. Spehr) und Freien Vereinbarungen (also einem Geflecht von Verabredungen, die nicht institutionalisiert sind, sondern immer wieder neu geschlossen, weiterentwickelt usw. werden, allerdings nicht formal, sondern als dauernder, nicht endender Prozeß. Es gilt, was auf Akzeptanz stößt.

Theorie III: Herrschaft ausmachen und mehr ...

In der Folge der beiden beschriebenen Werke erschienen weitere Texte, die lohnenswert sind. Sie nahmen andere Blickwinkel ein, arbeiteten fehlende Aspekte auf usw., z.T. „Herrschaft ausmachen“ der Göttinger Gruppe schöner leben, die Überlegungen zu gesellschaftlich übergreifenden Vereinbarungen von Stefan Meretz oder Diskussionsbeiträge im Philosophenstübchen von Annette Schlemm. Hinzu kamen weitere Texte wie die 10 Thesen über Anti-Macht von John Holloway (alle bisherige über www.projektwerkstatt.de/herrschaft verlinkt), das Buch „Empire“ usw. ... die Debatte läuft!

Praxis: Ähm ... war da was?

Nur wenige der Herrschaftsanalysen kümmern sich um eine Praxis ausgehend im Hier und Jetzt. Darum sind viele so beliebt – sie haben nichts mit der eigenen Realität zu tun. Herrschaftsverhältnisse innerhalb politischer Bewegung, die Akzeptanz von Normen und Institutionen sowie die Abneigung gegenüber visionären Positionen (statt dessen: „Nazis raus“ oder „Mehr Kontrolle der Wirtschaft“) sind weit verbreitet. Änderungen: Fehlanzeige. Oder zumindest fast. Es sind sehr kleine Kreise, die Aktionsformen entwickeln, die sich gegen Herrschaft richten, zumindest diese immer auch mitdiskutieren oder Visionen sichtbar machen wollen.

Zeitgleich setzt sich eine breite Strömung, ja ein Wille zur Ausblendung von Herrschaftskritik durch. Mit der künstlichen Trennung von Staat und Markt, dem Ruf nach Reregulierung (die modernisierte Variante des „starken Mannes“) und mit einer Enthaltsamkeit jeglicher

Kritik an Institutionen bis zur Forderung nach neuen Machtzentren (UN, Weltpolizei, internationaler Staatsgerichtshof) rollen die Medienstars von Attac, PDS, Lafontaineisten und Anhang der Herrschaft wieder rote Teppiche aus. Und was geschieht? Sogar AnarchistInnen folgen dem Lockruf, MarxistInnen zu großen Teilen und das gesamte Spektrum an Parteien, Bürgergruppen und NGOs der „Neuen Mitte“ von konservativ bis demokratie-fanatisch sowieso ...

Anmerkungen und Quellen:

Dieser Text verkürzt die tatsächlichen Abläufe sehr stark. So werden Widersprüche und abweichende Strömungen gänzlich ausgeblendet – sie waren und sind aber immer vorhanden und meldeten Bedenken bis Protest gegen den Polit-„mainstream“ an.

Internetseite zu Herrschaft: www.projektwerkstatt.de/herrschaft

Antisemitismus in linken Gruppen: www.projektwerkstatt.de/debatte/antisemi.html, www.antisemitismusstreit.tk

Antideutsche im Internet: www.antideutsch.de, www.bahamasredaktion.de, www.copyriot.com/sinistra.

Zu Freien Kooperationen: C. Spehr, 2000: „Die Aliens sind unter uns“ (Siedler-Verlag). www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/rlspreis.pdf (Download von „Gleicher als andere“) und www.outofthisworld.de (Kongreß).

Mehr zu „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“: Gruppe Gegenbilder, 2000: „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ (für 10 Euro über die Projektwerkstatt zu beziehen). Diskussionsforen www.opentheory.org/gegenbilder (allgemein) und .../buchprojekt (zweite Phase ab Nov. 2002). Übersicht: www.projektwerkstatt.de/herrschaft.

Widerstand – International: www.agp.org (Peoples Global Action) Deutschsprachig: www.hoppetosse.net (Netzwerk für kreativen Widerstand)

kabrack!
archiv
...für das ende der gemütlichkeit

zeitungen ★ bücher ★
★ videos ★ papierkräm

kabrack! archiv und ideenarchiv für
politische bewegung projektwerkstatt,
ludwigstr. 35/47 reiskirchen-saasen,
tel: 06404 2283, <http://come.to/projektwerkstatt>

Freie Kooperationen

Download als PDF unter www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/rlspreis.pdf.

Was ist Herrschaft? Herrschaft besteht darin, über andere verfügen zu können ihre Arbeit, ihren Körper, ihre Person. Es spielt dafür keine Rolle, ob das in guter Absicht geschieht, oder unwillkürlich, ob es für die Beherrschten in dieser oder jener Hinsicht vielleicht "nützlich" ist. Es spielt keine Rolle, wer uns dazu ermächtigt hat, ob uns diese Herrschaft zugefallen ist, ob wir hart dafür gearbeitet haben oder ob wir sie einfach beansprucht haben. Es spielt auch keine Rolle, ob sie uns jemand durch demokratische Verfahren zugeteilt hat, ob sie durch Verträge zustandekommt, ob wir sie erkauft haben, ob die Beherrschten sie uns freiwillig geben. All dies sind wichtige Unterschiede, es ist nicht egal für das, was abläuft. Aber all dies ändert nichts daran, dass hier Herrschaft vorliegt.

Von den verschiedenen TheoretikerInnen der verschiedenen sozialen Bewegungen sind unterschiedliche Aspekte von Herrschaft betont worden, oder genauer gesagt, die Betrachtung von Herrschaft wird von unterschiedlichen "Urbildern" geprägt. Die marxistische Theorie geht vom Urbild des Arbeiters aus, dessen Leben darin besteht, dass er für den Mehrwert des Unternehmers verschlissen wird; die feministische Theorie geht vom Urbild der Frau aus, die unbezahlte Reproduktionsarbeit in der Familie leistet und sexueller Gewalt ausgesetzt ist; TheoretikerInnen der schwarzen Emanzipation gehen vom Urbild des Sklaven oder der Sklavin aus, die als Ding gehandelt werden, grundsätzlich völlig schutzlos sind und gewaltsam aus ihrer Welt in eine andere verfrachtet wurden. Schwul-lesbische Theorie geht aus vom Urbild des Menschen, der für seine Sexualität zum Monstrum gemacht wird, um die herrschende Form der familiären Reproduktion und der geschlechtlichen Sozialisation allgemein zu erzwingen; Theorien der anticolonialen Befreiung vom Urbild einer Gesellschaft, die von aussen überfallen und zerstört und deren eigene Entwicklung ausgeschaltet wird.

Die Aufzählung ist weder vollständig, noch die Urbilder verpflichtend. Je nach Urbild geraten die einen Aspekte und Formen von Herrschaft schärfer in den Blick und andere weniger. Je schärfer eine Theorie der Befreiung den Fokus auf das eine oder andere Urbild einstellt, je wuchtiger ihre Argumentation die jeweilige Form der Unterdrückung und die entsprechende Notwendigkeit der Befreiung zum Ausdruck bringt, desto unschärfer werden die anderen Formen. Das kann sie nicht nur in Gegensatz zu anderen Befreiungskämpfen bringen, es kann sie auch von der nachfolgenden Generation entfremden, deren Erfahrung durch das bisherige Bemühen um Befreiung bereits verändert ist: sowohl ihre Erfahrung von Herrschaft, als auch ihre Notwendigkeiten von Befreiung sind andere geworden und finden im Urbild nicht mehr ihren adäquaten Ausdruck. Eine Weiterentwicklung der Theorie, weg vom Urbild, wird unumgänglich.

Die Entfernung vom Urbild birgt jedoch ebenfalls Gefahren. Eine allgemeine Theorie von Herrschaft, die sich nicht mehr auf die historischen Urbilder bezieht, wird zu einer leidenschaftslosen Abstraktion, der aus dem Blick gerät, dass hier von Herrschaft die Rede ist und nicht von einer unpersönlichen Fehlentwicklung. Eine solche Haltung ist heute durchaus Mode. Es wird dann etwa leicht hingewagt, "der Kapitalismus kann die Probleme der Welt nicht lösen", wie wenn es sich um eine fehlerhafte Rechenaufgabe handle und nicht um die

Vergewaltigung von Menschen durch Menschen. Entsprechend zu kurz greifen dann die Vorstellungen, wie eine solche Situation zu ändern sei.

Die Suche nach einem verallgemeinerten Begriff von Herrschaft rechtfertigt sich aus der Notwendigkeit der Weiterentwicklung und aus der Notwendigkeit von Bündnissen quer zu den verschiedenen Befreiungsbewegungen. Sie muss sich der Gefahr bewusst sein, stets zu kurz zu greifen. Auf den ersten Blick scheint Herrschaft zum Beispiel in zwei Aspekte zu zerfallen: den Aspekt der Ausbeutung, der Aneignung fremder Arbeit und Natur zu eigenem Nutzen, und den Aspekt der Dominanz, der Bestimmungsgewalt über andere. Wenn wir jedoch fragen: "Gibt es ein objektives Kriterium für den Nutzen, den jemand aus fremder Arbeit und Natur zieht, ein quantifizierbares Kriterium für Ausbeutung?" und wenn wir diese Frage verneinen, dann fließen beide Aspekte wieder in Eins zusammen. Herrschaft richtet die Welt so und so ein. Sie schafft eine Welt, wie sie der Herrschende sich erträumt, indem er über den Beherrschten verfügt.

Die Rede ist hier also von einem verallgemeinerten Begriff von Herrschaft, der aus der Konfrontation konkreter Erfahrungen gewonnen wird, nicht von einem allgemeinen, abstrakt hergeleiteten. Wir kommen auch bei der Suche nach einem verallgemeinerten Begriff nicht ohne Urbilder aus, ob wir sie beschreiben oder nur mitklingen lassen, weil allgemeine Begriffe von Herrschaft immer eine Abstraktion bleiben, die ihren Nutzen für konkrete Unterdrückungsverhältnisse beweisen müssen.

Wenn wir uns also auf dem dünnen Eis eines verallgemeinerten Begriffs von Herrschaft bewegen wollen, dann können wir sagen: Herrschaft ist erzwungene soziale Kooperation. Die Kooperation ist erzwungen, weil die eine Seite sich nicht aus ihr lösen kann, weil sie nicht darüber bestimmen kann, was sie einbringt und unter welchen Bedingungen, weil sie keinen oder nur geringen Einfluss auf die Regeln der Kooperation hat.

Die zeitgenössische Sklavenhaltergesellschaft versucht, Herrschaft die Nähe zu den erwähnten Urbildern zu nehmen. *Matrix* stellt ein anderes Urbild vor, um die postmoderne Realität von Herrschaft sichtbar zu machen. Wir bekommen eine Gesellschaft gezeigt, in der all die hässlichen klassischen Urbilder an den Rand gedrängt sind und wir uns augenscheinlich frei und gleich bewegen. Nur ist das nicht die Wirklichkeit, sondern eine virtuelle Inszenierung. In Wahrheit ist die Struktur der Verfügung und erzwungenen Kooperation total. Wir sehen das aber normalerweise nicht, obwohl es Hinweise gibt und ein unbestimmtes Gefühl.⁽⁷⁾ Wir sind Opfer der "Matrix", der Welt, die uns über die Augen gezogen wird: der Selbstinszenierung einer demokratischen Gesellschaft, die von sich behauptet, dass sie gegen die klassischen Urbilder kämpft und dass sie selbst nicht herrschaftsförmig ist. Dieses virtuelle Welt macht uns blind gegenüber der Realität: dass wir Sklaven sind. Verfügbar. Regeln und Kontrollen unterworfen, denen wir uns nicht entziehen und über die wir nicht bestimmen können. Den ganzen Tag, mit all unseren Empfindungen und Fähigkeiten; bis ans Ende unserer Tage und bis in die siebte Generation. Sehen können wir das, wenn wir die oben genannte Definition von Herrschaft anwenden. Fast alles ist erzwungene Kooperation. Auf die Frage "Was ist die Matrix?" lautet die Antwort: die Matrix ist die Inszenierung des Sozialen, aus der die Idee der freien Kooperation vollständig ausgetrieben ist. Dadurch bewirkt sie, dass wir die Stäbe unseres Gefängnisses weder riechen, noch schmecken, noch berühren können. Wir nehmen unser Gefängnis überall hin mit, wohin wir auch gehen, in jedes konkrete Verhältnis. Und das Ausmass, in dem wir in Wirklichkeit versklavt sind, ist weit totaler als das jeder antiken oder bürgerlichen Sklavenhaltergesellschaft vor uns.

Unserer Putzfrau würden wir auch gerne eine "Matrix" überziehen, eine Betrachtungsweise die ausblendet, dass wir in diesem Verhältnis auf der herrschenden Seite stehen. Was blenden wir dabei aus? All das, was unsere Putzfrau hindert, frei zu verhandeln oder etwas anderes zu machen. Indem wir der Frage nachgehen: "Warum machen Putzfrauen das?" gewinnen wir einen Eindruck, wodurch erzwungene Kooperation erzwungen wird.

Man kann, um es in der Art Tucholskys zu sagen, einen Menschen (oder eine Gruppe von Menschen) auf vielerlei Art versklaven. Es ist nichts darunter, was in unserer heutigen Gesellschaft oder unserer heutigen Weltordnung nicht zur Anwendung käme. Es gibt keine abschliessende Beschreibung der Methoden und Instrumente, mit denen Herrschaft ausgeübt, d.h. Ausbeutung und Dominanz erzwungen wird. Für einen pragmatischen Überblick, auf den in der Folge zurückzukommen sein wird, lässt sich folgende Einteilung vornehmen:

1. Die Ausübung oder Androhung direkter, physischer Gewalt - die "militärische" Ebene von Herrschaft.
2. Strukturelle Unterordnung, d.h. die Errichtung oder Aufrechterhaltung von Regeln und Verteilungen in einer sozialen Kooperation, die zu einer systematisch unterschiedlichen Anhäufung von Macht führen - die "ökonomische" Ebene von Herrschaft.
3. Diskriminierung, d.h. ausschliessende Solidarität einer Gruppe gegen den "Rest" - die "soziale" Ebene von Herrschaft.
4. Kontrolle der Öffentlichkeit, d.h. der massgebliche Einfluss darauf, wie in einer Kooperation geredet und gedacht wird, welche Interpretationen und Normen die vorherrschenden sind - die "institutionelle" Ebene von Herrschaft.
5. Abhängigkeit, d.h. die Ausschaltung von Alternativen für die jeweils andere Seite in der Kooperation, so dass diese Kooperation für die Gegenseite möglichst alternativlos wird - die "existenzielle" Ebene von Herrschaft.

Die Trennschärfe dieser Einteilung ist begrenzt. Es geht hauptsächlich darum, eine Vorstellung zu gewinnen, was in einer Kooperation alles an Herrschaftsinstrumenten zum Einsatz kommt oder kommen kann; wir vergessen leicht ganze Ebenen dabei. Die Spannweite der Instrumente, die auf diesen fünf Ebenen verwendet wird, ist gross. Die "militärische" Ebene, die der direkten Zwangsgewalt, reicht von den Fäusten des Nachbarsjungen, der uns auf dem Schulhof verprügelt um regelmässig an unser Pausenbrot zu kommen, bis zu militärischen High-Tech-Systemen, mit denen wir fremde Länder überfallen. Strukturelle Unterordnung hat meistens mit Arbeitsteilung zu tun, aber ebenso mit den "terms of trade", den Bedingungen zu denen gehandelt wird. Abhängigkeit kann materiell bewirkt sein, aber auch technisch, psychologisch oder emotional. Die Instrumente reichen von so modernen Instrumenten wie der angestrebten gentechnischen Revolution in der Landwirtschaft bis zu äusserst traditionellen, wie der sozialen Isolierung der Frau in der patriarchalen Gesellschaft.

Herrschaftsbeziehungen "sprechen" auf allen Ebenen. Es ist wichtig für Herrschaft, die einzelnen Ebenen ineinander "übersetzen" zu können - aus militärischer Überlegenheit ökonomische Unterordnung zu machen und umgekehrt, Abhängigkeit in Kontrolle der Öffentlichkeit umsetzen zu können und umgekehrt, usw. Wir unterschätzen meist, wie komplex und weitreichend die Instrumente sind, die in ganz konkreten Beziehungen zum Einsatz kommen oder "im Hintergrund" genutzt werden. Als einzelne Person wenden wir meist keine unmittelbare Gewalt gegen unsere Putzfrau an, um sie zur Arbeit zu zwingen. Dass sie aus Bosnien geflüchtet ist, vor militärischer Gewalt, oder aus Osteuropa

eingewandert, auf der Flucht vor den Folgen struktureller Unterordnung, spielt für unser Verhältnis jedoch eine grosse Rolle; es beeinflusst die Alternativen, die sie hat. Wir diskriminieren die Gruppe unserer eingewanderten Putzfrauen gemeinsam, indem wir z.B. ihre Ausbildung und Abschlüsse nicht anerkennen und dadurch ihre Arbeit verbilligen bzw. auf den Putzsektor hin dirigieren. Dass Putzfrauen schlecht organisiert sind und dadurch wenig Kontrolle der Öffentlichkeit haben, nehmen wir dankend als Vorteil an.

Aufgrund der Komplexität von Herrschaftsinstrumenten ist das Gewaltmonopol übergeordneter Strukturen keine Lösung; es dient denen, die auf den anderen Ebenen (denen ausser der "militärischen") Vorteile haben und zur Anwendung bringen. Auch auf den anderen Ebenen von Herrschaftsinstrumenten bringt eine Politik, die der des Gewaltmonopols entspricht, keine Lösung - wir wissen heute, dass die Verstaatlichung von produktivem Eigentum und ökonomischer Verfügung an sich keineswegs bewirkt, dass strukturelle Unterordnung verschwindet. Die Politik der "Zivilisierung", typisch für das demokratische Zeitalter, ist entsprechend ambivalent: sie mag positive Elemente einer Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten enthalten, zumeist wirkt sie jedoch negativ im Sinne einer Entwaffnung der Beherrschten, um sie desto reibungsloser den anderen Instrumenten und Ebenen von Herrschaft auszuliefern.

Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten bildet daher einen wesentlichen Bereich linker Politik, einer, die auf das Ziel von Freiheit und Gleichheit abzielt bzw. auf das Ziel freier Kooperation. Dies kann bereits festgehalten werden, auch wenn Abwicklung keineswegs ausreicht.

2. Zynische Freiheit, ohnmächtige Gleichheit

Freiheit schafft Ungleichheit. Gibt man zwei Menschen Freiheit, wird immer einer erfinderischer und produktiver sein als der andere.

Themba Sono, südafrikanischer Ökonom

Wenn wir dem Anschein nachgehen, es handle sich beim demokratischen Kapitalismus und beim Realsozialismus um zwei Systeme, von denen das eine politische Freiheit auf Kosten von sozialer Gleichheit, das andere soziale Gleichheit auf Kosten von politischer Freiheit verwirklicht hätte, dann begehen wir damit die Ruinen eines politischen Anspruchs. Wir besichtigen die dürftigen Reste, die übriggeblieben sind. Und wenn wir sie antippen, fallen sie um und stürzen zu Staub.

Es ist der Erinnerung wert, dass beide Systeme ursprünglich auf den politischen Anspruch zurückgehen, sowohl Freiheit als auch Gleichheit zu realisieren. Die amerikanische Unabhängigkeitsverfassung enthält nicht umsonst den Passus, wonach die Menschen frei und gleich geboren wären und deshalb unverbrüchliche und unveräusserliche Rechte hätten.⁽⁸⁾ (Was weder die Vernichtungskriege gegen die Indianer noch die Versklavung der Schwarzen im Süden verhinderte.) Die realsozialistische Gesellschaft interpretierte sich an ihrem Ausgangspunkt als Form der Befreiung, als Schritt auf dem Weg, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein

verächtliches Wesen ist", wie es bei Marx heisst (9) (Was weder Massenhinrichtungen noch Zwangsarbeit verhinderte, die nicht erst unter Stalin, sondern bereits in den ersten Jahren der Sowjetunion an der Tagesordnung waren.) Gemessen an diesen Ansprüchen, betrachten wir heute eine Welt des doppelten Scheiterns. Erst in der Ära des Neoliberalismus, also ab den frühen Siebziger Jahren, und parallel dazu in der Ära Breschnew, engte sich die Selbstdarstellung der Systeme ein: der demokratische Kapitalismus stand zunehmend offen zur sozialen Ungleichheit und argumentierte für sich, wenigstens politisch "freier" zu sein, der realexistierende Sozialismus versuchte immer weniger, die politische Unfreiheit zu kaschieren, sondern verteidigte sich damit, wenigstens sozial "gleicher" zu sein. Gemeint war damit im einen Falle das System juristisch verbriefter "Freiheitsrechte" (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit usw.), im anderen Fall die geringere Schere bei den Einkommen.

Einen solchen Begriff von Freiheit und Gleichheit als reduziert zu bezeichnen, wäre unverdiente Milde. Was ist "frei" an einem Individuum, das sich politisch frei betätigen darf, der strukturellen Unterordnung und der Kontrolle der Öffentlichkeit durch Kapital und grosse gesellschaftliche Machtblöcke jedoch unverändert ausgesetzt ist? Was ist "gleich" an einem Individuum, dessen Einkommen im Verhältnis zu anderen nicht geringer als ein Drittel oder ein Viertel ausfällt, dessen persönliche Gestaltungsspielräume oder politische Einflussnahme im Verhältnis zur oberen Funktionärsklasse und der ökonomischen Elite jedoch gegen Null gehen? Wir können dem demokratischen Kapitalismus bestenfalls ein Modell der *zynischen Freiheit* attestieren. Der Mensch ist darin geringeren Beschränkungen ausgesetzt, wenn es ihm gelingt, eine privilegierte ökonomische Stellung zu erreichen; er hat durch die warenförmige Verfügbarkeit von Arbeit und Natur eine gewisse Chance, sich diese ökonomisch privilegierte Stellung auf Kosten anderer zu verschaffen, und er kann sich als politisch frei betrachten, wenn es ihm nichts ausmacht, dass er mit all seinen verbrieften Rechten praktisch nichts verändern kann. Dem realexistierenden Sozialismus können wir entsprechend ein Modell der *ohnmächtigen Gleichheit* bescheinigen. Der Mensch ist darin in geringerer Masse von vollständiger Armut bedroht, soweit er sich den gesellschaftlichen Konventionen gemäss verhält; er hat über die Möglichkeit affirmativer politischer Betätigung eine gewisse Chance, auf Kosten anderer sozial aufwärts mobil zu sein; und er kann sich als sozial gleich betrachten, wenn er die Tatsache ignoriert, dass sein Einfluss auf die gesellschaftlichen Entscheidungen (politische, ökonomische, soziale) minimal ist.

Viel ist das nicht. Im späten Realsozialismus wie auch im heutigen demokratischen Kapitalismus finden wir die Tendenz, auch noch die verbliebenen Ruinen zu schleifen, sich von sozialer Gleichheit oder von der Unveräusserlichkeit bestimmter Freiheitsrechte ebenfalls zu verabschieden. In gewisser Weise ist das konsequent. Wer erst ein Gärtchen ausweist, innerhalb dessen die Freiheit oder die Gleichheit ein bisschen grasen darf, sofern sie ausserhalb dieser speziellen Sphäre nichts anrichtet, der kann irgendwann auch dieses Gärtchen planieren und Freiheit und Gleichheit gleich im Museum ausstellen.

Oder wie sollen wir es nennen, wenn Einzelne sich ganze Stiftungen kaufen können, sich vollelektronische Häuser bauen und mehrere Tausend Mark im Monat nur vertelefonieren, während wir der Sozialhilfeempfängerin für die Woche Kur ihren Leistungsbezug streichen, weil sie dort ja schon zu Essen bekommt? Ist das ein Mangel an Freiheit? An Gleichheit? Wenn Arbeiter, denen ihr Staat angeblich gehört, monatelang keinen Lohn bekommen,

während die Manager des militärisch-industriellen Komplexes, bei dem sie arbeiten, auf den internationalen High-Tech-Märkten shoppen gehen, Streik aber als systemfeindlich verboten ist? Fehlende Freiheit? Fehlende Gleichheit? Freiheit und Gleichheit ist es jedenfalls nicht. Es ist, ob in Ost oder West, bestenfalls die Freiheit zu gehorchen und die Gleichheit der optimalen Verwertung. Es ist, schlicht und ergreifend, Herrschaft.

Wenn wir einfache, konkrete Fragen stellen wie: Wie gross ist der Anteil am gesellschaftlichen Leben und am gesellschaftlichen Reichtum, den ich gestalten kann? Welche alten Bären können in mein Leben hineinreden, ohne dass ich sie daran hindern kann? Von welchen hierarchisch übergeordneten Personen, gegen die ich mich nicht wirklich wehren kann, werden schicksalhafte Entscheidungen über mein Leben getroffen? Wieviele Arschlöcher muss ich überzeugen, um eine gute Idee verwirklichen zu können? Wie ist die tatsächliche tägliche Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern verteilt? Welchen Preis muss eine Frau, welchen ein Mann für den Luxus bezahlen. Kinder zu haben? Gibt es eine Gruppe von Menschen, die hauptsächlich schwere, körperliche Arbeit oder gesundheitlich belastende Arbeit leistet? Wer ist es? Werden die unangenehmen, monotonen oder schmutzigen Arbeiten am besten bezahlt und erfahren die meiste Anerkennung? Wenn das nicht der Fall ist, wie wird dann erreicht, dass sie jemand macht? Gibt es Schürze? (10) Wenn ja, wer sind sie? Welches Mass an tatsächlicher Anerkennung und Gleichstellung erhalten Menschen, die aus anderen Ländern stammen oder die aus der Peripherie des eigenen Landes kommen? Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit, ins Gefängnis oder in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen zu werden? Welchen Preis muss ich bezahlen, wenn ich den Wertvorstellungen und Leitbildern meiner Gesellschaft in der Praxis widerspreche? Zu welchem Leben kann ich von der Gesellschaft schlimmstenfalls gezwungen werden? Kann ich mich gesellen, mit wem ich will? Kann ich hingehen, wohin ich will, und was kostet mich das? Sind die zentralen gesellschaftlichen Entscheidungen und langfristigen Weichenstellungen für mich irgendwie erreichbar, beeinflussbar? - dann werden zwar Unterschiede deutlich, aber auch viele Ähnlichkeiten zwischen der Praxis der beiden grossen politischen Systeme des demokratischen Zeitalters. Die Antworten hängen durchweg wesentlich stärker von der Position ab, die jemand in der gesellschaftlichen Hierarchie einnimmt, als von der Frage, ob man in Ost oder West lebte.

Es gibt keinen Grund, warum die liberale oder die marxistische Tradition nicht in der Lage sein sollten, einen radikalen Begriff von Freiheit und Gleichheit vorzustellen und zu verfolgen. Sie tun es bloss nicht, von Ausnahmen abgesehen. Gedanken lassen sich in jeder Theoriesprache ausdrücken, wenn auch unterschiedlich gut. Die Gefangenschaft in bestimmten Grundannahmen und Axiomen einer Theoriesprache ist keine zwangsläufige, sondern eine freiwillige, eine Wahl. Aber es ist die Wahl, die vom überwiegenden Mainstream getroffen wurde und heute nach wie vor getroffen wird. Es ist die Wahl einer begrifflichen Einhegung von Freiheit und Gleichheit, eines Entzahns und Entklauens, einer Domestikation hin zu einem Freiheits- und Gleichheitsbegriff alter Bären.

Der marxistische Mainstream bestimmt Freiheit ausschliesslich aus dem Verhältnis des Menschen zur objektiven Notwendigkeit; Freiheit ist Ausdruck für den Grad der Erkenntnis und praktischen Beherrschung der äusseren (und inneren) Natur. Engels berühmte-berühmte Formulierung aus dem Anti-Dühring, die dabei zustimmend zitiert wird, lautet: "Freiheit des Willens heisst daher nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können.

Je freier also das Urteil eines Menschen in Beziehung auf einen bestimmten Fragepunkt ist, mit desto grösserer Notwendigkeit wird der Inhalt dieses Urteils bestimmt sein. ... Freiheit besteht also in der, auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten begründeten, Herrschaft über uns selbst und über die äussere Natur."(11) Auch Marx lokalisiert im Kapital das "Reich der Freiheit erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äussere Zweckmässigkeit bestimmt ist, aufhört, es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion."(12)

Es gehört zur Schwäche des vorherrschenden Marxismus, dass er über keine Konflikttheorie verfügt.(13) Konflikte und der Umgang damit sind nicht vorgesehen. Konflikte sind immer objektiv entscheidbar, oder sie verschwinden im zukünftigen Kommunismus. Sie können daher nicht Gegenstand einer Politik des Sozialen sein, die auf Freiheit und Gleichheit Bezug nimmt. Für den liberalen Mainstream ist Freiheit ebenfalls nicht im Bereich der sozialen Interaktion verortet. Freiheit meint hier weitestmögliche Abwesenheit von Einmischungen durch den Staat. Für alle konkreten Kooperationen zielt der liberale Freiheitsbegriff gerade auf die Befreiung von Beschränkungen, die sich aus sozialer Interaktion und Verhandlungen ergeben könnten. Im Prinzip orientiert man sich an der Formulierung aus der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1791: "Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was keinem anderen schadet."(14) Nun müssen Menschen einander aber unter Druck setzen und mitunter schaden, um die Verhältnisse untereinander zu verändern, Herrschaftsverhältnisse zu transformieren, sich zu befreien. Die Freiheit, die niemand anderen kratzt, niemand anders wehtut, ist stattdessen eine "Freiheit", die die gesellschaftlichen Verhältnisse einbalsamiert, konserviert wie sie sind - was das Gegenteil von Freiheit ist. Der feine Unterschied zu einem radikalen Begriff von Freiheit und Gleichheit liegt denn auch darin, dass das Putzfrauen-Prinzip selbstverständlich vorausgesetzt wird, so wie dies Themba Sono in der eingangs zitierten Passage tut: dass die anderen "liefern", ihre Arbeit und Natur nämlich, gilt als ausgemacht. Das Bestreben, dies unter Bedingungen zu stellen, erscheint dann als Beschränkung der Freiheit, weil der "Erfinderischere und Produktivere" (in der Praxis wohl eher der Reichere und Privilegierte) irgendwie nicht so frei schalten und walten kann, wie er das möchte. So wird der liberale Begriff von Freiheit zu einem, der Unfreiheit sanktioniert, ja geradezu einfordert.

Das Verhältnis beider Traditionslinien zur Gleichheit ist im Grunde höchst ähnlich. Für Rawls als Vertreter eines modernen, aufgeklärten Liberalismus, ist soziale Ungleichheit jederzeit gerechtfertigt, sofern sie ökonomisch nützlich ist - so nützlich jedenfalls, dass sie auch den Benachteiligten eine Besserung ihrer Stellung bringen kann.(15) Die ganze Idee der Gleichheit wird weggeworfen für einen diffusen Wechsel auf die Zukunft. Denselben ideologischen Mechanismus finden wir auch in der marxistischen Tradition, die das "Leistungsprinzip" verteidigt und sich reale Gleichheit erst in einer fernen Zukunft kommunistischen Überflusses vorstellen kann.(16) Der ganze Unterschied der Systeme schnurrt an diesem Punkt darauf zusammen, dass wir heute unter der Herrschaft des demokratischen Kapitalismus jungen Leuten, die fragen, wie sie denn frei und gleich werden könnten, sagen: "Werdet reich!", während die klassische Antwort im realexistierenden Sozialismus lautete: "Wartet ab!"

Wie kommen wir zu einem tatsächlichen Begriff von Freiheit und Gleichheit? Einem, der nicht auf eine eng definierte Sphäre "zulässiger politischer Betätigung" oder der "massvollen Einkommensungleichheit innerhalb einer grösseren Gruppe der Bevölkerung" eingehegt ist?

Wir kennen nur eine Wirklichkeit, die des Sozialen. Aus ihr beziehen wir all unsere Massstäbe, sie macht unser Leben aus. Alles menschliche Leben ist Interaktion, Beziehung, Kooperation. Dies ist auch der Ort, wo Freiheit und Gleichheit stattfinden. Sie finden nicht später statt, sondern hier und jetzt.

Jede menschliche Tätigkeit beruht auf der Kollektivität und Historizität von Arbeit und Natur. Was immer wir tun, wir nutzen dabei die Arbeit und Natur anderer. Wenn Freiheit bedeuten sollte, dass wir das möglichst ungehemmt und ohne Beschränkungen tun sollten, dann wäre Freiheit immer nur auf Kosten der Unfreiheit anderer möglich. Eine Freiheit aber, deren Grenzen von einer übergeordneten Instanz "erkannt" und gesetzt würden, wäre totale Unfreiheit dieser Instanz gegenüber. Beides wären überdies blinde, monadische Begriffe von Freiheit, die der lebendigen Auseinandersetzung mit anderen keinen Platz und keinen Wert zuweisen; ich bliebe auf mich zurückgeworfen, die Grenzen meiner Sichtweise wären auch die Grenzen meiner Welt, was auch nichts anderes als eine Form der Gefangenschaft ist.

Ein radikaler Begriff von Freiheit kann daher nur einer sein, der von Freiheit in der Kooperation handelt: *frei* bin ich, wenn ich in meiner Verhandlung mit anderen frei bin, d.h. von keiner Instanz behindert und von niemand durch Zwang beschränkt. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass ich anderen in der Kooperation *gleich* bin: dass meine Kooperation keine erzwungene ist, sondern dass ich darüber mit anderen auf gleicher Ebene verhandeln kann, und dass dabei auch niemand über mir ist, dessen Regeln und Kontrolle ich unterworfen bin. Ein radikaler Begriff von Freiheit und von Gleichheit fallen zusammen.(17)

Freie Kooperation, wie sie hier definiert wird, hat drei Bestimmungen. Freie Kooperation liegt vor, wenn

- die überkommene Verteilung von Verfügungsgewalt, Besitz, Arbeit und die überkommenen Regeln nicht sakrosankt sind, ihnen also kein "höheres Recht" zukommt, sondern sie vollständig zur Disposition stehen, d.h. von den Beteiligten der Kooperation jederzeit neu ausgehandelt werden können;
- alle Beteiligten frei sind, die Kooperation zu verlassen, ihre Kooperationsleistung einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, und dadurch Einfluss auf die Regeln der Kooperation zu nehmen;
- alle Beteiligten insofern gleich sind, als sie dies zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis tun können; d.h. dass der Preis dafür, die Kooperation zu verlassen bzw. die eigenen Kooperationsleistungen einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, für alle Beteiligten ähnlich hoch (oder niedrig), aber auf jeden Fall zumutbar sein muss.

Vereinfacht gesagt: In einer freien Kooperation kann über *alles* verhandelt werden; es dürfen *alle* verhandeln; und es *können* auch alle verhandeln, weil sie es sich in ähnlicher Weise *leisten* können, ihren Einsatz in Frage zu stellen.

Die Freiheit zu verhandeln schliesst die Freiheit ein, Verhandlungen scheitern zu lassen und zu gehen - "den Baum zu wechseln", um es mit Rousseau zu sagen. Die Gleichheit der Beteiligten schliesst dabei ein, dass sie nicht mit leeren Händen gehen, sondern einen Anteil an den bisherigen Früchten der Kooperation aus dieser herauslösen und in ihre eigene Verfügung zurückführen können. Auch dieser Anteil bemisst sich nicht mathematisch, sondern nach dem Prinzip der Gleichheit: Es soll für die einen nicht wesentlich schlimmer sein, die Kooperation zu verlassen oder sie scheitern zu lassen, als für die anderen.

Die Definition gibt keine formalisierten Verfahren des Verhandeln oder der Entscheidungsfindung vor. Für solche Verfahren gilt dasselbe wie für alle anderen Regeln auch: Sie genießen kein höheres Recht, sie sind der Verhandlung nicht entzogen. Verhandeln meint hier den realen Prozess, auf den alles immer wieder zurückgeht. "Nein, wenn nicht ..."

Machen wir uns noch einmal den Unterschied klar zwischen einem solchen Begriff von Freiheit und Gleichheit, und dem liberalen und marxistischen Mainstream. Der liberale Freiheitsbegriff impliziert die freie Verfügung über fremde Natur und Arbeit. Er definiert Freiheitsrechte, die vor allem in der Abwesenheit von Beschränkungen liegen, zu diesen Freiheitsrechten gehört dabei aber gleichzeitig, dass die überkommene Verteilung von Eigentum ein unantastbares Recht der Besitzenden darstellt und nicht verhandelt werden kann, sondern "Schutz" genießt. Diese Freiheit ist mit freier Kooperation definitiv nicht gemeint. Die Individuen sind darin frei, jedwede Verteilung zur Disposition zu stellen, und sie sind frei, ihre Kooperation unter Bedingungen zu stellen, sowohl individuell als auch kollektiv. Es gibt keine Freiheit von diesem Anspruch und auch keinen Schutz dagegen. Allerdings steht es auch jedem frei, die Bedingungen der Kooperation abzulehnen und "sein eigenes Ding zu machen". Das Individuum kann also tatsächlich gern "erfinderischer und produktiver" sein als andere, wie Sono das nennt, es leitet sich daraus aber kein privilegierter Zugriff auf die Arbeit und Natur anderer ab. Die Freiheit der anderen, über die Regeln und Bedingungen jedweder Kooperation zu verhandeln, bleibt unberührt.

Der marxistische Freiheitsbegriff impliziert die objektive Erkennbarkeit der Welt und bindet sich an die "optimale Entfaltung" der allgemeinen Produktivkräfte, von der letztendlich die Freiheit des Einzelnen (und aller) sich herleitet. Auch dieser Freiheitsbegriff beinhaltet die freie Verfügung über fremde Arbeit und Natur. Es ist keine individuelle Verfügung im Sinne der "wirtschaftlichen Freiheit" des Einzelnen, wie in der liberalen Tradition, es eine kollektive Verfügung, als berechtigter Zugriff der Gesellschaft auf die Arbeit und Natur des Einzelnen, um das Ziel der Entwicklung zu erreichen. Auch dieser Freiheitsbegriff ist mit freier Kooperation definitiv nicht gemeint. Das Recht der Individuen (und Gruppen), Einfluss auf die Regeln zu nehmen, ihre Kooperationsleistung unter Bedingungen zu stellen, oder Kooperationen abzulehnen, die ihnen nicht zusagen, kann durch keine objektivierende Betrachtung oder angebliche Entwicklungsnotwendigkeit ausser Kraft gesetzt werden, zu keinem Zeitpunkt. Ein Mechanismus "jetzt kann nicht verhandelt werden, aber später werdet ihr frei sein" steht in vollständigem Gegensatz zum Konzept der freien Kooperation.

Während in der liberalen und in der marxistischen Tradition der Gleichheitsbegriff schwach betont und eher negativ besetzt ist, kommt Gleichheit im Konzept der freien Kooperation zentrale Bedeutung zu. Der liberale Begriff ist der einer formalen Gleichheit, d.h. der abstrakten Gleichbehandlung der Individuen unabhängig von ihrer tatsächlichen sozialen Situation, oder bestenfalls ein Begriff der "Chancengleichheit". Die Gleichheit liegt dann darin, dass man auch Glück haben kann - Monopoly plus Lotto sozusagen. Eine tatsächliche Gleichheit der Individuen an sozialer Macht, Verfügung, Eigentum, die immer wieder neu hergestellt werden müsste, gilt als Unfreiheit, weil das findige Individuum nicht "frei" ist, die angeblichen Früchte seiner Arbeit zu behalten. Dieser Einwand wird von der Konzeption der freien Kooperation nicht geteilt. Freie Kooperation masst sich allerdings nicht an, die Individuen (oder Gruppen) anhand irgendwelcher Parameter vollständig "gleich" zu machen oder die Verhältnisse zwischen ihnen "gerecht" zu regeln; ihr Kriterium von sozialer

Gleichheit ist die gleiche Verhandlungsmacht. Den Rest regeln die Individuen (oder Gruppen) in ihrer Kooperation selbst. Wenn sie dabei Druck ausüben und Umverteilungen erstreiten, ist das ein Ausdruck ihrer Freiheit und kein Mangel an Freiheit.

Der marxistische Begriff von Gleichheit ist noch negativer, er sieht in der Gleichheit eine kleinbürgerliche Idee der Gleichmacherei, einen falschen Unmittelbarkeitsanspruch, der nicht den angeblich notwendigen Weg über die proletarische Revolution und die sozialistische Gesellschaft akzeptiert. Tatsächlich "gleich" sind die Menschen bestenfalls im Kommunismus, wo der allgemeine Überfluss Fragen von Verteilung und Verhandlung buchstäblich überflüssig macht.⁽¹⁷⁾ Das Konzept der freien Kooperation beharrt jedoch darauf, dass die Individuen real gleich sein sollen in ihrer Macht, Einfluss auf die Regeln zu nehmen und ihre Kooperation aufzukündigen oder unter Bedingungen zu stellen, und zwar jederzeit. Freie Kooperation beinhaltet nicht, dass die Beteiligten einer Kooperation homogen oder identisch sind. Sie beinhaltet aber, dass die Beteiligten einander in einer sozialen Position der Gleichheit gegenüber treten. Die Kooperation ist nur frei, wenn sie gleich ist, und die Individuen können nur frei sein in einer Kooperation, wo sie gleich sind. Die beiden Begriffe bezeichnen denselben Sachverhalt.

Trotz der beschriebenen Unterschiede zur heutigen liberalen und marxistischen Traditionslinie weist die Idee der freien Kooperation allerdings eine gewisse Verwandtschaft zu Vorstellungen auf, mit denen in der Frühzeit der liberalen und marxistischen Tradition ein radikalerer Begriff von Freiheit und Gleichheit begründet wurde. Es besteht eine Verwandtschaft zu der liberalen Idee, dass niemand einem vorschreiben kann, welche Wertvorstellungen man zu haben hat und wie man glücklich wird (nur gilt dies im Konzept der freien Kooperation für alle und nicht nur für eine Elite der wirtschaftlich "Freien"). Dass das Individuum Schutz braucht vor staatlichem Zugriff und gesellschaftlichem Zwang (allerdings nicht nur das männlich-weise Besitztinduum, sondern jedes). Dass es keine transzendenten Grundlagen des Staates und der Gesellschaft gibt, die für alle verpflichtend wären, so dass die Menschen frei sind, sich jedwede gesellschaftliche Ordnung zu geben, ohne Einschränkung (die Theorie der freien Kooperation sagt nur, was Voraussetzungen für Freiheit und Gleichheit sind, und verteidigt das Recht aller, für ihre Freiheit und Gleichheit einzutreten und sich gegen erzwungene Kooperation zu wehren, notfalls mit Gewalt). Auch die freie Kooperation bejaht die liberale Idee, dass die Menschen frei sind, ihre Verhältnisse untereinander vollständig selbst zu regeln; nur geschieht dies nicht in Form einklagbarer Verträge, sondern in Form von Vereinbarungen, die jederzeit zur Disposition gestellt werden können.

Eine Verwandtschaft besteht auch zur marxistischen Anschauung, dass es im Grunde nur eine einzige, unteilbare Freiheit gibt, die nicht in kodifizierbaren Freiheitsrechten aufgeht. Allerdings wird diese grundlegende, unteilbare Freiheit in der Theorie der freien Kooperation anders definiert: nicht als Freiheit zur optimalen Entfaltung des geschichtlich möglichen Grades an Naturbeherrschung und gesellschaftlicher Rationalität, sondern als die Freiheit, sich seine sozialen Kooperationen zu wählen und sie selbst zu gestalten - die Freiheit, nicht in erzwungenen Kooperationen zu leben. Ganz offensichtlich besteht eine Verwandtschaft zur marxistischen Anschauung, dass den historisch überkommenen Verteilungen von Eigentum keine höheren Weihen zukommen und sie in der Regel auf Diebstahl durch Regeln beruhen (oft auch auf direktem Raub). Die Konzeption der freien Kooperation lehnt es jedoch ab, dass diese Anschauung zu irgendeinem Zeitpunkt oder in irgendeiner gesellschaftlichen Ordnung

aufgegeben werden sollte, weil die Zustände jetzt angeblich die richtigen sind und Verfügungsgewalt und Regeln jetzt angeblich dem guten Zweck dienen. Und schliesslich besteht eine Verwandtschaft zur marxistischen Auffassung, dass Individuum und Gesellschaft keine für sich bestehenden Einheiten sind (wie in der liberalen Auffassung). Die Gesellschaft ist nichts anderes als die gesellschaftliche Praxis der gesellschaftlichen Individuen. Befreiung heisst nicht, Modelle zu entwerfen, sondern diese gesellschaftliche Praxis zu verändern.

Warum gibt es keine Alternative zu diesem Begriff von Freiheit und Gleichheit in der Kooperation, vom Zusammenfallen beider in der Idee der freien Kooperation? Weil die fünf grossen Revisionen im Nachdenken über Emanzipation, die von den sozialen Bewegungen der letzten dreissig Jahre eingefordert und vorgenommen wurden, uns keine andere Wahl lassen. Die Revisionen betreffen das Verhältnis zu Macht/Staat, Fortschritt/Entwicklung, Objektivität/Homogenität, Demokratie, sowie zu Vergesellschaftung/rationaler Bedürfnisbefriedigung.

Kritisiert und verworfen wurde die Idee, durch Übernahme der zentralen Staatsmacht liesse sich die Gesellschaft von oben neu einrichten, was gleichzeitig eine Entmachtung aller Individuen und aller gesellschaftlicher Kooperationen bedeuten würde (und tatsächlich bedeutet hat). Kritisiert wurde die Auffassung, es gebe in der Menschheitsgeschichte eine lineare Entwicklung, die zwangsläufig und für alle Gesellschaften verpflichtend sei (wer anders lebt, als ein leitender Angestellter in Toronto oder Stockholm, erscheint in einer solchen Auffassung einfach als rückschrittlich - "er ist noch nicht so weit"). Abgelehnt wurde die Vorstellung, man könne für andere "objektiv" urteilen, was sie brauchen, wollen, wann ihre Kooperationen gut oder gerecht sind (was nichts anderes heisst, als dass man ihre angeblichen "objektiven Interessen" gegen ihre tatsächlichen Forderungen ausspielt und dass man alle einem vorgegebenen Bild angleichen will, die Menschen zur sozialen Homogenität zwingt). Einer kritischen Revision unterzogen wurde auch das Ideal von Demokratie und "Demokratisierung". Wenn fünf Leute einen sechsten verprügeln, wird die Sache dadurch nicht besser, dass sie vorher mit 5:1 eine demokratische Abstimmung durchgeführt haben. Demokratisierung bedeutet meistens, dass die soziale Eingriffstiefe herrschender Strategien vorangetrieben wird - Partizipation begrenzt hier nicht Macht, sondern wird ihr Transmissionsriemen nach unten, zu den einzelnen Menschen, zum Alltag, zur konkreten "Mikropolitik". Demokratie verbürgt also keineswegs Emanzipation, und Emanzipation im demokratischen Zeitalter bedeutet immer auch Schutz vor "Demokratisierung", d.h. vor dem Anspruch anderer, im eigenen Leben herumzupfuschen. Einer kritischen Revision unterzogen wurde schliesslich auch das Ideal von Vergesellschaftung, gesellschaftlicher Rationalität und rational geplanter Bedürfnisbefriedigung. Eine komplette Vergesellschaftung von Reproduktion z.B. ist weder möglich noch wünschenswert, sie wäre genauso wie die gesellschaftlich geplante Bedürfnisbefriedigung eine massive Entmachtung der Individuen (bzw. konkreten Kooperationen). Die Kritik geht also über den Punkt, dass Verstaatlichung der Produktionsmittel allein noch keine Vergesellschaftung bedeutet, weit hinaus und zieht das dahinterliegende Ideal einer rational geordneten, von allen Partikularinteressen gereinigten, wundervoll funktionierenden gesellschaftlichen Maschine selbst in Frage. Keine Auslieferung, keine "Gerechtigkeit"; keine Vertagung, keine Rechtfertigung von "entwicklungsbedingter" Gewalt; keine Objektivierbarkeit, kein Zwang zur Homogenität, keine "demokratische" Unterwerfung und Kontrolle; keine verordnete Befreiung nach

mannlich-weissem Vorbild, das sind die Kriterien, die eine zeitgenössische emanzipatorische Utopie, ein zeitgemässer Begriff von Freiheit und Gleichheit, erfüllen muss. Sonos Zitat zeigt an allen diesen Punkten, wie man es *nicht* macht.

3. Freie Kooperation oder To Be Someone

And I

got a feeling that I belonged

I

got a feeling that I

could be someone,

be someone.

Tracy Chapman, Fast Car

Freiheit und Gleichheit werden verwirklicht (und sind vereinbar, ja identisch) in der Freien Kooperation. In einer freien Kooperation werden keine überkommenen Rechte und Regeln anerkannt (ausser als vorläufiger Ausgangspunkt). In einer freien Kooperation sind die Beteiligten frei, sich der Kooperation zu entziehen, d.h. sie zu verlassen; sie sind frei, ihre Kooperationsleistungen einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, um dadurch Einfluss auf die Regeln zu nehmen. Freie Kooperation hat zur Voraussetzung, dass alle Beteiligten diese Form der Einflussnahme (oder der Aufkündigung) auch praktizieren können, und zwar zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis. Diese Voraussetzung muss immer wieder neu hergestellt und durchgesetzt werden; dies ist der Inhalt linker Politik.

Diese Definition ist keine theoretische Kopfgeburt. Sie lehnt sich an die reale Praxis von Emanzipation an; sie erwächst aus der sozialen Praxis und den Diskussionen der sozialen Bewegungen. Die feministische Bewegung beispielsweise hat die Realität der gemischtgeschlechtlichen Partnerbeziehung nachhaltig verändert. Sie hat dies jedoch nicht dadurch getan, dass sie Regeln für eine solche partnerschaftliche Kooperation aufstellte oder versucht hätte zu beschreiben, wie sie auszusehen hätte - "wie es richtig ist". Sie hat die Realität der Partnerbeziehung dadurch verändert, dass sie die Voraussetzungen dafür durchgesetzt hat, dass Frauen diese Beziehungen zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis verlassen können, bzw. ihre Kooperationsleistung einschränken. Durch ein verändertes Scheidungsrecht; durch eine verbesserte soziale Absicherung; durch die Kriminalisierung von Gewalt in der Ehe; durch eine umfassende Praxis, die das "Nein, wenn nicht ..." auch emotional, psychologisch, sozial möglich gemacht hat; durch alles, was die eigenständige Definition von Frauen durch sich selbst, ihre Selbstvergesellschaftung untereinander, ihre Organisation als Frauen, gefördert und gestärkt hat. "Feministische Bewegung" meint dabei sowohl die politischen Organisationen, als auch die kollektive soziale Praxis, als auch das konkrete Agieren der Individuen in ihren Kooperationen. Es ist bekannt, dass die Voraussetzungen sich nicht so weit verändert haben, dass heterosexuelle Partnerbeziehungen heute wirklich freie Kooperationen sein könnten. Es ist auch richtig, dass die Veränderung der

heterosexuellen Beziehung nicht das zentrale Anliegen der feministischen Bewegung war, oder auch nur ein allgemein geteiltes Anliegen gewesen wäre. Aber die Veränderung ist eingetreten. Sie demonstriert den Mechanismus, sie zeigt, wie ein Schritt aussieht auf dem Weg von der erzwungenen Kooperation zu einer freien Kooperation.

Die Liste der Beispiele ist lang. Linke Politik findet statt. Emanzipation findet statt. Die Utopie der freien Kooperation existiert.

Es geht immer um den Mechanismus, nicht für andere definieren zu wollen und zu können, wie ihre Kooperationen auszusehen haben, wie sie "richtig" sind, aber die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie dies frei aushandeln können: den vergleichbaren und vertretbaren Preis. Die meisten Fortschritte bei der "Humanisierung der Arbeitswelt" werden nicht in den Phasen erzielt, wo es besonders viele Gesetze dazu gibt, sondern zu den Zeiten, wo die Verhandlungsgrundlage der Arbeitenden besser ist. Weil es annähernd Vollbeschäftigung gibt, weil die soziale Absicherung bei Erwerbslosigkeit gut ist; weil es konkret möglich und persönlich vertretbar ist, seine Arbeitskooperation zu verlassen, wenn sie einem nicht zusagt. Die grossen Emanzipationsbewegungen der letzten 30, 40 Jahre - die feministische, die schwarze, die trikontinentale usw. - sind alle auf ihre Art zu Diskussionen gelangt, in denen die Position zumindest Raum gewinnt, dass eine preskriptive Politik überholt ist. Dass sie nicht definieren können und dürfen, wie man zu leben hat, wenn man dieser Bewegung folgt, wie man auszusehen hat, wie man sich zu verhalten hat, wie die Kooperationen auszusehen haben, in denen man lebt, auch nicht, dass man Kooperationen aufzugeben hat, wenn sie bestimmten Grundprinzipien dieser Bewegung widersprechen. Was die Individuen (oder Gruppen) wollen, was sie für ihre konkrete Emanzipation brauchen, welche Kompromisse sie machen, darüber kann man reden und Meinungen austauschen, aber man es nicht vorschreiben. Was man hingegen kann, ist, gemeinsam bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass man in den verschiedensten Kooperationen frei und gleich wird. (18) Und diese Voraussetzung zu verbessern, heisst immer wieder: den Preis zu verändern, zu dem man gehen oder einschränken kann.

Emanzipation bedeutet, sich aus erzwungenen Kooperationen zu befreien und freie Kooperationen aufzubauen. Beides ist notwendig. Der Wegfall des Alten verbürgt nicht automatisch das Neue. Emanzipationskämpfe finden in der Situation statt, wo der Preis nicht vergleichbar ist. Sie verlaufen darüber, dass man es hart auf hart kommen lässt: Kooperationen verlässt oder Kooperationsleistungen einschränkt, obwohl der Preis dafür unter Umständen höher ist als für die Gegenseite - weil man entschlossen ist, genau diese Situation zu verändern. Linke Politik bedeutet, andere Emanzipationskämpfe zu erkennen und anzuerkennen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen, um das Prinzip der freien Kooperation zu stärken und seinen Einfluss zu vergrössern.

Das Umgekehrte ist ebenfalls möglich. Auch aus der Situation einer freien Kooperation heraus sind Herrschaftsstrategien möglich; um so leichter, als freie Kooperation immer ein Näherungswert ist, ein dynamischer Prozess, kein für alle Zeiten konservierbares Gleichgewicht. Deshalb wird es immer Emanzipationskämpfe geben, und deshalb wird nie der Zustand erreicht, wo eine linke Politik nicht mehr nötig wäre.

Wie aber sieht eine linke Politik aus; eine Politik, die der freien Kooperation verpflichtet ist? Was sind ihre Bestandteile, ihre Elemente? Gibt es überhaupt ein gemeinsames Muster?

Für die Beschreibung einer solchen Politik ist das Schema nützlich, mit dem im ersten Kapitel (des ersten Teils) skizziert wurde, welche Ebenen von Herrschaftsinstrumenten es gibt. Es handelt sich auch bei der schematischen Einteilung und Strukturierung einer "Politik der freien Kooperation" mehr um eine Anschauungshilfe, mit der Muster der sozialen Praxis sichtbar gemacht werden, als um eine logische Deduktion, aber irgendwie müssen wir die Dinge strukturieren - obwohl immer alles mit allem zusammenhängt. "Politik" wird hier grundsätzlich im Sinne eines erweiterten Politikbegriffs verstanden, der kulturelle Formen ebenso einbezieht wie traditionell "politische", die Mikropolitik des Alltags ebenso wie Aktionen im Raum der traditionellen "politischen" Öffentlichkeit. Träger dieser Politik können Einzelne genauso sein wie soziale und kulturelle Bewegungen, Gruppen und Kollektive; auch Institutionen und Parteien können durchaus Träger einer solchen Politik sein (wenn auch nicht isoliert).

Im ersten Kapitel wurden fünf Ebenen von Herrschaftsinstrumenten unterteilt: direkte Gewalt (die "militärische" Ebene); strukturelle Unterordnung (die "ökonomische" Ebene); Diskriminierung (die "soziale" Ebene); Kontrolle der Öffentlichkeit (die "institutionelle" Ebene); Abhängigkeit (die "existenzielle" Ebene). Eine Politik der freien Kooperation besteht aus fünf verschiedenen "Politiken". Jede dieser "Politiken" für sich nimmt auf alle fünf Ebenen von Herrschaftsinstrumenten Bezug; gleichzeitig korrespondiert auch die Einteilung in fünf "Politiken" den fünf Ebenen von Herrschaft.

Konkret wird das klarer. Wenn erzwungene Kooperation durch eine Fülle von *Herrschaftsinstrumenten* aufrechterhalten wird, dann ist es für eine Politik der freien Kooperation notwendig, diese Instrumente *abzwickeln*. "Abwicklung" bedeutet, dass diese Instrumente nicht für "etwas Besseres" eingesetzt werden können, sondern heruntergefahren; dass dies ein Prozess ist und keine einmalige Aktion; dass ein "Ausknipsen über Nacht" nicht möglich und in vielen Fällen auch nicht wünschenswert ist, das Ziel aber klar sein muss. Nichts anderes kann man sich heute darunter vorstellen, was es heisst, *Machtfragen zu stellen*: Herrschaft sichtbar zu machen und ihre Instrumente in der Praxis zurückzuweisen, und zwar an allen Orten der Gesellschaft und in jeder Kooperation.

Damit ist aber keineswegs klar, wie Kooperation sich stattdessen gestalten soll. Jenseits der abstrakten Bestimmung, wie sie das Prinzip der freien Kooperation gibt, bedarf es einer konkreten Politik, die auf bestimmten Lernerfahrungen von Emanzipationsbewegungen beruht und Alternativen zur herrschaftsförmigen Kooperation praktisch vorstellbar macht. Am weitestgehenden sind solche Überlegungen im italienischen Feminismus unter dem Begriff einer *Politik der Beziehungen* ausgearbeitet worden. (19) Für alle Arten von Kooperation weitergedacht, ist das nichts anderes als die Frage, was man sich unter einer *alternativen Vergesellschaftung* in der Praxis vorzustellen hat.

Der Vorteil von Herrschaft ist, dass sie bequem ist und funktioniert. Eine Politik der freien Kooperation kommt nicht umhin, eine *Entfaltung sozialer Fähigkeiten* zu betreiben, mit der sich die Individuen (und Gruppen) dabei unterstützen, die Entscheidung über sich tatsächlich in die eigene Hand zu nehmen. Aufgrund des Kahlschlags, den Herrschaft im demokratischen Zeitalter in diesem Bereich betrieben hat, sind wir ganz oft nicht fähig, unsere Kooperation selbst zu regeln - auch dies gilt wieder für alle Orte der Gesellschaft und alle ihre Kooperationen. Entfaltung sozialer Fähigkeiten ist nichts anderes als das, was *subjektive*

Angewandt heute meinen kann: sich die gesellschaftlichen Erfahrungen und Fähigkeiten individuell und kollektiv verfügbar zu machen.

Eine Politik der freien Kooperation muss, viertens, in der Praxis Stellung beziehen zum Doppelcharakter von Demokratie und Demokratisierung im demokratischen Zeitalter: dass die real existierenden Formen institutioneller demokratischer Systeme zur Ausübung und zum Ausbau von Herrschaft dienen können, dass es aber kein Fortschritt für Freiheit und Gleichheit wäre, sie zugunsten vordemokratischer Formen abzuschaffen. Da es kein Modell institutioneller Demokratie gibt, das von diesem Doppelcharakter frei wäre, kann die Lösung nicht darin liegen, ein konkretes Modell vorzuschlagen, das diese Probleme angeblich nicht hätte. Es gibt keine "herrschaftssichere" Form institutioneller Demokratie. Eine *Politik der praktischen Demokratiekritik* - oder, um es anders auszudrücken, eine Politik der *emanzipativen Demokratisierung* - ist daher nicht an eine bestimmte institutionelle Form gebunden, sondern fasst Elemente zusammen, die aus der Praxis sozialer Bewegungen hervorgegangen sind und quer zur konventionellen Demokratievorstellung liegen, wie Dezentralisierung, affirmative action usw.

Schliesslich umfasst eine Politik der freien Kooperation auch eine Politik der *Organisierung*. *Organisierung* bedeutet, sich mit Gleichgesinnten (oder besser gesagt: in bestimmten Punkten Ähnlichgesinnten) gemeinsam für bestimmte Ziele einzusetzen und dabei gleichzeitig bereits eine alternative Praxis zu entfalten. Dies ist ein sehr breiter Begriff, der nicht unbedingt an feste Organisationen gebunden ist, sondern ebenso kulturelle Bewegungen, soziale Organisationen und Prozesse inhaltlicher Annäherung und praktischer Kooperation zwischen unterschiedlichen Emanzipationsbewegungen meint. Man muss nirgends eintreten, um sich zu organisieren (aber man kann), und es wird für eine Politik der freien Kooperation keinen Dachverband und kein Parteimonopol geben. Im Grunde gilt für *Organisierung* Ähnliches, wie für den Doppelcharakter der Demokratie: *Organisierung* kann zur Ausübung und zum Ausbau von Herrschaft dienen, aber es gibt keine Alternative zur *Organisierung*. Eine Politik der *Organisierung*, als Bestandteil einer Politik der freien Kooperation, schreibt daher keine formalen Organisationsmodelle vor, sondern umfasst praktische Elemente, in denen sich historische Erfahrungen niederschlagen, wie dem Herrschaftscharakter von *Organisierung* zu begegnen ist.

Eine nähere Beschreibung der Politik der freien Kooperation wird in Teil III gegeben, unter Angabe von Beispielen aus verschiedenen Praxisfeldern und gesellschaftlichen Bereichen sozialer Kooperation - von der WG bis zur internationalen Kooperation von Nationalgesellschaften. Jede der fünf "Politiken" wird dabei mit ihren wichtigsten Elementen hinsichtlich der fünf Ebenen von Herrschaftsinstrumenten beschrieben (Was heisst "Abwicklung" hinsichtlich des direkten Zwangs, hinsichtlich der strukturellen Unterordnung, hinsichtlich Diskriminierung usw.), was eine Art Programmatik der freien Kooperation mit 5 x 5 zentralen Elementen ergibt. Dies ist der Grundriss einer Politik der freien Kooperation. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass dies eine Form der Veranschaulichung und Handhabarmachung ist, die Welt ist nicht notwendig in Fünfergruppen organisiert. Im Sinne dieser Veranschaulichung und Handhabarmachung lässt sich *nicht* sagen, dass jede der fünf "Politiken" als Ganze einen besonderen Bezug zu einer der fünf Ebenen von Herrschaft hat. Abwicklung ist, so gesehen, die Antwort auf den direkten Zwang, die Politik der Beziehungen ist die Antwort auf (und die Alternative für) strukturelle Unterordnung, Entfaltung sozialer

Fähigkeiten ist die Antwort auf Diskriminierung; die Politik der praktischen Demokratiekritik ist die Antwort auf die Kontrolle der Öffentlichkeit; *Organisierung* ist die Antwort auf Abhängigkeit.

Welche Rekonstruktion der Frage steht am Ende des ersten Teils? Auf die Frage: "Unter welchem Modell gesellschaftlicher Ordnung sind Freiheit und Gleichheit vereinbar?" lautet die Antwort zunächst: Unter jedem: es kommt nur darauf an, was man unter Freiheit und Gleichheit versteht. Wenn wir daraufhin die Frage aufwerfen: "Was sollen wir denn unter Freiheit und Gleichheit verstehen?"; lautet die Antwort: Frei und gleich sind wir in der freien Kooperation. Auf die Frage: "Welche gesellschaftliche Ordnung (im Sinne von institutionellem Regelsystem oder Verfassung) gewährleistet Freiheit und Gleichheit?" lautet die Antwort: keine bestimmte. Wenn wir daraufhin fragen, "Wie werden wir aber frei und gleich?" lautet die Antwort: durch die Politik der freien Kooperation, die wir in jeder vorgefundenen Form gesellschaftlicher Ordnung anwenden können, um diese Ordnung zu transformieren - ohne Modell, mit offenem Ende. Diese Antwort ist es, die in Teil III ausführlicher beschrieben ist.

Im Teil II wird zunächst der methodische Charakter der freien Kooperation näher geklärt und auf einige Einwände eingegangen, die gegen sie erhoben werden können. Ein Einwand soll allerdings hier schon aufgegriffen werden. Er lautet: Ist das nicht alles etwas dürftig? Ist freie Kooperation nicht ein etwas farbloses Versprechen? Wieder nur Konflikte, wieder kein fester Boden einer herrschaftssicheren Ordnung, wieder keine glückliche Einheit ohne Gegensätze und schmerzhaftes Missverständnis? Kein Formel "So müssen wir die Wohnung einrichten, Das ist natürlich eine Geschmacksfrage. Aber freie Kooperation ist nichts anderes als das, wovon die eingangs zitierten Zeilen von Tracy Chapman handeln. In der erzwungenen Kooperation sind wir ein Nichts. In der freien Kooperation "sind wir jemand". Nur dort. Nur so. Nirgends anders. Und das ist nichts Farbloses. (20)

so. Nirgends anders. Und das ist nichts Farbloses. (20)

Institut für Ökologie



Brauchen Sie Hilfe bei der Gründung von Umweltgruppen?

Oder bei konkreten Fachfragen?

Hilfe, Beratung und Seminare für BIs und Gruppen sind unser Thema.

Infopakete „Umweltschutz von unten“ gegen 3 Euro Briefmarken.
Internet-Portal:
www.projektwerkstatt.de

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/903283

Der wilde Dschungel der Kooperation

(1) Christoph Spehr hat eine postmoderne große Erzählung vorgelegt, eine Theorie der Freien Kooperation. Noch vor einigen Jahre hätte ich seinen Text schnell beiseite gelegt: zu unscharfe Begriffe, zu unanalytisch, zu unökonomisch. Heute erkenne ich, dass diese Schwäche auch seine Stärke ist, denn der Text vermag Menschen anzusprechen, die eher scharfe, analytische und ökonomisch begründete Texte beiseite legen. Er spricht auch mich an, denn ich bin das nicht, was ich als Form der Erkenntnis bevorzuge.

(2) Wir reden über die gleiche Welt in unterschiedlichen Sprachen. Diese Sprachen vermögen je unterschiedliche Dinge besonders und andere weniger gut sichtbar zu machen. Sie sind potenziell transformierbar, sicherlich in Grenzen. Hätte ich früher die Unterschiede und Defizite hervorgehoben, um die Schärfe und Stärke meiner eigenen Sprachwelt hervorzuheben, so kann ich heute die Gemeinsamkeiten herausholen und dadurch ein gemeinsames Lernen einleiten.

Wenigstens bei mir. Mir wird dabei klar, dass der alte, abgrenzende Modus strukturell dem Modus der warenproduzierenden Gesellschaft entspricht, in der sich der Einzelne stets auf Kosten anderer behauptet. Ein integrierender Modus hingegen guckt erst einmal auf die gemeinsame Schnittmenge, Er erfordert viel mehr Anstrengung, die Übersetzung zu leisten, weil beim Übersetzen das eigene Gedachte in einer anderen Weise herausgefordert wird, als in der bloße Abgrenzung. Von dort aus werden auch die Unterschiede und Defizite wesentlich deutlicher. Das ist der Modus einer Freien Gesellschaft, in der die Entfaltung des Anderen die Voraussetzung für je meine Entfaltung ist. Dazu später mehr. Zunächst ein wenig »Übersetzung«.

Kooperation

(3) Der Begriff »Kooperation« darf nicht normativ verstanden werden. Kooperation ist weder gut noch schlecht, Kooperation ist Kooperation. Was ist aber Kooperation? Kooperation ist eine bestimmte Form interpersonaler Aktivität. Nicht jede interpersonale Aktivität ist Kooperation (z.B. Sexualität). Kooperation nutzt und bezieht sich auf gesellschaftlich geschaffene Mittel und Strukturen. Beispiele: zusammen Abwaschen, zur Schule gehen, Lohnarbeiten gehen, alle uns knechtenden Verhältnisse umstürzen. Die Reichweite solcher Kooperationen ist unterschiedlich. Wo in (der Theorie der) Freien Kooperation Aufzählungen stehen – von der Beziehung zwischen Zweien bis zur gesamten Gesellschaft –, dort bringe ich eine qualitative Differenzierung an. Nicht alle Kooperationen sind selbstständig. Ich will deutlich machen, dass ich im Nichterkennen der qualitativen Unterschiede von personalen Kooperationen und der gesamtgesellschaftlichen Kooperation in der Theorie der Freien Kooperation den wesentlichen blinden Fleck erblicke.

(4) Die Freie Kooperation wendet sich zurecht gegen die verbreitete Vorstellung, Gesellschaft sei komplex, während eine Kooperation in kleinem Rahmen einfach sei. Jede Kooperation hat die ihr eigene Komplexität, danach kann man die unmittelbare Kooperation in der Küche und gesamtgesellschaftliche Kooperation in der Tat nicht unterscheiden. Daraus aber abzuleiten, alle Kooperationen seien im Sinne der Selbstständigkeit prinzipiell nicht unterschiedlich, ist kurzschlüssig. Den Unterschied zwi-

schen personaler und von anderen Kooperationen unterscheidet. Es ist der abstrakte Zusammenhang, in dem sich die konkreten kooperativen Zusammenschlüsse der Menschen bewegen. Oder wie Klaus Holzkamp es formuliert: »Wir müssen unterscheiden zwischen gesamtgesellschaftlicher Kooperation als Wesensbestimmung der menschlichen Lebensgewinnungsform überhaupt und Kooperationen auf Handlungsebene als interpersonalem Prozess zwischen Individuen.« (1983, 325)

(8) Es ist u.U. verwirrend, dass beides, der personale Zusammenschluss und der übergreifende und überdauernde Zusammenhang, als »Kooperation« bezeichnet werden. Wenn ich den Begriff der gesamtgesellschaftlichen Kooperation verwende, dann meine ich diesen abstrakten und sich eigengesetzlich reproduzierenden Zusammenhang der Gesellschaft. Demgegenüber bezeichne ich die konkreten personalen Zusammenschlüsse als personale Kooperationen oder schlicht auch nur als Kooperationen. Erkenntnistheoretisch handelt es sich hier folglich um zwei unterschiedliche analytische Bezugsebenen: um die gesellschaftstheoretische und die individualtheoretische Ebene.

Gesamtgesellschaftliche Kooperation

(9) Die gesamtgesellschaftliche Kooperation ist überindividuell andauernd. Sie ist nicht verhandelbar. Sie kann nicht verlassen werden, die je individuelle Beteiligung unterscheidet sich nur in ihrem Vermittlungsgrad. Der individuelle Ausstieg ist identisch mit dem Ende der eigenen Existenz – ein einseitiger, hoher »Preis«. Dies gilt genauso, wenn ich an die Stelle der Individuen personale Kooperationen setze. Das Ende gesamtgesellschaftlicher Kooperation ist identisch mit dem Ende der Menschheit.

(10) Die Unverhandelbarkeit gesamtgesellschaftlicher Kooperation hat für den Einzelnen einen eminenten Vorteil. Da sie überindividuell und überdauernd besteht, wird meine Existenz auch dann miterhalten, wenn ich mich an der gesamtgesellschaftlichen Kooperation nicht beteilige. Diese allgemeine Aussage ist nicht zu verwechseln mit dem konkreten, tausendfach realen Existenzzug. Der Existenzzug ist keine Eigenschaft gesamtgesellschaftlicher Kooperation überhaupt, sondern Ausfluss historisch konkreter gesellschaftlicher Kooperationsformen. Aus der prinzipiellen Eigenschaft, die je eigene Existenz bedingungsunabhängig erhalten zu können, leitet sich die grundsätzliche Möglichkeit ab, eine gesellschaftliche Form zu finden, in der die grundsätzliche Potenz gesellschaftlicher Kooperation auch konkret und für jeden Einzelnen wirksam entfaltet wird. Die Entfaltung aller Menschen ist also keine bloß utopische Idee, sondern genuine Potenz gesamtgesellschaftlicher Kooperation.



(11) Mir ist hier folgendes wichtig: Durch die Entkopplung eigener Existenz von der Beteiligung an gesamtgesellschaftlicher Kooperation verfügt der Mensch über eine unhintergehbare Möglichkeitsbeziehung zur Realität. Sein Handeln ist nicht festgelegt, er bewegt sich stets in Möglichkeitsräumen. Der Mensch kann Wollen. Das gilt auch für personale Kooperationen. Der Möglichkeitsraum wird ganz entscheidend durch die jeweilige gesellschaftliche Form bestimmt. Sie bildet das Medium, in dem wir uns bewegen: handelnd, denkend, fühlend. Dieses Medium nicht zu thematisieren in einer Theorie vom Handeln der Menschen, ist in etwa so blindfleckig wie über das Schwimmen zu theoretisieren, ohne über das Wasser zu sprechen. Die gesamtgesellschaftliche Kooperation ist das Wasser, in dem die personalen Kooperationen schwimmen – so sie das Schwimmen gelernt haben. Die Theorie der Freien Kooperation kann eine Theorie vom Schwimmen-lernen werden.

(12) Die Stärke der Theorie der Freien Kooperation ist, dass sie sich mit einem blinden Fleck anderer emanzipatorischer Theorien sehr ausführlich befasst: Sie spricht über die Sphäre des gesellschaftlich vermittelten Handelns, über den so schwierig thematisierbaren Vermittlungsraum zwischen dem Einzelnen, dem Individuum, und dem großen Ganzen, der Gesellschaft. Sie diskutiert den je konkreten Möglichkeitsraum, also all die Handlungsmöglichkeiten, über die ich verfüge auch ohne eine befreite Gesellschaft vorauszusetzen. Sie spielt heute und verweist nicht auf ein imaginiertes Morgen. Sie ist dabei weder normativ (»du sollst...«) noch moralisierend (»sei ein guter Mensch...«), sondern sie spricht über den Alltag, den ganz persönlichen und den emanzipatorischer Bewegung. Sie würde jedoch ein Mehr an Kraft gewinnen, redete sie auch über das Wasser, in dem sie schwimmt.

Der kybernetische Dschungel der Warenproduktion

(13) Die heutige gesamtgesellschaftliche Kooperation hat die Form einer Warenproduktion – auch bekannt unter dem Namen »Kapitalismus«. Das ist ein ziemlich hinterhältiges Konstrukt. Obwohl »eigentlich« die gesellschaftliche Kooperation jedem die Möglichkeit der freien Entfaltung bieten könnte, geschieht Entfaltung in der Warenproduktion auf Kosten Anderer. Ursache und Antrieb ist kein böser Wille, obwohl selbiger nicht selten auftritt, sondern ist die spezifische Eigengesetzlichkeit der Warenproduktion. Das Win-Loose-Prinzip ist dieser gesellschaftlichen Kooperationsform eingeschrieben. Das fiese ist: weil ich mein Leben nur mittels dieser Kooperationsform erhalten kann, muss ich sie gleichzeitig reproduzieren: »Wir nehmen unser Gefängnis überall hin mit, wohin wir auch gehen, in jedes konkrete Verhältnis. Und das Ausmaß, in dem wir in Wirklichkeit versklavt sind, ist weit totaler als das jeder antiken oder bürgerlichen Sklavenhaltergesellschaft vor uns« (S. 16).

(14) Produkte werden im Kapitalismus als Wertdinge hergestellt, denn im Tausch interessiert nicht ihre konkrete Sinnlichkeit, sondern nur ihr Wertsein. Das produktive Tun nimmt folglich die Gestalt abstrakter Arbeit an. Ware, Wert, Geld, Arbeit sind unsinnliche Abstrakta, die sich selbst organisierend bewegen, wobei jede Bewegungsrunde auf erweitertem Niveau stattfinden muss. Die Arbeitenden, gleich, ob als Funktionäre der Wert-Selbstbewegung oder als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, exekutieren die unerbittliche Eigenlogik dieser Form gesellschaftlicher Kooperati-

on in der Konkurrenz. Die Eigengesetzlichkeit ist nicht verhandelbar, und ob ich rausgehe, ist zwar meine Wahl, einen Einfluss auf die Gesetze der Kooperationsform habe ich damit jedoch nicht. Die Logik ist:

Ich behaupte mich nur dann, wenn sich andere nicht behaupten. Meine Durchsetzung erfolgt notwendig auf Kosten Anderer. Das gilt für Einzelne wie für personale Kooperationen. Was uns heute als Win-Win-Kooperationen präsentiert werden, sind in Wahrheit Win-Win-Loose Verhältnisse: Es gibt kann nicht nur Gewinner geben, es gibt immer auch Verlierer.

(15) Es ist der klassische Fall einer erzwungenen personalen Kooperation: »Herrschaft ist erzwungene soziale Kooperation. Die Kooperation ist erzwungen, weil die eine Seite sich nicht aus ihr lösen kann, weil sie nicht darüber bestimmen kann, was sie einbringt und unter welchen Bedingungen, weil sie keinen oder nur geringen Einfluss auf die Regeln der Kooperation hat.« (S. 16) Nur leider kann ich der gesamtgesellschaftlichen Zwangskooperation nicht entkommen. Es fehlt gewissermaßen der Adressat meines Widerstands: Der Ober-Erzwinger, der Meta-Herrscher, ist keine Person, sondern eine sich selbst reproduzierende und totalisierende »kybernetische Maschine« – und mit »Maschinen« ist schlecht zu verhandeln.

(16) Im kybernetischen Dschungel der Warenproduktion ist der wilde Dschungel der Freien Kooperation am Ende angelangt, weil es um die Wurst geht. Wie in keiner anderen historischen gesellschaftlichen Kooperationsform, ist hier die je individuelle Reproduktion mit der Reproduktion der totalitären Warenproduktion verkoppelt. Wenn ich »drin« bin, muss ich die Logik denkend und handelnd reproduzieren – oder ich bleibe nicht länger »drin«. Die Logik rückt mir auf den Pelz, ich muss sie alltäglich nachvollziehen, mitdenken, erfüllen, ausführen.

Sich auch nur denkend dort hinauszubegeben, ist schon ein heroischer Widerstandsakt. Viele verzweifeln vorher oder werden zynisch.

(17) Dennoch: Das Hinausbegeben ist möglich, teilweise, schrittweise, nicht nur denkend, sondern auch fühlend und handelnd. Es geht darum, die Möglichkeiten aufzumachen, um die je eigene und die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu erweitern – auch unterhalb der kompletten Änderung des totalitären Zusammenhangs kybernetischer Warenproduktion. Die Freie Kooperation stärkt einem dabei den Rücken.

Allgemein- und Partialinteressen

(18) Die Freie Kooperation beginnt hier und heute. Eine Kooperation muss sich jetzt als besser erweisen, es muss sich in und mit ihr besser leben als ohne sie, es muss sich »lohnen«: »Unter Gleichen definieren wir 'es lohnt sich' als: 'Diese Kooperation ist besser für mich als wenn ich sie nicht hätte'. Wir definieren 'es lohnt sich' nicht als: 'Diese Kooperation lohnt sich, weil ich dir weniger gebe als du mir'« (S. 14). Dennoch handelt es sich nicht einen »Tausch«, der etwa »gerecht« sein solle. Darum geht es nicht. Es geht nur darum, dass die Kooperation so beschaffen ist, dass sich niemand auf je meine Kosten durchsetzt. Ob das gelingt, ist Sache der Kooperation und der Vereinbarungen in ihr.

(19) Freie Kooperationen basieren auf gemeinsamen Eigeninteressen, während erzwungene Kooperationen in Partialinteressen gründen. Die Gemeinsamkeit in einer freien Kooperation entsteht nicht dadurch, dass alle die



gleichen Interessen verfolgen, sondern dadurch, dass sich die je eigenen Interessen in der Kooperation bewegen und entfalten lassen. Nicht die Übereinstimmung ist wichtig, sondern die Bewegung in der Unterschiedlichkeit. Damit das geht, müssen die 3 Kriterien freier Kooperationen erfüllt sein: »In einer freien Kooperation kann über alles verhandelt werden; es dürfen alle verhandeln; und es können alle verhandeln, weil sie es sich in ähnlicher Weise leisten können, ihren Einsatz in Frage zu stellen.« (S. 22).

(20) Die beiden Bewegungsmodi personaler kooperativer Zusammenschlüsse lassen sich noch schärfer formulieren: Freie Kooperationen sind solche, in denen die Entfaltung des Einzelnen die Entfaltung der Anderen erfordert. Erzwungene Kooperationen sind solche, in der Durchsetzung des Einzelnen auf Kosten der Anderen funktioniert. Auch dies ist wieder nicht normativ oder statisch zu verstehen, sondern als Grundtendenz ihrer jeweiligen Entwicklung. Die Theorie der Freien Kooperation als Theorie von der Überführung erzwungener in freie Kooperationen würde an Klarheit gewinnen, formulierte sie den hier zuge-spitzten Unterschied explizit.

(21) Ich will es noch ein Schritt weiterdenken: In erzwungenen Kooperationen werde ich mir selbst zum Feinde, denn der Andere bin ich, und das Durchsetzen-auf-Kosten-Anderer ist immer reziprok ein Durchsetzen auf meine Kosten. Das ist eine mögliche Erkenntnis, die ich in erzwungenen Kooperationen nicht zulassen kann, die ich personalisierend auf Andere schieben und verdrängen muss. Mit der Freien Kooperation als Alternative werden Handlungsoptionen sichtbar: Welche Regeln und Bedingungen kann, will und muss ich ändern, damit ich mich entfalten kann? Denn die Bedingungen sind es, die mir Entfaltung ermöglichen oder nicht. Welche Ausstiegssicherheit brauche ich, um Vertrauen in die Stabilität der Kooperation zu gewinnen? Denn nur die Kooperation, die ich ohne Beschädigung verlassen kann, will ich erhalten. Die Freie Kooperation lenkt den Blick auf Situationen und nicht auf Personen. Es ist eine Ermöglichungs- und keine Verhinderungsperspektive.

Die Grenzen der Freien Kooperation

(22) Die Theorie der Freien Kooperation beginnt heute. Weil sie das tut, bewegt sie sich notwendig in den Formen, die heute möglich sind. Sie greift zu Mitteln, die in dieser Gesellschaft funktionieren: Verhandlungen, Drohungen, Verweigerungen. Sie verwendet diese Mittel jedoch nicht, um eine Organisation im vorgeblichen Gesamtinteresse »stark zu machen«, sondern ihre Perspektive ist die des Individuums: Wie kann der Einzelne ermächtigt werden, zur Geltung zu kommen, wie kann er oder sie wieder »jemand sein« – »to be someone« – oder um es mit den Erfahrungen der Freien Software zu formulieren: Wie kann ich mich selbst entfalten? (vgl. dazu das Projekt Oekonux).

(23) Was die Gewerkschaft für das Kollektiv der abhängig Beschäftigten, ist die Freie Kooperation für den individuellen Menschen. Die warenproduzierende Gesellschaft, der übergreifende, unsere Freiheit verhindernde Zusammenhang, wird nicht überschritten. Es geht »nur« darum, den Einzelnen hier und heute handlungsfähiger zu machen, ihm oder ihr den Rücken zu stärken. Aber das ist unter den heutigen Bedingungen schon viel.

(24) Will die Freie Kooperation noch ein Mehr an revolutionärer Potenz gewinnen, will sie dem Vertrauen auf einen Prozess noch Ideen für einen Weg hinzufügen, muss sich sie die warenproduzierende Gesellschaft als unhintergehbare gesamtgesellschaftliche Zwangskooperation erkennen und gedanklich überschreiten. Der »freie Prozess« wäre sonst im Zweifel nur die Wiederholung des ewig Gleichen mit den postmodernen Mitteln der Freien Kooperation. Viele Fundamental-Kritiken betonen zurecht diesen Punkt.

(25) Die entscheidende Grenze – praktisch wie in der Theorie – ist die gesamtgesellschaftliche Kooperation in warenproduzierender Form, die als solche nicht in eine gesamtgesellschaftliche freie Kooperation überführbar ist. Sie ist nur als Ganzes aufhebbar, denn ihre Regeln sind nicht Ergebnis einer Verhandlung, sondern setzen sich gleichsam als zweite Natur hinter dem Rücken der Beteiligten durch. Die Tatsache des »hinter-dem-Rücken-Durchsetzens« muss als Ganzes zur Disposition gestellt werden. Eine gesamtgesellschaftliche freie Kooperation, eine freie Gesellschaft, wirft noch ganz andere Fragen auf, als dies personale Kooperationen unterhalb der gesamtgesellschaftlichen Ebene tun.

Der wilde Dschungel der Freiheit

(26) Die auf der Warenform basierende gesamtgesellschaftliche Kooperation, dieser sich selbst regulierende und reproduzierende und alles beherrschende Mechanismus, leistet in jedem Fall eines: Er vermittelt. Er stellt ein Medium bereit, in dem wir uns und den vermittelnden Zusammenhang dieser Form reproduzieren. Diese Form der Vergesellschaftung, so erzwungen und alles verschlingend sie auch sein mag, hat – wie jede überdauernde Vermittlungsform – eine individuell entlastende Funktion. Es ist gut, wenn sich Dinge auch ohne mein Mitdenken und Mitmachen hinter meinem Rücken fügen. Fatal an der »unsichtbaren Hand des Marktes« ist, dass sie Resultat eines entfremdeten, inhumanen Verwertungsprozesses ist, dass die Verwertung nur ihrer eigenen Logik, aber nicht meinen Bedürfnissen genügt.

(27) Die Warenform der gesellschaftlichen Kooperation aufzuheben, bedeutet Zerstörung und Bewahrung gleichzeitig. Zerstört werden muss die »subjektlose Herrschaft« der kybernetischen Verwertungsmaschine. Bewahrt werden muss die Funktion der entlastenden Vermittlung. Das ist »eigentlich« selbstverständlich, denn wie ich vorher darstellte, ist das ein Kennzeichen von Gesellschaft überhaupt. Dennoch ist es notwendig, sich das Selbstverständliche immer wieder klar zu machen, um die zunächst theoretisch zu beantwortende Frage klar formulieren zu können: Wie muss ein gesellschaftlicher Vermittlungsmechanismus beschaffen sein, der einerseits individuell entlastend, also selbstorganisierend ist, andererseits aber von den Menschen nach ihren Kriterien, Regeln und Bedürfnissen gesteuert wird?

(28) Diese Frage liest sich auf den ersten Blick wie ein nicht aufzulösender Widerspruch. Ist es nicht so, dass nur eine umfassende Kontrolle (gar durch je mich) gewährleistet, dass die Kriterien gesellschaftlicher Kooperation im Interesse der Menschen (also von je mir) erfüllt werden? Ist also gesamtgesellschaftliche Planung und zentrale Steuerung unumgebar? – Nein, das hat sich nicht nur als real gewesenes Experiment erledigt, sondern es widerspricht auch fundamental den Prinzipien freier Kooperati-



on: Jede zentrale Planung und Steuerung schafft sakrosankte Regeln, bedeutet Herumpfuschen in je meinem Leben.

(29) Ist es aber andererseits nicht so, dass jeder »sich selbstorganisierende Mechanismus«, sich irgendwann stets gegen die Menschen verselbstständigt? – Nein, das ist ein Kurzschluss. Das gilt nur für erzwungene Kooperationen, insbesondere natürlich für die der »subjektlosen Herrschaft« der warenproduzierenden Gesellschaft. Das gilt nicht für freie Kooperationen. Ich will zeigen, dass gerade hier die systemsprengende Kraft der Theorie Freier Kooperation liegen kann: Sie ermöglicht es, eine Vergesellschaftung jenseits von Ware, Wert, Geld, Markt und Staat zu denken.

Die freie Gesellschaft als freie gesamtgesellschaftliche Kooperation

(30) Ich hatte dargestellt, dass die Freie Kooperation auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene an eine unverhandelbare Grenze stößt. Im Kapitalismus ist dies die subjekt- und endlose Verwertung des Werts, die den »selbstreproduktiven Kern« der warenproduzierenden Gesellschaft ausmacht. Auch in einer freien Gesellschaft wird es – wie in jeder Gesellschaft – einen solchen »selbstreproduktiven Kern« geben, nur wird seine Dynamik anders beschaffen sein.

Die Fragen lauten nun also: Was kann ein solcher »selbstreproduktiver Kern« sein? Wie ist dann das Verhältnis der personalen Kooperationen zur dieser gesamtgesellschaftlichen Kooperation beschaffen?

(31) Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass durchaus auch personal-konkrete Vergesellschaftungsformen eine solche Dynamik konstituieren können. So war die »naturale Epoche« vor der Dominanz der warenproduzierenden Gesellschaften durch personale Abhängigkeitsverhältnisse bestimmt. Die Gesellschaft reproduzierte sich und ihre Herrschaftsformen über diese personalen Abhängigkeitsgeflechte. Diese waren durchaus sehr unterschiedlicher Gestalt: Sklaven/Sklavenhalter, Leibeigene/Feudale, Freie/Bürger etc. Davon unterscheidet sich qualitativ die Epoche abstrakter, »subjektloser Herrschaft« warenproduzierender Gesellschaften wie ich sie vorher beschrieben habe.

(32) Gewalt spielte in all diesen Formen der Vergesellschaftung eine zentrale »Vermittlungsrolle«, wobei die »Gewalt des Sachzwangs« z.B. der Märkte ungleich schwerer zu bekämpfen ist, als die Unterdrückung durch sinnlich erfahrbare Personen. So ist es kein Zufall, dass die personifizierende »Schuldzuweisung« mit all seinen rassistischen und auch antisemitischen Konnotationen in Gesellschaften »subjektloser Herrschaft« der gängige Modus der Konfliktaustragung ist.

(33) Für eine freie Gesellschaft ziehe ich daraus folgende Schlüsse:

- die gesamtgesellschaftliche Vermittlung ist personal-konkret strukturiert
- Träger der gesellschaftlichen Vermittlung ist die freie Kooperation
- Kern der freien Kooperation ist die Selbstentfaltung des konkreten einzelnen Menschen
- die je eigene Entfaltung hat die Entfaltung der Anderen zur Voraussetzung

– es ist je mein unmittelbares Eigeninteresse, die Entfaltungseinschränkung der Anderen zu verhindern

(34) Welche konkrete Ausprägungsform die Kooperationen haben, wie groß sie sind, wie sie ihre interne Struktur bilden, welche Regeln sie sich geben, wie sie sich mit anderen vernetzen – all das ist Sache der Kooperationen und der in ihnen tätigen Menschen. Die drei Prinzipien freier Kooperationen kommen erst in einer freien Gesellschaft voll zum Tragen, da erst hier die individuelle Existenz bedingungslos, also ohne Kopplung an eine zu erbringende Leistung erhalten wird.

Erst dadurch wird die je individuelle Entfaltung auch angstfrei möglich, erst dadurch können die je individuellen Potenzen zum Tragen kommen, erst dadurch gewinnen Konflikte ihre Eigenschaft als Anstoß zu neuen Entwicklungen zurück.

(35) »Wir brauchen keine utopische Gesellschaft, um damit anfangen zu können. In gewissem Sinne ist es egal, wo wir anfangen. Die Frage ist nur, wie weit wir gehen.« (S. 40) – und wo wir lang gehen!

Literatur

(36) Gruppe Gegenbilder (2000), Freie Menschen in freien Vereinbarungen, Saasen: Eigenverlag. Internet: <http://www.opentheory.org/gegenbilder>

(37) Holzkamp, Klaus (1993), Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M.: Campus.

(38) Projekt Oekonux, <http://www.oekonux.de>

Copyright (c) 2001 Stefan Meretz, Quelle: <http://www.opentheory.org/dschungel/v0002.phtml>.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.1 or any later version published by the Free Software Foundation (www.fsf.org); with no Invariant Sections, with no Front-Cover Texts, and with no Back-Cover Texts. A copy of the license is included in the section GNU Free Documentation License (www.opentheory.org/gfdl.phtml).

Institut für Ökologie



Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?

Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!

Infopaket „Umweltschutz von unten“
gegen 3 Euro Briefmarken.
Internet-Portal:
www.projektwerkstatt.de

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/903283

Alles Kooperation oder was?

Zum Autor: Ralf Krämer, Jg. 1960, ist Sozialwissenschaftler, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, 1994 bis 2000 Redaktionssekretär der linkssozialdemokratischen Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, 1999 Austritt aus der SPD, seit 2001 Mitglied der PDS. Zum Text: Dortmund, im August 2001, übersandt per Email auf der Hoppetosse-Mailingliste. Entgegnungen in kursiv von Jörg Bergstedt, Gruppe Gegenbilder (ebenfalls auf der Mailingliste verbreitet). Dokumentiert: www.projektwerkstatt.de/herrschaft.

Grundsätzliche Kritik

Der Text beinhaltet einige Grundannahmen, die nicht benannt werden, aber die Basis für alle Argumentationen sind. Auffällig sind:

– Staat sowie teilweise auch der Markt werden als nicht aufhebbar definiert, d.h. die Spehr'sche Idee der Freien Kooperation immer nur innerhalb der heutigen oder ähnlich wirkender Machtverhältnisse betrachtet. Das ist aber unsinnig, weil die Freie Kooperation eben genau die Aufhebung des Zwangs zur Kooperation voraussetzt – und damit auch die Nichtexistenz von marktformiger Reproduktion und von Staat.

– Jegliche anarchistische Idee oder Orientierung wird per se zurückgewiesen. Der Hinweis, etwas sei anarchistisch, gilt bereits als Argument.

– Aufgrund der Popularität von Christoph Spehr in der Debatte um Freie Kooperationen und Freie Vereinbarungen (die von Spehr und Umfeld auch selbst durch Nichtbeachtung anderer, ähnlicher Debatten erzeugt wird) geht auch Krämer nur auf die Vorlagen von Spehr ein, nicht aber auf längst laufende weitergehende Diskussionen (z.B. in den Oekonux-Kreisen) oder Diskussionen um ähnliche Ansätze, die aber weit mehr an der Praxis von Alltag und Widerstand entlang geführt und dort auch weiterentwickelt werden (z.B. Freie Menschen in Freien Vereinbarungen).

Dagegen werden Schwächen und Unvollständigkeiten im Konzept der Freien Kooperationen nicht angesprochen, die aber wichtig sind, u.a. des Unterschieds zwischen direkter Kommunikation und Kooperation sowie der indirekten, z.T. über große Entfernungen und ohne direkten Kontakt. Solche gesellschaftliche „Arbeits“teilung wird es weiterhin geben, wie eine Organisierung dieser Lebensverhältnisse von unten aussehen soll, beschreiben weder Spehr noch der Text von Ralf Krämer. Diese Aufgabe bleibt der weiteren Diskussion, Krämer jedoch greift die Idee der Freien Kooperationen dort an, wo sie funktionieren kann – und kommt deshalb nicht dazu, über mögliche Erweiterungen nachzudenken.

Übersicht über verschiedene Debattenstränge in der Herrschaftskritik und zu Visionen herrschaftsfreier Gesellschaft unter www.projektwerkstatt.de/herrschaft.

Christoph Spehr beansprucht mit seinem Text „Gleicher als Andere“ und der darin ausgeführten Konzeption der „Freien Kooperation“, zugleich eine Antwort auf die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gestellte Frage zu geben, unter welchen Bedingungen soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar sind. Dabei gesteht er ein, dass die

Frage dabei eine „Rekonstruktion“ erfährt (11 – die Zahlenangaben in Klammern beziehen sich auf die von der RLS herausgegebene Druckversion des Textes von Spehr): (1.) die Frage nach einem dazu geeigneten „gesellschaftlichen Ordnungssystem“ wird zurückgewiesen zugunsten einer Orientierung, in den verschiedensten Bereichen eine Politik „Freier Kooperation“ und der „Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten“ (28) zu betreiben; (2.) (politische) Freiheit und (soziale) Gleichheit überhaupt voneinander zu trennen – Bedingung für die Frage nach ihrem Verhältnis zueinander – wird zurückgewiesen mit der Position, „dass Freiheit und Gleichheit zusammenfallen in der Idee der freien Kooperation“ (11)

Ich will im Folgenden die Auffassung vertreten und begründen, dass Spehr damit nicht die Frage „rekonstruiert“, sondern dass er sie schlicht nicht beantwortet und sein ganzer Ansatz grundlegend nicht geeignet ist, eine Antwort auf die Frage zu geben. Die häufige Wiederholung der Behauptung, „freie Kooperation“ sei die Lösung der Frage, macht sie nicht wahrer. Als ein Vorzug von Spehrs Text wurde genannt, er sei zugespitzt formuliert und rege zu streitbarer Diskussion an. In diesem Sinne werde ich ihn ungeschminkt und streitbar kritisieren. Diese Auseinandersetzung ändert aus meiner Sicht nichts daran, dass es grundlegende Gemeinsamkeiten gibt in dem Bemühen, Herrschaft und Ausbeutung zu bekämpfen und diesen Zwecken dienende gesellschaftliche Strukturen zu überwinden. Vielen Fragen, Kritik und Orientierungen, die Spehr vorträgt, kann ich mich anschließen. Jegliche gesellschaftliche Ungleichheit muss legitimiert werden und gesellschaftlich zur Disposition gestellt werden können. Es gibt aber auch grundlegende Differenzen.

Freiheit und Gleichheit

Freiheit und Gleichheit müssen schon deswegen getrennt betrachtet werden, weil sie sich auf Unterschiedliches beziehen. Man kann davon sprechen, dass einzelne Menschen – in zu bestimmender Hinsicht – frei sind, aber nicht davon, dass einzelne Menschen – in welcher Hinsicht auch immer – gleich sind. Die Freiheit, um die es hier geht, ist ein Attribut von Personen – und wenn präziser von politischer Freiheit die Rede ist, von natürlichen und nicht von juristischen Personen. Die Freiheit der Subjekte besteht in den verschiedenen Möglichkeiten, die sie haben, zu handeln und ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Grenzen ihrer Freiheit liegen in natürlichen und materiellen, gesellschaftlichen oder psychischen Beschränkungen, denen sie dabei immer unterworfen sind. Die Gleichheit, um die es hier geht, ist dagegen ein bestimmter Typ der Beziehung zwischen Menschen – und wenn von sozialer Gleichheit die Rede ist, nicht nur rechtlich, sondern umfassender hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen und ?chancen. Die Erweiterung ihrer Freiheit ist den Menschen selbst ein unmittelbares Bedürfnis und sie haben

eigene Möglichkeiten, dazu tätig zu werden. Die Realisierung von Gleichheit, oder bescheidener: der Abbau gesellschaftlich bedingter Ungleichheit der Menschen, ist dagegen unmittelbar eine Frage gesellschaftlicher Gestaltung und kollektiven statt nur individuellen Handelns. SozialistInnen sollten sich dadurch auszeichnen, dass sie möglichst große und gleiche Freiheit für jede und jeden ermöglichen und also verhindern wollen, dass Einige ihre Interessen auf Kosten der Freiheit Anderer durchsetzen. Das spezifisch linke Prinzip politischer Gestaltung ist das der Gleichheit (vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links, Berlin 1994, insb. S. 83ff.).

Entgegnung: Emanzipation ist genau die Verknüpfung von Freiheit und Gleichheit – wobei beide Begriffe unglücklich sind, da sie auch anders verstanden werden können. Besser wäre: Selbstentfaltung und Gleichberechtigung (bzw. statt letzterem: Gleiche Möglichkeiten). Daß „Gleichheit“ das Spezifikum der Linken ist, zeugt von platter Politikanalyse des Autors. Tatsächlich sind die Liberalen vom Typ F.D.P. diejenigen, die die stärkste Neigung Richtung Freiheit des Stärkeren haben, während nach Rechts und Links deutliche Vereinheitlichungskonzeptionen zu sehen sind – zum einen das Völkische („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“), zum anderen das Kommunistische, daß in einigen Strömungen dem Völkischen wiederum recht nahe kommt (womit nicht ausgesagt ist, daß linke und rechte Strömungen auch in anderen Punkten ähnlich sind!). Hinzu kommt, daß in der realen Praxis gerade linke Gruppe elitäre Gesellschaftsmodelle favorisieren, da es ihnen selbst Vorteile verschafft.

Es geht also nicht um „spezifisch Linkes“, sondern um die Frage der Emanzipation – bemerkenswerterweise ein Begriff, der fast nirgends auftaucht in der Debatte.

Wären in einer Gesellschaft nur Individuen als relevante Subjekte im Spiel, könnte man formulieren, dass gesellschaftliche Gleichheit (und Solidarität für den Ausgleich und die gemeinsame Bewältigung nicht gesellschaftlich bedingter Nachteile) die notwendige, aber nicht hinreichende, Bedingung der größtmöglichen Freiheit jedes und jeder Einzelnen ist, weil damit Einschränkungen der Freiheit durch Herrschaft von Menschen über Menschen ausgeschlossen wären. In gewissem Sinne ist das der rationale Kern der von Spehr vorgetragenen Position. Allerdings wäre der spezifischere Begriff der politischen Freiheit dann gegenstandslos. Der spielt bei Spehr allerdings auch kaum eine Rolle, seine „Rekonstruktion“ unterschlägt die Spezifik der Frage und verallgemeinert sie zur Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit überhaupt (30).

Kapitalistische Herrschaft und Staat

Aber so einfach ist es nicht. Der reale Ausgangspunkt der Diskussion ist eine historisch entwickelte Gesellschaftsformation, die grundlegend durch soziale Ungleichheit und Herrschaft geprägt ist. Gesellschaftliche Subjekte sind nicht nur die Individuen, sondern auch Organisationen verschiedener Art, insb. auch Unternehmen, und der Staat. Auf diese kann sich die Forderung der Gleichheit nicht beziehen, deren Freiheiten und ihre Grenzen im Ver-

hältnis zueinander und insb. gegenüber den Individuen sind besonders zu betrachten und zu gestalten. Und ein wesentlicher Zweck des Staates ist, das Eigentum und die sonstigen rechtlichen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit der sozialen Ungleichheit zu gewährleisten. Die Forderungen nach politischer Freiheit und nach sozialer Gleichheit sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Bei der „politischen Freiheit“, von der in der Frage der Stiftung die Rede ist, geht es um die Frage der Freiheit der Menschen gegenüber Eingriffen des Staates in ihre politischen Handlungsmöglichkeiten und zur gemeinschaftlichen Gestaltung staatlicher Politik. Bedingung ist auch hier die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und als BürgerInnen in der Ausübung der demokratischen Volkssouveränität. Es geht nicht um die Freiheit der Herrschenden, sondern um Freiheit von politischer Herrschaft, die nicht demokratisch legitimiert und rechtstaatlich verfasst ist. Mehr noch: Wenn „politische Freiheit“ die Forderung gleicher tatsächlicher politischer Mitgestaltungschancen für jede und jeden beinhaltet, ist auch soziale Gleichheit oder zumindest eine enge Begrenzung sozialer Ungleichheit und die Gewährleistung sozialer Sicherheit eine notwendige Bedingung dafür. In dieser Weise radikal demokratisch verstandene politische Freiheit und soziale Gleichheit sind zusammengefasst in der Konzeption des demokratischen Sozialismus.

Entgegnung: Der Autor versucht hier, einen Rahmen zu definieren, in dem die Debatte gefälligst stattzufinden hat. „Es geht nicht ..., sondern ...“ soll die Diskussion kanalisieren auf eine Akzeptanz von Staat und Mehrheitsdemokratie. Das ist zwar verständlich angesichts dessen, daß der Autor immer Partei-Aktivist war und seine Karriere im System zu machen versuchte, es ist aber nicht sinnvoll, solche Begrenzungen vorzunehmen – um dann auch noch Vorschläge anderer daraufhin zu kritisieren, ob sie innerhalb dieses Zwangsrahmens funktionieren würden.

Nein: Freie Kooperationen und Freie Vereinbarungen funktionieren als Gesamtmodell nicht innerhalb einer Gesellschaftsform, wie sie Krämer als einzig zulässig hier definiert.

Wo liegt also überhaupt das angebliche Problem der Vereinbarkeit von sozialer Gleichheit und politischer Freiheit? Zum einen gibt es in der Geschichte der Linken und insb. des real existiert habenden Staatssozialismus reichlich Belege, dass politische Freiheit unter der Zielsetzung der Durchsetzung sozialer Gleichheit massiv eingeschränkt wurde, was sich nicht wiederholen darf. Mit dieser Geschichte und ihren Ursachen und den daraus für eine Konzeption des demokratischen Sozialismus zu ziehenden Konsequenzen ist eine konkrete Auseinandersetzung notwendig, was weder für Spehr noch hier das Thema ist. Sie beweist aber nur, dass das Streben nach sozialer Gleichheit mit politischer Unfreiheit verbunden sein kann, aber nicht dass das notwendiger Weise so ist. Und sie erfordert jedenfalls, dass die Linke die Frage der politischen Freiheit nicht als sekundär betrachtet, sondern für ihre umfassende Verwirklichung eintritt.



Politische oder wirtschaftliche Freiheit?

Das Hauptproblem besteht aber darin, unter „normalen“ Bedingungen, auf demokratischen Wege und ohne dass im Gefolge gesellschaftlicher Katastrophen die alte Herrschaft zerfallen ist und revolutionäre Kräfte die Macht an sich bringen konnten (und zu ihrer Erhaltung oft die politische Freiheit einschränken), gesellschaftliche Veränderungen in Richtung sozialer Gleichheit durchzusetzen. Die kapitalistische Gesellschafts- und staatliche Ordnung, in und gegenüber der diese Forderung erhoben wird, beruht auf massiver sozialer Ungleichheit und reproduziert sie ständig und produziert Interessen weiter Teile der Bevölkerung an ihrer Aufrechterhaltung. Eine Politik des Abbaus sozialer Ungleichheit muss mit ökonomischen Problemen und sozialen Widerständen rechnen, und die hier dominierenden gesellschaftlichen Kräfte und Interessen verfügen über vielfältige Ressourcen, eine solche Politik zu bekämpfen. Sie haben sogar oft genug gezeigt, dass sie eher die politische Freiheit abschaffen als die Durchsetzung sozialer Gleichheit zulassen werden.

Der Diskurs um das angebliche Problem der Vereinbarkeit von sozialer Gleichheit und politischer Freiheit hat primär die Funktion, unter Bezugnahme auf das unumstrittene Ziel der politischen Freiheit das Ziel der sozialen Gleichheit zu diskreditieren. Bei der Rede von der durch das Streben nach sozialer Gleichheit und Sozialismus angeblich gefährdeten politischen Freiheit handelt es sich zu meist um Etikettenschwindel, soweit dabei von politischer Freiheit die Rede ist und nicht nur allgemein von „Freiheit“. Tatsächlich gemeint ist jedenfalls im Kern die wirtschaftliche Freiheit von Individuen und Unternehmen gegenüber sozial oder ökologisch motivierten Eingriffen und Einschränkungen oder Aufhebung ihrer privaten Eigentumsrechte.

Entgegnung: Das ist schlicht eine Unterstellung. In der Idee der Freien Kooperation und der Freien Vereinbarungen gibt es gar keine Orientierung an Profit mehr – und mindestens bei letzteren auch kein Eigentum. Krämer projiziert hier die Spehr'schen Überlegungen wieder in sein Bild der einzig zulässigen Staatsform und guckt, ob die Freie Kooperation dort funktionieren kann. Das kann sie nicht – aber das sollte sie auch nie. Sie ist nie als konstruktiver Vorschlag für ein Herrschaftssystem der Marke Krämer (genannt: „Radikaldemokratie“ im Sinne des radikalen „Die Mehrheit entscheidet immer und geadenlos“) entwickelt worden.

Auch wenn (Neo-)Liberales behaupten, bedeuten aber solche Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit keineswegs Einschränkungen der politischen Freiheit oder überhaupt den „Weg in die Knechtschaft“ (Hayek). Sie sind vielfach wie gesagt im Gegenteil Bedingungen politischer Freiheit für alle. Ein Widerspruch besteht in Wirklichkeit zwischen wirtschaftlicher Freiheit auf der einen Seite und politischer Freiheit sowie sozialer Gleichheit auf der anderen Seite. Die tatsächlich relevanten Fragen wären die, (1.) welche Einschränkungen wirtschaftlicher Freiheit insb. großer Unternehmen und des Finanzkapitals notwendig sind, um politische und soziale Unfreiheit und Ungleichheit zumindest in Grenzen zu halten; (2.) wieweit diese Einschränkungen ökonomisch realisierbar und vertretbar sind und wie mit den dabei auftretenden Widersprüchen

umgegangen werden soll; und (3) wie die Unterstützung der Menschen für eine solche Politik gewonnen und sie durchgesetzt werden kann. Hier liegt die Hauptlinie der politischen Auseinandersetzung, die SozialistInnen offensiv annehmen und führen müssen. Die Perspektive muss eine demokratische und ökonomisch produktive sozialistische Gesellschaft sein, die die Grundlagen kapitalistischer sozialer (und damit auch politischer) Ungleichheit weitgehend überwindet.

Entgegnung: Erstens baut Krämer hier wieder den Zwangsrahmen auf, in dem die Debatte zu laufen hat („Die tatsächlich relevanten Fragen ...“ und „Die Perspektive muss eine demokratische ...“). Zudem tritt er als deutlicher Befürworter von Staat und Macht auf – ja nicht einmal die Macht von Unternehmen will er aufheben, sondern nur die „Freiheit insb. großer Unternehmen“ eventuell „einschränken“. Daß in solchen Gedankengängen die Idee der Freien Kooperation keine Chance hat, ist nicht verwunderlich.

Gesellschaft und Kooperation

Nun ist bei Spehr von all diesen Fragen wenig die Rede, und das betrachtet er als einen Vorzug seiner Auffassung. Von der anzustrebenden gesellschaftlichen Ordnung will er nicht reden. Aber erstens schwindelt er. Denn da die von ihm vorgeschlagene (Anti-)Politik auf die Überwindung aller wie auch immer „erzwungenen Kooperation“ und den Abbau aller Herrschaftsinstrumente zielt, ohne nach ihren Zwecken und dem Inhalt der damit durchgesetzten Politik zu fragen, der Staat aber wesentlich auf Zwang beruht, ist seine Perspektive eine anarchistische. Das finde ich nicht verwerflich, sondern nur politisch falsch und desorientierend.

Entgegnung: Abgesehen davon, daß die Kritik an etwas, weil es anarchistisch ist, keine Argumentation enthält, zeigt sich hier, was Krämer antreibt: Der Haß auf herrschaftsfreie Gesellschaftskonzeption, der historische Graben zwischen staatsfixierten SozialistInnen (sind ja nicht alle so ...) und Anarchismus bzw. herrschaftsfreien Konzeptionen.

Zweitens setzt er sich aber auch mit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und ihrem Staat nicht konkret auseinander. Er wählt zwar Beispiele und Ausgangspunkte aus der heutigen Zeit, aber er analysiert nicht, sondern nimmt sie nur als Illustration für eine pauschale Herrschaftskritik, die sich im Prinzip in der gleichen Weise gegen antike Sklavenhaltergesellschaften, den Staatssozialismus, den Kapitalismus oder auch patriarchalische Familienverhältnisse vortragen lässt. Herrschaftskritik ist in allen diesen Fällen notwendig, aber sie muss konkret sein und Ursachen und Bedingungen möglicher Veränderung aufzeigen. Dass in unangemessener Weise mit Begriffen wie Sklaverei, Sklavenarbeit und anderen hantiert wird, mag für Feuilleton und Propaganda Sinn machen, differenzierte Erkenntnis fördert es nicht. Auch die einleitende Geschichte mit den drei Bären mag unter literarischen Gesichtspunkten Sinn machen, aber in der Sache finde ich es reichlich problematisch, einen ganz offensichtlich auf das Eltern-Kind-Verhältnis gemünzten Text zu einem „typischen Stück demokratischer Propaganda“ mit ihrem „ganzen Grauen“ (5) zu verdrehen, zumal bei aller Kritik an ggf. autoritären Erziehungsmethoden das Eltern-Kind-Verhältnis gerade nicht in dieser Form als Unterdrückung



der Kinder interpretiert werden kann und auch wenig mit Demokratie zu tun hat.

Entgegnung: Wie in vielen linken Zusammenhängen üblich, zeigt auch Krämer beim Thema „Erwachsene – Kinder,“, daß ihm eine Analyse von Herrschaft völlig fremd ist und er das Unterdrückungsverhältnis daher nicht als solches erkennen kann. Hier wie im Verhältnis zum Staat (was ja eine Meta-Ebene des Eltern-Kind-Verhältnisses darstellt!) glaubt er an die guten Eltern bzw. den guten Staat, wo dann die Herrschaft o.k. ist, wenn die jeweils Herrschenden bzw. das Systems nett ist und das Richtige will. Daß aber Herrschaft immer bedeutet, daß Konkurrenz vereinfacht und damit verschärft wird, blendet er aus – auf der direkten Ebene (Eltern-Kind) wie auf der gesellschaftlichen (Staat-Menschen).

Aber das Problem des Textes von Spehr geht noch tiefer. Seiner ganzen Konzeption der „Freien Kooperation“ liegt eine völlig unangemessene Vorstellung von Gesellschaft überhaupt zu Grunde. Spehr reduziert Gesellschaft auf Kooperationen, also bewusst eingegangene – und aufkündbare – interpersonale Interaktionen und Beziehungen. Was den gesellschaftlichen Lebensprozess der Menschen und Gesellschaft als System mit eigenen emergenten Zusammenhängen und Entwicklungslogiken ausmacht und Menschen und ihre Existenzbedingungen und Tätigkeiten grundlegend prägt, wird von ihm nur betrachtet unter dem Aspekt davon für die Individuen ausgehender Zwänge, die es zu beseitigen gelte. Davon ausgehend kommt er auf seine Utopie „Freier Kooperation“, in der die „Verteilung von Verfügungsgewalt, Besitz, Arbeit und die überkommenen Regeln (...) vollständig zur Disposition stehen, (...) jederzeit“ (23), und ebenso die Beteiligung der Menschen an all ihren „Kooperationen“ (ebd. und 11). Selbstverständlich ist das durchaus ein Gesellschaftsbild, wenn auch kein konkretes Modell. Vor allem aber ist es absurd, illusorisch, weil es von wesentlichen Bestimmungen wirklicher und möglicher Gesellschaften überhaupt abstrahiert.

Gesellschaft als besonderes System

Spehr vertritt seine Sicht durchaus explizit, z.B. wenn er die besondere Qualität und Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse mit dem Hinweis bestreitet, jede soziale Kooperation (und jeder einzelne Mensch) sei selbst ebenso komplex, und dies mit der „Selbstähnlichkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen“ begründet (40). Aber eine solche Verwendung von Versatzstücken aus der Theorie der Selbstorganisation dynamischer Systeme bzw. Chaostheorie mag zwar den Zeitgeist ansprechen, ist aber in der Sache völlig unangemessen.

Sicher können sowohl einzelne Zellen als auch komplexe vielzellige Organismen wie Menschen als auch Gesellschaften abstrakt als komplexe, selbstreproduzierende dynamische Systeme fern vom thermodynamischen Gleichgewicht betrachtet werden, die in der Tat bestimmte Analogien in ihrer funktionalen Differenzierung aufweisen und alle nie völlig von außen steuerbar sind. Aber genauso wenig, wie man deswegen das Funktionieren eines menschlichen Organismus darauf reduzieren und damit erklären kann, dass darin viele einzelne menschliche Zellen

in Wechselwirkung miteinander stehen, ohne über die Gestalt des menschlichen Körpers insgesamt, seine Gewebe, Organe und Organsysteme und ihr Zusammenwirken und ihre nervöse und hormonelle Steuerung zu sprechen, kann man Gesellschaften darauf reduzieren und damit erklären, dass darin viele einzelne Menschen miteinander in irgend welche Kooperationen treten. Und die Wechselwirkung zwischen z.B. Staat und Wirtschaft ist genauso „selbstähnlich“ mit der Wechselwirkung zwischen zwei Individuen in der Küche wie die Wechselwirkung zwischen Gehirn und Herz mit der zwischen verschiedenen Zellen im Verdauungstrakt. Das erklärt überhaupt nichts und vermittelt keine angemessenen Handlungsorientierungen.

Entgegnung: Krämers Kritik geht auch hier davon aus, daß Staat und Markt weiter existieren.

Das heißt nun keinesfalls, dass Individuen in Gesellschaften wie Zellen in Organismen zu betrachten wären, insb. haben wir es in Gesellschaften mit bewussten und mit einer wesentlich größeren Autonomie ausgestatteten Individuen zu tun, die auch nicht ein für alle Mal auf bestimmte Funktionen und Tätigkeitstypen im Gesamtsystem festgelegt sind, soziale Systeme haben spezifische Funktionsweisen und auch die Struktur von Gesellschaften insgesamt ist veränderbar – es geht ja gerade um die Berücksichtigung dieser Spezifik. Aber Gesellschaften bleiben dabei immer Systeme und die Autonomie der Individuen immer relativ. Gesellschaft als System ist auch nicht einfach zu begreifen als „Geflecht von Kooperationen, die ihrerseits größere Kooperationen bilden“ (63) (genauso wenig wie ein Organismus, indem man ihn als Geflecht von Geweben, die ihrerseits größere Gewebe bilden, betrachtet). Wenn man da so herangeht, wundert nicht mehr, dass bei Spehr zwischen den unterschiedlichsten Gesellschaftsformationen der letzten paar tausend Jahre anscheinend keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen, die Auswirkungen auf das (anti-)politische Herangehen an sie haben müssten, sind sie doch alle irgendwie durch Herrschaft geprägt.

Entgegnung: Zwar sagt Krämer nicht explizit aus, daß Gesellschaft wie ein Organismus funktioniert, aber der ständige Vergleich läßt das erahnen. Das Bild der Gesellschaft als Organismus ist eine typisch rechte Metapher. Sie ist mindestens biologisch (verschiedene sog. „Geschlechter“, „Rassen“ usw. erfüllen jeweils zu ihnen passende, in Wirklichkeit ihnen zugewiesene Aufgaben), in der Regel aber sogar faschistisch verfaßt (auch sozial kategorisiert, verbunden mit weitreichenden Durchsetzungsstrategien und Wertigkeiten von den Führungs„rassen“ bis zum unwerten Leben). Warum Krämer diese faschistischen Gesellschaftsbilder hier frei in seine Argumentation einbaut, bleibt unklar.

Wenn man Gesellschaften begreifen will, muss man sie als strukturiertes Gesamtsystem betrachten, muss die Organisation und Funktionsweisen der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche oder Subsysteme wie Wirtschaft bzw. Unternehmen, Staat, Haushalte und Familien, Finanzsystem, Öffentlichkeit und Medien, sonstige Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft usw. und ihre Wechselwirkung miteinander sowie ihre internationale Einbindung analysieren. Man muss die Bedeutung in-



ternalisierter gesellschaftlicher Normen, Regeln und Wertorientierungen, von Steuerungsmedien wie Recht und Geld, die Rolle unmittelbaren Zwangs und sozialer Abhängigkeit bzw. des „stummen Zwangs der Verhältnisse“ (Marx), aber auch gesellschaftlicher Diskurse und der Herstellung von Konsensen konkret untersuchen. Man muss sich für die hiesigen Verhältnisse klar sein über den zentralen Stellenwert der kapitalistischen Wertvergesellschaftung und die darauf aufbauende gesellschaftsprägende Dynamik, man kann nicht von der grundlegenden Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen verschiedener Klassen und Gruppen von Menschen abstrahieren und von den Interessenwidersprüchen und Auseinandersetzungen, die die Gesellschaft durchziehen.

Gesellschaft und Individuum

Man kann die Tätigkeiten und Interaktionen der Menschen nicht begreifen als bloß subjektive. Man muss sich darüber klar sein, (1.) dass von bzw. auf Ebene der Gesellschaft materielle, soziale, kulturelle, politische etc. Bedingungen gesetzt werden, die die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen weitgehend bestimmen; (2.) dass die Auswirkungen der Tätigkeiten und sozialen Prozesse weit über diejenigen Subjekte hinausreichen, die an den jeweiligen „Kooperationen“ beteiligt sind, sei es über den gesellschaftlichen Zusammenhang des Austausches der Produkte, sei es über Systemzusammenhänge etwa finanzieller Art, sei es über ökologische Folgen oder andere externe Effekte; (3.) dass das Bewusstsein der Menschen in so einem umfassenden Sinne gesellschaftlich geformt ist, dass Marx sagen konnte, dass „das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (MEW 3, S. 6) ist, und (4.) dass von der Gesellschaft Anforderungen an die Individuen ausgehen, in bestimmter Weise tätig zu werden, und dass die Gesellschaft Mechanismen aufweist, die bewirken, dass diesen Anforderungen genüge getan wird, dass also Menschen in dieser Weise tätig werden. Was diese Menschen sich dabei im Einzelnen denken oder sonst noch tun, und welche Menschen das im Einzelnen sind und wie genau sie es tun, und dass es auch Menschen gibt, die in verschiedener Weise nicht mitmachen, ändert nichts daran, dass es läuft. Man muss die menschlichen Tätigkeiten und Interaktionen also auch als Systemprozesse der Gesellschaft betrachten.

Die Einbindung in den gesellschaftlichen Lebensprozess ist die notwendige Bedingung des Lebensprozesses der Individuen. Die Menschen können zwar aus einzelnen „Kooperationen“ aussteigen, „den Baum wechseln“ (23), aber das hat seine Grenzen, man kann nicht aus der Gesellschaft aussteigen. Aus der Perspektive der Einzelnen erfordert es, dass andere Bäume zur Verfügung stehen, und wenn die auch nicht besser sind, ist nicht viel gewonnen. „Sein eigenes Ding zu machen“ (23) ist häufig die noch schlechtere Alternative, und auch das macht niemand außerhalb der Gesellschaft. Was Spehr als „Ausnahme“ formuliert, dass „es für den Betreffenden keine vergleichbare und vertretbare Alternative“ (54) gibt, ist ein regelmäßiges Problem in vielen Lebenslagen sehr vieler Menschen. Und wenn die Gesellschaft nicht für diese Fälle Vorkehrungen trifft, die die Form von Ansprüchen der Menschen gegenüber der Gesellschaft haben und Verpflichtungen für andere Menschen implizieren, damit diese Ansprüche eingelöst werden können, sehen die Betrof-

fenden ggf. sehr schlecht aus. Spehr schreibt: „Wir können uns nicht aussuchen, welche Flüchtlinge wir in unsere Gesellschaft aufnehmen.“ (54) Aber in Wirklichkeit können und tun „wir“ das sehr wohl, und genauso könnten „wir“ Erwerbsunfähige, Obdachlose oder Pflegebedürftige innerhalb unserer Gesellschaft zugrunde gehen lassen. Und ohne gesellschaftliche Regelungen, die das verhindern sollen, würde es tatsächlich massenweise geschehen, und es geschieht in vielen Regionen der Welt.

Entgegnung: Weder Staat noch die Individuen sind abtrennbar die VerursacherInnen von Rassismus oder anderen Diskriminierungen. Diskursive Herrschaft durchzieht alles, d.h. viele Menschen tragen den Rassismus in den Alltag und handeln dort rassistisch, der Staat aber ist nicht derjenige, der sie zügelt, sondern er setzt alles auf seine Art um: Rassistische Schulbücher, Abschiebung, Einwanderungsgesetze usw. Insgesamt vertritt Krämer hier die These von den bösen Menschen, die durch den Staat zu guten werden. Herrschaftstheoretisch ist das Unsinn, weil Herrschaft gerade konkurrierendes (und dazu gehört diskriminierendes) Verhalten vereinfacht und damit steigert statt verhindert oder auch nur vermindert. Zum anderen sind die jeweils Herrschenden auch Menschen, so daß die Hoffnung, daß sie sich als Herrschende nicht konkurrierend verhalten, bereits jeder logischen Analyse nicht standhält.

Aus der Perspektive der Gesellschaft ist erforderlich, dass die Individuen ihren Beitrag leisten, den gesellschaftlichen Lebensprozess, Produktion und Reproduktion am Laufen zu halten. Nicht jedes Individuum, und es ist offen, wer welchen Beitrag und wie, aber im Prinzip ist diese Bedingung grundlegend. Je produktiver und reibungsloser der Reproduktionsprozess läuft, desto größer können die Spielräume und Freiheiten der Individuen sein (real sind sie im Kapitalismus für die meisten Menschen viel kleiner, als es vom Produktivkraftniveau her möglich wäre). Dies bedeutet, dass die Existenz und Funktionsfähigkeit gesellschaftlicher Systemzusammenhänge, Mechanismen und Regeln, die die dazu notwendigen Beiträge der Individuen gewährleisten und eine Übereinstimmung zwischen subjektiven Tätigkeiten und Systemerfordernissen bewirken, zugleich notwendige Bedingungen größtmöglicher Freiheit der Individuen selbst sind. Die Frage kann nicht sein, ob es solche Mechanismen gibt, sondern nur, welche und wie die gestaltet sind, um maximale Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen. Diese sind wohlgerne nicht von irgendeiner Autorität festzusetzen, sondern sollen soweit möglich aus offenen und demokratischen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen der Gesellschaft insgesamt hervorgehen.

Entgegnung: Hier wird offensiv die Anerkennung von Staat und Herrschaft eingefordert. Es kann nicht darum gehen, Herrschaftsfreiheit anzustreben, sondern darum, sie richtig zu gestalten. Damit führt Krämer schlicht eine andere Debatte. Das ist legitim, auch wenn klar sein sollte, daß es wenig Gemeinsamkeit gibt zwischen der Forderung nach einer anderen Herrschaft bzw. anderen Herrschenden und der Abschaffung von Herrschaft – vor alle muß befürchtet werden, daß es Menschen wie Krämer sein werden, die dann, wenn sie an der Macht sind, all diejenigen, die von Herrschaftsfreiheit träumen, gnadenlos verfolgen werden wie die jetzt Herrschenden auch.



Was überrascht, ist daß Krämer das alles gar nicht klar ist. Der Versuch, ein Konzept für eine herrschaftsfreie Gesellschaft auf Funktionsfähigkeit innerhalb des von ihm beschriebenen Herrschaftssystems zu überprüfen, konnte nicht anders ausgehen. Was Krämer versucht hat, ist die Überprüfung, ob Mensch mit Fußbällen Skat spielen kann ...

Regeln und Institutionen

Spehr betrachtet als „Realität: dass wir Sklaven sind. Verfügbar. Regeln und Kontrollen unterworfen, denen wir uns nicht entziehen und über die wir nicht bestimmen können. Den ganzen Tag, mit all unseren Empfindungen und Fähigkeiten; bis ans Ende unserer Tage und bis in die siebte Generation. (...) Fast alles ist erzwungene Kooperation.“ (17) Indem er gesellschaftliche Regeln und Normen pauschal als Medien von Herrschaft und Unterdrückung behandelt, verschleiert und vergibt er, was eigentlich nötig wäre, nämlich konkret diejenigen herrschenden gesellschaftlichen Normen und Institutionen zu kritisieren, die und insoweit sie tatsächlich unter dem Deckmantel der Neutralität und Allgemeingültigkeit soziale Herrschaft und Diskriminierung exekutieren und der Artikulation sozialer Abgrenzung der Oberen von den Unteren in der Gesellschaft dienen. Da gäbe es wahrlich reichlich zu kritisieren und zu verändern und Diskussionsbedarf, wie dabei die Prioritäten zu setzen sind.

Aber indem Spehr in dieser Weise undifferenziert vorgeht, gewinnt sein Ansatz Züge pubertärer Rebellion gegen „die Gesellschaft“ überhaupt und wird illusionär. Denn auch jede zukünftig mögliche Gesellschaft wird wie alle bisherigen auf einer Vielzahl zunächst fraglos vorausgesetzter und z.T. sozusagen schon „mit der Muttermilch eingesogener“ Regeln beruhen. Dabei geht es nicht nur um die etwa in Gesetzen und Verträgen formalisierten Regelungen, sondern auch um alltägliche Verhaltensmuster, Einstellungen, Bedeutungszuweisungen, die Sprache etc. Ungeachtet auch meiner persönlichen Neigung, Regeln, die ich nicht einsehe, in Frage zu stellen, sollte man sich klar sein, dass wir ständig sozusagen in jeder Minute eine Vielzahl von Regeln befolgen (die sich durchaus den verschiedenen nationalen Gesellschaften, aber auch z.T. zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus innerhalb einer Gesellschaft unterscheiden), und dass soziales Leben anders gar nicht funktionieren kann. Institutionen, Habitus, Mentalitäten etc. sind nicht einfach willkürlich zu ändern, sondern soziale Realitäten, die sich die Einzelnen nicht aussuchen können, sondern die sozusagen sozial vererbt werden und die sich zumeist gesellschaftlich auch nur sehr langsam, im Verlaufe von Generationen, verändern.

Und auch in Bezug auf formalisierte Regeln, konkret v.a. Gesetze, kann man nicht jederzeit alles in Frage stellen, sondern kann es immer nur darum gehen, bestimmte sich als besonders problematisch erweisende Regeln zu kritisieren und zu ändern. Wobei dann neue Regeln heraus kommen, die später Andere vielleicht auch wieder ändern werden. Und es wird dabei normalerweise notwendig sein, auch für das Ändern der Regeln wiederum Regeln zu beachten, die selbstverständlich auch wiederum der Veränderung zugänglich sein müssen. Regeln sind in weiten Bereichen nicht (oder nicht nur) Medium von Herrschaft, sondern unabdingbare Voraussetzung für einigermaßen reibungsloses gesellschaftliches Leben, wo es anderes zu tun gibt als ständig über alles Mögliche zu verhandeln,

wo es häufig überaus sinnvoll ist, dass sich möglichst alle an die Regeln halten, auch wenn sie ihnen nicht passen, von der Rechtschreibung über die Straßenverkehrsordnung und die Kleinf Feuerungsanlagenverordnung (die den zulässigen Schadstoffausstoß von Heizungsanlagen begrenzt) bis zum Eigentumsrecht (trotz der in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung damit verbundenen und zu kritisierenden Funktion der Herrschaftssicherung).

Entgegnung: Demokratie- und Herrschaftseuphorie, die kaum noch unterscheidbar ist von der aktuellen Demokratie-Modernisierungsdebatte. Fehlen eigentlich nur noch die Begriffe „nachhaltig“ und „demokratisch“.

Gesellschaftliche Produktion und Arbeitsteilung

Gesellschaften sind insb. davon geprägt, dass und wie sie ihre Produktion und den Austausch der Produkte und Dienstleistungen organisieren. Der gesellschaftliche Zusammenhang und die gesellschaftliche Regulierung dieser Prozesse sind grundlegend für die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung insgesamt. Dies lässt sich nicht als ein Komplex kleinerer und größerer Kooperationen begreifen, schon weil dies den falschen Eindruck ihrer prinzipiellen Gleichartigkeit und Auswechselbarkeit erweckt. Gesellschaftliche Produktion auf entwickeltem Niveau bedeutet aber im Kern hoch entfaltete Arbeitsteilung, innerhalb einzelner Betriebe und Produktionsprozesse, zwischen verschiedenen Betrieben, zwischen verschiedenen Branchen und zwischen verschiedenen Regionen und Ländern und in all diesem zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen mit sehr unterschiedlichen Qualifikationen, Möglichkeiten und Neigungen.

Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung ist flexibel und die Einzelnen sind es auch, können ihre konkrete Arbeit wechseln, etwas Neues lernen, andere Funktionen übernehmen. Aber diese Veränderungen sind nicht beliebig, weder für die Individuen noch für die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Das gesamte Ensemble der in der Gesellschaft ge- und verbrauchten Produkte und Dienstleistungen muss produziert oder im Austausch erworben werden können, die Produkte müssen so verteilt und konsumiert werden, dass dieser Prozess und seine subjektiven wie objektiven Bedingungen dabei beständig reproduziert werden, und die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit als hauptsächliche Grundlage des erreichten Niveaus der Bedürfnisbefriedigung sollte dabei gehalten und möglichst weiter gesteigert werden.

Das bestehende System der Produktionsverhältnisse gewährleistet dies mittels der Mechanismen des Marktes und des Finanzsystems, staatlicher Rahmensetzung, Regulierung und Umverteilung, sozialer Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen usw.. Die Betrachtung von Tätigkeiten als Systemprozesse heißt hier ganz konkret: wenn es ein gesellschaftliches Bedürfnis (im Sinne der Marx'schen Analyse, nicht von außer herangetragenem moralischer Kriterien) an irgendeiner Produktion gibt, wird dafür bezahlt, und zwar soviel, dass sich die Leute finden, die die entsprechende Arbeit machen. Das verläuft in spezifisch kapitalistischer Weise mit den entsprechenden ökonomischen, sozialen, kulturellen, psychischen, ökologischen und politischen Problemen, Widersprüchen und Krisen, aber es funktioniert.



Ein alternatives System der Produktionsverhältnisse, das die genannten Probleme und Krisen vermeiden oder jedenfalls erheblich mindern soll, muss auch funktionieren, und es wird dabei auf viele der genannten Mechanismen nicht verzichten können. Es ist nicht möglich, dafür am Reißbrett ein fertiges Modell zu entwerfen, das dann umzusetzen wäre, aber ebenso wenig wird es sich einfach irgendwie ergeben aus einer (Anti-)Politik der „Freien Kooperation“, wie sie Spehr vorstellt, die sich um diesen Gesamtzusammenhang gar nicht kümmert. Auch das gegenwärtige System funktioniert ja nicht nur aufgrund spontan wirkender Mechanismen, sondern erfordert vielfältige durchaus bewusst durchgesetzte Rahmensetzungen und Eingriffe (durch den Staat, Tarifverträge usw.).

Demokratisierung

Eine bessere Alternative – ich nenn sie mal Sozialismus – kann nicht schlicht auf „Freie Kooperation“ setzen, sondern erfordert demokratische Planung und Steuerung, die auf gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen über die Entwicklungsziele, Prioritäten und Beschränkungen von Produktion und Konsumtion beruht. Um das Zerrbild einer widerspruchsfrei „wundervoll funktionierenden gesellschaftlichen Maschine“ (26), das Spehr dagegen ins Feld führt, geht es dabei überhaupt nicht. Wohl aber um Demokratisierung, die als „Anspruch anderer, im eigenen Leben herumzupfuschen“ (26) zu diskreditieren in Anbetracht der teils gravierenden negativen Betroffenheit anderer Menschen von vielen Tätigkeiten, die häufig den Subjekten gar nicht auffallen oder sie nicht interessieren, nur als ignorant bezeichnet werden.

Diese gesamte Problematik wird von Spehr weitgehend übergangen, da sie den Horizont der „Freien Kooperation“ überschreitet und in Frage stellt. Auch die von ihm diskutierte Putzfrauenproblematik (14ff.) kann nicht angemessen nur auf der Ebene der unmittelbar Beteiligten diskutiert werden. Es gibt dafür gesellschaftliche Hintergründe, die mit dem Interesse der Gesellschaft zu tun haben, dass qualifizierte Arbeitskräfte überwiegend zu entsprechenden Tätigkeiten eingesetzt werden und nicht für Putzen und andere Tätigkeiten, die andere auch oder sogar besser machen können. Dieses Interesse zu negieren, würde bedeuten, auf die Produktivitätsvorteile der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu verzichten und die Investitionen sowohl der Gesellschaft wie der Einzelnen in ihre Qualifikationen zu entwerten. Man muss diskutieren, wie diese Arbeitsteilung sozial zu gestalten ist (und im Einzelnen, aber nicht pauschal auch, wo darauf verzichtet werden sollte). Zu diskutieren wären die Interessen und gesellschaftlichen Diskriminierungen, Regulierungen und Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die dazu führen, dass z.B. Putzdienstleistungen überwiegend in sozial ungeschützter, persönlich abhängiger und unterbezahlter Form verrichtet werden anstatt wie ein großer Teil der industriellen Arbeit hierzulande bei akzeptabler Bezahlung und sozialer Absicherung usw. organisiert werden.

Entgegnung: Hier befürwortet Krämer die erzwungene Kooperation. In seinem Gedankenmodell schwingt eine Regierungsinstanz oder irgendein anderes Entscheidungsgremium mit, daß Menschen einteilt (damit keine Ressourcen an hoher Qualifikation verschwendet werden!). Die Idee des Organismus blitzt erneut durch und Krämer dockt an rechte Ideologien an. Daß erzwungene Kooperation dann gut

sein soll, wenn sie besser bezahlt und abgesichert ist, zeugt von einer grundkapitalistischen Ausrichtung. Wenn der finanzielle Ertrag stimmt, soll mensch glücklich sein ...

Mit Kritik und Appellen an die unmittelbar Beteiligten, sich an „unfreien Kooperationen“ einfach nicht mehr zu beteiligen, kommt man nicht weit, wenn man diese Verhältnisse ändern will. Es müssen zugleich die Rahmenbedingungen geändert werden. Dazu gehören veränderte Regeln (nicht der schlichte Wegfall der bisherigen Regeln), die es überhaupt erst ermöglichen, dass alle Beteiligten ihre Interessen angemessen zur Geltung bringen können. Man braucht also eine veränderte Politik des Staates und anderer Institutionen, mit deren Hilfe solche Regeln zu entwickeln und durchzusetzen wären, und man braucht entsprechende politische Kräfte, konkrete Konzeptionen und Strategien, die sich darauf orientieren. Das gilt erst recht, wenn nicht nur Bedingungen „freier Kooperation“ durchgesetzt werden sollen, sondern auch die Bedürfnisse derjenigen angemessen berücksichtigt und nicht den Unsicherheiten persönlicher Beziehungen überlassen werden sollen, die sich an produktiven „Kooperationen“ nicht (mehr) beteiligen können, weil sie zu jung, zu alt, krank oder behindert sind oder sich aus anderen Gründen dazu nicht in der Lage sehen.

Vereinbarungen und Verträge

Die Ignoranz gegenüber den realen ökonomischen und sozialen Fragen zeigt sich noch klarer da, wo es mal konkreter wird. Im allgemeinen Teil wird postuliert, „freie Kooperation“ vollziehe sich „nicht in Form einklagbarer Verträge, sondern in Form von Vereinbarung, die jederzeit zur Disposition gestellt werden können“ (25). Entwickelte gesellschaftliche Produktion beruht aber darauf, dass eine Vielzahl an Arbeitsprozessen an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten verlässlich ineinander greifen, also die Kooperation nicht zwischendurch zur Disposition gestellt werden kann. Auch im Einzelnen beruhen die meisten Produktionen darauf, dass die Zeitpunkte von Leistung und Gegenleistung auseinanderfallen (vom ganzen Kreditsystem zu schweigen), und das läuft nicht auf Basis unverbindlicher Absprachen, die jederzeit einseitig zur Disposition gestellt werden können, sondern nur bei einklagbaren und sanktionierten Verträgen.

Später wird dann positiv als reale Bestrebung in Richtung „freier Kooperation“ gewürdigt, wenn Entwicklungsländer „langfristige Verträge, Absatzgarantien oder Ausfallgarantien verlangen“ (53). Die Würdigung ist sinnvoll, steht aber offenbar in Widerspruch zum allgemein formulierten Prinzip. Abgesehen von diesem punktuellen Einbruch der Realität in die Utopie ist der Abschnitt über Märkte (52f.), die als „Dachkooperationen“ betrachtet werden, in weiten Teilen von theoretischer und begrifflicher Verwirrung geprägt. Auf eine Kritik im Einzelnen möchte ich hier verzichten.

Betriebe und soziale Sicherung

Eingehen muss ich allerdings noch auf die Ausführungen Spehrs zu Betrieben und zur Erwerbsarbeit (s. 45ff.). Zunächst ist die Vorstellung, hoch entwickelte Produktion könne so organisiert werden, wie er das vorführt, nachgerade lächerlich (z.B. die Vorstellung, dass bei Konflikten der Betrieb einfach zwischen den verschiedenen Grup-



pen mit unterschiedlicher Ansicht aufgeteilt werden könne „wie eine Amöbe“ (45) – ich versuche mir das gerade bei einem Stahlwerk vorzustellen). Zum anderen ignoriert er schlicht die systematische Machtasymmetrie zwischen Kapital und Lohnabhängigen. Das Kapital hat es nicht nötig, über „Fähigkeiten und Sachverstand (zu) verfügen, die in der Kooperation (gemeint ist der Betrieb, RK) sonst nicht so gut vertreten sind“, um „Eindruck (zu) machen“ (46), weil es über das Eigentum an den Produktionsmitteln verfügt. Die damit zusammenhängenden Problematiken werden überhaupt nicht reflektiert, sondern einfach postuliert, dass „das Eigentum derer, die einen Betrieb gründen oder in ihn einsteigen“ (45), geschützt werde (was übrigens auch in gewissem Widerspruch zu den allgemeinen Ausführungen dazu steht, vgl. 23). Als Bedingung „freier Kooperation“ wird hier v.a. die Existenz einer sozialen Sicherung genannt, die „allen zumindest ein qualitativ ausreichendes Leben garantiert“ (46).

Zu dieser „unabhängigen Grundsicherung“, die insgesamt als das zentrale realpolitische Instrument seiner Konzeption erscheint (auch 48 und 66), sei nur nebenbei bemerkt, dass sie Strukturen voraussetzt, die mit „Freier Kooperation“ nichts zu tun haben, nämlich Mechanismen der – zwangsweisen, staatlichen – Abschöpfung und Umverteilung von mehr oder minder großen Teilen der gesellschaftlichen Produktion, je nachdem, wie sie ausgestaltet sein soll. Es soll nur angemerkt werden, dass damit diverse wirtschafts- und sozialpolitische Diskussionspunkte verknüpft sind und z.B. Spehrs Vorstellung, „dass die verschiedenen Sicherungssysteme zu einem einzigen Grundsicherungssystem zusammenfallen, das vollkommen unabhängige Leistungen zuweist“ (46), sozial- und verteilungspolitisch als äußerst problematisch zu betrachten ist. Eine solche Grundsicherung reichte jedenfalls auch überhaupt nicht aus, um Bedingungen realer Freiheit und Gleichheit in hoch vergesellschafteten Produktionsverhältnissen herzustellen.

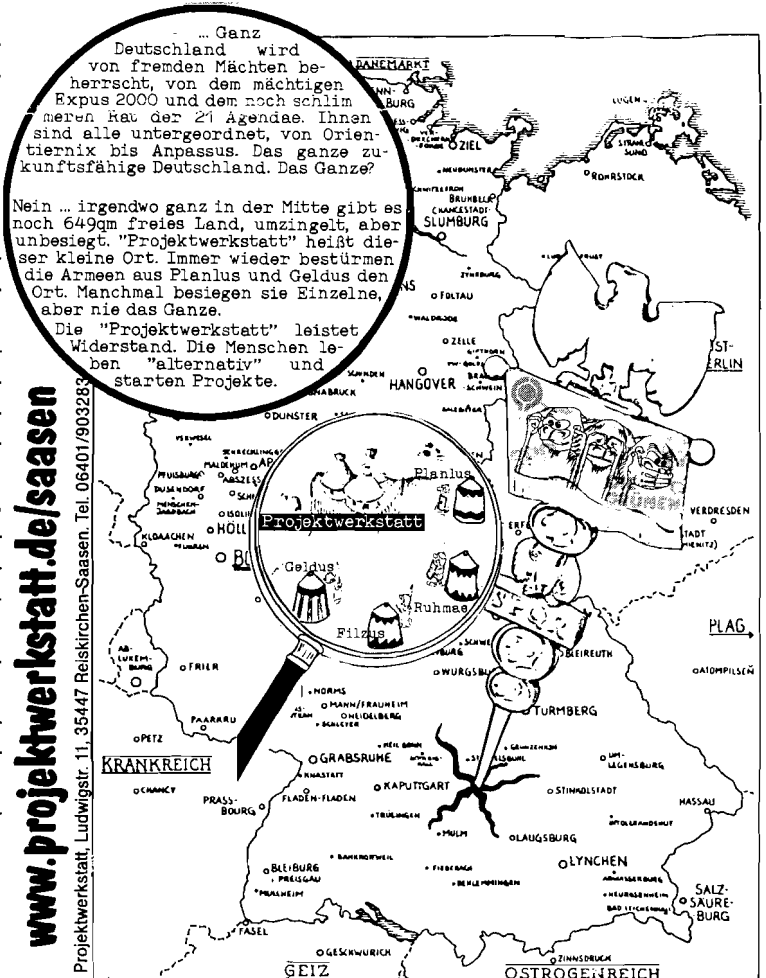
Kapital und Arbeit

Spehr stellt sich vor, dass die Herrschaft des Kapitals im Produktionsprozess dadurch auszuschalten sei, dass Kapitalinvestitionen „Anteile am Gewinn, aber keine Bestimmungsgewalt“ (46) beinhalten sollen. Darauf wird sich aber Kapital nicht einlassen, wenn es nicht davon ausgehen kann, dass der Betrieb im Sinne der Profitmaximierung bzw. des Shareholder Value – also nicht als „Freie Kooperation“ – geführt wird, oder es – in einklagbaren Verträgen – feste Zinszusagen und Sicherheiten bekommt. Aber da ja alles verhandelbar sein soll, wird das dann wohl das Ergebnis der „freien“ Verhandlungen zwischen den Kapitalgebern und den Betrieben sein. In der real existierenden Welt ist Spehrs Konzeption ein Horrormodell für diejenigen, die nicht über Kapital verfügen, sondern arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen (jedenfalls wenn es mehr als nur Grundsicherung sein soll), denn ganz nebenbei sollen auch noch die bisherigen Arbeitnehmerschutzgesetze beseitigt werden, weil sie eine Einschränkung der freien Verhandelbarkeit der Bedingungen in der „Kooperation“ Betrieb bedeuten würden: dort „werden Regeln vereinbart, die (...) Arbeitsverträge betreffen (...) Die Gesellschaft redet in diese Regeln nicht hinein“ (45).

Entgegnung: Wiederholungsfehler – auch hier überprüft Krämer die Spehr'schen Ideen innerhalb einer

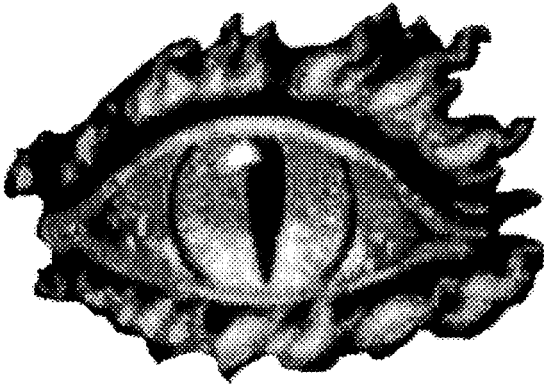
kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Krämer ja offenbar nicht aufgehoben haben will.

Da wundert man sich kaum noch, wenn im anschließenden Kapitel von Spehrs Text als das „zentrale Instrument moderner Diskriminierung“ (47), dessen „Privilegien die Verfügung über alle andere Arbeit und alle anderen Arbeitenden“ (48) sichert, aufgedeckt wird: nein, nicht das Kapital, sondern die „formale Arbeit“. Sie ist „weder prekär, noch illegalisiert, noch monoton, noch minderbezahlt, noch biografisch zerstückelt“ (47). Wer sie hat, „kann die Bezahlung und die Bedingungen seiner Arbeit einklagen und seine Arbeitsstätte einigermaßen frei wechseln. Er hat Urlaub, eine feste Begrenzung seines Arbeitstages und gut funktionierende pressure groups. Er muss nicht ‚um Erlaubnis bitten, wenn er mal pinkeln will.‘“ (48). Weil ein großer Teil der Arbeitenden nicht über diese unerhörten „Privilegien“ verfügen (abgesehen davon, dass diese Beschreibung der Arbeitsbedingungen qualifizierter Beschäftigter doch in einigen Punkten geschönt ist), erhebt Spehr die Forderung: „Entprivilegierung der formalen Arbeit“. Auf die Idee, dass es für die Betroffenen vielleicht weitaus attraktiver sein könnte, diese „Privilegien“ auf möglichst alle Erwerbsarbeit auszudehnen, scheint er nicht zu kommen – wahrscheinlich weil das Regeln erfordert, die den „Kooperationen“ von außen gesetzt werden und also ihre „Freiheit“ einschränken würden und deshalb aus seiner Sicht von vornherein verwerflich sind. Allerdings würden die allermeisten Arbeitenden auf die zweifelhafte „Freiheit“, sich ohne Regeln ausbeuten zu lassen, wohl gerne verzichten, wenn sie die Wahl hätten. Wie war das noch mit der „zynischen Freiheit“? (19)



Herrschaft ausmachen

Der Blick ins Herz der Finsternis



In den großen alten Geschichten ist Herrschaft leicht zu identifizieren. Wenn Sauron im „Herr der Ringe“ danach strebt, alle BewohnerInnen von Mitteleuropa zu unterwerfen und sich verfügbar zu machen, ist die Lage klar: Es gibt Gute und Böse, Freie und Unterdrückte, Herrscher und ihre Gefolgsleute. Und in Wirklichkeit?

Wenn Deutschland wieder Krieg führt, Castortransporte durchs Land geprügelt werden, staatliche Einsatzkräfte bei Demonstrationen auf Menschen schießen und anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt wird, sind herrschaftsförmige Prozesse auch ohne einen Sauron noch irgendwie auszumachen. Doch jenseits solcher Großereignisse ist es meist gar nicht so leicht zu erkennen, wo, wie und wodurch unser Leben fremdbestimmt und reglementiert ist - und was dahinter steckt.

Um also ein wenig Durchblick ins Dickicht

Dank vieler Jahre emanzipatorischer Bewegung brauchen wir die analytische Brille allerdings nicht neu zu erfinden. So können wir einerseits auf viele schon entwickelte Aspekte zurückgreifen. Andererseits können wir uns auf einige Eigenschaften und Details konzentrieren, die uns an unserer Brille wirklich hilfreich scheinen - denn was nützt eine Brille, die zwar hip aussieht, aber verschmierte Gläser hat, oder die unglaublich präzise geschliffene Gläser hat, unter deren Gewicht aber kein Millimeter Bewegung mehr möglich ist?

One ring to rule them all? - Kapitalismus vs. Sexismus vs. Rassismus vs. ...

Neulich in Bremen hielt Frau Lieselotte Meier einen Fragebogen in den Händen. Sie sollte dort Kategorien ankreuzen: männlich/weiblich; schlank/übergewichtig; unter 50 Jahre/über 50 Jahre; nicht behindert/behindert; sportlich/unsportlich; heterosexuell/homosexuell; mit EU-Pass/ohne EU-Pass usw.

Einige der Kategorien war sie gewohnt („Ja klar, weiblich.“), andere schienen ihr ungewöhnlich, ließen sich aber immerhin leicht ankreuzen (mit EU-Pass; nicht behindert; heterosexuell). Doch dann schimpfte sie los: „Sportlich oder unsport-

lich; schlank oder übergewichtig so eine Frechheit, soll ich damit gebrandmarkt werden? Und was soll das mit meinem Alter, bin ich mit 53 etwa schon zu alt?“

„Was ist Herrschaft?“ und „Wie funktioniert Herrschaft?“

Die Spezialfilter oder Tragende Säulen der Dickichtkonstruktion Wie funktioniert Herrschaft?

Herrschaftsverhältnisse können aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Ansatzpunkte für politische Strategien und konkrete Aktionen lassen sich jedoch besser formulieren, wenn zusätzlich berücksichtigt wird, wie sich Herrschaft konkret umsetzt und vermittelt, d.h. also, welche widerspenstigen Mechanismen dazu beitragen, dass Selbstbestimmung fast nirgendwo zu finden ist. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie Herrschaft funktioniert und wie sie sich scheinbar selbst stabilisiert, lohnt es sich, die analytische Brille mit verschiedenen Spezialfiltern auszustatten. Mit ihrer Hilfe sollen einige zentrale, in der Welt sonst kaum entwirr- und unterscheidbare Mechanismen von Herrschaft einmal einzeln betrachtet werden können.

Frau Meier fühlt sich bei der Frage nach ihrem Alter unwohl und irgendwie ausgeschlossen. Da sie andererseits keine Behinderung hat, braucht sie vor Diskriminierung in diesem Zusammenhang keine Angst zu haben.

Herrschaft manifestiert sich also in den unterschiedlichsten Bereichen. Unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Politik ist es, Herrschaftsverhältnisse in allen diesen Bereichen zu kritisieren und zu bekämpfen, also z.B. Sexismus, Rassismus oder

Behindertenfeindlichkeit. Eine Beschränkung auf einzelne solcher Herrschaftsverhältnisse und ihre isolierte Betrachtung hat fatale Folgen: Es kann zu Reproduktion von Herrschaft und diskriminierendem Handeln in anderen als dem gerade problematisierten Bereich kommen. Die

Tatsache, dass Frau Meier viel weniger ver-

Herrschaft äußert sich zum einen als direkte Gewalt mit dem Ziel der Aufrechterhaltung geltender, d.h. herrschender“ Spielregeln. Während direkte Gewalt in Form von physischem Zwang auf zwischenmenschlicher Ebene durchaus alltäglich ist, wird sie auf staatlicher Ebene zunehmend ergänzt durch polizeiliche, korrigierende, sogenannte „saubere“ Gewalt. Bestes Beispiel sind die als „humanitäre Interventionen“ bezeichneten weltweiten kriegesischen Operationen der Nato.

... dient als ihr Mann, obwohl sie ursprünglich einmal das gleiche gelernt haben, empfindet sie als diskriminierend. Dafür findet sie es sehr praktisch, dass ihre polnische Putzfrau dazu bereit ist, für nur 5 Euro bei ihnen zu arbeiten. Wer in einem bestimmten Herrschafts-

Der hier abdruckte Text stammt aus dem Rundbrief von Schöner Leben, einer Göttinger Basisgruppe.

www.schoener-leben-goettingen.de

Herrschaft ausmachen
 Herrschaft ausmachen
 Herrschaft ausmachen
 Herrschaft ausmachen
 Herrschaft ausmachen
 Herrschaft ausmachen

verhältnis zu den Unterdrückten und Fremdbestimmten gehört, ist oft in einem anderen auf der Seite der Herrschenden und Bevorteilten. In dem Willen, Sexismus, und zwar nur Sexismus, zu kritisieren, ist schon manche „Feministin“ schnurstracks dahin gekommen, den Krieg in Afghanistan deswegen zu befürworten, weil er sich gegen das frauenverachtende Talibanregime richtet.

Diese Beschränkung der Analyse auf einzelne Unterdrückungsverhältnisse kann nicht nur in die beschriebenen Sackgassen führen, sondern ist auch inhaltlich fragwürdig. Deshalb ist es wichtig festzustellen, dass Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich miteinander verknüpft, wechselseitig verwoben und in gleichem Maße problematisch sind. So bleibt die kapitalistische Vergesellschaftung mit ihren Mechanismen und Auswirkungen nicht auf die Sphäre der Ökonomie beschränkt, sondern strahlt in alle Lebensbereiche. Andererseits lassen sich beispielsweise rassistische Strukturen und Handlungen nicht erschöpfend aus der kapitalistischen Logik heraus erklären. Mehr noch, es gibt vom Kapitalverhältnis unabhängige Prinzipien, die gesellschaftlich verankert sind und ebenfalls eine umfassende Durchschlagskraft entfalten.

Herrschaft im Brennpunkt

Erst wenn Herrschaft selbst im Mittelpunkt der Analyse steht, ist es möglich, gemeinsame Grundmuster und Wirkungsweisen von z.B. Kapitalismus und Rassismus zu erfassen. Bei der Betrachtung dieser allgemeinen Funktionsprinzipien geraten dann auch weniger „prominente“ Herrschaftsverhältnisse in den Blick, wie beispielsweise Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit oder die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters oder einer sogenannten Behinderung.

Darüber hinaus wird es so möglich, auch die

Auf den ersten Blick weniger sichtbar und erfahrbar als direkte Gewalt, aber dadurch nicht weniger fremdbestimmend, ist **strukturelle Gewalt**. Zu ihr zählt beispielsweise jede Form sozialer Ungleichheit und - als spezifische Form struktureller in Verbindung mit direkter Gewalt - **existenzielle Abhängigkeit**. Letztere besteht darin, dass Individuen oder Gruppen soziale Kooperationen jeglicher Art nicht verlassen können, wenn sie es wollen. Anders als bei der direkten Gewalt, wird nicht direkt eingegriffen: Es werden lediglich alle Alternativen zum bestehenden Leben, Arbeitsverhältnis etc. nahezu unmöglich gemacht.

Für die Ausübung struktureller Gewalt spielt der Staat durch Einschränkung von Verfügungsmöglichkeiten, aber auch durch den Schutz von Privateigentum und die Garantie von Rechtssicherheit eine zentrale Rolle. Als institutionalisierter Garant der herrschenden Ordnung ist er deshalb für uns ein wichtiges Angriffsziel.

eigene Verwicklung und Stellung innerhalb des Herrschaftsgeflechts zu erkennen. Frau Meier ist als Frau von manchen guten Positionen in Beruf und Gesellschaft ausgeschlossen. Im selben Moment profitiert sie aber von ihrem europäischen Pass und der Tatsache, dass viele Menschen weder den Pass noch die damit verbundenen Privilegien besitzen. Den rassistischen Konsens in Deutschland zu bekämpfen, heißt dementsprechend nicht nur, gegen Residenzpflicht, Abschiebung und Internierungslager Widerstand zu leisten. Gleichzeitig ist es auch unser Ziel, Privilegien als „Weiße“ und damit in einer rassistischen Gesellschaft „höher“ Bewertete bewusst zu machen und damit verbundene Machtstellungen zu überwinden.



ChefInnen auf „ihre“ Frau Meiers ist somit über die persönliche Beziehung hinausgehend abgesichert und genau das macht Herrschaft aus. Eine Brille, mit deren Hilfe wir die verschiedenen Ebenen von Herrschaft aufdecken können, sollte einen Wechsel des Blickwinkels ermöglichen.

Die Vogelperspektive: Gesellschaftliche Erscheinungsformen und Strukturen

Viele (politische) Theorien und Strategien erschöpfen sich darin, verschiedene Herrschaftsverhältnisse nur auf der Ebene ihrer gesellschaftlichen Erscheinungsform zu erfassen. Das aktuell prominenteste Beispiel sind hier große Teile der GlobalisierungskritikerInnen, die den Neoliberalismus nicht als derzeitige Erscheinungsform des Kapitalismus, sondern als alleinige Ursache von Armut und ungerechter Verteilung bekämpfen. Ein anderes Beispiel ist die Beschränkung der Problematisierung des Geschlechterverhältnisses auf prozentuale Frauenanteile in bestimmten gesellschaftlichen Positionen und die Quotierung als (alleinige) politische Strategie.

Andere Ansätze gehen einen Schritt weiter und thematisieren nicht nur die Erscheinungsebene von Herrschaftsverhältnissen, sondern auch die



Der Blickwinkel oder Die drei Seiten der Medaille Was ist Herrschaft?

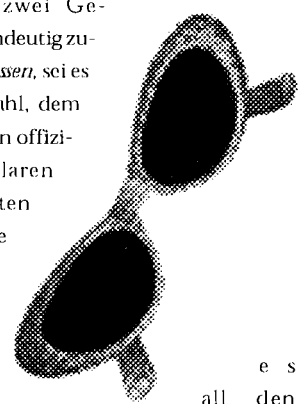
Sauron, der Herr der Ringe, verfügt über Orks und Schwarze Reiter. Frau Meier über ihre Putzfrau und der Chef von Frau Meier über ihre durch Mutterschaftspause abgewertete und damit günstigere Arbeitskraft. Gesellschaftliche Strukturen, Regeln und Rollen sorgen dafür, dass Frau Meier auch wirklich arbeiten gehen muss, sie kann sich der Verfügung nur schwer entziehen. Der Zugriff der

**Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen**

zugrundeliegenden *gesellschaftlichen Strukturen*. Kritisiert werden dann z.B. hierarchische Klassenstrukturen, die gesellschaftliche Organisation des Marktes (in ihrer neoliberalen Verfasstheit) und damit einhergehende Konkurrenzverhältnisse. Übertragen auf die Geschlechterproblematik würde das heißen, die Kritik am Patriarchat, an der Hierarchisierung der Geschlechter, an geschlechtsspezi-

sich auf *grundlegende Prinzipien*, die jedeR als unabänderlich und normal, als quasi-natürliche Gesetzmäßigkeit, empfindet. Diese Prinzipien sind materiell nicht erfahrbar und sie werden nicht unmittelbar erlebt. Dennoch sind sie von den Individuen so verinnerlicht, dass sie für diese die Wirklichkeit darstellen und somit bedeutsam für ihr Denken, Entscheiden und Handeln sind.

geteilt werden und nicht anhand des Unterscheidungsmerkmals „angewachsene Ohr läppchen/nicht angewachsene Ohr läppchen“. Der Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit bedeutet zum anderen, sich ständig zu einem von zwei Geschlechtern eindeutig zu ordnen zu *müssen*, sei es bei der Klowahl, dem Ankreuzen von offiziellen Formularen oder der ersten



Frage an die frischgebackenen Eltern: „Was ist denn?“ - mit all den Vorstellungen von Rollenmustern, Chancen und Möglichkeiten, die an dieser Frage mit dranhängen. Ohne das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit sind patriarchale Verhältnisse schlicht nicht vorstellbar, da nur in ein hier-

Indem sich Gruppen als „geschlossen“ definieren und bestimmen, wer über welche Eigenschaften dazugehören darf und wer nicht, funktioniert Herrschaft im Sinne von **Diskriminierung**, von Ausschluss. Diskriminiert wird an der Arbeitsstelle, in der Familie, im Bildungssystem, durch Gesetze, also auf verschiedenste Art und Weise auf der Basis von tatsächlichen oder konstruierten Merkmalen. Beispiele für solche Merkmale in gesellschaftlicher Größenordnung sind **Geschlecht, Ethnizität und Klasse**. Diskriminiert wird aber auch durch bestimmte outfits und Verhaltensweisen oder durch Normen, wie das herrschende bürgerliche Kleinfamilienideal.

fischer Arbeitsteilung etc. zu formulieren. Solche Ansätze, die den Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen und deren Erscheinungsformen richten, sind notwendig, um Herrschaft in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu erfassen, aber nicht hinreichend, um sie ra-

Dabei liegen Herrschaftsverhältnissen verschiedene strukturierende Prinzipien zugrunde. Für jede jeweils aktuelle Ausgestaltung des Kapitalismus ist beispielsweise der Zwang wesentlich, alles und jedeN als Wert zu erfassen und vorhandene Werte im Produktionsprozess zu vermehren - zu *verwerten* im wahrsten Sinne des Wortes. Dass aber abstrakte Dinge (z.B. Arbeit) genauso wie konkrete Dinge (z.B. Waschmaschinen) überhaupt einen Wert haben, erscheint uns als zweifellose „Wahrheit“.



dikal kritisieren und grundsätzlich verändern zu können.

Der Röntgenblick: Was liegt dem zugrunde? Wichtig erscheint es uns zusätzlich, hinter diese gesellschaftlichen Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen sowie ihre strukturelle Verankerung zu gucken: Herrschaft stützt

Genauso selbstverständlich ist uns die abendliche Wahl zwischen dem Frauen- und dem Männerklo in der Kneipe: Grundlage von Patriarchat und Sexismus ist die Konstruktion und der damit einhergehende Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit. Das bedeutet zum einen, dass wir es als vollkommen normal empfinden, dass Menschen anhand des Geschlechts in zwei gesellschaftliche Gruppen ein-

Tagtägliche Zeitungs- und Fernsehmeldungen machen eines klar: Die **Kontrolle der Öffentlichkeit** ist eines der zentralen und wirksamsten Herrschaftsinstrumente; Geld und Macht (durch Geld) sind die zentralen Kriterien, die über ihre Verfügung entscheiden. Debatten und Analysen, die die herrschende **Weltsicht als alleinige Wahrheit setzen** und die daher von **allen verinnerlicht, nachgebetet und schließlich aktiv vorangetrieben werden, erschweren emanzipatorischen Widerstand**. Unbequeme oder abweichende Meinungen werden zunehmend durch die herrschende Öffentlichkeit **verinnerlicht, die sich damit selbst als vielfältig und kritisch darstellen kann und nebenbei widerständige Positionen erstickt und unhörbar macht**. Aktuell zeigt sich dies am Beispiel des World Economic Forum (WEF): Man habe die sogenannten GlobalisierungskritikerInnen erhört und „die Probleme Afrikas“ erkannt, so dass die leidigen Proteste also **hinfällig** seien. Die angepriesene Lösung des WEF besteht nun aber gerade darin, die aggressive Ausweitung des Freihandels voranzutreiben. Die davon abweichenden Konzepte **Hunderttausender kritischer Menschen sind somit durch die medienwirksame Zwangsumarmung nicht mehr sichtbar**.

es all den Rollenmustern, Chancen und Möglichkeiten, die an dieser Frage mit dranhängen. Ohne das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit sind patriarchale Verhältnisse schlicht nicht vorstellbar, da nur in ein hierarchisches Verhältnis zueinander gebracht werden kann, was vorher voneinander unterschieden wurde.

**Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen**

**Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen
Herrschaft ausmachen**

*Der Alltagsblick: Der 5-Euro-Putzjob
Wie wir und andere Herrschaft erfahren*

und relevant, um Herrschaft erkennen, benennen und bekämpfen zu können. Von vielen Gruppen und Menschen wird jedoch nur ein

Tipps zum Weiterlesen:

Schließlich kann Herrschaft als *persönliche Erfahrung* beschrieben werden: Die beschriebenen grundlegenden Prinzipien, ihre Verankerung in gesellschaftlichen Strukturen und die Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen werden als konkrete Einschränkung, als alltägliche Fremdbestimmung erlebt. Die polnische Putzfrau kann ohne EU-Pass hier nicht einfach so arbeiten und „muss froh mit dem sein, was sie bekommt“. Für Lieselottes transsexuelle Tochter Martin wird der sonst so alltägliche Gang zur Toilette in öffentlichen Räumen ebenso zur großen Qual wie die taxierenden Blicke all derer, die endlich wissen wollen, „was“ sie denn nun ist. MigrantInnen dürfen sich aufgrund der Residenzpflicht nicht aus ihrem Landkreis bewegen, Sozialhilfekürzungen entscheiden eben darüber, ob die Tochter mit auf die Klassenfahrt fährt oder man einem Freund mal einen Kaffee ausgeben kann.

Jeder dieser drei Blickwinkel auf Herrschaftsverhältnisse - d.h. jede der drei Seiten der Medaille - ist unserer Meinung nach notwendig



Herrschaftsverhältnisse als komplexe gesellschaftliche Prozesse, ihre Umsetzungsweisen und Mechanismen werden fortlaufend dadurch gesichert, dass sie von allen Individuen verinnerlicht und im alltäglichen Handeln ständig stabilisiert werden - dies ist jedoch im Fall direkter Gewalt auf Seiten der Opfer sicherlich weniger relevant. Herrschaft ist im Gegensatz zu den alten Geschichten in ihren unterschiedlichen Ausprägungen also nicht in einfachen Entgegensetzungen von Herrschenden und Beherrschten zu erfassen - obwohl es diese Rollen mit durchaus wechselnder Besetzung in konkreten gesellschaftlichen Situationen gibt.
Die **zwanghafte Einbindung aller Individuen in jegliche herrschende Ordnung muss abgewickelt werden!**

einzelner Blickwinkel gewählt. Humanitäre Organisationen oder christliche Initiativen konzentrieren sich in der Regel vollkommen auf den Alltagsblickwinkel: In diesem Bereich tun sie

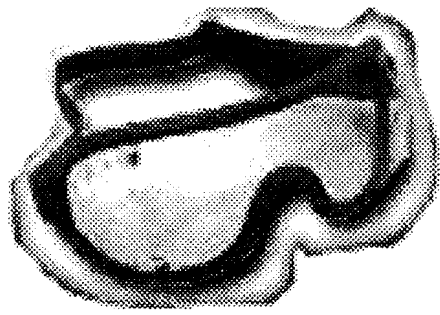


durchaus sinnvolle Dinge, ohne jedoch die zugrundeliegenden Missstände zu thematisieren oder eine über das Individuum hinausgehende Veränderung anzustreben.

In anderen Kreisen ist es dagegen üblich, allein die dahinterliegenden Prinzipien zu betonen. Hier werden dann schnell Proteste gegen die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums als Lappalie bzw.

konterrevolutionärer Akt abgetan. Eine Politik, die persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Erscheinungsformen derart gegenüber den zugrundeliegenden Prinzipien unterbewertet, ist unserer

Ansicht nach elitär. Genauer gesagt, den Widerstand gegen Sozialhilfekürzungen als Peanuts abzutun, muss mensch sich leisten können.



Spehr, Christoph: Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter. München 1999.

Die badewannentaugliche Analysebrille nicht nur für Sci-Fi-Fans.

Spehr, Christoph: Gleicher als Andere.

Eine Grundlegung der freien Kooperation. Zugleich Beantwortung der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gestellten Frage: „Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?“ Im Erscheinen. www.rosaluxemburgstiftung.de/Aktuell/index.htm. Preisgekrönt, theoretisch, praktisch, utopisch.

Gruppe Gegenbilder. Schlemm, Annette; Bergstedt, Jörg; Meretz, Stefan: Freie Menschen in freien Vereinbarungen. Reiskirchen-Saasen 2000. *Das Standardwerk zur Diskussion um ein herrschaftsfreies Leben - systematisch aufgebaut und mit umfangreicher Bibliographie und sonstigen Verweisen.*

www.hoppetosse.net - Kein bundesweiter Zusammenhang, aber eine unlassende Sammlung von Aktionen, Berichten, Terminen, Zeitschriften, Texten, Links etc.pp., außerdem ist [hoppetosse] eine bundesweiten Mailingliste mit Diskussionen und Infos rund um Herrschaftskritik und Organisation von unten.

www.thur.de/philo - Philosophin, die viele interessante Gedanken verbreitet zum selbstbestimmten Leben und herrschaftsfreier, konkreter Utopie.

Debatte um herrschaftsfreie Gesellschaft

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Unter diesem Titel begann 2000 im Zusammenhang mit dem Expo-Widerstand eine Diskussion um Utopien und die Frage, wie herrschaftsfreie Gesellschaft aussehen kann. Die Debatte entstand dabei aus der politischen Praxis – und ist dort auch weitergetragen worden, u.a. in vielen Veranstaltungen politischer Basisgruppen. „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ ist kein fertiges Konzept, sondern der Ausgangspunkt einer Debatte. Der Begriff beschreibt ein Prinzip. Die folgenden Seiten beleuchten die Ansätze und Hintergründe. Am Anfang steht ein Interview mit den drei AutorInnen des gleichnamigen Buches.

Wie seid Ihr zu dem Buch-Projekt der „Gegenbilder“ gekommen?

Stefan: Über das Internet-Netzwerk, in dem ich mich bewege, gelangte ein Aufruf zu mir, ein Buch mit politischen Visionen zu schreiben. Das war genau das, was ich wollte! Ich bin der Meinung, dass als „Visionen“ gehandelte Vorschläge entweder so blöd-banal sind, dass der Name eigentlich fehl am Platz ist, oder so blöd-esoterisch daher kommen, dass einem schlecht wird. Visionen müssen konkret sein und sie müssen fundiert sein. Ich wollte vor allem einen Beitrag zu einer ausgewiesenen Fundierung leisten.

Annette: Ich beschäftige mich schon seit vielen Jahren mit politischen Themen. Schon in der DDR war ich politisch aktiv und seit der Kapitalismus über uns gekommen ist, wurde es besonders drängend zu verstehen, was vorgeht und was man selbst tun kann. Ich habe erst mal recht begeistert die Vielfalt politischer Bewegungen im Westen kennengelernt und dann aber auch bald zu unterscheiden versucht: Welche Ansätze sehen erfolversprechend aus und welche bedeuten schon konzeptionell eine Integration ins Gegebene? Inzwischen zeigte der Kapitalismus auch immer mehr sein wirkliches Wesen: Sozialabbau, Kriegstreiberei, Duldung von Rassismus und Ausgrenzung etc., etc. Die selbstgemachten Naturkatastrophen nehmen ja inzwischen auch unübersehbar zu. Während wir über Alternativen zu dieser Gesellschaftsform nachdachten – bekam ich mit, daß die EXPO 2000 inhaltlich viele Bedenken aufnehmen und Lösungen für die Probleme anbietet, die genau die verursachenden Faktoren verstärkt, statt zu verhindern. Mehr Marktliberalisierung, mehr Technisierung, mehr Einbeziehung der Wirtschaft in die Prozesse. Ich war erstaunt, wie viele Umweltbewegte froh darüber waren, daß die Globalen Gefahren überhaupt mal ernst genommen wurden und ihre eigene Kritik an den Hauptverursachern plötzlich zurückstellten. Viele meiner Bekannten fragten mich auch einfach: Was hast Du denn dagegen? Das mußte ich dann einfach mal sauber ausargumentieren und war deshalb froh, daß das Buchprojekt uns die Gelegenheit dazu gab.

Jörg: Ich wirbelt im Expo-Widerstand herum. Wir wollten dort die Expo zum Anlaß nehmen, endlich eine emanzipatorische Bewegung mit klaren Positionen über das bisherige Kleinkrämertum etablierter Verbände und die Grabenkämpfe vieler Politikgruppen hinweg zu entwickeln. Für mich gehörten da visionäre Entwürfe dazu. Leider haben sich von den PolitaktivistInnen wieder keine gefunden. Aber über die Veröffentlichung der Idee haben wir drei dann zueinander gefunden – ganz unterschiedliche Leute.

Das fällt im Buch beim Lesen auf: Das Buch hat zwei Teile, einen ersten eher theoretischen und einen zweiten konkreten Teil.

Unser Anspruch war, diese Teile miteinander zu verbinden. Ob uns das gut gelungen ist, mag jede/r selbst beurteilen. Für uns war die Auseinandersetzung unglaublich lehrreich...

... ihr drei seid ja sehr unterschiedlich

Ja, richtig, eine Philosophin und Physikerin, ein radikaler Aktivist der Bewegung „Umweltschutz von unten“ und ein Informatiker und Entwickler Freier Software. Aber das war ja gerade das spannende: Wir haben es für uns geschafft, eine gemeinsame Sprache zu finden. Wir konnten aus völlig unterschiedlichen Sichten zu gemeinsamen Einschätzungen kommen. Das drückt sich zum Beispiel im Glossar des Buches aus, dass wir als Teil des Buches ganz besonders schätzen.

Was war Euch wichtiger, die Argumentation gegen die EXPO-Ideologie oder das Entwickeln von Gegenbildern?

Wir denken, es hat nicht viel Zweck gegen die EXPO bzw. die dort gezeigte und ja auch heute noch propagierte Ideologie zu reden, wenn man nicht auch andeuten kann, wie man sich die weitere Existenz und Entwicklung der Menschheit selbst – auf andere Weise – vorstellt. Der Kapitalismus hat sich selbst schon so als das „Normale“ in die Hirne eingegraben, daß es sehr schwer ist, über Alternativen überhaupt nachzudenken. Dabei gibt es so viele neue Ansätze, die noch über jene der bekannten Alternativbewegungen der 60er bis 80er Jahre hinausgehen, aber ihnen recht unähnlich aussehen! Wir wissen, auch aus unserem engeren Bekanntenkreis, wie sehr sich die gegebene kapitalistische Realität relativiert, sobald man sich Alternativen konkret vorstellen kann – weil man ihre Ansätze konkret erlebt. Die kapitalistische „Normalität“ sieht plötzlich aus wie der Kaiser ohne Kleider!

Wir denken, die von uns zusammengetragenen neuen Ansätze, z.B. aus der Freien Softwareszene, sind auch über die EXPO-Diskussion hinaus grundlegend für die Zukunft. Deshalb hoffen wir sehr, daß jetzt nach der EXPO nicht auch das Interesse daran erlischt. Allerdings sind wir da optimistisch – es zeigt sich, daß sich seit einigen Monaten neue Kontakte zu ganzen Netzwerken auswachsen, neue inhaltliche Bezüge werden hergestellt, übergreifende Gesichtspunkte zusammengefaßt. Es kommen Menschen zusammen, die vorher in ziemlich unterschiedlichen Gruppierungen oder gar nicht aktiv waren – auch wenn die



Form dieser neuen Vernetzungen nicht die bisherigen Gestalten (Parteien, Vereine...) annimmt, sondern z.B. selbst das Internet als Vermittlungsmedium ausgiebig nutzt.

War jemand von Euch auf der EXPO, die Ihr vorher schon kritisiert hast?

Annette: Beim Schreiben des Buches bezogen wir uns vorwiegend auf die von den EXPO-Machern selbst propagierten inhaltlichen Ziele. Insofern sind wir da schon authentisch, auch wenn wir damals noch gar nicht dort waren. Inzwischen hat sich ja gezeigt, daß von den vorgesehenen Bezügen auf Globale Probleme weniger kam, als vorgesehen und die zweite Werbekampagne hat ja völlig von Inhalten abgelenkt und auf den Spaßfaktor gesetzt. Das scheint auch funktioniert zu haben. Ich war mit der Schulklasse meiner Tochter auf der EXPO. Die Stimmung war trotz Mistwetter gut, es war ein Erlebnis – ganz im Sinne der Werbung einer Verona F. Die Kids sind vor allem rumgerannt, um Stempel für ihren „Expo-Paß“, aus möglichst vielen Länderpavillons zu sammeln. Dort erlebten sie vor allem Touristikwerbung und Souvenirverkauf – nichts Weltbewegendes auch aus ihrer Sicht. Mit einigen wenigen bin ich ab und an ins Gespräch gekommen – vor dem Gen-Card-Telefon z.B. Wir haben uns gefragt, warum die ausgerechnet ein Telefon dafür verwenden, ein wissenschaftliches Gerät wäre doch sinnvoller gewesen. Die Gen-Card sollte ja aber als etwas ganz „normal-Alltägliches“, erscheinen... Wir standen auch vor der Gestaltung der Aussage, daß Gentechnik den Hunger beseitigen könne – das war geschickt gemacht: auch die Gegenthese stand da, aber fast unlesbar ganz unten, wo keiner mehr hinschaut. Über solche Tricks kann man ja mal reden. Das merken sich die Kids auch und erkennen es das nächste Mal selbst.

Jörg: Ich habe mir zwei Tage intensiv die Themenparks angeguckt, weil mich die Ideologiefrage interessierte. Erschreckend fand ich nicht nur die auf Profit und Verwertung von Mensch und Natur ausgerichteten Inhalte, die teilweise versteckter und wenig verständlich überkamen als in der Planung der Expo selbst angestrebt war. Schon das Konzept der Show war grauselig. Manipulation pur. Da war nichts mit selbstbestimmten Lernen. In den Themenparks mußte mensch meist einem vorgegebenen Parcours folgen, oft war alles dunkel außer dem, wo ich hingucken sollte. Der Höhepunkt war das Chemodrom, wo ich auf einem Sitz durch einen dunklen Tunnel fuhr, beschallt durch einen Rundum-Kopfhörer und mit hellen Schaubildern. Damit ich auch immer richtig guckte, drehte sich mein Sitz dahin, wo ich hinschauen sollte. Unglaublich!

Auch ein anderes Erlebnis ist mit noch hängengeblieben – bei einer Fernsehdiskussion, wo ich gegen den Stellvertreter von Birgit Breuel und einige expo-fanatische Kirchenfürsten diskutierte, antwortete der Expo-Funktionär auf die Frage, welche Werte die Expo vertrete: „Deutsche Werte“. Das war richtig schön offen. Schade, daß es dem Widerstand, also auch uns, nicht gelungen ist, dieses Zukunftsbild mehr an das Licht der öffentlichen Debatte zu zerren, zu demontieren und eigene Visionen entgegenzusetzen. Unser Buch ist kaum als Teil des Expo-Widerstandes wahrgenommen worden. Inzwischen müßte es im Untertitel passender „Gegenbilder zu Kapitalismus und Herrschaft“ heißen.

Was ist denn nun das Neue an Eurem Buch? Theorien gibt's doch wie Sand am Meer ...

Das stimmt, nur die allermeisten taugen nichts. Sie sind entweder arschkriecherisch – guck dir die Grünen an -, oder grottenlangweilig wie die Überreste des Altmarxismus. Für uns ist klar: Der Kapitalismus ist die Ursache der ökologischen, sozialen und psychischen Verheerungen auf der Welt. Er ist aber nicht das Ende der Geschichte, sondern es gibt eine Alternative.

Aber Marx kommt bei Euch auch vor ...

Ja klar, kein schlauer Mensch kann Marx ignorieren. Doch Marx ist nicht eindeutig, Marx' Werk war ein Work-in-progress, es stellt einen relativen Erkenntnisstand dar und ist in sich überhaupt nicht eindeutig. Erst der Traditionsmarxismus hat ihn vereindeutigt – in eine Richtung, die völlig unangemessen ist. So hat er immer auf die Verteilungsfrage geguckt, also auf die Frage, wer über den Mehrwert verfügt. So nach dem Schema: wenn die Kapitalisten drüber verfügen, dann ist das Mist, wenn die Arbeiter drüber verfügen, dann ist das gut. Das ist aber völlig kurzsichtig, denn es ist letztlich egal, wer über den Mehrwert verfügt. Entscheidend ist der Zusammenhang, in dem sie das tun, und der ist so beschaffen, das aus Geld mehr Geld werden muss. Der Verfüger muss also zusehen, dass aus Geld mehr Geld wird. Das bedeutet aber, dass in Wahrheit der Verfüger gar nicht mehr entscheidet, dass also der Verfüger nicht das Geld bewegt, sondern umgekehrt: Das Geld bewegt den Verfüger. Marx nannte das den „Fetischismus“. Dabei ist nun völlig egal, ob der endlose, blinde und totalitäre Wertverwertungsprozess von den Arbeitern, die die Fabrik besitzen, oder den Kapitalisten bedient wird. Marx hat mal gesagt, „die Maschine wendet den Arbeiter an“. Er hätte besser sagen sollen: „Die sich selbst steuernde Maschine 'Kapitalismus' wendet den Menschen an“.

Wollt ihr etwa das Geld abschaffen?

Na klar, drunter gibt's keinen wirklichen Fortschritt. Wer raus will aus der totalitären Verwertungsmaschine, darf sie nicht mehr bedienen. Und die Arbeit, dieses quälende Zwangs-tun für einen äußerlichen Zweck, gehört gleich mit abgeschafft. Natürlich sind wir nicht blöd, wir schaffen das Geld nicht dadurch ab, in dem wir schon mit unserem eigenen anfangen und es verbrennen. Die Perspektive, an der ich mein tägliches Handeln messe, ist wichtig: Wir kommen wir zu einer Gesellschaft ohne Arbeit und Geld? Steige ich schon ein Stück weit um in diese Richtung oder reproduziere ich den überlebten alten Scheiß? Das sind sehr nahe, persönliche Fragen.

Hört sich wirklich utopisch an ...

Ist es aber gar nicht. Ja, wir nennen den Verwertungs-zwang des Kapitalismus, dem auch wir unterliegen, totalitär. Doch es ist keine abgeschlossene Totalität, sondern Antrieb und Anspruch des Systems, auch noch die letzte Regung in Containern eingesperrter Menschen zu Geld zu machen. Und das menschliche am Menschen ist, dass jede und jeder sich immer zu den Bedingungen verhalten kann. Es geht immer um Entscheidungen, ich muss gar nichts tun. Ich kann, wenn ich mich entscheide. Wenn ich nun den systemischen Zwangscharakter besser verstehe, dann kann ich mich auch besser entscheiden. Ich kann z.B. zum meinem Lohnjob nachgehen, weil ich nun mal



Geld brauche. Aber ich muss die Arbeit deswegen nicht toll finden wie die ganzen megamodernen Yuppies, die allen Ernstes behaupten, sie arbeiten gerne 70 Stunden die Woche. Das ist grotesk! Die haben den äußeren Systemzwang der kapitalistischen Wertmaschine völlig verinnerlicht. So einen Scheiss muss ich nicht mitmachen. Ich kann mir auch überlegen, gar nicht zu arbeiten, sondern anders über die Runden zu kommen. Es gibt viele Möglichkeiten.

Predigt ihr den Verzicht?

Nein, das ganze Gegenteil davon! Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein schönes Leben, und jeder Mensch sollte dieses Ziel so radikal wie möglich verfolgen. Die Probleme fangen mit den Wegen an. Wenn ich die nahegelegten Wege über Geld und Konsum nehme, dann werde ich nicht wirklich glücklich. Dann muss ich nämlich den ganzen Zwangsapparat der aus Geld-mehr-Geld-machen-Maschine bedienen, um ein paar Bröckchen abzubekommen. So erreiche ich keine Freiheit, sondern nur Selbstunterwerfung in all ihren Facetten. Ich muss vor dem Elend, das ich mitproduziere – mich eingeschlossen –, die Augen verschliessen. Das kann ich nicht.

Viele tun das doch aber – was ist denn die Alternative?

Natürlich tun das viele – weil sie es nicht besser wissen, und weil sie wahrscheinlich auch Angst haben, ihre bisherigen Handlungsmöglichkeiten auch noch zu verlieren. Das muss jede/r selbst entscheiden. Die Alternative ist die unbeschränkte individuelle Selbstentfaltung. Ja, ich weiss, auch Esos reden davon, und irgendwie haben die auch die richtige Ahnung. Aber sie blenden jegliche Zusammenhänge, in denen man sich bewege und die jede/r reproduziert, völlig aus. Es geht aber gerade darum, diese Zusammenhänge zu verstehen, um meine Handlungsmöglichkeiten zu verbessern. Es geht darum zu verstehen, dass ich mich niemals auf Kosten anderer entfalten kann – denn der allgemeine Andere bin auch ich, und ich würde mir den Boden unter den Füßen wegziehen, wenn ich den Anderen unterbuttere, um selbst weiterzukommen. Nächstes mal bin ich dann nämlich dieser „Andere“. Aber es geht nicht nur negativ um wechselseitiges „fertigmachen“, sondern positiv auch darum, dass ich für meine Selbstentfaltung die anderen Menschen brauche.

So etwas wie Selbstentfaltung will doch aber die Wirtschaft auch, wenn sie vom flexiblen, kreativen Beschäftigten spricht.

Ja, stimmt. Die Kapitalvertreter, also die funktionalen Verfüger über die großen investiven Geldmengen, haben erkannt, dass die Subjektivität des Menschen die letzte qualitative Ressource der Produktivkraftentwicklung birgt. Sie versuchen die Selbstentfaltung unter die Bedingungen der Verwertung zu stellen. Doch im Buch arbeiten wir heraus: Selbstentfaltung und Wertverwertung sind unvereinbar. Aber daran, dass die Tendenzen zur Individualität und Entfaltung in der Gesellschaft vielfältig sichtbar sind, sieht man, das Selbstentfaltung keine spinnerte Idee von drei Buchschreiberinnen ist, sondern einen objektiven Prozess widerspiegelt.

Wollt ihr also einen neuen Geschichtsdeterminismus verkünden, dem alle zu folgen hätten?

Geschichte ist nie determiniert. Da die Menschen stets die Bedingungen schaffen, die gleichzeitig ihre Handlungsvoraussetzungen sind, kann man Geschichte nur als Dialektik von Notwendigkeiten und Zufällen begreifen. Diese Dialektik, die Entwicklungslogik kann man im Nachhinein rekonstruieren, um Kriterien für die Zukunft zu gewinnen. Kriterien – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das haben wir im Buch getan und sind ziemlich weit gekommen.

Wie sieht denn Eure Geschichtsbetrachtung aus?

Menschen produzieren, um sich und die Bedingungen der Produktion zu reproduzieren. Schon wieder so ein doppeelseitiger, dialektischer Zusammenhang, dem wir andauernd begegnen. Da muss man höllisch aufpassen, keine erst-dann-Logik draus zu machen – das geht ja schon beim Huhn und dem Ei bekanntlich nicht. Aber weiter: Die Art und Weise, wie die Menschen gesellschaftlich ihr Leben produzieren und reproduzieren, hat sich historisch verändert. Der Begriff, der das faßt, ist der der Produktivkraftentwicklung. Das kann man sich vereinfacht als Dreiecksverhältnis von Mensch, Mitteln und Natur vorstellen: Der Mensch – betrachtet als allgemeiner Mensch – benutzt Mittel, um den notwendigen Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren. Historisch kann man nun zeigen, dass jeweils ein Aspekt dieses Dreiecksverhältnisses im Zentrum der Produktivkraftentwicklung stand und damit die Epoche bestimmte. Zur Natur-Epoche gehören also alle agrarischen Gesellschaften. Die Mittelepoche beginnt mit dem Kapitalismus. Hier geht es um das Mittel, heute sind das die Maschinen, die Technik und die Wissenschaft. Wir wissen alle, dass die agrarische Produktion von Nahrungsmitteln zwar noch da ist, aber nurmehr einen verschwindend geringen Anteil an der gesellschaftlichen Produktion hat und dass sie nach den Mechanismen der „Mittel-Epoche“, also mit Maschinen, Technik und Wissenschaft betrieben wird. Genauso wird das einmal sein, wenn es zur Entfaltung des dritten Aspekts, nämlich des Menschen selbst gekommen ist. Dann wird die industrielle Produktion nur noch marginales Fundament der universellen und unbeschränkten Selbstentfaltung des Menschen sein!

Das ist aber sehr optimistisch.

Kaum zu glauben, wenn man sich so umguckt, nicht wahr? Aber die Keimformen dieser Entwicklung sind schon sichtbar. Nicht nur der gesellschaftliche Individualisierungsschub und die neuen Management- und Arbeitsformen deuten das an, sondern es gibt eine Bewegung, die sich quasi auf der Grundlage des Neuen gebildet hat, und das ist die Freie Softwarebewegung. Hier wird Software als Resultat der individuellen Selbstentfaltung, aus purem Spass und Befriedigung an der Sache, in einer Qualität hergestellt, die den ganzen Kommerz Müll, den die meisten sicher noch auf ihrem PC haben, in den Schatten stellt. Und das in wertfreier Form, ohne Tausch und Zwang. Nach dem Prinzip: Jede/r macht, was er/sie will, und nimmt, was er/sie braucht. Es ist nicht verwunderlich, dass sich solche Keimformen – die natürlich nicht widerspruchsfrei sind und wo auch die Softwarefirmen inzwischen Schlange stehen – im Softwarebereich herausbildeten. Hier geht es um die fortgeschrittensten Techniken der ablaufenden Mittelepoche und um ein immaterielles Gut, das leicht kopierbar ist. Demgegenüber hängt die kleinbäuerliche und handwerkliche Alternativbewegung



praktisch und mental in der „Naturepoche“ fest – was nicht grundsätzlich gegen sie spricht, aber Grenzen deutlich macht.

Das könnte Euch als arrogante Haltung ausgelegt werden.

Wir verurteilen das ja nicht, ich schätze es aus meiner Sicht ein. Und außerdem soll sich jede und jeder dort entfalten, wo er oder sie eben gerade ist. Das kann auch in der Schreinerei sein oder beim Apfelmust machen. Das entscheidet jede/r für sich selbst. Wir sagen nur, dass gesellschaftliche Umbrüche in anderen Bereichen vorangetrieben werden, eben in den High-tech-Bereichen.

Aber alles, was Ihr beschreibt, findet nun mal im Kapitalismus statt. Interpretiert ihr da nicht zuviel rein?

Kann sein, eine Garantie gibt's für gar nichts. Auch Theorie muss man einfach machen und umsetzen, um zu sehen, ob es funktioniert. Eine Bestärkung erfahren wir in vielfältiger Weise aus verschiedenen Richtungen. Es muss schon irgendwas dran sein an unseren Einschätzungen, wenn parallel Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Und es ist kein Zufall, dass jetzt das Oekonux-Projekt (www.oekonux.de) entstanden ist, wo es um die Grundzüge der neuen Gesellschaft geht, oder das OpenTheory-Projekt (www.opentheory.org), dass die Ideen Freier Software auf Texte, Bücher, Enzyklopädien usw. umsetzt. Auch das Gegenbilderbuch ist dort als Online-Buch erschienen – zum Nutzen, Kopieren, Verändern, Diskutieren.

Zu Eurem Naturbegriff und -verhältnis: Ihr macht den Menschen zu bewußten Gestalter. Ist das nicht arrogant? Was sagen die vielen NaturschützerInnen, die lieber von Mitwelt reden oder den Menschen als einen von vielen Geschöpfen neben anderen sehen?

Es ist ja ehrenwert, aber es nützt nicht. Selbst die Definition, daß Menschen und Tiere gleichwertig sind oder die Natur einen Selbstwert hat, macht auch wieder der Mensch. Darum kommen wir drum herum. Wir sind das Subjekt. Es ist eine absurde Vorstellung, daß die Natur als solches einen Wert haben soll. Wie soll der entstehen? Und warum muß alles einen Wert haben, damit wir es schützen? Genau das Gegenteil ist es: Weil wir begreifen, daß wir die Gestalter der Natur sind, daß wir sie als Lebensgrundlage nutzen und formen und daß gleichzeitig uns von ihr nie lösen können, erwächst das Interesse, die Natur zu erhalten. Denn sie ist wichtig für unser gutes Leben. Profit, Ausbeutung und Machtansprüche auch über Nutzung und Zerstörung von Umwelt gibt es in einer Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen nicht mehr.

Und wie soll das dann funktionieren? JederR nimmt, was er oder sie will?

Genau. Und damit das so ist, entsteht das eigene Interesse der Menschen, einen Reichtum an Rohstoffen, materiellen Dingen und an Wissen, an Kunst und Kultur zu schaffen. Die Natur, ihre Flächen und Rohstoffe, gehören dazu. Da die Menschen gleichberechtigt sind, wird auch die Gestaltung und Nutzung der Natur zu den freien Vereinbarungen gehören. Keine Verbotsschilder mehr, kein Eigentum an Flächen und Materialien. Alles gehört allen. Warum sollten die Menschen das zerstören, was ihnen ein gutes

Leben schafft? In der heutigen Zeit können sie Entscheidungen treffen, die dann andere Menschen ausbaden müssen – Mülldeponien, Atomkraftwerke und alle Großprojekte, aber auch die alltägliche Verseuchung von Boden, Wasser und Luft klappt doch nur deshalb, weil Macht im Spiel ist und der Profit von allen als Ziel anerkannt wird.

Klingt das nicht nach „zurück in die Steinzeit“?

Nein. Im Gegenteil: Die Gestaltung von Natur, die Bewirtschaftung der Flächen bis hin zur Entwicklung von Technik und Maschinen – all das wird in Zukunft nicht mehr für den Profit, sondern für ein besseres Leben geschehen. Wir glauben, daß dann viel mehr viel sinnvollere Fortentwicklungen geschehen werden. Die kapitalistische Profitgier erhält eher Dinosauriertechnologien, wenn sich damit nur Kasse machen läßt. Die Welt der „freien Menschen in freien Vereinbarungen“ wird bunt, vielseitig, bisweilen verrückt. Aber wir glauben, daß der Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage für ein gutes Leben einen viel höheren Stellenwert bekommt. Zudem wird es weiter Menschen geben, die ein besonderes Interesse an der Natur bzw. an bestimmten Tieren oder Pflanzen haben. Sie werden in die Diskussionen ihre Vorschläge für die umweltschützende Gestaltung und Nutzung der Natur einbringen. Sie werden die Menschen dann direkt überzeugen können, heute sind sie nur BittstellerInnen gegen über Parlamenten oder Behörden.

Das Buch hat Schwerpunkte, die offenbar mit Eurer sonstigen Arbeit zu tun hat, z.B. die Kritische Psychologie. Warum gerade diese Richtung?

Das hat sicher mit zweien von uns (Annette und Stefan) zu tun, die sich schon damit beschäftigt haben. Es ist aber auch inhaltlich so, dass mit der Kritischen Psychologie ein Schatz am Grunde historischer Erkenntnis ruht, der darauf wartet gehoben und eingesetzt zu werden. Die Kritische Psychologie hat den klarsten Begriff vom gesellschaftlichen Menschen, sie hat herausgearbeitet, was dem Menschen allgemein zu kommt, und was nur historisch konkrete Erscheinung ist. Damit kann man den ganzen Unsinn a la „die Menschen sind nunmal soundso“ durchschauen, kann also der gängigen Naturalisierung die Pseudoargumente zerlegen. Die Kritische Psychologie nennt sich ja auch selbst Subjektwissenschaft. Das ist nicht bloße Namensspielerei, sondern auch mit einem radikalen Standpunktwechsel verbunden: Sie guckt nicht wie üblich von außen auf die Menschen und redet gelehrig über sie, sondern gibt den Menschen Denkmittel an die Hand, ihre subjektive Lage selbst zu durchschauen und zu verändern. Sie stellt sich auf den Standpunkt des Subjekts und ermöglicht so etwas, was man „Verwissenschaftlichung des Alltags“ nennen könnte.

Ihr habt Kritische Psychologie in der Passage verwendet, wo es um emanzipatorische Bewegungen geht.

Ja, auch emanzipatorische Bewegungen haben schließlich ihren „Alltag“ und da läuft ja auch eine Menge schief. Was wir nun versucht haben, ist, ganz allgemein die Dynamik des Schiefelaufens aufzuzeigen, also insbesondere zu zeigen, dass das kein individueller Defekt der Menschen ist, sondern Ergebnis der Tatsache, dass auch linke Menschen sich zu den beschissenen Bedingungen verhalten müssen – und dabei eben auch Scheisse bauen.



Könnt Ihr das etwas genauer beschreiben?

Die Kritische Psychologie arbeitet oft mit Begriffspaaren. Damit zeigt sie die Spanne der Handlungsmöglichkeiten der Menschen auf. So etwas wie „richtiges“ oder „falsches“ Verhalten gibt es dabei nicht – das wäre ja wieder die alte Aussensicht. Vom Standpunkt des Subjekts ist jede Handlung begründet, oder, wie wir das auch genannt haben: sie ist subjektiv funktional. Ich habe vorher über die Arbeit gelästert, doch ich habe nicht gesagt: Arbeiten gehen ist falsch. Arbeiten gehen ist subjektiv funktional, Menschen, die das tun, haben ihre Gründe. Doch Arbeit gegen Geld verkaufen – und das erfährt man, wenn man die Bedingungen im Kapitalismus analysiert – bedeutet, dass man das Zwangssystem, unter dem man selber leidet, durch sein eigenes Handeln reproduziert. Ich schade mir also indirekt selbst. Damit ich das aushalte, muss ich das entsprechend denken, ich muss entsprechend fühlen, mir was vormachen. So entstehen Verdrängungen usw. Menschen sind da ziemlich erfinderisch, was die Rechtfertigung ihrer eigenen Situation als „alternativlos“ angeht. Auch das kann wiederum subjektiv funktional sein: Ich blende einfach alle Alternativen denkend und fühlend weg, um nichts ändern zu müssen, denn jede Änderung bedeutet immer ein Risiko. Mit der Kritischen Psychologie kann ich das nun potentiell durchschauen – aber wie klar geworden sein sollte: Das kann für sich jede/r nur selbst tun und auch nur dann, wenn ich, der oder die Einzelne, es auch will. Die individuellen Biographien, Erfahrungen und emotionalen und kognitiven Rechtfertigungsfiguren sind einfach nur selbst erkennbar – was eine Unterstützung anderer natürlich nicht ausschließt.

Was hat das nun mit emanzipatorischen Bewegungen zu tun?

Du glaubst doch nicht etwa, dass das dort wesentlich anders läuft? Klar, es gibt das Ziel der Emanzipation, doch das ist weit weg, und heute muss ich über die Runden kommen. Wir haben zum Begreifen der Konflikte das Begriffspaar Instrumentalisierung und Intersubjektivität benutzt, das auf die Spanne der möglichen Beziehungen abzielt. Instrumentalbeziehungen sind solche, in denen sich Einzelne auf Kosten anderer durchsetzen. Dabei meint „Kosten“ nicht unbedingt Geld, sondern auch schon, wenn jemand einem anderen das Wort abschneidet, werden solche Strukturen reproduziert. Sie entsprechen dem allseits Nahegelegten in unserer Gesellschaft – und es ist eine mögliche Form, in den Bedingungen klarzukommen.

Und Intersubjektivität ist dann die anzustrebende gute Beziehungsform?

Nein, so kann man das nicht sagen. Instrumentalisierung und Intersubjektivität sind keine Moralbegriffe, es sind Begriffe, um zu kapieren, was los ist. Es hilft mir, die Gründe zu kapieren, die ja jeder meiner Handlungen zugrunde liegen, also auch denen, mit den ich anderen und mir schade. Ich sage ja nicht: Ich will dir jetzt schaden und da – rumms – hast du einen über die Rübe. Das ist ja trivial. Viel komplizierter sind die subtilen, versteckten Mechanismen, die man sich selbst konstruiert, um zu Rande zu kommen. Wenn ich die durchschaue und feststelle: Huch hier schade ich mir ja indirekt selbst, dann ist viel gewonnen. Dann gucke ich viel leichter mal auf die zweite Alternative. Die zweite Alternative ist die grundsätzlich andere Möglichkeit, die kollektive Erweiterung unserer Möglichkeiten – im Falle der Beziehungen also die Intersubjektivität. In-

tersubjektive Beziehungen sind also diejenigen, in denen meine Selbstentfaltung den anderen und damit zurückgespiegelt auch wieder mir nützt. Auch hier ist das Paradebeispiel die Freie Softwarebewegung. Global kann ich sagen: Wenn ich mich durch das Schreiben Freier Software entfalte, dann ist das nicht nur meine Weise des Lebens, von der ich was habe und die mir gefällt, sondern alle anderen haben auch was davon. Das sagt jetzt nichts über die Beziehungen im konkreten Projekt aus, ob da Zoff ist, oder nicht. Jede Ebene muss man auch noch mal für sich angucken.

Und was kam nun für die emanzipatorischen Bewegungen raus?

Über die emanzipatorischen Bewegungen können wir natürlich nicht reden, wir haben aber Fall-Beispiele genannt. Eine der größten Gefahren liegen in der „Etablierung“ von Projekten. Dann gibt es auf einmal neben den gemeinsamen Zielen des Projekts auch „etwas zu verlieren“, und das bedeutet meist: Einzelne haben etwas zu verlieren. Schnell wird der Sinn der Gruppe nicht mehr an das Ziel gebunden, sondern wird Selbstzweck. Kippt die Dynamik in diese Richtung um, dann ist es bis Integration in die herrschende Geldmaschine nicht mehr weit. Nun geht es nicht mehr darum, dass man sich gegenseitig in der je eigenen Autonomie und Subjektivität akzeptiert, sondern ich sehe den Anderen als Mittel, um meine Teilziele durchzusetzen: Ich fange an, den Anderen zu instrumentalisieren. Ich entwickle entsprechende Rechtfertigungsmuster „Jede/r muss dem Ganzen dienen“, und es fühlt sich für mich auch wirklich so an, als ob es der beste Weg ist. Doch Macherhalt und Gelderwerb als Selbstzweck zersetzen die Bewegung, macht sie zahnlos, integriert sie.

Und wie kann die Gruppe das verhindern? Nach Logik der Kritischen Psychologie darf die Gruppe ja von außen nichts machen.

Die Frage muss lauten: Wie kann ich das verhindern? Dass ich vom Außenstandpunkt die Leute nicht umbiegen kann, bedeutet doch nicht, dass ich mich nicht wehre, wenn mir was gegen den Strich läuft. Das ist sogar eminent wichtig! Es nutzt überhaupt nichts, um des „lieben Friedens“ willen, Konflikte unter der Decke zu halten. Mit Dissens muss offen und nicht-verurteilend umgegangen werden. Jede nicht gesagte Kritik ist eine vertane Chance – für mich und die Gruppe. Problematisch ist jedoch personalisierende Kritik. Es geht niemals um „Schuld“, sondern immer um die Gründe für mein Handeln. Und von wegen was die Gruppe „darf“: Die Kritische Psychologie gibt keine Regeln vor, sie ist nicht normativ. Es gibt nicht 'richtig' oder 'falsch', sondern es gibt eine Praxis von Menschen mit Gründen, die es zu verstehen gilt. Und Intersubjektivität bedeutet ja gerade auch, dass man den anderen versteht, denn der ist ja ein Mensch wie ich. Gründe, auch wenn sie individuell sind, sind kommunizierbar. Darum geht es natürlich auch. Nur kann dazu keiner gezwungen werden. Das klappt schon praktisch nicht. Der Subjektstandpunkt ist auch in diesem Sinne sehr radikal: Er ist weder hintergebar, noch sagt er, was zu tun ist. Das müssen wir schon selbst rausfinden.

Dann hängt also alles von den Menschen ab, ob die schon reif sind für die Emanzipation oder nicht?

Oh je, nein. Natürlich hängt das Handeln von den Menschen ab. Aber niemand muss irgendwie 'sein', es gibt keine Eintrittsprüfung für ein besseres Leben. Das muss entweder machen oder es lassen. Was man aber machen kann, ist, ein paar Vorkehrungen zu treffen, eine Art bewußter Konsens. Wir haben da vier Vorschläge gemacht: Erstens politische Arbeit von Verwertungsstrukturen trennen. Keiner darf individuell von einer Gruppe abhängig sein, eine Gruppe muss auch untergehen können ohne existenzielle Schäden für die Mitglieder. Zweitens individuelle Selbstentfaltung als Grundlage des Handelns. Instrumentalisierungen können weder durch bürokratische Verfahren noch durch moralische Appelle verhindert werden. Nur handlungsfähige Individuen, die ihre Interessen selbstbewußt vertreten, können Vereinnahmungen entgegenreten. Es geht darum, sich wechselseitig stark zu machen. Drittens Kritik und Reflexion als permanenten Prozess. Die Kritik richtet sich dabei nicht gegen die Personen, sondern die Bedingungen des Handelns sind ins Visier zu nehmen. Dissense sind produktiv. Viertens Entscheidungen kollektiv treffen. Dabei geht es nicht darum, dass immer alle alles entscheiden, sondern das sich der Gruppenprozess als kollektives Wollen in den Entscheidungen widerspiegelt. Dabei ist in großen Gruppen oder Gruppen mit vielen internen Widersprüchen die Rolle der Kontrolle und der Rechenschaft höher als in Gruppen mit hohem wechselseitigem Vertrauen und stabilen intersubjektiven Beziehungen.

Ihr habt im Buch ja auch ganz konkrete Hinweise für Organisations- und Aktionsformen emanzipatorischer Bewegung formuliert. Gibt es darauf Reaktionen?

Naja, wird stecken ja selbst in verschiedenen Diskussionsrunden oder aktionsorientierten Runden. Wir hoffen, daß schon das gemeinsame Interesse an visionärer Politik themenübergreifend Verbindungen herstellen kann, z.B. zwischen den emanzipatorischen Umweltschutzgruppen, freier Softwarebewegung, den Leuten mit der Idee der Aneignung gesellschaftlichen Reichtums bis zu vielen anderen. Darüberhinaus hoffen wir, einen zusätzlichen Beitrag geliefert zu haben dafür, daß direktere und selbstorganisierte Handlungsformen in der politischen Bewegung entstehen müssen. Daß Inhalte und Positionen erneuert und festgezurr werden, neue Kommunikationsformen entstehen und vieles mehr. Im Oktober, also nur zwei Monate nach dem Erscheinen des Buches, ist auf einem Treffen, was mit dem ehemaligen Expo-Widerstand zu tun hatte und aus diesem hervorging, das Thema Visionen und visionäre Politik für den Aufbau einer emanzipatorischen Bewegung für sehr wichtig begriffen worden. Wir werden sehen. Politische Bewegung muß mutiger, klarer und visionärer in den Inhalten werden und auf echte Veränderungen drängen statt sich auf Details abdrängen zu lassen. Heutige politische Aktion ist doch eher Begleitmusik für die Normalität. Das muß sich ändern. Wir diskutieren da einfach mit – wenn nötig auch mit dem Finger in die Wunde von Anpassung, Mut- oder Phantasielosigkeit.

Ihr habt eine „Revolution im Fünfschritt“ vorgeschlagen (siehe Kasten). Ist das die neue Generallinie des ZK?

ZKs, die eine imaginierte Schauheit repräsentieren, haben wohl ausgespielt. Doch es ist nicht so, dass nun alles in postmoderner Beliebigkeit versinkt und man gar nichts mehr sagen kann. Die fünf Schritte sind eine utopische Skizze möglicher Umbrüche, eine Skizze, mehr nicht. Wir sind ja keine Hellseher/innen. Diese fünf Schritte stammen übrigens auch aus der Kritischen Psychologie. Es ist eine Verallgemeinerung von qualitativen Entwicklungsprozessen überhaupt. Wir haben sie auch schon in der Analyse des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus verwendet. So kamen wir auf die Idee, diesen allgemeinen Rahmen für den anstehenden Entwicklungssprung in eine neue Gesellschaft auszuspinnen. Das haben wir einfach mal getan ...

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

... im Internet:

Gesamtes Buch als Diskussionsforum unter
www.opentheory.org/gegenbilder

Infoseite zu Herrschaftskritik (mit Link zum PDF-Download des Buches)

... das Buch:

PDF-Download über
www.projektwerkstatt.de/topaktuell/Expo/gegenbil.pdf

Bestellung gegen 10 Euro bei der Projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel.
06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.lahn.de

Bestellseite im Netz:
www.projektwerkstatt.de/materialien

... neues Projekt:

Debatte ab Oekonux-Kongreß im Nov. 2002, Infos
unter www.opentheory.org/buchprojekt

... und die politische Praxis:

Diskussionen um Herrschaftskritik und direkte
Aktionen zur Vermittlung visionärer Ideen laufen vor
allem im Hoppetosse – Netzwerk für kreativen
Widerstand: Seminare, gemeinsame Aktionen,
Organisierung von unten ... mehr unter
www.hoppetosse.net



FREIE MENSCHEN IN FREIEN VEREINBARUNGEN

Vision einer Welt von unten

Kein Markt, kein Staat, keine Patente und Copyrights – Forschung, Technik, Naturgüter und alles Wissen für alle Menschen!

Im August 2000 erschien das Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen«. Es weist viele Besonderheiten auf: Das AutorInnen-Team umfasste Menschen aus linker Theoriediskussion und aktionsorientierter politischer Bewegung. Das Buch wird unter »Copyleft« rausgegeben, d.h. es darf frei kopiert und weiterentwickelt werden, wenn auch das Ergebnis wieder frei verfügbar für alle ist. Aber das Wichtigste: Es ist eine Vision für eine emanzipatorische Gesellschaft – eine Skizze der wichtigsten Elemente, ohne feste Vorgaben zu machen. Das hat lange gefehlt: Keine Romantik, kein Pragmatismus, sondern eine analytische Beschreibung gesellschaftlicher Realität, Visionen und der möglichen Wege dorthin.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Der zentrale Begriff einer emanzipatorischen Zukunft lautet »Selbstentfaltung«. Damit ist ausgedrückt, daß das Menschsein in einer freien Gesellschaft jenseits von Verwertung und Machtstrukturen ein dauernder Prozess der Entfaltung ist. Selbstbestimmung und ungehinderter Zugang zu den Lebensgrundlagen und dem gesellschaftlichen Reichtum an materiellen Gütern und Wissen sind die Voraussetzungen dafür, dass sich die individuellen Menschen und die Gesamtheit aller in einer freien Gesellschaft ständig weiterentwickeln. In einer solchen Situation haben die Menschen ein unmittelbares Interesse an ihrer eigenen Entwicklung und an der aller anderen sowie der gemeinsamen Ressourcen. Es gibt kein Ziel mehr außer diesem, der Selbstentfaltung der Menschen. Forschung, Produktion, Kommunikation, Technik – all das dient den Menschen, dem immer besseren Leben, der einfacheren Alltagsgestaltung. Nicht mehr dem Profit oder der Machtsicherung.

Als erster Schritt dazu müssen die historisch gewachsenen Herrschafts- und Verwertungsstrukturen der aktuellen Gesellschaft begriffen und enttarnt werden. Dabei sind es nicht nur direkte Unterdrückungsverhältnisse, die eine auf Verwertung und Profit ausgerichtete Gesellschaftsstruktur aufrechterhalten, sondern die Anforderungen an eine konforme Lebensgestaltung werden von den Menschen verinnerlicht und alltäglich reproduziert. Sie zu überwinden, bedarf einer Praxis der Dekonstruktion aller Erwartungs- und gesellschaftlichen Rollenverhältnis-



se. Widerständiges Leben bedeutet den Kampf gegen äußere Zwänge und den Abbau der inneren Zwänge. Aus dieser Praxis heraus kann eine Befreiung entstehen, die zur Vision der freien Menschen in freien Vereinbarungen führt. In freien Vereinbarungen bestimmen die freien Menschen, sie sind Subjekt ihres

Handelns, es gibt keine abstrakten Handelnden (Institutionen) oder Zwecke und Zwänge, die Selbstentfaltung aller Menschen ist Selbstzweck und Sinn aller. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, Produktion, Kommunikation, Kultur und vieles mehr werden von den Menschen immer wieder aufs Neue vereinbart, korrigiert, erschaffen. Der freien Vereinbarung sind keine Grenzen gesetzt – ob es die gemeinsame Nutzung der Natur, ihrer Flächen und Rohstoffe, der Aufbau von Verkehrsnetzen oder Kommunikationsformen, die freie Verfügung über Güter, Wissen oder Kultur lokal oder weltweit ist.

Mit dem vorgelegten Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« wird eine Zeit der Konzept- und Visionslosigkeit durchbrochen. Daher lohnt sich die Auseinandersetzung. CONTRASTE bringt eine Kurzfassung der gesellschaftlichen Entwürfe, Hinweise auf die laufende Debatte und Interviews mit den AutorInnen. Der Anfang wird im Schwerpunkt dieser Ausgabe gemacht. ●

SCHWERPUNKTTHEMA

Selbstentfaltungs-Netzwerke als Gegenbild zu den Zukunftsvisionen der EXPO 2000 Seite 7

Technik & Ökonomie: Marktwirtschaft abschaffen – das Menschheitswissen den Menschen! Seite 8

Gleichberechtigung: Alle Menschen sind gleich ... manche sind gleicher?

Mensch – Natur: Der Mensch zwischen gesellschaftlicher Natur und natürlicher Umwelt Seite 9

Alle Menschen sind gleich ... manche sind gleicher?

Eine Welt »freier Menschen in freien Vereinbarungen« kann es nur geben, wenn die Menschen nicht mehr unter Machtstrukturen und ihren inneren Zwängen leiden. Herrschaft besteht nicht nur in den offensichtlichen Formen von Zwang und Unterdrückung, sondern in unterschiedlichen Möglichkeiten des Handelns und in den verinnerlichten Erwartungshaltungen, Pflichtgefühlen und Wertigkeitsempfindungen. Sie alle müssen durchbrochen, abgeschafft, »dekonstruiert« werden.

Was macht Menschen »ungleich« – und was löst die Ungleichheit auf?

Die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen sind nicht zufällig verteilt, sondern Folge gezielter Ungleichheit sowie jahrhundertelanger sozialer Wertungen, die von den Menschen verinnerlicht und alltäglich reproduziert werden.

Äußere Zwänge I: Zugriff auf Ressourcen (Kapital, Geld) – Vision: Alles gehört allen!
Die Spanne zwischen Menschen, die kraft Geldes, Maschinen, Immobilien, Boden usw. weitergehende Möglichkeiten haben als denjenigen, denen meist wenig mehr bleibt als der Verkauf ihrer Arbeitskraft, die Einbindung in patriarchale Familienlogik oder der alltägliche Kampf ums Überleben, ist groß und wächst beständig. Eine emanzipatorische Vision muss beinhalten, dass alle Menschen auf den gesellschaftlichen Reichtum (Natur, Maschinen, Produkte, Ideen und Wissen) zugreifen können. Eine gleichmäßige Verteilung ist dabei wenig sinnvoll, weil weder alle Menschen gleiche Bedürfnisse haben und zudem die vergleichende Bewertung verschiedener Güter bestehen bliebe. Als Vision kommt damit nur der gemeinsame Zugriff auf die Güter in Frage, Privatbesitz beschränkt sich auf das persönlich Genutzte. Das Eigentum an Produktionsmitteln, Naturgütern, Wissen und Ideen (einschließlich der Übernahme von Eigentum durch stellvertretend handelnde Institutionen ist abgeschafft.

Äußere Zwänge II: Direkte Machtstrukturen – Vision: Es gibt nichts außer den unmittelbar durch die Menschen vereinbarten Zusammenschlüssen.

»Freie Menschen« gibt es nur, wenn Menschen frei sind von der Angst ums Überleben und keiner direkten Zwangsanwendung oder Bedrohung unterliegen. Behörden, Ämter, Polizei, Gefängnisse, Nationen und Staatenbünde, aber auch fremdbestimmt, erziehungsförmig betriebene Schulen, Universitäten oder entmündigende Krankenhäuser – alles das dient nur oder auch der Unterdrückung von Menschen, der Einschränkung ihrer Freiheit, der Überwachung usw. und ist in einer visionären emanzipatorischen Welt verschwunden. Was zwischen den Menschen besteht, entsteht immer wieder neu und passend für jeden Zweck in »freie Vereinbarungen«.

Innere Zwänge: Konstruktion unterschiedlicher Wertigkeit – Vision: Vorgabefreie Entfaltung jedes Menschen.

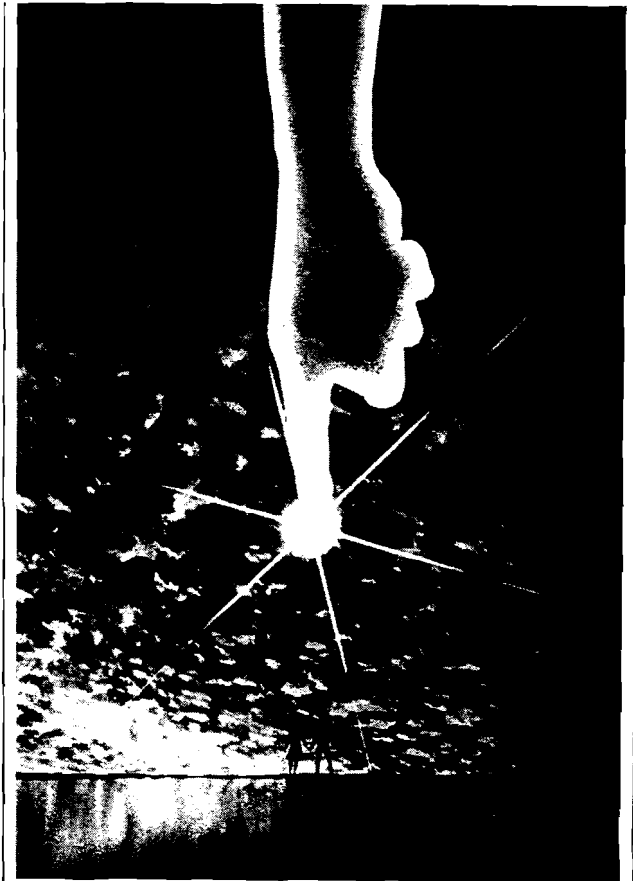
Die meisten Herrschaftsbeziehungen entstehen in Folge verinnerlichter sozialer Rollen- und Erwartungshaltungen, mit denen die äußeren Zwänge individuell reproduziert werden. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Menschen mit Titel und ohne Titel oder gar Ausbildung, zwischen EuropäerInnen und z.B. AfrikanerInnen müssen den Menschen nicht äußerlich aufgezwungen werden, sondern werden von ihnen selbst im Alltag reproduziert. Sie sind individuell funktional, sie ermöglichen das Leben unter Bedingungen, in denen Menschen nur über ihre ökonomische Funktion begriffen werden, in denen der Einzelne sich nur auf Kosten anderer behaupten kann. Diese verselbständigten sozialen Konstruktionen beeinflussen das tägliche Leben bis in den kleinsten Winkel. Die individuelle unbeschränkte Selbstentfaltung in einer herrschaftsfreien Gesellschaft setzt die unbeschränkte Entfaltung aller voraus. Hier ist es individuell funktional, sich nicht auf Kosten anderer, sondern in freier Vereinbarung mit anderen zu entwick-

keln. Jeder andere Mensch ist die unmittelbare Bedingung der eigenen Entfaltung, Selbstentfaltung ist immer auch die Entfaltung der Anderen. Auf dem Weg in die freie Gesellschaft wird die praktische Dekonstruktion der alten Erwartungslogiken und Strukturen das entscheidende Mittel sein – Stück für Stück, aber auch als grundlegendes Prinzip mit einer Vision der freien Entfaltung der Menschen!

Konzepte und Experimente

Die Enttarnung der Herrschaftsverhältnisse, der Ungleichheiten zwischen Menschen und der verschiedenen Formen von Diskriminierung sind wichtige Bausteine auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft. Zu ihr gehört die direkte Aktion, der Angriff auf die alten Strukturen. Dabei aber darf es nicht stehen bleiben. Freiräume müssen erstritten werden, in denen sich neue Modelle entfalten und leben lassen. Auch dann, wenn es nichts Richtiges im Falschen geben kann, gehört die Suche nach dem »Richtigen« im Sinne eines ständigen Prozesses, Experimentierens und Reflektierens zum Weg des Abbaus von Herrschaft. Politische Gruppen, Häuser und Plätze, das Zusammenleben oder gemeinsame »Arbeiten« von Menschen – all das kann der Ort sein, an dem herrschaftsfreie Prozesse entwickelt werden. Die heutige »Alternativszene« von selbstverwalteten Betrieben über besetzte Häuser bis zu Kommunen stel-

len solche Experimente nicht mehr dar. Sie finden sich eher in High-Tech-Communities wie der freien Softwarebewegung, bei ganz wenigen bewusst emanzipatorischen, politischen Gruppen sowie bei kreativ-flexiblen Gemeinschaften und Individuen, die alltäglich Widerstand leisten und sich der Verwertungslogik und den abstrakten Herrschaftsstrukturen gezielt verweigern. ●



Grafik: Dale D'Neil/ZEFA

Selbstentfaltung-Netzwerke

als Gegenbild zu den Zukunftsvisionen der EXPO 2000

Die EXPO ist zu einem kleinen Skandal geworden jedoch nur, weil sie viel mehr Geld verschlang, als die eigene Propaganda glauben machte. Enttäuscht waren viele BesucherInnen, weil sich die versprochene Faszination angesichts einer Fülle von Bildschirmen und Leinwänden mit bunten, wackelnden Bildern und unverständlichen symbolüberladenen Installationen nicht einstellte. Es wäre schade, wenn sich die Kritik an der EXPO auf das finanzielle Fiasko und die oft als enttäuschend empfundene Form der Präsentation beschränken würde, denn es geht um mehr: Um Visionen zukünftiger Gesellschaft – profitorientiert und »von oben« oder »von unten« als gesellschaftlicher Prozess der freien Menschen in freien Vereinbarungen.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Im Vorfeld machten die EXPO-Macher viel Werbung mit inhaltlichen Konzepten in Bezug auf die Agenda 21, dem Schlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Was in der Werbung oft als wesentlicher Fortschritt zur Ökologisierung der Ökonomie Hoffnung verhiess, hat sich inzwischen jedoch als weiterer Schritt erwiesen, die herrschende Weltwirtschaftsordnung trotz ökologischer und sozialer Gefahren »nachhaltig« – mit mehr Verfügungsgewalt für Konzerne, mit mehr Atomenergie und Gentechnik – zu sichern. Genau diese Absichten riefen die Kritik derer hervor, die hinter der grünen Fassade der Expo auf die unveränderten Quellen des Wachstumswahns und der Zerstörung aufmerksam machen wollen. Aktionen wurden vorbereitet und Informationen verbreitet, die sich gegen die ideologische Absicht wenden, gerade den industriellen Kapitalismus als Problemlösung für jene Probleme hochzuspielen, die er maßgeblich erzeugt. Aktionen und Flugblätter sind naturgemäß etwas kurzatmig. Außerdem beziehen sich diese Inhalte zumeist lediglich auf den Aufruf, sich gegen die EXPO-Inhalte zu stellen. Doch das einfache »Dagegen-Sein« reicht nicht aus. Wir müssen selbst nach Alter-

schaftlich produzieren, also den Stoffwechsel mit der Natur durch Einsatz von Mitteln (Technik etc.) organisieren. Es geht also stets um das Verhältnis von produzierendem Menschen zur Natur und zu den Mitteln, die er für die Produktion verwendet (siehe Abb. 1). Die Entfaltung jeweils eines der drei Aspekte – Natur, Mittel, Mensch – kennzeichnet die Entwicklungsepoche.

Erste Epoche »Naturaspekt«: Die menschliche Entwicklung bezog sich in einer ersten Epoche vorwiegend auf die maximale und unmittelbare Ausschöpfung der Potenzen der Natur in Landwirtschaft, Bergbau usw. Handwerk, auch Handel und andere Tätigkeiten waren eher sekundär, nur begleitend. In dieser Epoche fand auch der grundlegende Wandel von eher gemeinschaftlich-egalitären Lebens- und Wirtschaftsweisen zu herrschaftlichen Formen, die sich zuerst im Patriarchat konstituierten, statt. Die wichtigsten Entwicklungsschritte in

(die sich durch den Konkurrenzkampf um immer mehr Mehrwertanteile hochpusht) auch nicht aufhalten. Auch politische Grenzziehungen (»Sozialstaat« etc.) können nur flankierend einwirken, nicht die Richtung bestimmen.

Die »sachlichen Mächte« der Kapitalverwertung setzen sich hinterrücks durch und erscheinen auch im Denken als Argument: »Alles muss sich rentieren«. Nicht die Böswilligkeit der Kapitalisten (was im Vorwurf eines »Strebens nach Maximalprofit« immer anklingt) ist die Ursache der Probleme, auch nicht eine eventuelle Unmäßigkeit der Bedürfnisse der Menschen, sondern die Art der Vergesellschaftung über abstrakte Werte. Der »Sachzwang«-Charakter macht es auch so schwer, die Form der Herrschaft zu durchschauen. Es nützt auch nichts und wäre falsch, ein personifiziertes Feindbild zu entwickeln – der »böse Kapitalist« kann nicht anders, als den

nik, einer kritischen Verwendung und Weiterentwicklung der anderen technischen Mittel ist diese Arbeitsproduktivität auf ein Maß geschwunden, das es ermöglicht, die Rolle der Ökonomie, des Reichs der Knappheit, zu reduzieren.

Die mögliche dritte Epoche der »Selbstentfaltung des Menschen«: Gegenüber der sich eher auf die technischen Mittel beziehenden bisherigen Entwicklung erlangt heute ein anderer Faktor endgültig den Vorrang. Schon Marx verwies bei der Analyse der neuen Produktionsformen des Kapitalismus in Werkzeugmaschinenfabriken auf die Wirkung für die Menschen: Einerseits werden sie brutal zu Anhängseln der Maschine degradiert, andererseits können sie ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse tendenziell trotzdem erweitern. Heute zeigt sich endgültig, dass die modernsten technischen Mittel nicht von stupiden Knöpfchendrückern oder Kraftprotzen effektiv genutzt und entwickelt werden, sondern nur in Verbindung mit flexiblen, motivierten, kreativen Arbeitskräften auch effektiv funktionieren. Alle modernen Managementkonzepte, die sich um die Entwicklung von Teamwork, von Kreativität bei den Mitarbeitern, um die Abflachung von Hierarchien usw. bemühen, sind ein Kennzeichen für diese innere Notwendigkeit der Entwicklung. Zumindest die noch in diese Prozesse einbezogenen Menschen selbst geraten immer mehr in den Mittelpunkt nicht nur der Ausbeutung, sondern auch der Quelle der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Mittel werden wieder mehr zu Mitteln der Entwicklung der produktiven Kräfte der Menschen – wenn auch noch im Dienste der Kapitalverwertung. Dieses »noch« macht auch das Problem aus. Viele Menschen kommen nicht einmal mehr in den Genuss, in dieser Weise Kreativität, Teamfähigkeit etc. in einem Job oder einer Weiterbildung entwickeln zu können, sondern werden fallen gelassen. Jene, die Arbeit auf dieser Grundlage haben, werden in wenigen stressigen Jahren verschlissen, opfern Freizeit und Familienleben. Nur tendenziell ist zu hoffen, dass sich diese von uns genannten Impulse auch positiv auswirken können. Und sie tun es mit Sicherheit nicht automatisch, sondern nur, wenn wir es selber tun.

Es fällt uns oft schwer, in der Selbstentfaltung der Menschen den Inhalt einer wünschbaren zukünftigen Ent-



Foto: Barbara Hinz

nativen zu jenen Zukunftsvisionen suchen, die uns in der EXPO offeriert werden. Utopien sind aber rar geworden. Der »Kommunismus« hat wohl ausgespielt, die anderen »dritten Wege« lassen sich an Staatsknete-Fördertöpfen strangulieren oder verkaufen ihre früheren Ideale gegen Privatkredite ...

Jedoch: Fast unbemerkt von vielen »links-alternativen« Gruppen in Deutschland, die mit dem alten Marxismus-Leninismus meist auch das Interesse für Gesellschaftstheorie überhaupt und speziell das Thema der Produktivkraftentwicklung verloren hatten, hat sich einiges in der Welt getan, was neue Hoffnung schöpfen lässt: Widerstandsgruppen, Netzwerke, Bewegungen, High-Tech-Avantgardisten, die selbstorganisiert und kreativ politische Aktivitäten entfalten.

Die EXPO 2000 und die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihr wurde zu einem Anlass, auch in Deutschland einen neuen Anlauf bei der Suche nach Gegenkonzepten zu machen. Das Buch »Freie Menschen in freien Vereinbarungen – Gegenbilder zur EXPO 2000«, im Juli 2000 in Saasen erschienen, ist ein Ergebnis dieser Suche. Sie entstand nach einem Aufruf in einer Mailingliste – die Beteiligung war allen offen gestellt und freiwillig. Es zeigte sich, dass lediglich drei Personen die Zeit zur Formulierung der Texte aufbringen wollten – ein deutliches Zeichen für den bestehenden Mangel an visionärer und konzeptioneller Kraft in politischen Bewegungen. Jedoch die Diskussion über den Text im Internet, den die AutorInnen parallel entwickelten, blüht jetzt geradezu auf. Es zeigt sich, dass das Internet die Kommunikation stark beschleunigt. Wir legen als AutorInnen aber auch großen Wert darauf, dass das wirkliche Leben »vor Ort« stattfindet, alltäglich in den Gruppen, in denen wir aktiv sind.

Inhaltlich werden in diesem Buch vielfältige Erfahrungen der Bewegung »Umweltschutz von unten« analysiert und in Bezug zu den Fragen gebracht: Was heißt Herrschaft heute? und Was erfordert der Kampf um Emanzipation heute?

Gesellschaft, Produktivkraftentwicklung und Herrschaftsformen

Seit vielen Jahrtausenden sind Gesellschaften herrschaftsförmig strukturiert. Kaum jemand kann sich vorstellen, dass eine Ordnung ohne Herrschaft funktionieren kann. Im Buch »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« werden die Formen der Gesellschaft und ihrer Herrschafts- und Ordnungsstrukturen als Resultate der Herausbildung typischer Epochen der Produktivkraftentwicklung aufgefasst. Mit »Produktivkraftentwicklung« ist die Art und Weise gemeint, in der Menschen ihr Leben gesell-

dieser Epoche bezogen sich auf technische und organisatorische Verbesserungen der Landwirtschaft. Wissenschaftlich-kulturelle Blütezeiten in verschiedenen Kulturen begleiteten sie. Im Handwerk setzten die Zünfte dem technischen Erfindertum klare Grenzen – seine Entwicklung beruhte im wesentlichen auf der allgemeinen städtischen Entwicklung auf Grundlage der Freisetzung von Menschen aus der Landwirtschaft (siehe im Buch, Pkt. 2.1.A, S. 18). Die Gesellschaft war damals im wesentlichen durch personale Abhängigkeitsverhältnisse bestimmt. Herrschaft, wie auch nicht-herrschaftsförmige Beziehungen zwischen Menschen beruhten auf konkreten Beziehungen. Was daran das Besondere ist, sieht man vielleicht erst, wenn man die Herrschaftsform der späteren Zeit kennt.

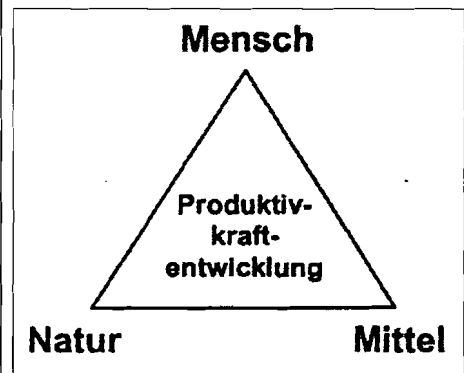
Zweite Epoche »Mittelaspekt«: Mit dem Aufstieg des Kapitalismus wurden die personal strukturierten Beziehungen zerschlagen. Die früheren Bauern und Landarbeiter wurden zu »doppelt freien« Lohnarbeitern: »frei« von Boden und Produktionsmitteln und »frei«, ihre Arbeitskraft zu verkaufen (Pkt. 2.2.A, S. 28). Neben den meist thematisierten negativen Konsequenzen, ist eine Befreiung aus persönlichen Abhängigkeiten nicht zu übersehen. Dies betrifft »nur« die Arbeiter, nicht die Menschen im Trikont und die meisten Frauen. Deren Abhängigkeiten sind heute jedoch weitgehend zusätzlich verschärft durch die von uns hier betonten strukturellen ökonomischen Herrschaftsformen. (*Übrigens: Für die Themenstellungen Frauen und Trikont suchen wir noch MästrägerInnen für die Weiterarbeit an diesen Themen...*) Die in diesem Sinne vereinzelt Menschen und ihre Arbeit treffen sich seitdem im Wesentlichen nur noch über anonyme Strukturen, die Märkte. Dahinter versteckt sich nicht nur eine »Heimtücke der Machthaber«. Es entlastet auch von persönlichen Abstimmungsreibereien. Die Arbeit wird nicht mehr direkt für andere Menschen erledigt, sondern für anonyme Märkte. Das Problem besteht dabei darin, dass nur ausgetauscht wird, was auf Bedarf trifft. Menschliche Bedürfnisse gelten erst als »Bedarf«, wenn sie zahlungskräftig sind.

Der abstrakte Wert vermittelt alle Beziehungen, konkrete qualitative Anforderungen werden höchstens nebenbei erfüllt. Diese »Wert-Vergesellschaftung«, speziell das Streben nach Verwertung (d.h. Mehrwert erzielenden »Investition«) des Kapitals kennzeichnet den Kapitalismus als Gesellschaftsordnung – und die Herrschaftsbeziehungen, die sich eben nicht mehr primär zwischen Personen abspielen, sondern alle Personen sind nur Marionetten im Konkurrenzkampf um mehr Profit. Da die konkreten Zwecke hier nicht unmittelbar den Austausch bestimmen, können sie die Steigerung der Verwertungsspirale

Gesetzen des Marktes und der Kapitalverwertung folgen, solange er auf dem Markt bleiben will. Entsprechend geht es den Menschen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und auch dann in diesem sinnlosen Spiel drinbleiben müssen, wenn z.B. die Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen noch so irrsinnig sind (Kap. 2.2.B., S. 31).

Während die genannte erste Epoche weltweit viele verschiedene und vielfältige Formen und Prozesse zuließ, ist in der zweiten Epoche die Tendenz vorherrschend, der Verwertung von Wert alles, aber auch wirklich alles auf dieser Welt unterzuordnen. Saatgut wird privatisiert, Gene werden patentiert, die letzten Reste regionaler Eigenständigkeit werden durch IWF-Kampagnen zerstört.

Glücklicherweise entsteht auf diesem Boden immer auch mehr, als »im System« selbst gebraucht wird. Dieser Überschuss ist eine der Grundlagen für die Hoffnung auf die Überwindung jeglicher Unterordnungsbeziehungen in der Gesellschaft. Neben der – durchaus unbeabsichtigten – Erzeugung dieser kulturellen Überschüsse ermöglichte die Loslösung der wirtschaftlichen Dynamik von den konkreten Bedürfnislagen eine Beschleunigung



der Entwicklung technischer Mittel (2.1.B, S. 19). Da die Konkurrenz jeden einzelnen Produzenten immer weiter treibt, erreicht die Entwicklung der technischen Mittel in dieser Epoche eine maximale Dynamik: Manufakturen, Fabriken und Konzerne; Werkzeugmaschinen, Roboter und flexible Universalautomaten; Windkraft, Dampfkraft und Elektrizität – all dies bescherte uns eine sehr hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität. Viel weniger Menschen können immer noch viel mehr herstellen, als wir eigentlich bräuchten (sonst müsste nicht über die Hälfte der Arbeit mit Marketing und Werbung verbraucht werden). Auch bei einem Verzicht auf Gen- und Kerntechn-

wicklung – und gleichzeitig das kapitalismusüberwindende Potential – zu sehen. In der jetzigen Gesellschaftsform sehen wir sie häufig nur in den Erscheinungen Egoismus, Verantwortungslosigkeit und Selbstsucht. Oft sitzt man in seinem stillen Kämmerlein und denkt, dass man selber eigentlich anders leben und mit den anderen zusammenwirken würde – aber die anderen nutzen einen ja vielleicht nur aus... Vielleicht wäre es schon mal ein Beginn, genauer nachzuschauen, wer auch in so einem Kämmerlein sitzt... Es sind vielleicht gar nicht allzu wenige.

Menschliche Selbstentfaltung als Ziel und Mittel der Emanzipation

Menschen streben spätestens mit ihrer Geburt danach, sich selbst und damit ihre Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Da ist nicht nur etwas schon Vorhandenes zu »verwirklichen«, sondern es entstehen immer wieder neue Entfaltungspotentiale. Jeder einzelne Mensch entwickelt sich auch nicht nur für sich selbst, sondern menschliches Dasein ist immer auf die Gesellschaft bezogen. Man kann sich nur in einer Gesellschaft selbst entfalten, in der sich alle anderen auch selbst entfalten können. Dadurch ist das Eigeninteresse mit den Interessen aller verknüpft, das eigene Interesse ist auch allgemeines Interesse (2.1.C, S. 25).

Stellen wir uns doch mal eine Gesellschaft vor, in der die Menschen nicht seit der Kleinkindzeit darauf getrimmt werden, »besser zu sein« als andere, die anderen als Konkurrenten zu betrachten und sich ansonsten an die Realität anzupassen – oder einfach völlig ohne Orientierung in einer unverständlichen Welt allein gelassen zu werden. Verlängern wir die kindliche Neugier, das knobelnde Herantasten an Neues, die Freude, mit anderen gemeinsam etwas zu erreichen usw. in die große Gesellschaft. Ist das eine Utopie? Selbstentfaltung als Inhalt einer neuen Gesellschaft, deren Form die selbstbestimmte Vernetzung ist. Diese Vision unterscheidet sich von den meisten früheren Utopien, weil sie gerade nicht von vornherein festlegt, wie das Leben dann genau organisiert zu sein hat. Die Menschen werden selbst entscheiden, wie sie leben – ohne dass eine Lebensweise allen anderen aufgedrängt werden muss: in selbstbestimmten »Wahlverwandtschaften«, wirtschaftlich-ökologisch die jeweiligen regionalen Bedingungen nutzend, aber im direkten Austausch und informationell mit der ganzen Welt vernetzt. Auf dieser Grundlage werden viele utopische Gedanken realisierbar.

Fortsetzung

FORTSETZUNG

- Ökologie: gemeinsame Verantwortung und Entscheidung über Nutzung der Flächen und Rohstoffe.
- Ökonomie: dezentrale Vernetzung aller produktiven Tätigkeit in jeder Region sowie im direkten Austausch darüber hinaus, Wirtschaft »von unten«.
- Politische Form: Ständig sich entwickelnde selbstbestimmte Ordnung ohne Herrschaft.

Die Freie Software als Beispiel für freie Entfaltung der Produktivkraft Mensch

Der Skepsis »Das funktioniert nie – und wenn, ist es unefektiv« kann jetzt ein Beispiel entgegengestellt werden. In der freien Softwareszene wurden seit den 80er Jahren zwei neue, mächtige Prinzipien entwickelt.

Copyleft – freier Zugang zu den Ressourcen für alle

1984 ärgerte sich *Richard Stallmann* darüber, dass Quelltexte von Computerprogrammen nicht mehr – wie in der Computerszene früher üblich – untereinander ausgetauscht und verbessert werden konnten, sondern plötzlich durch Firmen mit Nichtweitergabe-Verpflichtungen (Non-Disclosure Agreement) belegt wurden. Im folgenden Jahr gründete er deshalb die *Free Software Foundation (FSF)*, mit der er daran ging, ein freies Betriebssystem zu entwickeln. Die »Freiheit« steckt in einer neuen Lizenz, der *GNU General Public License (GPL)*. Im Ge-

gensatz zum Ausschlussprinzip des Copyright beinhaltet die GPL die Rechte zur freien Benutzung des Programms, Kopien des Programms zu erstellen und zu verbreiten, das Programm zu modifizieren und modifizierte Versionen zu verteilen. Dieses Prinzip der freien Verfügung für alle wird auch Copyleft genannt. Dabei muss der Quelltext frei jederzeit verfügbar sein und bleiben, die Lizenz eines GPL-Programms darf nicht geändert werden, und ein GPL-Programm darf nicht Teil nicht-freier Software werden. Im Rahmen der Diskussion über diese Prinzipien wurden bald Analogien zur Nicht-Softwarewelt klar. Es zeigt sich, dass das Copyleft das Aufbrechen alter Eigentums- und Besitzrechtsstrukturen ermöglicht. Die darauf basierende freie Softwareszene steigt im Prinzip aus dem Wert-Prinzip aus. Sie tauscht ihre Teilarbeiten nicht einmal, sondern jeder gibt, was er mag – und empfängt, was durch alle entsteht. Dass diese Möglichkeit zuerst im immateriellen Softwarebereich entstand, ist sicher kein Zufall – muss aber keine Grenze der Anwendbarkeit bedeuten.

Maintainerprinzip – Selbstentfaltung und Selbstverantwortung

Auch die Herstellungsweise der freien Software verlief zuerst noch nach bekannten Prinzipien: Wie bei einer Kathedrale entwickelt jemand die Grundgedanken ausführlich und perfekt, macht den Plan erst bekannt, wenn möglichst alle Fehler behoben sind und setzt dann nur so

viele Personen, wie unbedingt notwendig sind, geplant an die Arbeit am Projekt. Das fand *Linus Torvalds* nicht so gut. Er meinte, dass mehr Leute mehr Fehler finden und hatte keine Scheu, auch frühe Versionen seiner Arbeit am Kernel des Betriebssystems (Linux) offen im Internet zur Diskussion zu stellen. In einem grundlegenden Artikel stellte Eric S. Raymond diese Basar-Produktionsweise der früheren Kathedralen-Bauweise entgegen und konstatierte, dass auf diese Weise die Produktion insgesamt fehlerfreier, effektiver und kreativer abläuft. In der freien Softwareszene läuft die Entwicklung dabei nicht völlig unstrukturiert ab. Sondern der Initiator wird meistens der sog. »Maintainer« des Projekts, d.h. er übernimmt für ein konkretes Projekt die Verantwortung. Da die Mitarbeit in Projekten ausschließlich freiwillig geschieht, hat der Maintainer ein unmittelbares Interesse, dass sich die Mitglieder genau in diesem Projekt entfalten. Umgekehrt ist für die Mitglieder ein Maintainer mit guten kommunikativen und koordinierenden Fähigkeiten sehr nützlich. Dabei kann die Maintainerschaft auch rotierend oder von kleinen Gruppen wahrgenommen werden. Entscheidend ist: Die Selbstentfaltung jedes Einzelnen ist die Voraussetzung für die Entfaltung aller. Keiner hat Macht über Andere, sie wäre kontraproduktiv.

Diese beiden Prinzipien lassen sich auch auf die Nicht-Software-Welt übertragen, wenn auch keinesfalls komplikationslos. Seit ca. einem Jahr hat ihre Thematisierung in diesem Sinne jedoch bereits eine breite Debatte losgetreten, an der sich Menschen aus vielfältigen Zusam-

menhängen beteiligen. Ein Beispiel ist das Oekonux-Projekt (www.oekonux.de), in dem über die Übertragung dieser Prinzipien auf eine freie Gesellschaft diskutiert wird. Ein weiteres Beispiel ist das *OpenTheory-Projekt* (www.opentheory.org), das eine auf den Prinzipien freier Software basierende Plattform für freie Projekte jeglicher Art bereitstellt. Auch das »Gegenbilder-Buch« ist dort zu finden.

Eine freie Gesellschaft in diesem Sinne beruht auf den Selbstentfaltungsprozessen der Menschen, die sich selbstbestimmt vernetzen. Je nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten finden sie selbst die optimalen Verknüpfungsmöglichkeiten ihrer Aktivitäten, schaffen sich Entlastungen von unmittelbaren Abstimmungsaufgaben, teilen Verantwortung und Arbeit jeweils »von unten«. Technisch ist die Voraussetzung dafür da, auch für eine hohe Arbeitsproduktivität, so dass die Herstellung der notwendigen Güter nicht mehr so viel Lebenszeit auffressen muss, wie sie das heute noch unter entfremdeten Bedingungen tut. Dieser Fakt wird zwar manchmal skeptisch hinterfragt, macht aber nicht so viele gedankliche Probleme wie die Frage, ob die Menschen tatsächlich da mitspielen und wie man dahin kommen kann. In kleineren Gruppen gibt es dazu Erfahrungen aus der Alternativszene. Jetzt käme noch eine weitreichende selbstbestimmte Vernetzung hinzu. ●

TECHNIK & ÖKONOMIE

Vision einer Welt von unten

Marktwirtschaft abschaffen – das Menschheitswissen den Menschen!

Der Markt ist eine heilige Kuh, die auch von Linken nur noch selten infrage gestellt wird. Doch der »Markt«, wie wir ihn kennen, ist ein von der Leine gelassener Pitbull. Der kapitalistische Markt ist ein abstrakter, virtueller »Ort« des Vergleichens von Werten, ausgedrückt in Geldform. Hier zeigt sich, ob die unabhängig voneinander be-

man sich diese Eigenschaften klar, dann wird deutlich: Effizienz auf der einen Seite ist tödliche Effizienz auf der anderen.

Es muss endlich klar werden, dass sich der Markt nicht regulieren lässt, denn auf Dauer setzen sich die Wertgesetze des Marktes immer durch. Alle historischen Versuche

und herrschendem Recht als Recht der Herrschenden hergestellt. Bezog sich historisch diese Herstellung von Knappheit auf die systematische Zerstörung der subsistenzwirtschaftlichen Strukturen in den agrarischen



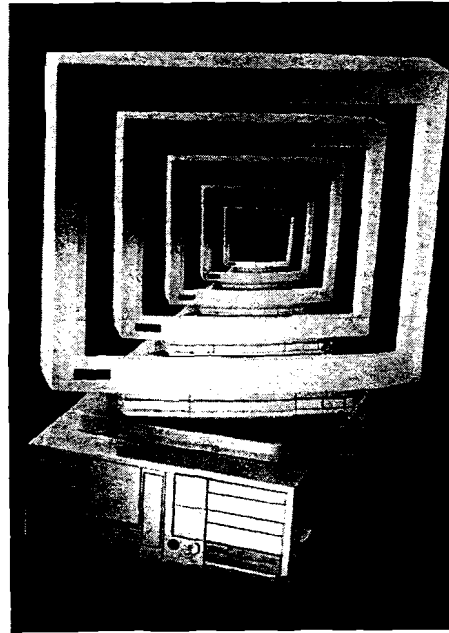
triebenen Produktionen auf ein gesellschaftliches Bedürfnis treffen oder nicht. Es wird also nicht vor der Produktion kommunikativ geklärt, welche Bedürfnisse der Gesellschaft mit welchen Produkten befriedigt werden können, sondern erst wird auf »Verdacht« produziert. Dann zeigt sich im Nachhinein, ob die Produkte auch »abgesetzt« werden können. Ein eigentlich sozialer Prozess – das Herstellen und Verbrauchen von Gütern zum Zwecke eines guten Lebens – wird über einen Umweg, den Markt organisiert. Dieser Umweg über den Markt zeigt charakteristische Eigenschaften. Der Markt ist

- **abstrakt:** Früher musste man »zum Markt« gehen, heute ist der Markt überall, wo Werte miteinander verglichen werden: im Kaufhaus, auf der Seite der Stellenanzeigen in der Zeitung, an der Börse, im Internet.
- **gleichgültig:** Konnten früher Menschen soziale und andere Gesichtspunkte in den Tausch mit einbeziehen, z.B. Armen mal etwas mehr geben, so ist der abstrakte Markt eine sachliche Einrichtung, die für jede/n gleich gültig ist: seine Regeln gelten für alle in gleicher Weise. Eintrittsbedingung ist das Geld, wer kein Geld hat oder will, ist ausgeschlossen.
- **subjektlos:** Es sind nicht die Menschen, die die Marktregeln für ihre Zwecke erschaffen, sondern die Marktregeln erwachsen aus der inneren Logik des Marktes selbst, der den Menschen als Selbstzweck gegenübertritt. Alle Beteiligten – ob Produzent oder Konsument – reproduzieren durch ihr »Marktverhalten« die vorgegebenen Selbstzweckregeln. Dabei ist es nicht möglich, sich einfach »anders« zu verhalten als die Regeln vorgeben.
- **selbstreproduktiv:** Der Markt erzeugt sich selbst, in dem die Menschen seine Gesetze exekutieren. Der Regulator ist der Wert der zu tauschenden Waren – seien es materielle Güter, Dienstleistungen oder Arbeitskräfte. Die Konkurrenz der Marktteilnehmer zwingt diese, sich marktregulär zu verhalten. Wer seine Produkte als Kapitalist verschenkt, ist nicht mehr länger einer, wer keinen Lohn für seine Arbeitskraft nimmt, hat nicht alle Tassen im Schrank.
- **totalitär:** Der abstrakte, gleichgültige, subjektlose Mechanismus des Marktes drängt eigengesetzlich zur Eroberung jeglicher Bereiche und Sphären der Gesellschaften. Er macht keinen Halt vor bestehenden sozialen, kommunikativen, subsistenzuellen Strukturen, die noch nicht von den Marktgesetzen erfasst wurden. Er dringt sogar dort ein, wo es gar nicht um kaufen und verkaufen geht: Liebesbeziehungen, Freundschaften, Nachbarschaften.

All diese Eigenschaften machen den Kapitalismus ungeheuer effizient, und das ist es, was seine Rechtfertiger immer wieder hervorheben. Worüber sie verlegen hinweg gehen, ist sein abstrakter, gleichgültiger, subjektloser, selbstreproduktiver und totalitärer Charakter. Macht

– seien es die staatskapitalistischen Ansätze des »Realsozialismus« oder die keynesianistischen Steuerungsversuche der Sozialdemokratie – waren und sind letztlich hilflos gegenüber dem »Terror der Ökonomie«.

Der Grund für die Nichtsteuerbarkeit des Marktes ist nicht so einfach zu durchschauen: Es ist der Markt selbst, der steuert! Marx nannte das »Fetischismus«. Menschen richten ihr Verhalten nach einer toten Sache aus, die angeheimelt wird wie ein Fetisch. Der sich selbst steuernde Markt gleicht einer ruhelosen Maschine, die in jedem von uns einen perfekten Maschinenwart findet, der die Maschine am Laufen hält. Wer teilnimmt, steuert nicht, sondern lässt sich von den Gesetzen der Maschine, den



Marktgesetzen, steuern. Es gibt nur eine Möglichkeit, sich nicht steuern zu lassen: den Ausstieg. Der wertvermittelte Markt, der Umweg der Vergesellschaftung, kann nicht reformiert, sondern nur abgeschafft und dort, wo Gütertausch nötig oder gewollt bleibt, ersetzt werden – durch eine Ökonomie von unten.

Freier Zugriff auf den angesammelten Erfahrungsschatz der Menschheit – für alle!

Kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert nur als Ökonomie der Knappheit. Nur ein knappes Gut ist verwertbar. Wo keine Knappheit herrscht, wird Knappheit mit Gewalt

Gesellschaften und später auf alle Rohstoffe, so wird heute der Enteignungsfeldzug auf dem Gebiet des Wissens und der Verfügung über Informationen fortgeführt.

Ein Gegenmodell basiert auf dem freien Zugriff aller Menschen auf alle Ressourcen, also auf Flächen und Rohstoffe wie auf den angesammelten Erfahrungsschatz der Menschheit. Alle Regelungen, die dies einschränken, werden abgeschafft. Diese Vision sei anhand einiger Beispiele des freien Zugangs zu allem Wissen illustriert.

Saatgut: Die Zucht und der Anbau von Saatgut wird in keiner Weise mehr eingeschränkt, weder durch gesetzliche Restriktionen (wie etwa in der BRD) noch durch gentechnische Manipulationen und Patente (wie etwa durch die Firmen Monsanto, AgrEvo u.a.). Jedes Saatgut darf als Grundlage für Züchtungen oder den Anbau frei verwendet werden. Alle

Erfahrungen und Informationen, die aus Anbau oder Zucht gewonnen werden, sind wiederum für jeden frei verfügbar, die Privatisierung von Wissen ist ausgeschlossen. **Software:** Jegliche Software darf frei benutzt werden, Kopien dürfen frei erstellt und verteilt werden. Der Quelltext des Programms und die Dokumentationen sind frei verfügbar. Programme dürfen verändert und als modifizierte Programme weitergegeben werden. Diese Freiheit darf jeder genießen, eine Privatisierung des angesammelten Wissens in »Softwareform« ist ausgeschlossen.

Fahrradbau: Jegliche Pläne und Konzepte über den Bau von Fahrrädern sind frei verfügbar. Diese Informationen umfassen sowohl die Fahrradtechnik als auch die Techniken zur Herstellung von Fahrrädern. Sie dürfen kopiert, geändert und als neue Pläne und Konzepte weitergegeben werden. Jeder darf über die Informationen zur Technologie und zum Bau von Fahrrädern frei verfügen, eine Privatisierung ist ausgeschlossen.

Kochrezepte: Rezepte zur Herstellung von Speisen und die Liste von Zutaten sind frei verfügbar. Diese Herstellungsanleitungen beschreiben sowohl die Zusammenstellung und Menge der verwendeten Zutaten als auch die Methodik ihrer Komposition. Die Informationen der Speissherstelltechniken dürfen kopiert, geändert und als neue Rezepte weitergegeben werden. Jeder darf über die Informationen frei verfügen, eine Privatisierung ist ausgeschlossen.

Diese Beispiele sollen die Bedeutung der freien Verfügung



über das Wissen, das die Menschheit erschaffen hat, hervorheben. Die Macht privater Nutznießer solcher Informationen beruht ganz zentral auf dem Ausschluss Anderer von diesem Wissen. Solche Ausschlussmittel sind Patente, Copyrights, Markenschutz, Lizenzen, Gesetze und Verordnungen. Sie dienen einzig dazu, die Verfügungsgewalt Weniger im Interesse ihrer Profitsicherung zu »schützen«, sie schaden der Mehrheit der Menschen. Eine freie Gesellschaft mit einer Ökonomie von unten schließt solche Beschränkungen aus.

Während es sich bei Kochrezepten schon fast lustig liest, da auch jetzt schon nahezu alle Rezepte frei verfügbar sind (mit wenigen Ausnahmen), ist dies bei den anderen Beispielen nicht so. Das Kochrezeptbeispiel illustriert aber auch die Unverschämtheit, den Menschen das von ihnen geschaffene Wissen vorzuenthalten. Die Enteignung findet täglich statt: Auf besonderen Fahrradtechnologien liegen Patente, die einen Nachbau verhindern. Unfreie Software (es gibt auch Freie Software) wird nur mit restriktiven Lizenzen verkauft, die eine Weitergabe verbieten. Der Quelltext liegt den Programmen nicht bei, was eine Änderung technisch unmöglich macht. Ähnlich krass ist das Beispiel des Saatguts. In vielen Ländern, so auch in der BRD, darf Saatgut von Bauern nicht selbst angebaut oder gezüchtet werden. Firmen wie Monsanto gehen sogar soweit, ihr Saatgut gentechnisch so zu modifizieren, dass angebautes Getreide nicht mehr als Saatgut verwendet werden kann. Die Verfügung über das Wissen ist die strategische Frage der Zukunft! ●

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen:

Debatte, Kritik, Weiterentwicklung

Auf der Mailingliste von Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand (www.hoppetosse.net) lief eine intensive Debatte zu „Freien Menschen in Freien Vereinbarungen“. Passagen sind im folgenden zitiert, vorab steht ein dort auch verfaßter Text zur Fragestellung und Versuch eines Resümees. (kursive Texte=Textpassagen aus dem vorherigen Mail, auf die geantwortet wird)

... in Form der offenen Fragen diene der folgende Text auf der Liste:

Fragestellung ist nicht: Welche Gesellschaftsform schließt Ausbeutung, Unterdrückung und alles schlechte zwischen den Menschen bzw. im Umgang mit ihrer Umwelt im weitesten Sinne aus?

Sondern Fragestellung ist: Unter welchen Rahmenbedingungen (Verhältnissen) ist der Anteil kooperativer Verhaltensweisen und Organisationsformen am höchsten und der konkurrierender bis dominierender am geringsten?

Hier stehen sich verschiedene Modelle gegenüber, die nach aktuellem Diskussionsstand unvereinbar scheinen. Allerdings ist die Debatte nicht beendet, sondern hat an dieser Stelle (Hoppetosse-Mailingliste) den Punkt der Nicht-mehr-Weiterführbarkeit (warum auch immer) erreicht. Als offene Fragen bleiben mindestens:

· Welchen möglichsten verlässlichen Schutz für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen kann es geben?

– Was geschieht in herrschaftsfreien Räumen bzw. welche Gefahren nicht-kooperativer Verhaltensformen ergeben sich, wenn es keinerlei institutionelle Entscheidungsfindung und Kontrolle mehr gibt? Als Beispiele für Gefahren wurden genannt: Faustrecht, Individualisierung, fortschrittsfeindliche Endlosdebatten und gegenseitiges Blockieren ...

– Was geschieht in Herrschaftsstrukturen – auch dann, wenn sie maximal kontrolliert und direktdemokratische bestimmt werden? Genannt wurden als Beispiele: Bildung von Seilschaften, manipulative Informationspolitik gegenüber der abwählbereiten „Basis“, Dominanz der Politprofis (mit viel Zeit und Kraft), Machtkämpfe zwischen den Ebenen, Mißbrauch von Macht (Mehrheit gegen Minderheit, Kollektiv gegen Freiraum, mainstream gegen Experiment, Einsatz und Nichteinsatz von Durchsetzungsmitteln).

– Wie sind die Entscheidungsfindungsverfahren (Mehrheit, Konsens, Autonomie, Vereinbarung ...) in welchem Modell? Gibt es eine Vision einer radikaldemokratischen Herrschaftsstruktur, in der herrschaftsfreie Räume akzeptiert werden und in denen die Überstruktur keine Herrschaft mehr ausüben kann? Autonomie als Teil des Ganzen? Wie kann das aber gesichert werden, wo doch der Freiraum keine Durchsetzungsmittel hat, d.h. die Herrschaftsstruktur ja nicht nur die Entscheidungen trifft, sondern auch die Bedingungen für die Entscheidungsfindung ändern kann? Hinter dieser Frage versteckt sich ein möglicher Kompromißvorschlag, der wichtig sein könnte, um als gesellschaftsverändernde Bewegung weiter gemeinsam handeln zu können. Dahinter stehen die Ängste der einen Seite, die Freiräume könnten Kollektivität blockieren (Kleinstaaterei?), und der anderen, daß die neue Herrschaftsstruktur früher oder später die Freiräume nicht mehr anerkennt und plattmacht bzw. integriert.

– Sind die ökonomischen Verhältnisse der entscheidende Punkt (also kann z.B. Herrschaft „steuerbar“ sein, wenn die ökonomischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse abgebaut sind)? Oder ist eher die Frage von Herrschaft zentral – und die ökonomischen Verhältnisse „nur“ eine Form, wie sich Herrschaft ausprägt?

„Freie Vereinbarungen“ sind bloss formal liberalistisch. Entwickelte gesellschaftliche Produktion beruht aber darauf, dass eine Vielzahl von Arbeitsprozessen an verschiedenen orten und zu verschiedenen Bedingungen Zeiten verlaesslich ineinander greifen, also die Vereinbarung eben nicht mal zwischendurch „frei“ zur Disposition gestellt werden kann.

Wie eine hochentwickelte Produktion so organisiert werden soll, ist schlicht laecherlich. Es sei denn, man mag ganz drauf verzichten. Das will ich aber nicht.

Abgesehen davon, dass diese Konstruktion im Kern zu tiefst unsozial ist: Denn eine freie Vereinbarung zwischen verschiedenen Personen setzt voraus, dass sie jeweils alleinig ueber bestimmte Rechtspositionen verfuegen (an Boden, Wasser, Betrieben etc...), denn sonst koennten sie eine solche „freie Vereinbarung“ mit anderen Menschen ja gar nicht allein treffen. Weshalb aber nun Boden, Wasser, Betriebe etc... nur den Menschen, die dort wohnen und arbeiten und nicht der gesamten Gesellschaft zur Verfuegung stehen sollen, muss mir dann schon noch als fortschrittlich klargemacht werden.- Zunaechst halte ich das schlicht fuer eine Ideologie von kleinkapitalistischer fruehindustrieller Produktion, die rein garnix mit Emanzipation zu tun hat. Es ist ein Horrormodell fuer all jene, die nicht ueber Grund und Boden verfuegen, am Wasser wohnen oder in einem Betrieb arbeiten. Sie erhalten noch nicht mal Ansprueche, die ihnen im Kapitalismus moderner Praegung aufgrund von verbindlichen Rechten -z.B. aus einem stinkbuergerlichen Arbeitsvertrag- auch gegen den einzelnen Kapitaleigner (und sei er auch die sich fuer links haltende Dorfkommune) zustehen.

wenig zur diskussion beitragen. es war dein beispiel – wie wuerde sich das denn in der praxis regeln?

Also ... zwei Dinge vorweg:

1. ich werde es nur verkuerzt darstellen (ist ja ein komplexer Punkt)
2. ich kann nur aus der heutigen Sicht eine Moeglichkeit andeuten ... was sich unter Herrschaftsfreiheit alles entwickelt, ist offen.

„Freie Vereinbarungen“ heisst, dass alle gleichberechtigt sind und so an die Fragestellung gehen. Natuerlich nicht in jedem Fall, sondern auch im Prozess der Planung. Es gibt keine institutionelle Ebene, sondern einen offenen Prozess der Interessierten und Betroffenen. Wenn also das Beduerfnis einer Mobilitaet nach da und da (bzw. ueberhaupt) gross ist, werden Menschen zusammenkom-

men und eine Loesung erarbeiten (oder mehrere Alternativen oder wie auch immer). Es gibt kein Machtmittel der Durchsetzung – und das ist gut so! Deshalb wird eine Loesung gesucht werden, die durch kreative Planung eine hohe Akzeptanz zu erreichen versucht. Denn umgesetzt wird sie wenn der (organisierte) Widerstand in der Gruppe oder auch aussen nicht kommt und genuegend Menschen das Projekt unterstuetzen, dass es auch verwirklicht werden kann (von den Ressourcen her).

Das Ganze wird aber nicht irgendwie abgehoben im Raum stehen, sondern im Gefuege vieler Beziehungen, Treffpunkte, Kommunikationsstrukturen usw., die die Menschen zum Zwecke eines besseren Lebens natuerlich organisieren werden – was soll denn dagegen sprechen. Das Handlungspotential wird ja nicht verringert, wenn die Herrschaft fehlt, sondern staerker zielgerichtet zum besseren Leben.

Genau weil eine zentrale Planung mit Durchsetzungsmoeglichkeiten fehlt, wird die Neigung am groessten (nicht: sicher – das gibt es nicht) sein, eine kreative und maximal akzeptierte Loesung zu finden. Der Gegenwille kann halt nicht uebergangen und gebrochen werden – mal abgesehen, dass die Existenz von Herrschaftsstrukturen nicht nur im Einzelfall die Qualitaet mindern kann, sondern Tor und Tuer dem Missbrauch oeffnet. Wo es Herrschaft gibt, wir sie auch so angesehen und benutzt (oder wuerde noch jemand mit seinem/r NachbarIn verhandeln, wenn sowieso andere das Sagen haben?).

Soweit hierzu. Auf den Gegenvorschlag warte ich dann weiter.

denn auch einer freien vereinbarung, wenn ich in die naechste sparkasse gehe und sage, ich will jetzt mal den tresorraum sehen, aber dalli?

Wie entsteht eine Sparkasse in einer Gesellschaft ohne Herrschaft? Hoechstens als kollektive Verwahrungsinstanz des gemeinsamen Reichtums – Schluessel haben alle. Also ist es doch so ... ;-)

bei dir klingele und sag, mach doch mal den kuehlschrank auf? oder [insert your favorite example here]?

Wann kommst Du? Freue mich ... wie waers mit 21.-23.12. (wird eh immer spannender, weil sich diesmal mehr Leute anmelden und es ein Open Space mit verschiedenen Themen wird, zwischen denen auch gewechselt werden kann (Organisierung von unten, Direct-Action-Trainings, Readerschreiben Entscheidungsfindung von unten).

moeglichkeit ein, wie wirklich vorhandene interessengegensaetze – autofahrende wollen fahren, kinder spielen – geloest werden koennen,

Genau diese Unueberbrueckbarkeit macht wichtig, dass es keine Entscheidungsstruktur gibt. Dort waere es naemlich moeglich, dass sich eine durchsetzt – und so wuerde gehandelt. In der andere gaebe es eine Fuelle kreativer Moeglichkeiten ... zur Frage des Aussehens der Strasse, der Geschwindigkeit oder der Alternativen zum Automobil ohne dieses Gefaehrdungspotential.

schlecht den weg ueber die wiese hinterm haus nehmen, wenn kinder gerade auf der strasse spielen wollen, umgekehrt ginge es aber ganz gut.

In berlin-mitte auch?

und du meinst bei der „freien vereinbarung“ gebe es das alles nicht?

Wenn niemand Entscheidungsmacht hat, wieso sollte ich jemanden bestechen?

machstruktur: die bewohnerInnen stellen an den ortseingangen ihre autos quer, damit die durchfahrenden nicht durchbrettern und ihre kinder totfahren: „das ist unsere strasse.“ – macht. die autofahrenden, die vielleicht da sogar dringend durchmuessen: machtlos.

Ja, das ist moeglich (und gut, denn sie koennen ihre Autos nun auch nicht mehr benutzen, weil die als Blockaden gebraucht werden ;-)

Es entsteht aber ein deutlicher Druck auf eine kreative Loesung. Bei einer Machtstruktur kommen die Bullen, raeumen die Autos, lochen die FahrerInnen ein und zaehlen die Statistik der ueberfahrenen Kids.

Genau darum geht: Nicht um die Frage, was immer funktioniert, sondern was am wahrscheinlichsten macht, dass es eine kooperative Loesung gibt. Und das ist, glaube ich, dann so, wenn es keine Herrschaft gibt, die genutzt werden kann.

seilschaften: nachbarn klingeln und sagen, ihr kind moechte jetzt auf der strasse spielen, ob die anderen nicht vielleicht mal helfen wuerden,

Das ist genau keine Seilschaft, sondern eine spontane Aktionsgruppe. Kann auch Probleme schaffen, ist aber nicht institutionalisiert.

bestechung: „das ist aber eine schoene kiste wein im kofferraum, vielleicht koennen wir fuer zwei flaeschchen ja doch mal schnell fuer ein paar minuten die strasse aufmachen“

O.K. (wo der Ruf erst ruiniert ist – ist in der Regel nur Leuten in herrschaftssturkturen egal) Aber die Entscheidung stellt sich doch nicht da, sondern ob es die Strasse gibt.

nee, joerg, es macht doch keinen wirklichen unterschied, ob gremium oder so genannte „freie vereinbarung“, die probleme sind bei interessengegensaetzen wohl einfach da.

Ja, aber wie gesagt, es ist die Frage, unter welchen Bedingungen am wahrscheinlichsten eine kooperative Loesung rauskommt. Da bleibe ich klar bei meiner Position. Ueber das Gegenmodell vergleichend zu reden, geht zur Zeit noch nicht. Weil ausser „irgendwie irgendwo muessen irgendwelche Leute entscheiden, aber die tun das aus irgendeinem Grunde irgendwie voll gut und das wird auch irgendwie von irgendjemandem kontrolliert und wenn sie scheisse sind passiert irgendwas“ noch nichts formuliert wurde. Aus gutem Grund, denke ich ...

und weil vielleicht die menschen per se erstmal nicht „gut“ sind.

Genau deshalb Bedingungen, die kooperatives Verhalten maximal foerdert. WEil die Menschen nicht per se „gut“ sind, duerfen sie nicht auch noch mehr Herrschaftsstrukturen agieren koennen.

in linken zusammenhaengen ohne starre regelungen und gremien sehen, dass es zu machstrukturen und seilschaften etc. kommt, wenn ich mich recht entsinne, schimpfst du doch auch haeufiger darueber. ;-)

Oh geil. Wo gibt es keine starren Regelungen und Gremien???? Da will ich hin ... :-)

Nein, gerade dass es das nicht gibt (mit kreativen Entscheidungsfindungsmethoden), kritisiere ich! Es gibt zwar Gruppen, die bezeichnen sich an antiautoritaer u.ae., haben aber zentralistische Gremien (offen wie Plena oder intransparente Zirkel).



je mehr ich drueber nachdenke hat joerg s. mit seiner bezeichnung vom „faustrecht“ wohl doch eher recht. allein dieses strassen-beispiel erinnert mich doch historisch an kleinstaaterei und wegezoll.

??? Herrschaftsfreiheit erinnert Dich an Herrschaftsstrukturen?

Unternehmens beschließt, dann macht er das weder, weil die Stadtraete den Unternehmer so toll kennen oder gar mit ihm was abgekungelt haben, sondern, weil sie wollen, dass das Unternehmen sich eben gerade in X ansiedelt. Dann versuchen sie natuerlich, die Bedingungen in X moeglichst attraktiv zu machen; vielleicht machen sie auch Sonderangebote usw...

Ähmmm ... ich will ja nicht frech werden, aber: Hast Du schon Kommunalpolitik gemacht? Tatsächlich ist das nur ein Nebengrund. Was interessiert die Politleute das Wohl der Stadt? Meist ist entscheidender, wieviel Geld die Leute vom Investor zugesteckt bekommen (oder deren Partei), ob sie selbst oder Verwandte Flächen im Gebiet haben, die dann zu Bauland werden usw.

Deshalb brauchen diese Gremien auch gar nicht so oft zu kungeln. Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht tagen sie auch nicht geheim, sondern sogar ganz oeffentlich.

Ähmmm ... wirklich, hast Du das schon mal gemacht?

1. Parteien, Koalitionen und informelle Zirkel (wo die Entscheidungen fallen) sind geheim.

2. Ausschußsitzungen, wo über Grundstücke, Kaufverträge usw. geredet wird (also die dahinterliegenden Interessensstrukturen) werden für diesen Abschnitt meist auch für geheim erklärt und die zwei ZuschauerInnen (aus der 20.000-EinwohnerInnen-Stadt, die überhaupt da sind) rausgeworfen.

Ich war mal im Presseverteiler der Gemeinde Reiskirchen. Da hast Du VORHER die Unterlagen zu den TOPs mit den Abstimmungsergebnissen bekommen (weil schon vorher angekündigt war, wie wer abstimmen soll)!

Dort meinen sie auch, was sie sagen, naemlich z.B. „Die Ansiedlung in X schafft Arbeitsplaetze“.

Warum sollten PolitikerInnen Arbeitsplätze wirklich interessieren? Sie reden immer davon (wegen der nächsten Wahl), treffen aber ständig Entscheidungen, von denen auch sie wissen, daß sie vor allem Rationalisierungen und damit weniger Arbeitsplätze bringen. Interessiert sie aber nicht.

Wer hier Verschwörung vermutet, liegt echt total analytisch daneben.

Wer immer nur glaubt, es würde nicht gekungelt, lebt an der Realität ziemlich vorbei ... die Politzirkel werden Dir diesen Beitrag sicher danken (und sich vor Lachen über diese naive Sicht ihrer Tätigkeit auf die Schenkel klatschen – aber zum Glück lesen sie nicht mit).

Nicht die Ökonomie regiert die Welt, sondern das System Herrschaft.

das kann man nur durch strukturelle kontrollierende Verfahren verhindern: imperatives Mandat, jederzeitige Abwählbarkeit, Amtszeitbegrenzung, Rechenschaftspflicht, Rotation etc...

Hä? Ist das alles? Wie wird das dadurch verhindert? Wenn ich doch meiner basis nicht erzähle, was wirklich läuft, wird sie mich auch nicht abberufen – das ist doch mit der Wahl alle 4 Jahre auch so.

Demgegenueber kann die „freie Vereinbarung“ – da sie ja Gremien mit

Und schwupp ... schon wieder beim Lästern über die freie Vereinbarung. Nein. Da muß jetzt, wenn wir weiterdiskutieren wollen, schon mehr einer kontrollierten Demokratie kommen.

Wenn irgendjemand nicht will, dass die Straße an seinem (!) Haus gebaut wird, kann er das – wie ein Eigentümer im Kapitalismus – einfach durch sein „njet!“ verhindern.

Nein, er kann es eben nicht so folgenlos (folgenlos im Hinblick auf die gesellschaftliche Kooperation, auf die Menschen bei Abwesenheit von Herrschaft angewiesen sind, wenn sie sich weiterentwickeln wollen). Als Mensch in einer Herrschaftsstruktur geht das, was Du beschreibst (wird ja ständig bewiesen). Wo die Autobahn gebaut wird, wohnen die entscheidenden Politleute meist nicht ...

Freie Vereinbarungen sind also gerade nur unter Verhaeltnissen denkbar, in der es Privateigentum oder eine erwahnte privateigentuemeraehnliche Stellung gibt.

Verweigerung zu einer Kooperation mit der Herrschaftsebene Eigentum gleichzusetzen, zeugt schon von einer sehr schlechten Analyse – und zeigt, daß Dir die Interessen der Einzelnen sehr, sehr egal sind. Das meiste Gehirnschmalz investierst Du in die Frage, wie der Wille des Einzelnen übergangen werden kann. Das klingt schon reichlich gefährlich.

Wieso? Irgendwie muss entschieden werden – zur Not auch gegen einzelne Interessen.

Dieser Notfall ist aber doch der Normalfall. Und die Not die Legitimierung.

Hier will ich aber, dass moeglichst viele Menschen daran strukturell beteiligt werden.

Bitte: Wie???? Beschreib das doch mal.

Ich will auch nicht, dass „Einzelne“ eine Entscheidung einfach mal fuer immer blockieren koennen.

Das ist mit Herrschaftsstrukturen aber sehr gut möglich.

Das ist naemlich auch eine Entscheidung! Und das ist dann richtig autoritaer gegenueber den „Vielen“.

Daß die Verweigerung einer Kooperation autoritär ist, zeichnet Dich schon als einen Sympathisanten totalitärer Ideen aus. Ich habe Angst vor diesen Gedankenmodellen. Nach einer solchen „Machtübernahme“ ist alles offen an derben Machtmißbrauch ... Du würdest nach Deiner Logik FreiRäume noch weniger anerkennen als der Staat jetzt. Wenn in Deinem Modell die Projektwerkstatt weg soll, bleibt mir nichts mehr – die ist dann einfach weg. Das mal als ein Vorschlag, an dem Du Dein Modell mal erläutern darfst.

Oder an der Frage der Nichtdeutschen in einem Ort.

Ah ... dann kommt ja etwas Genaueres, dazu:

diese sind den entscheidungen der basis verbindlich verpflichtet und ihr rechenschaftspflichtig.

Wie jetzt. Wie kriegst Du es hin, daß sie auch Transparenz überall schaffen?

sie entscheiden dann in diesem vertretungsgremium. gegebenenfalls gibt es dem uebergeordnete gremien, falls ein solches eingerichtet worden ist, um „ueberregionale“ bzw. „ueberstrukturelle“ interessen zusammenzufuehren oder zu entscheiden.

Wer entscheidet, was überregional ist? Können übergeordnete einfach selbst entscheiden, daß etwas übergeordnet ist (wenn ihnen die Entscheidung „unten“ nicht paßt)?



Was ist mit der Logik Metropole – Peripherie in diesem Modell? Was genau unterscheidet es von der 4-Jahres-Wahl-Logik bei Direktwahl der KandidatInnen, was es ja in einigen Staaten gibt?

gegebenenfalls auch durch delegierung, aber sie sind eben generell

Und: Sind BUND, Gewerkschaften, parteien usw. dann nicht paradiesisch? Für sie gilt alles, was Du forderst: Delegierte wählen jeweils die Gremien eine Ebene höher. Sie sind rechenschaftspflichtig, können jederzeit abberufen werden. Toll. Aber in der Praxis ... die Vorstände erzählen über ihre Arbeit, was sie wollen und werden dann wiedergewählt.

1. man vergisst das gemeinsame Projekt einfach, weil es zu nervig ist,

2. man belabert die Gegenseite solange oder dealt irgendwas informell aus, damit sie dann doch „freiwillig“ zustimmt (was gesellschaftlich total intransparent ist) oder

3. man rückt mal mit Arni Schwarzenegger der Gegenseite aufs Dach, damit sie sichs nicht vielleicht doch noch ueberlegt.

Das 4. (kreative Lösungssuche, weil das einfache Durchsetzen über Herrschaft) läßt Du geschickt einfach weg, obwohl von mir immer benannt. Das hat mit Debatte wenig zu tun.

Zum Glueck! Denn ich will, dass auch dann etwas real entschieden wird. Und nicht mal schlicht – weil Herrschaft – garnix entschieden wird.

Willst Du damit andeuten, daß alle Runden ohne Herrschaft nie entscheiden?

Gehe ich recht in der Annahme, daß Du das noch nie erlebt hast? Wäre vielleicht mal ganz heilsam (was darf ich eigentlich aus Deiner Aussage für Deine Beziehungen, Gruppenstrukturen usw. ableiten ...? ;-)

Es geht um die

Bedingungen, unter denen moeglichst oft kooperativ und moeglichst

selten konkurrierend/dominierend gehandelt wird! Herrschaft macht

Dominanz einfacher und damit wahrscheinlich haeufiger!
Ja, ja, der Mensch „an und fuer sich“ ist so. Ich sagte Dir bereits in Halle, dass ich diese Anleihe bei Hegel fuer nicht gluecklich halte.

Hä?????

Seit etlichen Mails sage ich (auch in Halle), daß es genau nicht darum geht, wie der Mensch ist, sondern unter welchen Bedingungen er sich eher kooperativ verhält. Genau das habe ich geschrieben. Wie kommst Du auf Hegel?

Menschen in „freien Vereinbarungen“ koennen sich aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben einfach herausloesen, indem sie keinen der Kontrakte eingehen.

Es ist sogar wichtig, daß es diese Option gibt. Wer zum kooperieren gezwungen ist, ist nicht frei. Das haben wir gerade schon, das will ich weg haben (z.B. zwang zur marktförmigen Reproduktion).

Wieso diffamierend? In Deinem Buch beschreibst Du doch gerade, dass die Dezentralitaet oekologisch sinnvoll sei, indem man damit unsinnige Großprojekte verhindert. Ich sage dagegen: Das mag sein. Aber man verhindert nicht nur unsinnige, sondern eben ALLE Großprojekte,

Das ist Deine Ableitung, nicht meine.

mal – so etwa das 16.Jhdt. frueher Manufakturei.

Ah, da war es herrschaftsfrei. Ist mir neu. Neben Kommunalpolitik scheinst Du Dich auch in Geschichte nicht auszukennen ;-)

Was waere dagegen generell einzuwenden ausser im konkreten Fall?

Nichts. Und dann würde es das auch geben.

Auch wenn ich immer noch nicht weiß, wie sich das Problem im Rahmen freier Kooperationen sinnvoll lösen ließe, möchte ich doch die Dem-Zent-„Lösung“ kritisieren. Mal abgesehen davon, dass eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit sicherlich nicht besonders erstrebenswert ist (würdet ihr eine Müllkippe neben dem Haus in dem ihr wohnt gut finden, nur weil die Mehrheit dies entschieden hat?) sehe ich ein weiteres gravierendes Problem: Das Kind hatte keinen Einfluß auf die Entscheidung. Dies kommt auch sehr gut aus der Geschichte mit den drei Bären am Anfang von C. Spehrs „Gleicher als andere“ (m.E. das einzig wirklich gute an dem Teil). Also selbst wenn wie in Andreas´ Beispiel mehr Spielplätze und weniger Straßen gebaut werden, so hat das Kind trotzdem keine Möglichkeit gehabt, auf die Entscheidung, was wo gebaut wird, was es wie nutzen darf etc. Einfluss zu nehmen. Dann müßten ihn also wieder Erwachsene erklären, was sie (wegen überkommener Regeln) zu tun und zu lassen haben und gegebenenfalls dies auch noch durch Zwangsmaßnahmen durchsetzen – die autoritäre Erziehung würde fortleben.

li(e)bertäre Grüße, m.

auch wenn m.E. die „freien Vereinbarungen“ kein 100%-ig durchdachtes Theoriesystem sind (und wie ich bereits schrieb, es wohl auch gar nicht sein sollen) und mensch das Konzept durchaus kritisieren kann (ist schon ´ne idealistische Annahme das alle Menschen irgendwie ganz doll kreative Methoden erfinden und akzeptieren, die allen gerecht werden), denke ich, dass du was falsch verstanden hast (oder genauer: es „falsch“ bewertest):

du schreibst:

natürlich kann auch bei der freien vereinbarung macht ausgeübt werden. <<

das Bsp. mit dem Wasser habe ich weggelassen; das mit dem Autos und der blockierten Straße finde ich zur Erklärung besser geeignet. Bis jetzt ist es doch so, dass Bau und Nutzung der Straße (weitestgehend) unabhängig vom Willen der konkret Betroffenen entschieden wurden. Wenn diese nun die Straße blockieren, üben sie meinetwegen Macht aus; es ist aber für sie auch der einzige Weg, den Mißstand unfreier Vereinbarungen zu ihren Lasten zu beenden. Das Machtmittel wird zur Verhinderung von Konsequenzen vermachteter, unfreier Vereinbarungen eingesetzt, um eine freie herbeizuführen.

Durch die Blockade der Straße schaffen sie die Notwendigkeit einer Diskussion über deren Verwendung. Da es ja (wahrscheinlich) auch nicht in ihren Interesse liegt, sich von der Außenwelt abzuschneiden, haben sie auch durchaus ein Interesse an einer Lösung – wenn nun beide Seiten dieses haben, werden sie hoffentlich auch in der Lage sein, eine zu finden. Zusammengefasst: Von unfreien Vereinbarungen Betroffene verhindern deren Ausführung um eine frei(er)e herbeizuführen; dazu müssen sie sich Verhandlungsmacht, die sonst per „Normalzustand“ nur der Gegenseite zur Verfügung steht, aneignen. Wieso du dieses Mittel ablehnst, ist mir unverständlich – wie sonst soll Widerstand aussehen? btw: Würdest du auch ei-



nen Streik ablehnen, weil er „autoritär“ und „Machtausübung“ gegenüber KapitalistIn und StreikbrecherInnen wäre?

Noch was: wie soll denn nun deiner Meinung nach mit Menschen in einer Radikaldiktatur der Mehrheit über die Minderheit (sorry, Radikaldemokratie natürlich ;-) umgegangen werden, die sich doch glatt nicht der gesamtgesellschaftlichen Entscheidung beugen wollen – das sich ihr immer alle fügen halte ich doch für eher unwahrscheinlich? „Notfalls“ dann vielleicht doch Panzer, Knäste etc.? li(e)bertäre Grüße

tja, gute frage. notfalls vielleicht schon?

soweit ich das ganze verstanden habe beruht das ganze gebilde darauf das der mensch an sich vernuenftig ist, Nein – der „Mensch an sich“ ist gar nix. Mindestens extrem wichtig (wenn nicht das Entscheidende ueberhaupt) sind die Sozialisation und die Rahmenbedingungen des Handelns ... was nicht das gleiche ist, aber oft sehr aehnlich, weil sich die Bedingungen nur selten von heute auf morgen aendern.

Also: Es geht um die Frage, welche Rahmenbedingungen foerdern, dass die Menschen kooperativ agieren oder nicht. Wenn es gesellschaftlichen Reichtum gibt und keine Moeglichkeit, ueber Herrschaft zu agieren, dann ist das der Fall – so jedenfalls meine Ueberzeugung.

"z.B. : es wuerden andere modelle der Fortbewegung als zb autos gefunden. " Aber was machen mit menschen die autos einfach toll finden ?

Das muessten sie dann zunaechst formulieren (was ja schon ein Fortschritt waere, denn es wuerde als Partialinteresse wahrgenommen und so diskutiert – wie die Hoffnung, auf der Strasse spielen zu koennen). Und dann begaenne die Debatte auf gleicher Ebene. Die groesste Chance zur Einigung im kooperativen Sinne. Loesungsmodelle gaebe es viele ... aber ob der Vorschlag ueberhaupt kommt, bin ich mir nicht so sicher.

ich zum bsp. habe meinen Trabbi geliebt

Hast Du ihn als Fortbewegungsmittel von A nach B geliebt? Dann koentnte es auch anderes geben.

Hast Du ihn als Trabbi geliebt? Dann koennte er auch im Vorgarten stehen.

was ist z.b. mit menschen die der freien Kooperation weder zustimmen noch ablehnen koennen ? so z.b. deren geistige faehigkeiten derart eingeschraenkt sind das sie nicht mehr in der lage dazu sind? bringt dies das ganze zum wanken oder gibt es dafuer loesungansaetze?

Die Frage ist nicht schwieriger als unter Herrschaftsverhältnissen, nur das die Einigung darum „von unten“ kommt. Das ist aber auch sinnvoll, denn eine Akzeptanz, immer wieder erstritten, ist letztlich eine bessere basis als das Gerede von den Menschenrechten an und fuer sich, die so gerne gefuehrt wird – bis eine andere Regierung und vor allem ein anderer Diskurs laeuft (siehe Asylrecht oder auch sichtbar bei „von D darf nie wieder Krieg ausgehen“ usw.). was keine Basis hat, hat keine Dauerhaftigkeit.

Gesellschaft ohne Herrschaft

Utopie oder mögliche Zukunft?

Das neue Buch: "Autonomie und Kooperation"

Autonomie und Kooperation 14

Wie kann eine herrschaftsfreie Welt aussehen?

Diese Frage will die Gruppe Gegenbilder mit ihrem neuen Buch „Autonomie und Kooperation“ an. Mutig werden „Autonomie“ und „Kooperation“ als die zwei tragenden Grundsäulen gesetzt und dann an konkreten Fragen Details beschrieben, u.a.:

- ∞ Horizontalität als unerreichbare Utopie?
- ∞ Kritik an Repression und Strafe, Gesellschaft ohne Knäste
- ∞ Emanzipatorischer Umweltschutz ohne Markt und Staat
- ∞ Alternativen zu Erziehung, Schule und verschulter Bildung

A5, 196 S., farbiger Umschlag, Rabatte für MehrfachbestellerInnen.



www.fragend-voran.de.vu

Zwölf Thesen über Anti-Macht

1. Ausgangspunkt ist die Negativität

Beginnen wir mit einem Schrei, nicht mit dem Verb. Angesichts der Verstümmelung menschlicher Existenz durch den Kapitalismus ist es ein Schrei der Traurigkeit, ein Schrei des Erschreckens, ein Schrei der Wut, ein Schrei der Negation: Nein!

Das Denken muss negativ sein, um die Wahrheit des Schreis auszudrücken. Wir wollen die Welt nicht verstehen, ohne sie zu negieren. Das Ziel der Theorie besteht darin, die Welt negativ zu begreifen, nicht von der Praxis getrennt, sondern als ein Moment von Praxis, als Teil des Kampfes, um die Welt zu verändern, um aus ihr einen würdigen Ort der Menschheit zu machen.

Wie können wir jedoch nach all dem, was passiert ist, anfangen daran zu denken die Welt zu verändern?

2. Eine würdige Welt kann nicht mittels des Staates geschaffen werden

Während des vergangenen Jahrhunderts konzentrierte sich ein Großteil der Anstrengungen, eine würdige Welt zu schaffen, auf den Staat und die Vorstellung, die staatliche Macht zu erobern. Die wichtigen Auseinandersetzungen (zwischen Reformisten und Revolutionären) kreisten um die Frage, wie staatliche Macht erobert werden könnte, sei es auf dem parlamentarischen oder außer-parlamentarischen Weg. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts macht jedoch deutlich, dass die Frage der Machteroberung gar nicht so wichtig war und ist. In keinem Fall folgte aus der Eroberung staatlicher Macht das, was sich jene, die dafür kämpften, erhofft hatten. Weder die reformistischen, noch die revolutionären Regierungen schafften es, die Welt radikal zu verändern.

Es ist einfach, die Führungen dieser Bewegungen des Verrats an der Bewegungen zu bezichtigen. Die Tatsache, dass es derart viele Verrat gab, verweist jedoch auf tiefer gehende Ursachen für das Scheitern der radikalen, sozialistischen oder kommunistischen Regierungen. Der Grund, warum man den Staat nicht dafür nutzen kann, um eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, liegt darin, dass es sich beim Staat um eine soziale Form handelt, die in die Totalität der kapitalistischen sozialen Verhältnisse eingebettet ist. Die Existenz des Staates als eine von der Gesellschaft separate Instanz bedeutet, dass er unabhängig von den konkreten Inhalten seiner Politik aktiv dazu beiträgt, die Menschen von der Kontrolle über ihr eigenes Leben zu trennen. Der Kapitalismus ist vor allem das: Die Trennung der Menschen von ihrem eigenen Tun. Eine am Staat orientierte Politik reproduziert unausweichlich diesen Spaltungsprozess, wo Führer von den Geführten, wo ernste politische Aktivität von persönlichen Angelegenheiten getrennt werden. Eine am Staat orientierte Politik, weit davon entfernt eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, führt zu einer zunehmenden Unterordnung der Opposition unter die Logik des Kapitalismus.

Die Vorstellung, die Welt könnte über den Staat verändert werden, ist eine Illusion. Wir haben das Glück, das Ende dieser Illusion zu erleben.

3. Die einzige Form, um radikale Veränderungen zu erreichen, ist nicht die Eroberung der Macht, sondern die Auflösung der Macht

Die Revolution ist so dringlich wie nie zuvor. Die Schrecken, die aus der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft entstehen, treten immer deutlicher zu Tage. Wenn die Revolution mittels der Eroberung staatlicher Macht sich als Illusion erwiesen hat, dann bedeutet das nicht, dass wir die Idee der Revolution aufgeben müssen. Aber es ist notwendig, sie in anderen Begriffen zu fassen: Nicht als Übernahme der Macht, sondern als Auflösung der Macht.

4. Der Kampf um die Auflösung der Macht ist der Kampf für die Emanzipation der kreativen Macht (potencia) von der instrumentellen Macht (potestas)

Um die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen, muss eine Unterscheidung zwischen kreativer Macht (potencia) und instrumenteller Macht (potestas) getroffen werden.

Jeder Versuch die Gesellschaft zu verändern, beinhaltet Handeln, Machen. Dieses Machen bedeutet, dass wir dazu in der Lage sind, etwas zu tun, bedeutet kreative Macht. Häufig benutzen wir das Wort „Macht“ in diesem Sinne, als etwas Positives, wenn uns eine Handlung gemeinsam mit anderen (eine Demonstration oder sogar ein gutes Seminar) das Gefühl von Macht gibt. Macht in diesem Sinne hat seine Grundlage im Tun: kreative Macht (Spanisch: poder-hacer; wörtlich: „tun-können“).

Kreative Macht ist immer gesellschaftlich, immer Teil des gesellschaftlichen Flusses von Handlungen. Unsere Fähigkeit zu tun, ist Resultat des Tuns anderer und schafft die Bedingungen für zukünftiges Tun. Es ist unmöglich sich ein Tun vorzustellen, das nicht in der einen oder anderen Form in das Tun anderer integriert ist, in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft.

5. Kreative Macht wird transformiert, transformiert sich in instrumentelle Macht, wenn sie mit dem Tun bricht

Die Transformation kreativer Macht in instrumentelle Macht unterbricht diesen gesellschaftlichen Handlungsfluss. Jene, welche die instrumentelle Macht ausüben, trennen das Geschaffene (hecho) vom gegenwärtigen Schaffen und erklären das Geschaffene zu ihrem. Die Aneignung des Geschaffenen ist gleichzeitig die Aneignung der Mittel des Schaffens und erlaubt den Mächtigen, dass sie das Handeln der tätigen Menschen kontrollieren. Die tätigen Menschen sind so von dem, was sie selbst geschaffen haben, getrennt, sowie von den Mitteln des Schaffens und vom Schaffen selbst. Damit sind sie von sich selbst getrennt. Diese Trennung ist die Basis jeder Gesellschaft, in der einige Macht über andere ausüben. Im Kapitalismus erreicht diese Trennung ihren Höhepunkt.

Der gesellschaftliche Fluss der Handlungen wird zerstört. Kreative Macht transformiert sich in instrumentelle Macht. Jene, die das Tun anderer kontrollieren, erscheinen nun



selbst als die Macher der Gesellschaft. Und jene, deren Tun kontrolliert wird durch die anderen, werden unsichtbar, ohne Stimme, ohne Gesicht. Kreative Macht erscheint uns nicht mehr als Teil des gesellschaftlichen Flusses, sondern existiert nur noch in der Form persönlicher Macht. Für die Mehrheit der Menschen wird kreative Macht in ihr Gegenteil verkehrt, in Ohnmächtigkeit. Oder aber sie wird durch andere bestimmt. Die Mächtigen schaffen es, kreative Macht in instrumentelle Macht zu transformieren, in die Macht anderen zu sagen, was sie zu tun haben und damit geraten sie in Abhängigkeit vom Tun anderer.

In der gegenwärtigen Gesellschaft existiert kreative Macht jedoch nur in Form ihrer eigenen Negation als instrumentelle Macht. Das bedeutet nicht, dass die kreative Macht aufhört zu existieren. Aber sie existiert in ihrer negierten Form, in einer antagonistischen Spannung zu ihrer eigenen Existenzform als instrumentelle Macht.

6. Die Unterbrechung des Handlungsflusses ist ein Bruch mit jedem Teil der Gesellschaft, mit jedem Aspekt von uns

Die Abspaltung des Geschaffenen vom Schaffensprozess und von den Schaffenden selbst führt dazu, dass die Menschen sich zueinander nicht als Schaffende ins Verhältnis setzen, sondern als BesitzerInnen (oder Nicht-BesitzerInnen) des Gemachten-Geschafften (als eine Sache, die losgelöst vom Entstehungsprozess gesehen wird). Die Beziehungen zwischen Menschen bestehen wie Beziehungen zwischen Dingen. Die Menschen existieren nicht als Schaffende, sondern als passive TrägerInnen der Sachen.

Diese Spaltung der Schaffenden vom Schaffen – und damit von sich selbst – wird in der Literatur mit eng verwandten Begriffen diskutiert: Entfremdung (der junge Marx), Fetischismus (der alte Marx), Verdinglichung (Lukacs), Disziplin (Foucault) oder Identifikation (Adorno). Alle diese Begriffe zeigen deutlich, dass die instrumentelle Macht nicht als etwas uns außen Stehendes verstanden werden kann, sondern jeden Teil unseres Lebens durchdringt. Alle diese Begriffe beziehen sich auf eine Verhärtung des Lebens, eine Eindämmung des gesellschaftlichen Handlungsflusses, eine Schließung von Möglichkeiten.

Das Tun wird auf ein Sein reduziert. Dies ist der Kern der instrumentellen Macht. Während das Tun neben dem Sein auch das Nicht-Sein mit einschließt, reißt der Bruch mit dem Tun das „Nicht-Sein“ heraus. Was uns bleibt, ist eine einfache „wir sind“-Identität. Das „und wir sind nicht“ wird vergessen oder zum reinen Traum degradiert. Man nimmt uns die Möglichkeit. Die Zeit vereinheitlicht sich. Die Zukunft ist die Weiterführung der Gegenwart; die Vergangenheit der Vorläufer der Gegenwart. Alles Tun, alle Bewegungen werden inhaltlich fixiert und damit begrenzt. Es kann schön sein, von einer würdigen Welt zu träumen, aber es ist eben nicht mehr als ein Traum. Die Herrschaft der instrumentellen Macht ist die Herrschaft des „so sind die Sachen eben“, diese Herrschaft schafft die Identität.

7. Machen wir mit beim Bruch mit unserem eigenen Tun und mit der Schaffung unserer eigenen Unterwerfung

Als Schaffende, die von unserem eigenen Tun getrennt sind, tragen wir zu unserer eigenen Unterwerfung bei. Als ArbeiterInnen reproduzieren wir das Kapital, das uns un-

terwirft. Als Lehrende an der Universität spielen wir eine aktive Rolle in der Identifikation der Gesellschaft, in der Transformation des Tuns in das Sein. Wenn wir definieren, klassifizieren und quantifizieren oder wenn wir die Ansicht vertreten, dass das Ziel der Sozialwissenschaften sei, die Gesellschaft so zu verstehen wie sie ist oder wenn wir die Gesellschaft objektiv studieren wollen – als wenn sie ein von uns getrenntes Objekt wäre –, dann nehmen wir aktiv an der Negation des Tun teil durch die Trennung von Subjekt und Objekt, durch die Aufspaltung von Schaffendem und Geschaffenen.

8. Es gibt kein symmetrisches Verhältnis zwischen kreativer und instrumenteller Macht

Instrumentelle Macht ist die Unterbrechung und Negation des Tuns. Es ist die aktive und immer wieder stattfindende Negation des Handlungsflusses, von uns selbst, die wir uns ja über das gesellschaftliche Handeln konstituieren. Zu meinen, dass die Eroberung der instrumentellen Macht zur Emanzipation dessen führen könne, was sie negiert, ist absurd.

Die kreative Macht ist gesellschaftlich. Es ist die Konstitution von uns selbst, die Praxis der gegenseitigen Anerkennung der Würde.

Die Bewegung der kreativen Macht gegen die instrumentelle Macht kann nicht als Gegen-Macht verstanden werden (denn der Terminus suggeriert eine Symmetrie zwischen Macht und Gegenmacht), sondern als Anti-Macht (dieser Terminus beinhaltet für mich die vollständige Asymmetrie zwischen der Macht und unseren Kämpfen).

9. Anscheinend durchdringt uns die instrumentelle Macht derart stark, dass als einzige Lösung eine Intervention von außen möglich scheint. Das ist aber keine Lösung.

Es ist nicht schwer hinsichtlich der gegenwärtigen Gesellschaft zu sehr pessimistischen Schlussfolgerungen zu kommen. Die Ungerechtigkeiten, Gewalt und Ausbeutung sind so offensichtlich, dass kein Ausweg möglich scheint. Die instrumentelle Macht scheint jeden Aspekt unseres Lebens derart stark zu durchdringen, dass die Vorstellung „revolutionärer Massen“ schwierig ist. In der Vergangenheit führte die weitgehende Durchdringung kapitalistischer Herrschaft vielen zu der Einschätzung, dass die Lösung in der Führung einer avantgardistischen Partei gesehen werden müsste. Tatsächlich war das aber überhaupt keine Lösung, denn damit wurde die eine Form instrumenteller Macht durch eine andere ersetzt.

Die einfachste Antwort ist pessimistische Desillusionierung. Der anfangs erwähnte Wutschrei gegen den Horror des Kapitalismus wird zwar nicht aufgegeben, aber wir lernen damit zu leben. Wir verwandeln uns zwar nicht in Anhänger des Kapitalismus, aber wir akzeptieren, dass man ohnehin nichts zu kann. Die Desillusionierung beinhaltet, in die Identifikation zu fallen, zu akzeptieren, dass das was ist, ist. Beinhaltet schließlich an der Trennung von Schaffenden und Geschaffenen teilzuhaben.

10. Die einzige Form, den offensichtlich durch Macht geschlossenen Zirkel aufzubrechen besteht darin zu sehen, dass die Veränderung der kreativen Macht in instrumentelle Macht ein Prozess ist, der notwendigerweise sein Gegenteil in sich trägt: Die Fetischisierung beinhaltet die Anti-Fetischisierung



In der Regel wird Entfremdung (Fetischismus, Verdinglichung, Disziplin, Identifikation etc.) diskutiert, als würde es sich dabei um vollendete Tatsachen handeln. Von den kapitalistischen Formen sozialer Verhältnisse wird so gesprochen, als wenn sie zu Beginn des Kapitalismus entstanden wären und solange existierten bis dieser durch eine andere Produktionsweise ersetzt wird. Mit anderen Worten erfolgt eine Trennung von Entstehung und Existenz: Die Entstehung des Kapitalismus wird in die Vergangenheit verlegt und man nimmt an, dass seine heutige Existenz stabil sei. Diese Sichtweise führt notwendig zum Pessimismus.

Wenn wir jedoch die Trennung von Tun und Getanem (Schaffen und Geschaffenem) nicht als etwas Endgültiges betrachten, sondern als einen Prozess, beginnt sich die Welt zu öffnen. Schon die Tatsache, dass wir von Entfremdung sprechen, bedeutet, dass die Entfremdung nicht total sein kann. Versteht man Trennung, Entfremdung etc. als Prozess, dann bedeutet das, dass die weitere Entwicklung nicht vorherbestimmt ist, dass die Transformation der kreativen in instrumentelle Macht immer offen ist, immer in Frage gestellt. Ein Prozess beinhaltet eine Bewegung der Entstehung, bedeutet, dass das was geschieht (Entfremdung), immer ist und gleichzeitig nicht ist. Entfremdung ist also eine Bewegung gegen die eigene Negation, gegen die Anti-Entfremdung. Die Existenz der instrumentellen Macht impliziert die Existenz der Anti-instrumentellen Macht oder – in andern Worten – die Emanzipationsbewegung von der instrumentellen Macht.

Was in Form seiner Negation existiert, was durch das Negiert-werden existiert, existiert wirklich, trotz seiner Negation, als Negation des Prozesses der Negation. Der Kapitalismus basiert auf der Negation der kreativen Macht, der Kreativität, der Würde: aber das bedeutet nicht, dass diese nicht existieren. Die Zapatistas haben gezeigt, dass die Würde trotz ihrer Negation existiert. Sie existiert nicht nur, sondern sie existiert in der einzigen Form, in der sie in dieser Gesellschaft existieren kann: Als Kampf gegen die eigene Negation. Auch kreative Macht existiert nicht als eine Insel im Meer instrumenteller Macht, sondern als einzig mögliche Form: Als Kampf gegen ihre eigene Negation. Auch Freiheit besteht nicht, wie uns die Liberalen glauben machen wollen, als etwas Unabhängiges von den gesellschaftlichen Antagonismen, sondern als einzig mögliche Form in einer von Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft: Als Kampf gegen diese Herrschaft.

Die reale und materielle Existenz dessen, was in Form seiner eigenen Negation existiert, bildet die Basis der Hoffnung.

11. Die Möglichkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaft hängt von der materiellen Kraft ab des Negierten ab

Die materielle Kraft des Negierten kann man auf verschiedene Art betrachten.

Zum einen kann man sie in der Unendlichkeit der Kämpfe sehen, die nicht den Machtgewinn über andere zum Ziel haben, sondern lediglich die Kraft unserer kreativen Macht, unseres Widerstandes gegen die Herrschaft über andere. Diese Kämpfe nehmen verschiedene Formen an, von der offenen Rebellion bis zu Kämpfen, um die Kontrolle über den Arbeitsprozess oder Zugang zu Bildung oder Gesundheitsdiensten zu erlangen oder zu verteidigen. Oder als Bekräftigung der fragmentierten und häufig lautlosen Würde innerhalb des Haushaltes. Der Kampf um

Würde – um das, was in der gegenwärtigen Gesellschaft negiert wird – kann auch an vielen Formen beobachtet werden, die nicht eindeutig politisch sind: In der Literatur, in der Musik, in den Märchen. Der Kampf gegen die Unmenschlichkeit ist allgegenwärtig, er ist unserer eigenen Existenz als menschliche Wesen eingeschrieben.

Zweitens kann man die Kraft des Negierten in der Abhängigkeit der instrumentellen Macht von dem, was es negiert, sehen. Die Mächtigen, deren kreative Macht in der Fähigkeit besteht, anderen zu sagen, was sie zu tun haben, sind immer in ihrer Existenz vom Tun der anderen abhängig. Die ganze Geschichte der Herrschaft kann als Kampf der Mächtigen verstanden werden, sich aus ihrer Abhängigkeit von den Ohnmächtigen zu befreien. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus kann nicht nur als Kampf der Knechte gesehen werden, wo diese sich von den Herren befreien, sondern als Kampf der Herren, um sich von den Knechten zu befreien, indem sie ihre Macht in Geld und damit Kapital verwandelt haben. Dieselbe Suche nach Freiheit gegenüber den ArbeiterInnen kann in der Einführung von Maschinen gesehen werden, oder in der massiven Umwandlung von produktivem Kapital in Geld, was im gegenwärtigen Kapitalismus eine derart wichtige Rolle spielt. In jedem Fall ist die Flucht der Mächtigen vor den Schaffenden vergebens. Es gibt keine andere Möglichkeit als dass instrumentelle Macht aus der Umwandlung der kreativen Macht besteht. Die Mächtigen können sich aus ihrer Abhängigkeit von den Ohnmächtigen nicht befreien.

Diese Abhängigkeit äußert sich drittens in der Instabilität der Mächtigen, in der Tendenz des Kapitals zur Krise. Die Flucht des Kapitals vor der Arbeit, indem die ArbeiterInnen durch Maschinen ersetzt werden und Kapital in Geld verwandelt wird, konfrontiert das Kapital mit seiner letztendlichen Abhängigkeit von der Arbeit (d.h. von seiner Fähigkeit, das menschliche Tun in abstrakte Arbeit zu verwandeln, in Werte schaffende), was sich im Rückgang der Gewinne zeigt. In der Krise zeigt sich die Kraft dessen, was das Kapital negiert, d.h. der nicht untergeordneten kreativen Macht.

12. Die Revolution ist dringend, aber ungewiss. Keine Antwort, sondern eine Frage.

Die orthodox-marxistischen Theorien suchten die Gewissheit auf der Seite der Revolution. Dies geschah mit dem Argument, dass die historische Entwicklung unvermeidlich zur Entstehung der kommunistischen Gesellschaft führen würde. Dieser Versuch war ein vollständiger Irrtum, weil es keine Sicherheit bei der Schaffung einer selbstbestimmten Gesellschaft geben kann. Gewissheit kann man in der Vereinheitlichung der Zeit finden, in der Festschreibung des Tuns im Sein. Selbstbestimmung ist notwendigerweise ungewiss. Der Tod der alten Gewissheiten stellt eine Befreiung dar.

Aus denselben Gründen kann die Revolution nicht als Antwort verstanden werden, sondern nur als Frage, als eine Suchbewegung hin zur Realisierung der Würde. Preguntando caminamos (fragend gehen wir voran).

Übersetzung Ulrich Brand; Bearbeitung: Eva Hartman



Fünf Thesen zur Gesellschaftskritik und Utopie

Seminar von attac Stuttgart 2./3. 3. 2002 (überarbeitete Fassung)
von Lothar Galow-Bergemann

1. Konstruktionsfehler Warengesellschaft

Der Grundbaustein des Reichtums der Gesellschaft, in der wir leben, ist die Ware (Marx). Jede Ware hat einen Wert. Während nun im Alltag aus tausenderlei Gründen dem einen dies und der anderen jenes etwas „wert“ ist oder auch nicht, so handelt es sich beim Wert einer Ware um etwas ganz anderes. Er ist keine natürliche Eigenschaft, sondern gesellschaftlich hergestellt. Heute, wo ein Arbeiter mit Hilfe der Technik pro Tag einhundert Armbanduhren und mehr herstellt, liegt der Wert einer dieser Uhren weit unter dem früherer Zeiten, wo es allgemein üblich war, daß ein Mensch – sagen wir – in zehn Tagen eine Armbanduhr produziert hat. Das einzige, was den sogenannten „Wert der Ware“ ausmacht, ist die Menge an verausgabter menschlicher Arbeitszeit (auf der Basis des jeweils herrschenden wissenschaftlich-technischen Niveaus). Nun gibt es schier unendlich viele konkrete Tätigkeiten und hätten wir es lediglich mit Produkten oder Gütern zu tun, so hätten wir eben nur diese ganz konkreten Dinge vor uns. Da wir es nun aber mit Waren zu tun haben, geschieht etwas Entscheidendes: Alle diese Waren, so unterschiedlich sie auch sein mögen – vom Apfelstrudel bis zum Zeitungskommentar, vom Atomkraftwerk bis zum Zewa-wisch-und-weg, haben etwas Gemeinsames: in ihnen steckt menschliche Arbeit. Und zwar vollkommen abstrakte Arbeit. D.h. über diese Arbeit läßt sich nichts konkreteres sagen als eben dies: daß sie menschliche Arbeit ist. Auf dem Markt tauschen sich nun – in Warenform – diese abstrakten Arbeiten untereinander aus. Es scheint, als würden Dinge ausgetauscht, in Wirklichkeit jedoch handelt es sich beim Warenaustausch um den gesellschaftlichen Austausch der Menschen untereinander, der die Form von Dingen angenommen hat. Es ist diese Verdinglichung oder der Fetischismus der Ware, der die vorgefundenen Verhältnisse als „sachliche“, naturgegebene und unveränderliche erscheinen läßt.

Dieser Zusammenhang nun ist nicht mehr und nicht weniger als der grundlegende „Konstruktionsfehler“ der Gesellschaft, in der wir leben. Denn daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Katastrophen. In dem Maße, wie diese Marktwirtschaft aus ihrem jahrtausendelangen historischen Nischendasein herauszutreten begann, also mit der Entwicklung der bürgerlichen oder kapitalistischen Gesellschaft in Europa, entfaltete sich die ihr innewohnende Tendenz, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen zu verdinglichen, indem sie buchstäblich alles ausschließlich dem Maßstab von Käuflichkeit und Verkäuflichkeit unterwarf. Indem sie die ganze Welt zur Ware macht, letztendlich sogar die Menschen selbst, ist die Marktwirtschaft gleichzeitig tendenziell totalitär und strukturell destruktiv: Sie organisiert sich nicht um „die Bedürfnisse des Menschen“ herum, sondern um die „Bedürfnisse der Wirtschaft“. Weil sich Wert und (abstrakte) Arbeit, bar jedes konkreten Inhalts, nur selbstzweckhaft auf sich

selber beziehen können, der Wert sich immer wieder verwerten muß, aus Geld fortwährend mehr Geld werden muß, deswegen hat sich nicht etwa „die Wirtschaft“ den Menschen anzupassen, sondern es haben sich umgekehrt die Menschen gefälligst nach dem Diktat der Wirtschaft – sprich der Wertverwertung – zu richten. Das ist die tägliche Erfahrung, die wir alle machen und jedeR, die oder der das infrage zu stellen wagt, gilt sofort als „Ideologe“. (Der Vorwurf, „ideologisch“ zu sein, ist geradezu der klassische Reflex der herrschenden Ideologie auf alles, was die vermeintlichen Grundfesten gesellschaftlicher Existenz hinterfragt und sollte uns dementsprechend kalt lassen.)

Auf der Basis von Ware, Wert, (abstrakter) Arbeit und Markt hat sich im Laufe der Geschichte die heute weltweit dominierende Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise herausgebildet. Sie ist geprägt durch den fortwährenden Zwang zur Verwertung des Werts (der die Form der Kapitalverwertung angenommen hat) und zum unendlichem Wirtschaftswachstum, durch mörderische Konkurrenz, Rassismus (als eine Ausdrucksform eben dieser Konkurrenz), Profitstreben und den Zwang für die meisten Menschen, nicht anders als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft überleben zu können.

So sehr die Warengesellschaft – als die Gesellschaft, in der sich die Menschen lebenslang als Käufer und Verkäufer gegenüber treten – der formalen Gleichheit vor dem Gesetz, also des Rechts bedarf, so wenig darf dieser Umstand zu der Annahme verleiten, es gehe in ihr „mit rechten Dingen“, gar menschlich zu. Denn mit ihren Grundprinzipien „Hauptsache Wertverwertung“, „jeder gegen jeden“ und „nur die Stärksten überleben“ scheut sie buchstäblich vor keinem Verbrechen zurück, wenn es ihr als Mittel zum Zweck dienen kann: Hunger und Krieg, Ausbeutung und Verelendung, Demütigung und Erniedrigung von Menschen genauso wie die weltweite Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.

2. Rücksichtslos und maßlos

Die Frage, die uns heute alle bewegt und von deren Beantwortung nicht weniger als die weitere Existenz der Menschheit abhängt, ist doch im Grunde genommen die: „Was wäre denn eigentlich zu tun und was wäre zu lassen, damit alle Menschen ein gutes Leben in Übereinstimmung mit sich selbst, untereinander und mit der Natur führen können?“ Infolge ihres basalen Konstruktionsfehlers versagt nun „unsere“ berühmte Wirtschaft fatalerweise komplett vor dieser Frage. Sie versteht nur Bahnhof. Denn die Beantwortung dieser Frage ist schlicht und einfach inkompatibel mit ihrer Software. Ihr Programm lautet anders, nämlich so: „Wie kann die Maschine der Wertverwertung am Laufen gehalten werden (wie wird aus Geld mehr Geld) und welche Hindernisse sind zu diesem Zweck zu beseitigen?“

Daraus folgt zweierlei:

Erstens. „Unsere Wirtschaft“ hat keinerlei Sensorium dafür, was da eigentlich abgeht, was sie mit Mensch und Natur anrichtet. Zweitens. Sie hat einen eingebauten Hang zur Maßlosigkeit. Da sich der Wert fortlaufend verwerten, aus Geld immer mehr Geld werden muß, ist sowohl jedes Mittel dafür recht als auch prinzipiell keine Grenze vorstellbar. Es muß einfach immer mehr werden. Schon wenn das „Wachstum“ dieser Wirtschaft ins Stocken gerät, schrillen alle Alarmglocken. Und zwar auf allen Seiten. Der Unterschied zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ verflüchtigt sich schlagartig, denn plötzlich stehen sowohl „Profit“ als auch „Arbeitsplatz“ in trauriger Gemeinschaft zur Disposition. „Kein Genug – Mehr ohne Ende“ – das ist der Schlachtruf, mit dem die Warengesellschaft alles niedertrampelt, was ihr im Weg steht. Weiter noch: da nur der gewinnt, der alle anderen abhängt, kennt die Marktwirtschaft auch keine zeitliche Begrenzung: ob Warenumsatz, Kapitalverwertung, sogenannte „Innovation“ oder Reisegeschwindigkeit:

immer schneller muß es sein, lautet der eherne Grundsatz. Ein beeindruckendes Beispiel bietet der Autoverkehr. Hier bieten sich dem aufmerksamen Beobachter tiefe Einblicke in die Verfaßtheit dieser Gesellschaft. Man stelle sich an den Straßenrand und schaue: Da sitzen atomisierte Individuen, meistens alleine, eingepanzert in eine Tonne Stahl und Kunststoff, getrennt voneinander und doch in ihrem Tun unlöslich miteinander verbunden. Jeder kämpft gegen jeden. Schneller sein als der andere, effektiver sein im Kampf um Spur und Parkplatz. Möglichst viel Zeit heraus schlagen, aber doch nie Zeit haben. Zur Unbeweglichkeit verdammt und in engen Käfigen festgeschnallt, aber im festen Glauben, es handle es sich bei dieser Veranstaltung ausgerechnet um – Bewegung. Permanent unter höchster Anspannung getrimmt darauf, die Maschine am Laufen zu halten. Die kleinste Unaufmerksamkeit gegenüber dem Diktat der herrschenden Verkehrsform kann buchstäblich die Existenz kosten – sie kann schließlich jederzeit mit der Todesstrafe geahndet werden. Sich selbst und andere ununterbrochen an Leib und Leben gefährdend. Leidend an den Folgen des eigenen Tuns, aber im Gefängnis der Vorstellung vom „Normalen“ und angeblicher Alternativlosigkeit gefangen... Schaut man sich den ganzen Jammer an, so gewinnt ein berühmtes Zitat ganz neue und unmittelbare Überzeugungskraft. Karl Marx schreibt über die Menschen in der Warengesellschaft: „Ihre eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren.“ (MEW 23, S.89) So viel zur Aktualität von Marx, der bekanntlich schon lange vor der Autogesellschaft das Zeitliche gesegnet hat. „Ganz egal was – Hauptsache immer mehr und immer schneller.“ So könnte man das Credo der Marktwirtschaft beschreiben. Daß das im übrigen auch eine Handlungsmaxime von Sucht ist, es also möglicherweise einen Zusammenhang zwischen der Struktur der Marktwirtschaft und der allenthalben grassierenden Süchte gibt, sei hier nur am Rande bemerkt. Das Problem von Marktwirtschaft und Sucht – und all derer, die davon abhängen – ist allerdings: Mensch und Natur vertragen viel, aber sie sind endlich und vertragen bei weitem nicht alles.

3. Die Falle Arbeitsplatz

Wir sind schon mittendrin im Thema „Arbeit“. Denn da diese, wie wir gesehen haben, völlig abstrakt ist, kann es folglich gar nicht ihr Thema sein, was sie eigentlich hervorbringt. Hauptsache Arbeit – zu dieser entwürdigenden Lösung sind alle gezwungen, deren Existenz davon abhängt, daß sie noch halbwegs erfolgreich als Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft am Markt auftreten können. Hauptsache Arbeit – an diesem existentiellen Zwang scheiterte bisher regelmäßig jeder Emanzipationsversuch der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Beleidigten. Solange wir selbst Waren sind, also uns verkaufen müssen, müssen wir alles in Kauf nehmen: Bomben bauen, schädliche Medikamente oder Zigaretten herstellen, wissentlich lügen, Menschen klonen, sich auf jede nur denkbare Weise entehren lassen – alles müssen wir in Kauf nehmen, wenn wir in der Marktwirtschaft überleben wollen. Übrigens ist bisher nicht von ungefähr noch jede konsequente ökologische Forderung am Terror der Abhängigkeit von den „Arbeitsplätzen“ gescheitert. Solange wir arbeiten gehen müssen, um Geld zu verdienen, weil wir anders nicht leben können, sind wir erpreßbar. Übrigens ist die erst kürzlich erfolgte endgültige Legalisierung der Prostitution durch die rot-grüne Bundesregierung insofern nur konsequent, denn daß für Geld alles gemacht wird und vermeintlich alles zu kriegen ist, ist nichts anderes als die quasi-religiöse Überzeugung der Warengesellschaft von Anfang an. Wer vom Arbeitsplatz abhängt, muß sich zu den Bedingungen des Arbeitsmarktes verkaufen. Nichts macht das deutlicher als der verzweifelte Kampf von Belegschaften um die Standortsicherung „ihrer“ Betriebe, für die immer mehr Menschen einen immer höheren Preis zu zahlen bereit sein müssen. Selbstredend ist solidarische und gewerkschaftliche Gegenwehr notwendig, aber selbst da, wo sie stattfindet – es ist selten genug – steht ihr dauerhafter Erfolg zu bezweifeln. Die ökonomischen Zwänge des globalisierten Marktes setzen sich solange durch, solange er selbst nicht ins Zentrum der Kritik rückt und angegriffen wird.

4. Der Staat gehört zum Problem und nicht zur Lösung

Bisher haben wir uns nur mit Wirtschaft befaßt. Noch nicht mit Politik. Und das ist auch gut so. Denn es gilt etwas gut zu machen. In der Linken gibt es nämlich leider eine ausgeprägte Tendenz, sich auf Kosten der Ökonomie mit der Politik zu befassen. Daß sich das mit Urvater Marx ganz arg beißt, der bekanntlich vor aller Politik erst einmal die Wirtschaftsanalyse gestellt hat, sei nur am Rande bemerkt.

„Der Staat“ gilt gemeinhin unter Linken immer noch als der Gegenspieler der „Wirtschaft“. Zumindest als der potentielle Gegenspieler und insgeheime Hoffnungsträger. Diese Vorstellung sollten wir uns abschminken. Der moderne Staat gehört zur Marktwirtschaft wie die Henne zum Ei. Ohne Staat keine Garantie des Eigentumsrechts. Und ohne die ist jeder Kapitalismus unvorstellbar. Der Staat ist seit langem untrennbarer Bestandteil kapitalistischen Wirtschaftens. Ohne seine Regulations- und Investitionstätigkeit, ohne seine breitgefächerte Bereitstellung der Infrastruktur würde die kapitalistische Wirtschaft seit Jahrzehnten schon nicht mehr funktionieren. Das hat sich übrigens auch mit der sogenannten „neoliberalen Politik“



nicht im geringsten geändert. „Standort Deutschland AG sichern!“ – auf diesen Kern läßt sich staatliches Wirken der letzten Jahre komprimieren. Jede andere „Politik“, die sich nicht diesen Satz auf die Fahnen schreiben würde, wäre zum Scheitern verurteilt. Daher das Geheimnis, daß es praktisch keinen Unterschied zwischen den Parteien gibt, sind sie erstmal in der Regierung. Oder wer könnte etwa wesentliche Unterschiede zwischen der Politik in Mecklenburg-Vorpommern und der in Bayern benennen? „Deutschland AG“: der Staat als Betrieb – das scheint die vorerst letzte Konsequenz der Marktwirtschaft. Früher wurde in Gewerkschaftskreisen häufig der Satz eines Unternehmenssprechers zitiert: „Die Demokratie hört vor den Werkstoren auf.“ Abgesehen davon, wie falsch oder richtig diese These jemals war – heute gilt der Satz: „Das Werkstor hört nirgendwo mehr auf.“ Und je mehr die Zwänge der Marktwirtschaft von den Menschen verinnerlicht und als unhinterfragbar akzeptiert werden, desto „demokratischer“ kann die Warengesellschaft funktionieren. Denn ein „grundsätzlich Anderes“ ist dann noch nicht einmal mehr denkbar. Aber wenn Staat und Gesellschaft nur noch nach den Grundsätzen betriebswirtschaftlicher Vernunft funktionieren, darf die Frage gestellt werden: Welchen Spielraum hat staatliche Politik heute noch? Als Lehrbeispiel mag die sogenannte Ökosteuer dienen. Ihr Prinzip:

Staatliche Steuereinnahmen hängen am Benzinverbrauch. Je ökologischer sich die Bürger verhalten, desto mehr sinkt folglich das Einkommen des Staates... Also: wie fördern wir jetzt die „Politikfähigkeit“ des Staates? Indem wir mehr oder indem wir weniger an der Zapfsäule hängen?

Staaten haben heute mehr denn je die Aufgabe, „den ganzen Laden“ für das halbwegs Funktionieren der Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten. Dazu gehört besonders in den letzten Jahren in erschreckendem und immer bedrohlicher werdendem Ausmaß auch die Militärpolitik und Kriegführung. Auf Grundlage und als Bestandteil der globalen Marktwirtschaft kämpfen verschiedene Staaten bzw. Staatenblöcke um regionale bzw. globale Vorherrschaft und den Zugang zu Ressourcen. Ein sehr großer, mehrere mittelgroße und viele kleine Räuber streiten sich um die Beute. Einige wenige Länder produzieren und exportieren den Großteil der Waffen auf der Welt. Gleichzeitig versinken immer mehr Menschen in Perspektivlosigkeit, da zunehmend „weiße Flecken“ auf dem Globus entstehen, die fast vollständig aus der Weltwirtschaft herausfallen. Denn sie sind noch nicht einmal mehr für die Ausbeutung interessant. Früher einmal – lang ist's her – haben sich Länder dagegen gewehrt, unter die Knute imperialistischer Ausbeutung zu gelangen. Heute sieht die Welt grundlegend anders aus: Reihenweise stehen die „armen Schlucker“ des Planeten bei den Reichen Schlange und betteln darum, ausgebeutet zu werden. Denn der Ruf nach Investitionen ist ja bei Licht besehen nichts anderes als das. Das Betteln der globalen Habenichtse um Investitionen entspricht im übrigen haargenau dem Betteln der von der Marktwirtschaft überflüssig gemachten Erwerbslosen um Arbeitsplätze. Aber hier wie da hat die Marktwirtschaft immer weniger zu bieten. Immer mehr Menschen fallen aus ihrem unerbittlichen Kreislauf der Wertverwertung heraus. In weiten Gebieten der Erde sind Drogenhandel, Kriminalität, Anschluß an bewaffnete Banden und Migration in die reicheren Weltgegenden zunehmend die einzigen „Alternativen“, die den Menschen dort noch bleiben. Der soziale Resonanzboden für Terrorismus wächst. Im-

mer mehr Protektorate des Westens entstehen, wo dieser unter Aufbietung seiner militärischen und geheimdienstlichen Macht den aussichtslosen Versuch unternimmt, den Folgen der eigenen Weltordnung entgegenzutreten. Die Versprechungen vom „wirtschaftlichen Aufschwung“ in all diesen Gebieten sind aber nichts anderes als Gebetsmühlen, die in der globalisierten Herrschaft des Marktes keinerlei reale Basis mehr haben. So verschärfen die sogenannten Friedensmissionen des Westens die Probleme nur weiter. Staat und Politik der reichen Länder erweisen sich so auch auf dem Gebiet der Außen- und Militärpolitik als untrennbarer Bestandteil der globalisierten Marktwirtschaft und damit als zu dem gehörig, was es zu überwinden gilt.

5. Die Utopie

Was ist die Alternative? Gibt es überhaupt eine? Das ist die Frage, die im Grunde genommen Millionen von Menschen stellen. Ich sage offen – ich weiß es nicht, ob sich noch eine Alternative realisieren läßt. Aber ich glaube es. Es gibt viele Gründe, Optimist zu sein und es gibt viele Gründe, Pessimist zu sein – aber es gibt ein unschlagbares Argument für den Optimismus: Das ist die Tatsache, daß es hin und wieder tatsächlich so etwas wie die sich selbst erfüllende Prophezeiung gibt.

Jede Alternative fängt damit an, daß wir uns trauen, sie zu denken. Nichts ist tödlicher als der sogenannte Realismus, der uns als unerbittliche Schere im Kopf jeden Traum von einer besseren, menschlichen Welt austreiben will. Wenn wir erkannt haben, daß die gegenwärtigen globalen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht naturgegeben, sondern menschengemacht sind – dann kann uns nichts und niemand daran hindern, eine andere Welt für möglich zu halten und für die Alternative einzutreten.

Diese Alternative liegt jenseits von Markt und Staat. Sie ist eine Welt, in der es nicht mehr darum geht, wieviel „wert“ etwas oder jemand ist, sondern darum, was gut ist für die Menschen. Eine Welt der Lust: am Leben, an den Mitmenschen, an der Langsamkeit, an der Übereinstimmung mit der Natur. Eine dezentrale, selbstbestimmte Welt – ohne Staat und ohne Geld, ohne die Diktatur der Uhr und ohne Hierarchien der Macht, ohne Verdinglichung und ohne Entfremdung. Dazu gehört die globale Durchsetzung einer solchen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise, die sowohl allen Menschen auf der Erde die grundlegenden Voraussetzungen für ein reiches und erfülltes Leben ermöglicht als auch einen verantwortungsvollen und naturverträglichen Umgang mit den weltweiten Ressourcen garantiert.

Wie wir dahin kommen – das ist zwar die spannendste aller Fragen, aber – Gott sei Dank – nicht mehr Gegenstand dieser Erörterung.

Politische Gruppen treffen für Herrschaft ein:

Der Staat wird zum Retter und Regulator

Die folgenden Absätze sind Auszüge aus dem Buch „Nachhaltig, modern, staatsreu?“, in dem herrschafts- und marktorientierte Positionen und Forderungen von NGOs und politischen Gruppen durchleuchtet werden – von der Forderung nach neuen Gesetzen oder Steuern (Tobin Tax, Ökosteuer usw.) bis zur Idee von Governance oder nachhaltiger Entwicklung. Erscheinungsdatum: Ende Sommer 2002 im IKO-Verlag (www.projektwerkstatt.de/materialien).

Helmut F. Kaplan in der Tierbefreiung aktuell, Juni 2002 (S. 26)

Was vor allem erreicht werden muß, sind Gesetze, die die Menschen zwingen, „moralisch“ zu handeln.

„In der Verdener Zentrale erzählt einer der führenden Leute, im Grunde wüssten sie auch bei Attac, dass es zur Marktwirtschaft keine Alternative gebe. Sie müsse nur so reguliert werden, dass sie gerechtere Ergebnisse produziere. Das ist ziemlich weit weg von den antikapitalistischen Parolen auf den Demos – und deshalb sagt es niemand allzu laut, um das brüchige Netzwerk nicht zu gefährden.“ Das steht in der ersten Ausgabe des Stern im Jahr 2002 über die FunktionärInnen von Attac. Was wie eine Enthüllung formuliert wird, war von Beginn an offensichtlich – nicht nur bei Attac, sondern in fast allen Positionen zur Globalisierung, in den Friedensaktionen gegen die Kriege unter deutscher Beteiligung 1999 und 2001 oder in sozialen Protesten, Streiks usw.: Den Kern der Argumentation bildet die Hoffnung auf eine „gute Regierung“ oder nette ChefInnen. Woher diese Wandlung zum Guten herkommen soll, bleibt ungenannt. Oftmals geht das Vertrauen in Institutionen und Macht so weit, daß zur Abwendung der unmenschlichen Folgen von Herrschaft und Verwertung sogar neue, machtvolle Institutionen entstehen sollen – vor allem auf internationaler Ebene.

Bemerkenswert ist, daß die Forderungen nach mehr Staat, Regulierung und Institutionen aus Kadern und Funktionärsklüngeln stammen, die selbst in staatlichen Institutionen oder Parteien agieren. Sie verstecken ihre Staatsnähe und -abhängigkeit hinter phrasenhaft vorge-tragener Radikalität: „Eine andere Welt ist möglich!“ von Attac, „Eine andere Globalisierung ist möglich!“ des 25. BUKO oder „Deutschland verrecke“ bzw. ähnliche Formulierungen bei vielen meist ebenfalls staatsorientierten Antifa- oder antideutschen Gruppen. Tatsächlich betreiben sie alle eine Modernisierung der bestehenden Verhältnisse, die NGO streben zudem Machtbeteiligung und Geldquellen für ihre Organisationen sowie die eigene Karriere an. Das wird auch sichtbar – aber es guckt niemand genau hin, denn ein harmonisches „Wir packen zusammen was an“ behindert die Fragestellung, was denn da überhaupt angepackt werden soll. Bei Attac, dem aktuell erfolgreichsten Versuch des massenpsychologischen „Wir packen gemeinsam an – egal was“ (z.B. in Form der Phrase „Eine andere Welt ist möglich!“ – aber welche? Und: Ist die „andere Welt“, die niemand beschreibt, dann auch gewollt?) zeigt sich das vielfach. Wieder der Stern: „Gewerkschafts-mann Andreas Staets, der sich bei Attac mit der Privatisierung der Bildung beschäftigt, hofft allenfalls auf einen Langzeiteffekt der Bewegung. Sie soll das Bewusstsein verändern, Sensibilität wecken und so für eine neue Managergeneration sorgen: „Das Potential liegt auch darin, dass die jungen Leute irgendwann Karriere machen.“ –

Politik als Warten auf die jungen Attac-Mitglieder in den Chefetagen der Deutschen Bank oder vielleicht ein Führungskader der NGO als neue Bundeswirtschaftsminister?

Die Argumentationsmuster für Staaten und Nationen

Für einen starken bzw. wiedererstarkten Staat kämpfen zur Zeit Linke und Rechte sowie das breite Spektrum der unter „Neue Mitte“ zu einer weitgehend einheitlichen Parteien- und Organisationslandschaft zusammengeschmolzenen Bürgerlichkeit. Allerdings sind ihre jeweiligen Begründungen unterschiedlich. Für die Rechten gilt meist noch der klassische Nationalismus, das Vaterland als Ort der Geborgenheit und Lebensraum für das Volk, was aufgrund der Abstammung und kulturellen Entwicklung als Einheit gesehen wird und geschützt werden soll. Moderne Rechte überwinden diese alten Kategorien und entwickeln neue Begriffe sozialer Heimat und Identitätsbildung im Zeitalter der Globalisierung, z.B. der französische Neurechte Alain de Benoiste oder die nationalrevolutionären Strömungen in Deutschland. Letztere nutzen geschickt auf die aus linken Gruppen stammenden Kritiken an dem Machtverlust der nationalen Regierungen und der wachsenden internationalen Gestaltungsmacht großer Konzerne.

Die bürgerliche „Neue Mitte“, von PDS bis CSU über Gewerkschaften bis zu den Kirchen oder von Attac bis zum Bundesverband der Industrie stellt eine heterogene Mischung dar, die jedoch wesentliche gemeinsame Elemente hat – vor allem in der Frage von Herrschaftssystemen. Alle sind fanatische AnhängerInnen der Demokratie, also jener Staatsform, in der alle Unterdrückungsmethoden, die auch in Diktaturen vorkommen, voll erhalten sind, aber der Einsatz dieser Mittel nicht von einer oder wenigen Führungspersonen abhängt, sondern von gesellschaftlich geführten Diskussionsprozessen, d.h. der jeweiligen Einflußmacht politischer AkteurInnen. Demokratie ist damit ein Elitenmodell, denn gesellschaftlicher Einfluß ist nicht gleichberechtigt verteilt. Parteien, Wirtschaft, Institutionen, Medien sowie zunehmend selbsternannte und fremdennannte VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ bilden ein Geflecht von Einflußgrößen, die sich teilweise konkurrierend gegenüberstehend, aber in der Frage des Erhalts dieses Machtssystems namens Demokratie einig sind. Selbstorganisations- und Selbstbestimmungsprozesse der Menschen und frei gewählter Zusammenhänge kommen in diesem Modell nicht vor. Diese Eliten der bürgerlichen „Mitte“ sehen im Staat eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft, aus der sie Nutzen ziehen. Während die Konzerne und ihnen nahestehende



hende Wirtschaftsinstitutionen längst erkannt haben, daß in einem solchen Geflecht, d.h. der Machtbalance zwischen Eliten, die Durchsetzung ihrer Interessen sowie die maximale Profitausbeute am besten möglich sind, streiten auch die Strömungen, die der reinen Profitorientierung entgegenwirken wollen, für genau dieselben gesellschaftlichen Strukturen. Regierungen, Justiz, Polizei, Kontrollbehörden usw. sollen gleichzeitig die Marktförmigkeit des Lebens sowie den Schutz vor der totalen Unterwerfung unter Wirtschaftsinteressen organisieren. Dieselben Behörden oder Polizei, die BankräuberInnen festnimmt oder das Interesse von Firmen gegen Protestgruppen durchsetzt, soll auch die Einhaltung von Umweltauflagen oder ArbeitnehmerInnenrechte garantieren oder neue Steuern auf Geldgeschäfte durchsetzen. Was genau wann geschieht, welche Handlungsformen dominant sind, liegt am Kräftespiel innerhalb der Eliten – deren gemeinsames Interesse die Aufrechterhaltung von Staat und Markt sind. Da es ohne den Staat weder Markt noch die Lenkungsmöglichkeiten im Markt gibt, sind alle Teile der Elite AnhängerInnen von Demokratie, Staat und Markt.

Radikalere linke Gruppen sind überwiegend ebenfalls prostaatlich. Für sie ergibt sich wiederum eine andere Logik, die aus der verkürzten Analyse von Hauptwidersprüchen folgt. Wenn z.B. die ökonomischen Verhältnisse oder das Patriarchat alleinige oder wesentliche Ursache für Unterdrückungsverhältnisse sind, so kann ihre Abschaffung „von oben“ die Befreiung bringen. Es bedarf folglich, so die Logik dieser Gruppen, keiner grundsätzlichen Ablehnung und Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen, sondern nur der Beendigung des von ihnen so empfundenen Haupt-Unterdrückungsverhältnisses. Da der Staat die machtvollste Instanz ist, liegt es nahe, ihn als Retter zu sehen. Solche Sichtweisen sind in vielen marxistischen Strömungen weit verbreitet, die z.B. von der Vergesellschaftung des Kapitals eine Auflösung des hauptsächlichsten Herrschaftsverhältnisses, d.h. der ökonomischen Ungleichheit, und dann auch die automatische Abschaffung anderer Unterdrückungsformen erwarten. Sehr ähnlich argumentieren verschiedene feministische Gruppen, die über den Staat das Patriarchat abschaffen (quasi: verbieten) wollen, oder die antideutschen Strömungen, die den Staat bis hin zu Armeen als optimale Kampfplattform gegen Antisemitismus einstufen. Auch die vor allem in den 80er Jahren entwickelte Theorie der drei Hauptwidersprüche Rassismus, Sexismus und Kapitalismus macht eine analytisch nicht begründbare Trennbarkeit von Herrschaft in einzelne Sektoren auf, zudem verharmlöst sie Unterdrückungsverhältnisse wie Bevormundung, Nichtmündigkeit, Psychiatrisierung usw. (siehe Kap. 4.4).

Besonders deutlich wird die prostaatliche Orientierung vieler linker Gruppen in der Frage der Stärkung der UN bzw. gar der Schaffung einer Weltregierung. Ohne jegliche kritische Analyse der Stärkung zentraler Gewaltinstitutionen fordern Umweltgruppen, feministische Kreise, GlobalisierungskritikerInnen, Friedensgruppen usw. genau dieses ein. Mehr Staat, weniger Gesellschaft – ein Modell, das von rechts bis links heute weitgehend akzeptiert ist. In der zentralen Frage gesellschaftlicher Organisation, der Herrschaft, besteht folglich Einigkeit von (vielen) MarxistInnen über die große bürgerliche „Mitte“ bis zu den Nazis.

Die in solchen Positionen geäußerten Gründe für eine „ordnende Hand“ weisen schwere analytische Mängel auf.

Fehler 1: Der Staat sei Garant des „Guten“. Verbunden ist das oft mit einer Kritik an der Idee von Herrschaftsfreiheit. Der Mensch sei von Natur aus auf Konkurrenz und Unterdrückung orientiert und müsse durch den „demokratischen Rechtsstaat“ sozialisiert bzw. zivilisiert werden. Diese Beschreibung stimmt nicht. Zunächst ist lapidar festzustellen, daß auch Regierende Menschen sind. Warum bei ihnen die Beschreibung des Menschen als konkurrenzorientiert nicht stimmen soll, wird nirgends erklärt. Ganz im Gegenteil bietet Herrschaft die Möglichkeit, konkurrierendes Verhalten verstärkt zu zeigen, denn über sie ist möglich, eigene Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen, ohne Gefahr zu laufen, mit Protest oder den negativen Folgen des eigenen Handelns konfrontiert zu sein.

Dieses Merkmal, daß konkurrierendes Verhalten und nicht-kooperativer Eigennutz so organisiert werden kann, daß Vorteile abgeschöpft und Nachteile auf andere abgewälzt werden, ist grundsätzlich immer mit Herrschaft verbunden. Es gibt keine „gute“ Form der Herrschaft, die davon nicht durchzuogen ist. Daraus folgt aber nicht nur die benannte Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse zwischen konkreten Personen oder Gruppen, sondern es entsteht ein grundsätzlich hierarchieorientiertes Verhalten von Menschen untereinander. Eigene Ziele sind durch Erobern oder Kungeln mit der Macht effizienter zu erreichen als mittels Kooperationen mit anderen Menschen. Dadurch und aufgrund der allgegenwärtigen Zurichtungen auf hierarchische Normalität (Erziehung, Vermittlung der Alternativlosigkeit, Propaganda und Diskurse zur überlegenen Effizienz von Konkurrenzsystemen, Diffamierung kooperativer Projekte und Experimente) werden Menschen zu sozialen Wesen mit dem Willen zur Dominanz oder Unterordnung geformt.

Auszug aus: C. Grefe, M. Greffrath und H. Schumann, 2002: attac. Rowohlt Berlin (S. 177, 181)

In einem Vortrag, den sie kurz nach dem 11. September ..., hat die Vizepräsidentin von Attac Frankreich, Susan George, diesen „globalen Marshallplan“ skizziert. Er verknüpft ökologische Erneuerung, globale Armutsbekämpfung und weltweite Demokratisierung. Und er stellt dem System der Entwicklungshilfe einen „globalen Keynesianismus“, ja, die Idee eines „global welfare state“ gegenüber. ...

Jahrelang hat die Bürgerbewegung von den Symbolen der „Gegner“ gelebt: beim Kampf der Aktivisten gegen die Marken-Konzerne ebenso wie von den Demonstrationen der Straßenschlachten vor den Konferenzsälen. „Aber diese Symbole waren nicht die wahren Ziele; sie waren immer nur Türen. Es ist an der Zeit hindurchzugehen.“ Attac ist auf diesem Weg. Seine Leitforderung, die Tobin-Steuer, ist wegen ihrer Plausibilität Symbol und Lösungsschritt zugleich.

Fehler 2: Der Staat und seine regulierenden Tätigkeiten könnten als korrigierender Rahmen oder gar Gegenpol zum freien Spiel der Kräfte im Markt fungieren. Neoliberalismus sei die Machtübernahme durch die Wirtschaft zuungunsten der Politik. Die PolitikerInnen seien mehr und mehr in ihren Handlungen eingeschränkt, die Konzerne und vor allem das Finanzkapital übernehme weltweit das



Kommando. Solche Begründungen suggerieren, daß kommunale, nationale und internationale Entscheidungen durch die Konzerne erfolgen sowie die Institutionen von ihnen bestimmt sind. Das ist falsch. Alle Gesetze und internationalen Vereinbarungen werden von den Nationalstaaten erarbeitet, ratifiziert oder in den von den Nationalstaaten gebildeten Institutionen Weltbank, IWF, WTO und anderen getroffen. Die Regierungen sind die Macherinnen des Neoliberalismus. Und sie sind die Garanten für die immer unbeschränktere Verwertung von Mensch und Natur, die Aneignung von Flächen und Rohstoffen, von Genen und Nutzungsrechten, denn die staatlichen Repressionsorgane (Polizei, Behörden, Justiz usw.) setzen die Kapitalisierung des Lebens durch – nicht die UnternehmerInnen.

Auszug aus Joachim Hirsch, Des Staates neue Kleider, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 34f)

Sowohl historisch-genetisch als auch von ihren grundlegenden Funktionsbedingungen her ist die liberale Demokratie – wenn auch auf höchst widersprüchliche Weise – eng mit dem kapitalistischen Nationalstaat verbunden, schuf dessen Entstehung doch erst räumlich einigermaßen klar abgegrenzte Gesellschaften, einen relativ geschlossenen ökonomischen Reproduktionszusammenhang, ein politisch definiertes, der Zentralgewalt unterworfenes Volk und ein handlungsfähige und damit im Prinzip auch verantwortliche und kontrollierbare Regierung. ...

... entwickeln sich die die Welt beherrschenden westlichen Demokratien zur Angelegenheit der „Besserverdienenden“ und zur politischen Form einer sich abschließenden und militant verteidigenden sozialen Festung. Demokratie wird tendenziell zu einer Organisationsform sozialer Apartheid.

Auszug aus dem Entwurf des BUKO-Positionspapiers zu Globalisierung und Globalisierungskritik, in BUKO-Rundbrief 3/2001 (S. 9)

„Der Staat“ und „die Politik“ sind nicht das zunehmend ohnmächtige Gegenüber der Wirtschaft, wie von vielen Kritikern des Neoliberalismus behauptet wird. Denn die Rolle des politischen Systems bei der Durchkämpfung neoliberaler Reformen ist keine mehr oder weniger zufällige historische Fehlentwicklung. Vielmehr treiben die Staaten und die von ihnen dominierten nationalen wie internationalen Organisationen und Institutionen (WTO, IWF, EU usw.) den Prozess neoliberaler Globalisierung in Kooperation mit anderen Akteuren wie den transnationalen Konzernen systematisch voran. Die Deregulierung von arbeits- oder umweltrechtlichen Bestimmungen, der Abbau sozialstaatlicher Mindeststandards und die verschärfte Weltmarktkonkurrenz sind ein politisch um nahezu jeden Preis gewolltes Projekt.

Auszug aus Stephan Grigat, „Zur Kritik eines falschen Gegensatzes“ in: anti atom aktuell, Juni 2002 (S. 12)

Sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion über Globalisierung hat in den letzten Jahren eine Wiederbelebung des angeblich grundsätzlichen Gegensatzes von Markt und Staat stattgefunden. Durch die Fixierung der Kritik von Gewerkschaften, linken Parteien und fortschrittlichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen auf die zerstörerische Kraft des entfesselten Marktes

gerät der Staat nicht nur aus der Schusslinie der Kritik, sondern er wird zum positiven Gegenüber des Marktes erhoben. Markt und Staat werden nicht mehr als zusammengehörige Momente der kapitalistischen Produktionsweise begriffen, die sich nicht entgegenstehen, sondern notwendigerweise ergänzen. Stattdessen werden sie zu gegensätzlichen, sich nahezu ausschließenden Ordnungsprinzipien stilisiert.

Fehler 3: Regulierung und Ausbau von staatlichen und UN-Institutionen könne die Ausdehnung von Verwertungsverhältnissen stoppen – auch das ist eine Fehleinschätzung. Tatsächlich kann staatliches Handeln sehr unterschiedliche Akzente setzen, je nach Herrschaftsinteresse. Die Spanne aktueller Staatspolitik schwankt zwischen stärker ökonomisch orientierten Herrschaftsverhältnissen (vor allem im sogenannten „Westen“, also in den demokratischen Regimes) und stärker personalabhängigen Systemen (Diktaturen, religiöse Regimes usw.). Innerhalb dieser Handlungsspanne gibt es nirgends eine Loslösung von Herrschaft und keinen emanzipatorischen Prozeß der Selbstbestimmung. Wer Regulierung fordert, strebt nur nach mehr personaler und weniger ökonomischer Herrschaft. Das aber bringt keine Befreiung.

Fehler 4: Staatliche Regelungen der vergangenen Jahre wurden bejubelt, wenn sie soziale oder ökologische Schleier über die Zuspitzung von Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse legen. Das ist bemerkenswert. Während viele NGOs den Neoliberalismus bejammern und nach „Mehr Staat, weniger Markt“ rufen (was keine Befreiung bringt, siehe Fehler 3), bejubeln sie die Regierungen dann, wenn diese unter dem Banner des Umweltschutzes oder sozialer Ziele genau die neoliberale Umgestaltung vorantreiben. Auffälligstes Beispiel ist die moderne Umweltpolitik. Die Verordnungspolitik der 70er und 80er Jahre (personale Herrschaft) wurde in den 90er Jahren parallel zum gleichen Trend in der gesamten Gesellschaft (Neoliberalismus) ebenfalls durch eine marktorientierte Umweltpolitik abgelöst: Selbstverpflichtungen der Industrie, lockere Diskussionszirkel und Politfilz z.B. bei der Agenda 21 (ein Vorspiel der intransparenten Machtlogik der „Governance“), Selbstkontrolle der Konzerne (Öko-Audit) bis hin zu Öko-Steuern statt Grenzwerten und Zertifikatehandel mit Verschmutzungsrechten. All das ist purer Neoliberalismus, das gefeierte neoliberale Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz war der Höhepunkt. Da alles unter dem Banner des Umweltschutzes lief, die führenden NGOs mit Millionen geschmiert werden und die nahestehenden Parteien genau diesen Kurs tragen, wird nicht die übliche, verkürzte Kapitalismuskritik formuliert, sondern plötzlich genau das unterstützt, was im Gesundheitssystem oder an anderer Stelle als neoliberal bekämpft wird. Die Privatisierung der Rente („Riester-Rente“) 2001 und 2002 wurde von Umwelt-NGOs und modernen Öko-ManagerInnen vorbehaltlos begrüßt, weil es neue ethische Geldanlagen ermöglichen würde. Dieses in der Sache widersprüchliche Verhalten der NGOs macht eine klare politische Linie gegen Herrschafts- und Verwertungsinteressen unmöglich.

Alle bekannten Umweltschutzvereinbarungen der 90er Jahre strotzen vor neoliberalen Ideen – angefangen mit der Agenda 21, die schon 1992 in Rio beschlossen wurde. Sie fordert Gleichberechtigung zwischen Politik und Kon-



zernen sowie mehrfach den freien Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen. Das Kyoto-Protokoll macht Luftverschmutzungsrechte handelbar. Damit können sie auch ge- oder verkauft werden, Akkumulation ist möglich, d.h. das Recht auf Produktion wird immer weiter monopolisiert, die Ungleichberechtigung global steigt. Dennoch wurden diese und andere Werke von den NGOs stark unterstützt – und werden es weiter.

Fehler 5: Staat und Markt seien organisatorisch und personell trennbar. So zumindest denken die, die eine Kontrolle des Marktgeschehens durch den Staat einfordern. Tatsächlich ist aber der Markt etwas, was durch staatliches Handeln organisiert wird. Ohne Eigentum, Behörden und absichernde Justiz gäbe es ihn nicht. Die dahinterstehenden PolitikerInnen und Verwaltungsangestellten sowie die vielen Menschen, die in Alltag, Medien, Forschung und Lehre den Diskurs über die Überlegenheit von Markt und Handel tragen, sind nicht trennbar – die formalen und mentalen Garanten der Verwertungsverhältnisse sind dieselben, von denen sich viele NGOs die Kontrolle erhoffen.

Christian Stock in iz3w September 2001, S. 7

Daß „Genua“ nun zur Neulegitimierung staatlicher Politik instrumentalisiert wird, dafür ist ein keineswegs marginaler Flügel der Bewegung selbst verantwortlich. Wer wie das Bündnis ATTAC den Staat in die Verantwortung nehmen will, um die Finanzmärkte „demokratisch zu kontrollieren“ und als zentrale Forderung die Einführung einer ? im Programm hat, braucht sich nicht wundern, dass genau jenes Personal und jene Form der Politik sich bestätigt fühlen, um deren kategorische Abschaffung es eigentlich gehen müsste.

Fehler 6: Kanalisierende Mechanismen sollen Auswüchse des Kapitalismus bremsen. Viele NGOs träumen vom besseren Kapitalismus. Ihre Vorschläge aber beinhalten keine Mitbestimmung der Menschen, keine Beteiligung an Produktionsmitteln und Wertschöpfung, sondern die Ausweitung von Kontrolle: Schärfere Umweltschutzgesetze, Steuern auf Spekulationsgeschäfte (z.B. die Tobin Tax) oder die Zwangsschließung der Offshore-Zentren (Steuerparadiese). Alle diese Forderungen bedürfen der Ausdehnung von staatlichen oder UN-Institutionen. Das aber würde die realen Verhältnisse weiter absichern. Da Staat und Markt eine Einheit bilden, wobei der Staat den Markt schafft und garantiert, würden solche Forderungen die Herrschafts- und Verwertungsverhältnisse auf Dauer festschreiben. Zudem dienen Risikoabsicherungen der Kapitalakkumulation. Der sichere Rahmen stabiler Demokratien mit ihren umfangreichen, scheinbar legitimierten und damit kaum Widerstand ausgesetzten Kontrollbehörden ist die optimale Plattform für Profite und Kapitalakkumulation. Es ist kein Zufall, daß Konzerne aus den selbsternannten „Vorzeigedemokratien“ am erfolgreichsten sind.

Im Original: Auszug aus Peter Kropotkin, 1985: Gesetz und Autorität

In den Gesetzbüchern sind die für das gesellschaftliche Zusammenleben absolut notwendigen Gebräuche geschickt mit den von der herrschenden Klasse aufgezwungenen Gebräuchen vermischt; und für beide wird von der Masse der gleiche Respekt verlangt. ... Während sich aber der im Gesetze enthaltene Kern gesellschaftlich nützlicher Gebräuche im

Laufe von Jahrhunderten nur sehr wenig und sehr langsam veränderte, entwickelte sich der andere Teil des Gesetzes – zum Vorteil der herrschenden und zum Verderben der beherrschten Klasse – mit Riesenschritten. ...

Aber was sind im Grunde alle diese Gesetze?

Der größte Teil davon hat nur den einen Zweck: das monopolisierte Privateigentum, d.h. die aus der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen entstandenen und von Einzelnen an sich gerissenen Reichtümer zu beschützen; dem Kapital neue Ausbeutungsgebiete zu eröffnen; die neuen Formen zu befestigen, welche die Ausbeutung fortwährend annimmt, in dem Maße, wie sich das Kapital der neuen Zweige des sozialen Lebens bemächtigt, der Eisenbahn, Telegraphen, des elektrischen Lichts, der chemischen Industrie, des Gedankenaustausches durch die Literatur und Wissenschaft usw.

Der Rest der Gesetze hat im Grunde genommen den gleichen Zweck, d.h. die Erhaltung der Regierungsmaschine, welche dem Kapital die Ausbeutung und Aneignung der produzierten Reichtümer ermöglicht: Gerichte, Polizei, Militarismus, öffentlicher Unterricht, Finanzen, alles steht im Dienst derselben Gottheit: des Kapitals! ...

Ein gutes Drittel unserer Gesetze: die Staatsgrundgesetze, die Gesetze über Steuern und Abgaben, Organisation der Ministerien und deren „Verantwortlichkeit“, über Armee, Kirche, Polizei etc. – davon gibt es einige Zehntausende in jedem Lande – haben keine anderen Zwecke, als die Regierungsmaschine zu erhalten, aufzuputzen und zu erweitern, was der herrschenden, besitzenden Klasse wiederum dazu dient, sie in ihren Machtvorrechten zu beschützen.

Das bedingungslose Festklammern an der Hoffnung auf den guten Staat als Retter treibt teilweise absurde Blüten – wenn linksradikale AkteurInnen in einen die Herrschaftsverhältnisse verklärenden Jubelgesang nationaler Regierungen einstimmen und behaupten, daß der Staat Garant von Freiheit und Menschenrechten wäre. Herrschaftskritische Orientierungen werden dann schnell mit Willkürherrschaft gleichgesetzt – Selbstbestimmung erscheint als angsteinflößende Gesellschaftsvision.

Im Original: Tjark Kunstreich in konkret Nov. 2001 (S. 41)

Dabei leisten die Taliban dem Weltmarkt keinen Widerstand, im Gegenteil, sie haben die afghanische Bevölkerung seinem anarchistischen Diktat schutzlos unterworfen, indem sie den Staat zerstörten und seine Staatsbürger – vor allem: seine Staatsbürgerinnen – zu staatenlosen Flüchtlingen auf dem eigenen Territorium machten. Sie profitieren als Bande von dieser Anarchie wie andernorts die UCK.

Kunstreich und zahlreiche andere AutorInnen aus dem sog. antideutschen Spektrum gehören spätestens seit September 2001 zu aggressiven Verfechtern des demokratischen Staatswesens. Seitenweise polemisieren sie gegen jeden Ansatz von Herrschaftskritik, die GegnerInnen von Krieg und staatlicher Unterdrückung werden als Hilfstruppen böser Mächte stigmatisiert („Krieg der deutschen Friedensbewegung“, so auf dem Flugblatt einer antideutschen Gruppe). Herrschaftskritik und herrschafts-



freie Utopien werden fundamentalistischen Diktaturen gleichgesetzt (siehe oben: Taliban = Anarchie), der Krieg und die Unterwerfung als legitime Methode der Fortschrittserzwingung begriffen – letztlich ein imperialistischer Ansatz. In einigen Texten werden Argumente von Marx hinzugefügt: Weil sich der Kommunismus aus dem Kapitalismus entwickelt, ist die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus ein Zwischenziel für den Kommunismus. Absurd!

Selbst das System von Bretton-Woods, mit dem Weltbank, IWF usw. geschaffen wurden, gilt bei den VerfechterInnen der Idee eines starken, „guten“ Staates als etwas Vorbildliches für die heutige Zeit. Im Film „Im Herbst der Bestie“, der Dokumentation des Widerstandes gegen das IWF-Treffen 1988 in Berlin, wird noch die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft durch die Nazis als Vorbild der Strategien von Bretton Woods benannt. Aus dem Umfeld der StaatsidealistInnen von Attac, „Linken“ bei der SPD und etliches PDS-Aktiven werden selbige gelobt: „Das System von Bretton-Woods zur Regulierung der Weltwirtschaft, dessen Ideengeber der englische John Maynard Keynes war, sah in den unkontrollierten Kapitalströmen der 1930er Jahre die Hauptursache für die dramatische Weltwirtschaftskrise. Das ist auch heute so.“ (Alle Zitate: Michael Müller, SPD-Vize-Fraktionschef im Bundestag, zum taz/Spiegel/Zeit-Buch über Attac, Rezension in der FR, 26.3.2002, S. 7).

Schuldig an den Ungerechtigkeiten sei das ungezügelte, raffende Kapital, das analytisch falsch als von den Bedingungen durch Staat und Gesetz getrennt beschrieben wird: „Stets waren es demokratisch nicht legitimierte, in der Regel nur an finanzpolitischen Interessen ausgerichtete Technokraten, die mit ihren falschen Konzepten Arbeitslosigkeit auslösten.“ Nicht der Kapitalismus sei schuld, sondern das ungezügelte Finanzkapital – eigentlich sei nämlich gegen globalen Kapitalismus gar nichts einzuwenden: „Nichts behindert die Globalisierung der Ökonomie mehr als die kurzsichtige Politik zur rigiden Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs.“

Was kann die Rettung bringen? Attac und der Norden. Attac sei „die Reaktion der Zivilgesellschaft auf die Entmachtung der Demokratie durch die Märkte“. Hier wird die falsche Analyse des Gegensatzes von Markt und Staat aufgemacht, so als wäre der Markt durch sich selbst oder die Konzerne geschaffen und nicht vom Staat gewollt, gemacht und abgesichert. Tatsächlich gilt sogar eher: Je demokratischer ein Land, desto freier die Märkte ... so jedenfalls die bisherige historische Bilanz. Attac fordere „die Globalisierung von unten“ – wie radikal „von unten“ das in der Praxis aussieht, liest sich so: „Der Testfall für die Rückkehr der Politik ist die Einführung der Tobin-Steuer“.

Nicht nur Attac, auch der Norden wird zum Zentrum: „Die Proteste gegen den Zerfall der Welt begannen am 1. Dezember 1999, als 50000 Menschen in den Straßen von Seattle den Platz vor dem Kongresspalast der WTO-Verhandlungen blockierten“. Die Landlosenbewegungen und Proteste in Brasilien, Indien usw., der Aufstand der Zapatistas und vieles mehr ... zählt alles nicht!

Unter diesen Vorzeichen betrachtet verwundert immer weniger, daß Globalisierungskritik so schnell integrierbar war in einen modernen Staat, dessen Herrschaftslogik immer seltener der Polizeiprügel ist und immer häufiger das Integrieren, besser noch zu bezeichnen als „Assimilieren“ (vergleiche die Borg in der Star Trek-Serie, durchaus nützlich zum Verständnis des Erfolgs von Attac & Co.), denn es werden nicht nur abweichende Meinungen integriert, son-

dern auch verdreht, entfremdet, neu definiert. Wer das versteht, wundert sich auch nicht mehr, daß Naomi Klein's Werk „No Logo!“ zum einen gefeiert wird von Gruppen wie Attac oder Linksruck, die auf Demonstration vor allem ihr Logo als politische Aussage dabei haben, und zum anderen zwar ein Kapitel enthält, wie böse der Bertelsmann Verlag ist, aber genau in diesem Verlag erscheint (wenn auch getarnt).

Für eine klare Kritik der Verhältnisse und eine praktische Politik in diesem Sinne ist ein anderer Stil nötig. Einer, der auf klare Positionen setzt, der in den Aktionen diese Positionen auch vermittelt, der Freiräume erkämpft von diesen Verhältnissen und Visionen gegen das scheinbare Naturgesetz „Marktwirtschaft“ stellt! Nötig ist dazu auch eine neue Form der Organisation – selbstbestimmt, unabhängig, von unten. Wie kann es sein, daß Tausende Menschen daran glauben, daß eine Organisation geeignet ist, z.B. EU-Politik zu kritisieren, die einen großen Teil der Zeit darin investiert, umfangreiche Finanzanträge gerade an die EU zu stellen. Genauso aber geschieht es zur Zeit bei Attac – und nicht nur dort. Bis hin zu sich radikaler äussernden Gruppen wie dem BUKO reicht diese Strategie, die eigene Existenz und die Geldbeschaffung allem anderen überzuordnen. Bei den sonstigen, bekannten NGOs, z.B. den Umweltverbänden usw., ist es ohnehin schon lange so. Die kapitalistischen und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden, wird nur dann mal genannt, wenn auch damit mal wieder Kasse oder Karriere zu machen ist (z.B. radikalere Gruppen als Mitglieder zu gewinnen – denn auf deren üblichen Aktionsstil „Im Trüben fischen“ ist Verlaß, immer mehr landen bei Attac!).

Auszug aus Peter Kropotkin, 1985: Gesetz und Autorität (S. 13)

Ebensowenig wie das kapitalistische Privateigentum, welches durch Betrug und Gewalt entstanden ist und sich unter dem Schutze der Autorität entwickelte, hat das abstrakte Gesetz einen Anspruch auf den Respekt der Menschen. Entsprungen aus Gewalt und Aberglauben, eingeführt im Interesse der Priester, Eroberer und reihen Ausbeuter, muß es am Tage, wo das Volk entschlossen ist, seine Ketten zu brechen, gänzlich abgeschafft werden.



Selbstbestimmung als Basis emanzipatorischer Utopien

Macht, was ihr wollt!

Die Zeiten sind vorbei, in denen irgendein Experte sich eine perfekte Gesellschaftsform ausdachte und sich dann daran machte, sie den anderen Menschen mehr oder weniger machtvoll aufzudrängen. Die Führung des Staates durch kluge Philosophen, wie sie Platon wünschte, hat es nirgendwo gegeben. Nirgendwo – U-Topia. Glücklicherweise. Denn es ist Sache der Menschen selbst, ihr Leben so einzurichten, wie sie es wollen.



Woher kommen Utopien?

Unsere schriftlich orientierte Kultur schaut vorwiegend auf die aufgeschriebenen Utopien und damit auch jene, die in ziemlich geschlossener Form ein umfassendes Konzept einer anderen Weltverfassung aufstellen. Neben recht starr ausgedachten Staatsformen gab es immer auch freiheitliche Utopien. Die Probleme dieses Jahrhunderts provozierten öko-diktatorisch-industrielle Visionen (»Anti-Utopien«) sowie Utopien der herrschaftsfreien, partnerschaftlichen Entwicklung emanzipierter Subjekte. Letztere sind weitestgehend mit ökologischen und feministischen Bewegungen verbunden.

Auf dem Weg »von der Utopie zur Wissenschaft« hatten die Theoretiker der Arbeiterbewegung dem »bloß Utopischen« einen negativen Stempel aufgedrückt. Ihre wissenschaftliche Kritik des Gegenwärtigen, der Kapitalherrschaft, bezog jedoch wesentliche Impulse aus der Vorstellung des ganz Anderen, auf Grundlage des historisch möglich Gewordenen. Was möglich geworden ist, kann wissenschaftlich analysiert werden. Was damit geschieht, d.h. wie sich reale Menschen entscheiden, damit umzugehen, jedoch nicht mehr.

Für die Menschen sind auch weniger jene Utopien handlungsleitend, die in dicken Büchern aufgeschrieben worden

sind, sondern fühlbare, erlebbare Ausblicke. Horizontüberschreitungen, die aus dem »Dunkel des gelebten Augenblicks« (Bloch) u.a. in Tagträumen aufblitzen. Sie kommen häufig in künstlerischen Werken und sogar in der Alltagskultur zum Vor-Schein.

»Das Leben selbst ist immer schon ein Entwurf zu etwas hin, das utopisch ist. Gerade Subkulturen zeichnen sich darin aus, mit ihrer Erfindungsgabe und Experimentierfreudigkeit Zukunftsträume in greifbare Nähe zu rücken. Das gilt z.B. für das Leben in Bauwägen genauso wie für selbstorganisierte Festivals.« (Herrmann C., 23.10.00)

Auf dem Weg zu einer Utopie der Emanzipation geht der Anteil der utopischen Theoretisiererei gegen Null:

»... denken wir uns das Glück der Menschheit nicht mehr am Schreibtisch aus, sondern ganz demokratisch und pluralistisch befragen wir die Subjekte der Utopie nach dem utopischen Gehalt ihres Lebens, d.h. inwieweit sie auf größere Ziele hin leben ...« (Herrmann C.)

Anti-utopische Zeiten

Allerdings kann die Antwort dann recht unerwartet sein:

»... gerade so zur Weihnachtszeit zu Utopien und Visionen befragt zu werden – und dann soll es auch noch Hoffnung nähren, es soll nicht so was Negatives sein! Viel verlangt. Für mich zu viel. Denn meine Frage – und das gerade zu Weihnachten – ist immer dieselbe: Wie überwinde ich den Ekel gegenüber dieser Gesellschaft?« (Mail Werner, 23.12.00)

Wer heute jung ist, hat eigentlich gar keine positiv-utopischen kulturellen Einflüsse mehr erlebt. Stafftek gilt als hoffnungslos naiv.

Robert Hewitt Wolfe, ausführender Produzent der von Gene Roddenberry erdachten Serie »Andromeda« sagte in einem Interview, dass sich die neue Serie stark von »Star Trek« unterscheiden werde:

»Es geht nicht darum, neue Zivilisationen zu entdecken, oder neue Lebensformen zu suchen. Es geht vielmehr darum, die zerstörte Welt zu beschützen und diese wieder Stück für Stück aufzubauen.«

Monster-Aliens, nachkatastrophische Heldenepen und cyperepunkiges Großstadtchaos haben nur noch etwas mit Angst zu tun, nichts mehr mit Lust auf Zukunft. Ich fürchte, die Crashkids in den rasenden Kisten, die Ecstasy-Rausch- und Magersüchtigen sind viel realistischer als ihre Eltern, die noch an aktienfondgestützte Renten glauben. Wer sich doch noch in Raumfahrtutopien flüchten will, wird mit dem falschen Ethos der US-Elitemarines im »Space 2061« allein gelassen.

Wer wirklich noch utopische Visionen haben will, muß sich der ganzen Härte dieser Ent-Täuschung stellen. Utopischer Zweckoptimismus ist nicht angesagt. Und Fluchtorte vor der schlechten irdischen Wirklichkeit sind der ferne Kosmos und fremde Zeiten schon längst nicht mehr. Das ist wohl auch gut so – die wirklichen Utopien müssen auf die Erde zurückkehren.

Konkrete Utopien heute

Das Utopische findet heute weniger in der Literatur statt. Ob es schon viele Tagträume erreicht hat, vermag ich nicht zu sagen. Aber sie liegen in der Luft.

Dabei gibt es unterschiedliche Sorten von Utopien. Es ist ja durchaus sehr utopisch, darauf zu hoffen, daß die jetzt Jüngeren noch irgendeine Rente erhalten würden. Und der Glaube an Borsengewinne als Alterssicherung ist mindestens genau so utopisch. Noch utopischer wäre es zu hoffen, daß die Auswirkungen der zerstörten klimatischen und ökologischen Verhältnisse wenigstens uns Gutsituerte auf diesem Planeten verschonen würden.

Aber halt: diese Utopien sind nur verlängerte Gegenwart. Richtige Utopien müssen genügend anders sein als die Gegenwart. Sie stehen den gegenwärtigen Strukturen und Entwicklungstrends entgegen. Auch in Form von Hirngespinnsten tragen sie in sich ein Körnchen Realität. Denn vieles wird gerade zu bestimmten Zeiten vorstell- und denkbar. In der Realität wachsen den Utopien Latenzen zu, es entstehen Möglichkeiten des »Noch-Nicht«. Diese Möglichkeiten lassen sich nicht mehr als »bloß utopisch« negieren, sondern warten auf das handelnde Eingreifen der Menschen.

Welche Möglichkeiten für grundlegend Neues lassen sich jetzt bereits ausmachen?

•Die Produktion und Reproduktion der lebensnotwendigen Güter erfolgt auf einem hohen Produktivitätsniveau, arbeits- und damit menschliche Zeit und Energie sparend (bei einem Verzicht auf Verschleißprodukte und Vergeudung etc. ließe sich der Verzicht auf unökologische und unsichere Technologien leicht kompensieren). Während in den früheren Jahrzehnten aufgrund des Zentralismus produktiver Arbeit eine Demokratisierung kaum möglich war, erfordern modernste Produktionsmittel geradezu eine dezentral-vernetzte Organisation individueller kreativer Inputs.

•Viele Menschen haben ein hohes Maß an Bedürfnissen und Fähigkeiten, das sich bei einer Orientierung auf neue Ziele statt der Kapitalverwertung auch für alle Menschen erreichen ließe. Bedürfnisse werden hier positiv als Ausdruck der Selbstentfaltung in jeder Hinsicht interpretiert – derzeitige Deformationen und Kompensationen kommen nicht aus der »Natur des Menschen«, sondern seiner derzeitigen gesellschaftlichen Verfaßtheit. Es wird kein »neuer Mensch« gebraucht, jede/r Einzelne handelt entsprechend der eigenen individuellen Interes-

AutorIn

Annette Schlemm, Zukunftswerkstatt Jena und »Maintainerin« zum neuen Buchprojekt der Gruppe Gegenbilder

www.opentheory.org/buchprojekt

Als die Zukunftsromane

Anti-Utopien wurden,

bekam das Fußvolk seine UFO-Geschichten.

Und so verschreckt wie verblödet

führen sie die Anti-Zukunft herbei.



sen nach Selbstentfaltung und nach Aufrechterhaltung und Erweiterung der Handlungsfähigkeit und geht in diesem Interesse selbstbestimmt Vereinbarungen und Kooperationen mit anderen Menschen ein.

Aus diesen Möglichkeiten eine neue Gesellschaft zu entwickeln, ist gegenwärtig wirklich »utopisch«. Das liegt an den Bedingungen der jetzigen Gesellschaftsstrukturen. Jegliche Realisierung von Möglichkeiten ist an konkrete Bedingungen gebunden. (Das Erkennen der Möglichkeiten und der Bedingungen ist auch weiterhin ein Aufgabengebiet begreifenden Denkens, von Wissenschaft und Theorie).

Die eben genannten Möglichkeiten können sich nur entfalten.

- wenn sie nicht mehr der Herrschaft der Ökonomie unterworfen sind (wenn Ökonomie – ökologisch verträglich – »funktioniert«, wie die Verdauung der Organismen, aber nicht mehr Selbstzweck ist).

- wenn innerhalb der Ökonomie keine Buchhaltung nach ökonomischen »Werten«, nach dem Maßstab von Gewinn und Kapitalvermehrung mehr regulierend/beherrschend wirkt,

- wenn Eigentum und Besitz niemanden von lebensnotwendigen Ressourcen trennt.

Glücklicherweise können sich Menschen (zuerst) durch ihr Denken von den vorgefundenen Bedingungen emanzipieren und darüber hinaus denken. Muster des möglichen Neuen lassen sich bereits deutlich erkennen:

- Die individuelle Selbstentfaltung wird zum zentralen Zweck und Mittel der Gesellschaft.

- Es gibt keine allgemeinen Interessen, die individuellen entgegenstehen.

- Die Selbst-Organisierung des gesellschaftlichen Lebens wird zum Strukturprinzip.

Im Allgemeinen gilt das Ende des »Realsozialismus« als Totschlagsargument gegen antikapitalistische Hoffnungen. Inzwischen gibt es aber neue Ansätze, die genau solche neuen Strukturen entwickeln. Subjektiv wollen die Akteure i.a. gar nicht als die Totengräber des Kapitalismus fungieren. Sie agieren aus ihren eigenen Bedürfnissen heraus, den gegebenen Möglichkeiten entsprechend und schaffen damit erste Keimformen für das Wirklichwerden von Utopien.

Gemeint sind die Schöpfer sog. »Freier Software«.



»Ein gutes Projekt beginnt mit dem individuellen Interesse an der Erschaffung guter Software für einen bestimmten Zweck. Die Initiatorin und Moderatorin solcher Projekte heißen Maintainer ...

Die Genialität liegt nicht beim Maintainer, sondern im Projekt. Maintainer entscheiden über die Aufnahme von Features und die Veröffentlichung neuer Version, sie sorgen gleichzeitig für die Transparenz der Entscheidungen ... Maintainer entwickeln nicht das Projekt, sondern lassen das Projekt sich entwickeln und lassen die Projektmitglieder sich entfalten...

Anders als verordnete Projekte in der Privatwirtschaft basieren freie Produkte auf einem starken gemeinsamen Eigeninteresse, nämlich dem an guter benutzbarer Software ... (Meretz)

Diese Sätze beschreiben keine Utopie, sondern die Realität für eine Menge selbstbestimmt kooperierender Menschen, die zwar noch irgendwie von der kapitalistischen Wirtschaft leben, aber wichtige – hochproduktive und kreative – Tätigkeiten außerhalb des Kapitalverwertungszusammenhangs gestellt haben und auch Sicherungen einbauen (General Public License), die eine Reprivatisierung der Freien Software verhindern.

Dieses »gemeinsame Eigeninteresse« ist der Knackpunkt. Nur noch solche Interessen werden handlungswirksam werden in einer freien Gesellschaft.

Die »Erste Direktive«

Träumen kann natürlich jedermann, wovon sie/er mag. Aber was passiert, wenn die Träume bei der Verwirklichung aufeinander stoßen? Die Zukunft soll offen bleiben. Utopien und Träume sollen sich verwirklichen lassen – und es sollen immer wieder neue entstehen und sich verwirklichen können.

Man kann nicht genau angeben, wie das geschieht, man kann aber genau angeben, wie es nicht geschehen kann:

- »Utopisches Denken, das sich Rechenschaft abgibt über die verheerenden Versuche dieses Jahrhunderts, dieses Reich (der Freiheit) zu verwirklichen, wird den großen Entwurf vermeiden, wird sich dem Experiment, der Offenheit, dem Risiko des Fehlschlags aussetzen.« (Christian Semler).

Trotzdem wird sich dieses Denken nicht auf die Experimente, die Offenheiten und Risiken der globalisierten kapitalistischen Weltwirtschaft beschränken. Dieser Schnitt muß gemacht werden: Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsgrundlage des menschlichen Lebens. Bei dem, was darüber hinausgeht, müssen alle Momente des Lebens natürlich zueinander passen. Ökologie und soziales Wohlergehen, individuelle Selbstentfaltung und kollektive Selbstorganisation etc. dürfen einander nicht ausschließen, sondern be-

dingen. Während reine Träume – die einander widersprechen – durchaus locker nebeneinander stehen können, muß in der Realität alles zusammenpassen. Postmoderne Beliebigkeit ist nicht realisierbar. Freiheit heißt nicht Losgelöstheit von allen Abhängigkeiten, sondern selbstbestimmtes Eingehen gewünschter Beziehungen und Meiden unerwünschter. Daß Ökologie und soziales Wohlergehen, individuelle Selbstentfaltung und kollektive Selbstorganisation gleichermaßen realisiert werden, kann nicht anders abgesichert werden, als jeweils durch die freien Entscheidungen der Menschen selbst. Das bedeutet, daß niemand das Recht hat, eine »perfekte Utopie« anderen aufzudrängen. Hierfür gilt die »Erste Direktive« der Nichteinmischung.

Eine neue Art freiheitlicher Utopie

Der Vorwurf, alle Utopien seien totalitär, kann schon durch einen Nachweis neuerer belletristischer Utopien (Callenbach, Le Guin, ...) zurückgewiesen werden. Wie lassen sich jedoch Ökologie und Herrschaftsfreiheit absichern? Braucht es dazu feste Regeln, die nur noch aufgeschrieben und dann durchgesetzt werden müssen? Wird die Einhaltung der Regeln dann etwa durch moralischen oder psychologischen Gruppendruck erzwungen?

Nein, die Realisierung der Utopie von Herrschaftslosigkeit, Autonomie und Selbstentfaltung muß noch weiter gehen: Auch die Regeln müssen jederzeit neu aushandelbar sein. Wenn ich oder Du jetzt meinen, daß dies doch aber eine ständige Unruhe hereinbringt. Chaos, Ungeregeltheit, endlose Palaver etc., so können wir davon ausgehen, daß es wohl allen Menschen so ginge und sie deshalb – jeweils in ihren Lebensbereichen – selbst darauf achten werden, einen praktikablen Umgang damit zu entwickeln. Ich und Du haben ihnen da nichts vorzuschreiben.

Ohne Druck und Repression jeglicher Art bleibt den Menschen freigestellt, welche Vereinbarungen sie treffen. Dies ist die neue Utopie. Sie hat Wurzeln – vor allem im anarchistischen Bereich. Sie erfüllt auch marxistische Forderungen, wie die nach Infragestellung von Verfügungsgewalt und Besitz. Aber »sie versucht nicht, die Welt zu verbessern, sondern nur, den Menschen den Rücken zu stärken.« (Spehr).

Sie hat keine anderen Sicherheiten, außer der, daß Menschen nicht gegen ihre Interessen handeln.

Das neue utopische Denken fordert heraus: Macht einfach, was Ihr wollt! Wartet nicht auf die große Theorie, das große Konzept – denkt selber nach. Wartet nicht auf einen Führer, Organisator – gestaltet Organisationsformen, die so was nicht brauchen. Und vor allem: macht, was Ihr wirklich wollt!

Literatur:

Christoph Spehr
Gleicher als Andere
Eine Grundlegung
der Freien Kooperation,
Bremen 2000

Stefan Meretz
Linux & Co.
Freie Software. Ideen
für eine andere
Gesellschaft, Neu-Ulm
2000

Christian Semler
Geschichte ohne
Happy End
In: die tageszeitung, 2.
Juni 2000, S. 12

Wolfe, Robert Hewitt:
In: SPACE View. Das
Sci-Fi Magazin, No-
vember/Dezember
2000, S. 7

Mails von Herrmann
C., Werner B.

Mögliche Zukünfte – Konkrete Utopie

Nicht, weil es schwer ist, wagen wir es nicht; sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer. (Seneca)

Utopien im allerweitesten Sinne sind alle rationell verfaßten Konzepte einer anderen (schöneren oder schlechteren) Welt (Pfetsch, S. 4). Aber auch die Darstellungen einer schlechteren Welt (Anti-Utopien, Dystopien) dienen wenigstens indirekt der Kritik des Vorhandenen oder Befürchteten – zielen also auf eine Verbesserung. In diesem Sinne sind Utopien »subjektiv gestaltete Zukunftsentwürfe, die im Ganzen oder im Detail eine wünschbare zukünftige Gesellschaft skizzieren« (Schwendter, S. 19). Sie müssen von uns gegen den Zeitgeist der Horrorszenarien selbst neu gefunden werden. Utopische Ziele sind vor allem jene, die im Augenblick nicht zu erreichen sind, weil sie den gegebenen Trends nicht entsprechen, sondern entgegenstehen.

Es geht uns nicht um die nicht zu verwirklichenden »Utopismen«.

Konkrete Utopien beziehen sich auf die Tendenzen und Latenzen in der geschichtlichen Bewegung selbst.

»Prozeßhaft-konkrete Utopie ist in den beiden Grundelementen der marxistisch erkannten Wirklichkeit: in ihrer Tendenz, als der Spannung des verhindert Fälligen, in ihrer Latenz, als dem Korrelat der noch nicht verwirklichten objektiv-realen Möglichkeiten in der Welt.« (Bloch, S. 727). In diesem Sinne ist auch der Realismus selbst eine Einheit von Hoffnung und Prozeßkenntnis (Bloch, S. 727).

Utopien sind also in diesem Sinne keine unerfüllbaren Wunschträume, sondern als »konkrete Utopie« bzw. »Realutopie« können sie bei entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Konstellationen Wirklichkeit werden (Schwendter, S. 20). Und ohne sie, »ohne Überlegungen, wie es denn anders als bisher sein sollte, entstehen keine Handlungsmotivationen« (Behrend, S. 23) für die Bedingungsveränderung ...

Auch die Utopien haben ihre Geschichte. Es gab meistens Ordnungsutopien (Staatsromane mit festgeschriebenen »idealen« Staatsformen) und Freiheitsutopien nebeneinander. In diesem Jahrhundert entstanden leider mehr Dystopien (nicht Wunsch-, sondern negative Angstbilder). Und in der »Science Fiction«-Literatur und Filmen wurden angstmachende »Visionen ohne Utopien« (Nakott) zur Regel. Zusätzlich bekam durch das Ende der sozialistischen Staaten eine prinzipielle Utopiekritik neue Nahrung. Die grundsätzliche »Kritik am Gedanken rationaler Gestaltung der Gesellschaft als eines Ganzen« (Irritz) paßt gut in den Zeitgeist der Postmoderne, die »große Erzählungen« mit Fortschrittsversprechen und -erwartungen ablehnt.

Nichtsdestotrotz speisen die Wünsche und Aktivitäten von Menschen weiterhin reale Utopien. Die aufgeschriebenen sind seit den 60er Jahren fast ausschließlich »Freiheitsutopien« (Schwendter, S. 15) auf Grundlage einer dezentralisierten, ökologisch verträglichen Lebensweise. Aber viel bedeutungsvoller als die beschriebenen Papiere sind die Prozesse, bei denen die Utopiebildung selber dezentralisiert ist. In ihnen werden typischerweise eine Vielfalt von Lebensbedürfnissen und zu erwartende Konflikte berücksichtigt, beispielsweise beim »Utopiegesprächskreis« innerhalb des »Gewaltfreien Aktionsbündnisses Hamburg«.



Zum Text links

Vorgestellt von Oliver Schmarez.

Kontakt:
Gruppe Gegenbilder
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr.11, 35447 Reiskirchen-Saasen

Zu beziehen gegen 19,80 DM. Download als PDF und Bestellung per Internet über www.projektwerkstatt.de, dort auf Versand.

Konkrete Utopien vorgestellt:

Freie Menschen in freien Vereinbarungen

Die Menschen sind bescheiden geworden. Morgens qualen sich die meisten mit dem leisen, aber bohrenden Gefühl, dass sie dies alles nicht wirklich für sich tun, zur Arbeit oder zur Uni und hoffen auf die kurze Freiheit des Wochenendes.

Immer noch bestimmt eine absolute Minderheit von Einflußträgern über die Geschicke der Menschen und immer noch weiß jeder, dass unser Gang zur Wahlurne nichts nützt, weil »die da oben ja eh machen, was sie wollen.«

»Die da oben« bestimmen die herrschenden Diskurse, formen den Konsens und lassen uns zwischen TV Total und Rock am Ring völlig vergessen, dass unser Planet nicht nur ökologisch vor die Hunde geht.

Dennoch nehmen wir das Meiste stoisch hin und denken an die Pizza, das kalte Bier und Tony Hawks Pro Skater, der Zuhause in der Playstation auf uns wartet.

Wir sind bescheiden geworden.

Alle, nein, nicht alle – denn eine kleine unbeugsame Gruppe wagt das Unfassbare und fordert das Unmögliche: Eine Gesellschaft »Freier Menschen in freien Vereinbarungen«. So lautet der Titel eines viel zu wenig beachteten Buches, welches anlässlich der Expo 2000 als Gegenmodell für die dort dargestellte Welt geschrieben wurde, als Gegenbild gegen das Primat von Profit und Technik. Doch Expo hin, Expo her – dieses Buch ist zeitlos!

Auf 165 Seiten werden hier wirklich umfassend, detailliert und systematisch Kritik, Argumente und Visionen geliefert, die es in sich haben.

Das Buch besticht durch eine wertvolle Tiefenscharfe in der Beobachtung und zeichnet ein deutliches Bild unserer modernen Gesellschaft, in der klare Feindbilder verschwunden sind und dafür wir alle – ob Chef oder Angestellter – im Netz des Marktes und des Wertgesetzes hängen, das sich immer wieder selbst reproduziert.

Es verbindet klar und logisch eine radikale Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der Totalität des Marktes und des Wertgesetzes mit eigenen Gegenvorschlägen einer anderen Gesellschaft, die mensch in Hinblick auf unsere bescheidene Lage durchaus als große Utopie bezeichnen kann.

Das Gute dabei: Lässt mensch sich auf dieses plausibel gebaute, fundiert hergeleitete und letztlich doch sehr leidenschaftliche Plädoyer für eine freie, dezentrale, hierarchielose Gesellschaft ohne Markt ein, wird mensch merken, dass die Zweifel an ihrer Realisierbarkeit ganz schnell hinter dem Gedanken verschwinden, wievielschöner ein Leben in solch einer Welt wäre und vor allem – welch dringende Notwendigkeit für diesen Ausweg aus der Sackgasse besteht.

Sehr konsequent ist auch die Tatsache, dass die AutorInnen ihren anarchistischen Prinzipien treu bleiben und somit nicht nur die freie Gesellschaft, sondern auch ihr Projekt als ständig wechselhaften, gemeinsam weiter zu entwickelnden Prozess betrachten, an dem alle gleichberechtigt teilhaben sollen. So wird dieses Buch unter der Form des Copyleft (jeder darf von dem Text Gebrauch machen, solange er/sie selber keine Rechte darauf anmeldet) vertrieben und findet sich auch als Projekt auf www.opentheory.org, einem Diskussionsforum, das die Prinzipien freier Softwareentwicklung auf Texte übertragen hat, so dass jedeR an der Weiterentwicklung des Buches und seiner vielleicht commendenden Auflagen mitwirken kann und eben das in Gang getreten wird, was schon heute und nicht etwa morgen die Vision dieses Buches praktiziert – ein produktives Miteinander in Selbstbestimmung statt ein verkrampftes Gegeneinander in Fremdbestimmung.

Wünsche für die zukünftige Gesellschaft, die herrschaftsfrei strukturiert sein soll, in der Emanzipation auf Grundlage sozialer Sicherheit für alle möglich sein soll und die ökologisch verträgliche Wirtschaftsweisen auf Grundlage von **Allianztechnologien** verwirklicht, sterben nicht ab, sondern artikulieren sich immer wieder neu. Gegenwärtig treffen sie auf eine Situation, in der die Erfüllung dieser Wünsche einerseits drängend erforderlich wird angesichts der verheerenden ökologischen und sozialen Desaster des Spätkapitalismus, andererseits aber auf Grundlage der erzeugten produktiven Kräfte der Menschheit auch immer stärker im Horizont des Möglichen erscheint.

Prinzipiell entspricht dieser Weg durchaus einer Dialektik, die keine Sicherheit auf den Sieg des Fortschritts bietet, aber wenigstens Anknüpfungspunkte für hoffnungsvolles Handeln. Auch Marcuse sieht trotz seiner treffenden Analyse der »eindimensionalen Menschen« durchaus »Tendenzen in Theorie und Praxis, die in einer gegebenen Gesellschaft über das etablierte Universum von Sprechen und Handeln in Richtung auf seine geschichtlichen Alternativen 'hinausschießen'« (Marcuse, S. 13).

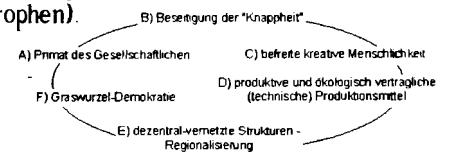
Neue Erkenntnisse über typische Evolutionsverläufe unter Beachtung von Selbstorganisations- und Chaoskonzepten (Schlemm 1996, S. 180ff. oder Schlemm 1999, S. 55f.) präzisieren unser Wissen über die Art und Weise der Durchsetzung von möglichen Zukünften:

•Relativ stabile Zustände erzeugen sich ständig selbst (zyklische Reproduktion: z.B. biochemische Prozesse in unserm Inneren, wirtschaftlicher Aktivitäten in der Gesellschaft ...). Stabilität bedeutet, daß »Abweichungen« ausgemittelt, unterdrückt werden.

Diese Prozesse verändern ihre eigenen inneren und äußeren Bedingungen irreversibel, bis die eigenen Existenzgrundlagen »aufgebraucht« sind.

•Dann entsteht eine sog. »sensible Phase«, ein »Bifurkationspunkt«, an dem die »Abweichungen« plötzlich nicht mehr unterdrückt werden, sondern eine Chance haben, sich extrem zu verstärken (ein Schmetterlingsflügel in Europa kann einen Orkan in Amerika ermöglichen - »Schmetterlingseffekt«). Keime für die jetzt möglichen revolutionären Veränderungen müssen aber vorher gelegt worden sein. Es ist nicht eindeutig voraussagbar, welche Schmetterlinge vorhanden sind und welche Flügelschläge historische Wirkungen haben werden. Es kommt darauf an, genügend Keime der von uns gewünschten Zukünfte gelegt zu haben!

•In diesem »Bifurkationspunkt« wird der frühere stabile Zustand beendet - möglich sind jetzt mehrere verschiedene »Zukünfte«, die miteinander konkurrieren oder eventuell gleichzeitig entstehen und eher kooperieren (z.B. mannigfaltige Entstehung vieler neuer biotischer Arten nach den Katastrophen).



Konkrete Utopien vorgestellt: Freie Kooperation Eine neue Art von Utopien

Es geht um eine völlig neue Art des Veränderns! Es geht nicht wieder darum, eine »neue Ordnung« einzuführen - die dann eben doch wieder ihre Ecken und Kanten haben wird (wobei auf diese Weise bisher durchaus auch historischer Fortschritt möglich war - wenn man das nie gemacht hätte, wären wir heute noch in der Urgesellschaft..., so wenig nur-negativ man auch die beurteilen sollte).

Es geht **DIESMAL** darum, **KEINE NEUE ORDNUNG** einzuführen, sondern **NUR** die Rahmenbedingungen dafür, daß alle Menschen frei ihre Kooperationen wählen können.

»Es geht immer um den Mechanismus, nicht für andere definieren zu wollen und zu können, wie ihre Kooperationen auszusehen haben, wie sie »richtig« sind, aber die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie dies frei aushandeln können.« (S. 27).

Das bedeutet

•Hinterfragen/Kritisieren von »Eigentum, Verfügungsgewalt, physische und strukturelle Gewalt, Zugang zu den Ebenen, auf denen Normen gesetzt und die Regeln verhandelt werden« (hier und im Weiteren zitiere ich Spehr, S. 5).

•Vorgefundene Regeln müssen immer veränderbar sein (S. 11)

•Gleichheit bezieht sich nicht auf Einheitlichkeit z.B. des Sozialen, sondern auf »gleiche Verhandlungsmacht« (S. 24)

•»Freie Kooperation« als Zielvorstellung ist nicht durch bestimmte vorgegebene Inhalte definiert, sondern nur durch Absicherungen (S. 22):

•Überkommene Vorstellung von Verfügungsgewalt, Besitz, Arbeit, Regeln stehen vollständig zur Disposition, d.h. können jederzeit neu ausgehandelt werden (also auch von Eigentum, insofern es die Belange anderer Menschen berührt, z.B. zur Erpressung anderer Menschen führen könnte, wie mehr als selbst benötigter Wohnraum, Produktionsmittel etc...).

•Beteiligte müssen frei sein, die Kooperation zu verlassen (sie müssen also z.B. leben können, ohne erzwungene Lohnarbeitsleistungen zu erbringen)

•Der gleiche und vertretbare Preis der Einschränkung/des Verlassens der Kooperation ist die oben gesuchte (siehe Zitat von S.27) Bedingung einer freien Kooperation.

Zusammenfassung: »In einer freien Kooperation kann über alles verhandelt werden, es dürfen alle verhandeln, es können auch alle verhandeln, weil sie es sich in ähnlicher Weise leisten können, ihren Einsatz in Frage zu stellen.« (S. 22).

Eine solche »Utopie« der freien Kooperation ist

- nicht preskriptiv,
- nicht elitär,
- nicht hierarchisch,

•keine Form des politisch getarnten Eskapismus (S. 32).

»Sie versucht nicht, die Welt zu verbessern, sondern nur, den Menschen den Rücken zu stärken« (S. 32). Und nochmal: »Freie Kooperation setzt nicht die Regeln, sie stärkt die gleiche Verhandlungsposition der Akteure« (S. 53).

»Die Faustregel realistischer Kooperation lautet: Für jeden Einzelnen muß es besser sein, daß er/sie an dieser Kooperation teilnimmt, als wenn er/sie es nicht tut, und für die Kooperation muß es besser sein, daß der/die betreffende Einzelne dabei ist, als wenn er/sie es nicht ist. Andernfalls ist die Kooperation entweder ausbeuterisch oder erzwungen, oder moralisch überzogen und auf Dauer nicht haltbar« (S. 55).

Was kann man also politisch tun, wenn nicht eine »bessere Welt schaffen«? Sich zurücklehnen? Nein: politische Organisation »greift ein in gesellschaftliche Auseinandersetzungen, provoziert sie, regt sie an, wirft Interpretations- und Lösungsmöglichkeiten hinein... (sie) setzt nicht Lösungsmöglichkeiten durch, sondern korrigiert und kompensiert den Preis, zu dem einzelne Akteure handeln und verhandeln können« (S. 72).

Literatur:

Behrend, H.
Rückblick aus dem Jahr 2000
Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?, Berlin 1997

Bloch, E.
Das Prinzip Hoffnung
Frankfurt am Main 1985

Fuchs, Ch.
Mail an die Mailinglist:
list@krisis.free.de
vom 10.3.1999

Holzcamp, K.
Grundlegung der Psychologie
Frankfurt/Main, New York, 1985

Irritz, G.
Unmittelbarkeit und Struktur - die kulturelle Figur der Sozialutopien
in: Neue Realitäten - Herausforderung der Philosophie, XVI. Deutscher Kongreß für Philosophie, Berlin, 20.-24. September 1993, Vorträge und Kolloquien, Hrsg.v. Lenk, H., Poser, H., Berlin 1993

Jungk, R.
51 Modelle für die Zukunft
Frankfurt/Main 1990

Marcuse, H.
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München 1998

Zum Text links

Zitate aus:
Spehr, Christoph,
Gleicher als Andere.
Eine Grundlegung der Freien Kooperation - zugleich Beantwortung der von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg gestellten Frage: »Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?«
gegen 9 DM bestellbar bei C. Spehr (Yetipress@cs.com)



Umriss einer konkreten Utopie

Viele unserer Wunschvorstellungen entsprechen schon gar nicht mehr sehr entfernten Utopien, sondern sie sind sehr realistisch. »Echter Realismus zieht in seine Betrachtungen nicht nur das ein, was deutlich sichtbar ist, sondern auch das, was als Antwort auf unabdingbare Notwendigkeiten im Schoße der Gesellschaft erst heranwächst« (Jungk 1990, S.14).

1. Wiedereinbettung des Ökonomischen ins Gesellschaftliche

Aus der DDR bringe ich die Erfahrung mit, daß mit einer »Mangelwirtschaft« keine neue Politik zu machen ist. Die »Ökonomie muß stimmen«. Es wäre aber verhängnisvoll, mit dieser Begründung der Ökonomie und ökonomischen Kalkülen die Herrschaft über die Gesellschaft zu geben. Aus diesem Grund befürworteten die frühen kommunistischen revolutionären Vorstellungen auch ein »Primat der Politik«, was unter Mangelbedingungen allerdings zu ökonomisch oft unsinnigem politi-

Meretz, St. (a)
Doppelte algorithmische Revolution des Kapitalismus
oder: Von der Anarchie des Marktes zur selbstgeplanten Wirtschaft, in:
<http://www.kritische-informatik.de/algorithm.html>

Meretz, St. (b)
Linux – Software – Guerilla oder mehr?
Die Linux-Story als Beispiel für eine gesellschaftliche Alternative
www.kritische-informatik.de/linuxswl.htm

Nachkott, J.
Visionen ohne Utopien
Science-Fiction zwischen Pessimismus und Euphorie, in: bild der wissenschaft 11/1996, S. 88

Pfetsch, F.R.
Politische Utopie
oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens, in: Politik und Zeit - Ökonomie, Mensch und Utopie, Studien zur Ideologiekritik und Ökonomie, hg. v. Marcuse H., Frankfurt/Main 1990

er-

Deshalb müssen andere Bedingungen geschaffen werden, den verhängnisvollen Selbstlauf der Ökonomie (die ihre Zwecke selbst setzt und nicht mehr an menschliche Zwecke bindet) aufzuhalten und gesellschaftlichen Zielsetzungen zu unterwerfen. Dies führt zu einer »nach-ökonomischen Gesellschaftsformation« (vgl. Schlemm 1999, S. 73). »Ökonomie« wird laut Wirtschaftslehre dadurch notwendig (und dominant), daß man mit »knappen Gütern« nur entsprechend ökonomischer Rationalität wirtschaften könne. Die Herrschaft der Ökonomie zu beseitigen bedeutet deshalb, die Herrschaft der (Angst vor der) Knappheit zu beseitigen.



2. Wirtschaft: Knappheiten sind beseitigt auf Grundlage starker produktiver Kräfte (Menschen und Technologien)

Der erreichte Stand der Produktivkräfte würde längst eine ausreichende materielle und energetische Versorgung der Menschen auf diesem Planeten ohne Arbeitsstreß und ökologische Zerstörung gestatten. Die Versorgung schließt auch kulturell entwickelte Bedürfnisse ein - die jedoch nicht mehr durch Marketing erzeugt werden, sondern durch langlebige Güter, Mehrfachnutzung, »Leasing« u.a. ressourcensparende Praktiken befriedigt werden.

Die Entwicklung ist davon gekennzeichnet, daß das jeweils früher Dominierende als Untergrundprozeß weiterläuft, seine Gesetze aber nicht mehr andere Bereiche unterwerfen. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, daß auch die stofflich-energetische ReProduktion der Gesellschaft »im Untergrund« ohne viel Aufwand an lebendiger Arbeit und nichtverschwendischer Ressourcennutzung funktioniert, ohne das Leben der Menschen und ihre Zeit »aufzufressen«.

Ziel ist die Befreiung DER »Arbeit« und Befreiung IN der notwendigen (Rest-)Tätigkeit. »Arbeit« als abstrakt dem Profitprinzip unterworfenen Tätigkeit verändert dadurch ihre innere Qualität in dem Sinne, daß sie eben nicht mehr als Abstraktes zu bestimmen ist, sondern sich wieder direkt auf Nutzen und Zweck bezieht und zu konkreten, miteinander vernetzten Tätigkeiten wird (»Abschaffung der Arbeit«, wie sie die KRISIS-Leute fordern).

3. Befreite kreative Menschlichkeit

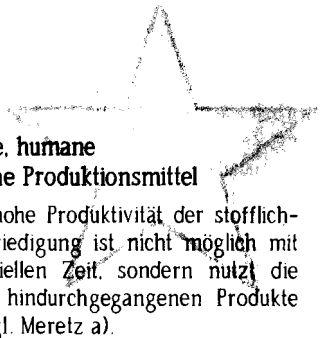
Wir brauchen keine »Neuen Menschen« durch eine »Erziehungsdiktatur« erzeugen. Sie sind schon unter und in uns.

•Das Menschliche ist dadurch gekennzeichnet, daß Individuen gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen eine Möglichkeitsbeziehung (so oder anders oder nicht zu handeln zu können) besitzen, die die Tiere noch nicht hatten (Holzkamp 1985, S. 236).

•Gerade die »ganz normale« kapitalistische Entwicklung fordert und fördert Fähigkeiten und Verhaltensweisen wie Wissen, Kreativität und Teamarbeit aus den eigenen Notwendigkeiten heraus und erzeugt dadurch zwangsweise Fähigkeiten, die für ihre Zwecke überflüssig - sogar schädlich - sind, weil sie »überschießenden« Charakter haben.

Dieses Wissen muß dazu genutzt werden, die Bedrohung durch die scheinbar unüberwindliche Entfremdung und Fetischisierung der Verhältnisse durch die Individuen aufzubrechen. (Der Nachweis der Entfremdung und Fetischisierung - wie von KRISIS - könnte kurzschlüssig so gedeutet werden, daß er nur noch mehr begründet - und damit verfestigt wird, wenn keine Auswege ableitbar sind.)





4. Ökologisch verträgliche, humane und produktive technische Produktionsmittel

Die in B) vorausgesetzte hohe Produktivität der stofflich-energetischen Bedürfnisbefriedigung ist nicht möglich mit den Mitteln der vorindustriellen Zeit, sondern nutzt die durch die »Megamaschine« hindurchgegangenen Produkte nun in völlig neuer Weise (vgl. Meretz a).

Die moderne Fertigungstechnik wird inzwischen sowieso in Richtung automatisierter Kleinstserienfertigung entwickelt, die Planungs-, Steuerungs- und Regelungstechnik in Richtung Dezentralisierung und Flexibilisierung (»Multiagentensysteme«) ... (Dies kann analysiert und bewertet werden, wie dies Marx mit der damals entstehenden Werkzeugmaschinenproduktion im 13. Kapitel des 1. Bd. des Kapitals tat.). Zur Zeit entsteht eine »automatische Produktionsweise zweiter Ordnung, die massenhafte Herstellung von Einzelprodukten auf direkte Anforderung durch den Bestellenden«, d.h. eine Selbstplanung (Meretz a) möglich. Im Produktionsbereich selbst verlagert sich die Entscheidungskompetenz damit zwangsläufig in die direkte Produktion. Insgesamt entstehen zur Zeit mannigfaltige »Vorstellung(en) von Informations- & Kommunikations-Systemen als Handlungskordinationsmedium kooperativer Interaktionen in einer alternativen Gesellschaftsformation« (Fuchs).

Hier liegen Basisvoraussetzungen für eine völlig neue Produktionsweise vor, die als Utopie durchaus das Modell Replikator (Starfirek) haben kann. Dabei werden die jeweiligen Anforderungen nutzerfreundlich eingegeben und die Technik realisiert die Wünsche auf Grundlage von fertigen Modulen »im Hintergrund«.

5. Regionalisierung - aber moderne Vernetzung über Informations- und Kommunikationstechnologien

Die bereits genannten Tendenzen der Dezentralisierung und Flexibilisierung der Produktion bei globaler Vernetzung können unter neuen gesellschaftlichen Zielsetzungen (Bedürfnisbefriedigung statt Profit) zugrunde gelegt werden.

Eine dezentral-vernetzte Produktion und Entwicklung nach der »Basar«-Methode wie Linux (Raymond, Meretz b) erweist sich gerade beim Beispiel Linux sogar effektiver als die bisherige kapitalkonzentrierte- und -beherrschte Produktionsweise.

6. Graswurzel-Demokratie

Regionalisierte Wirtschafts- und Lebensgemeinschaften werden auf der Grundlage von Dezentralisation und Flexibilisierung völlig neue Anforderungen und Möglichkeiten zur demokratischen Selbstbestimmung haben. Die uralte politische Forderung nach Selbstbestimmung erhält hier ihre materielle Fundierung.

Wir treffen uns hier auch wieder mit ursprünglichen marxistischen Forderungen:

- Das Wort »Staat« im Parteiprogramm durch »Gemeinwesen« zu ersetzen (MEW, Bd. 34, S. 128)
- Selbstregierung der Produzenten (MEW, Bd. 17, S. 339)
- Machtübergabe an die lokale Selbstverwaltung/Selbstregierung (MEW, Bd. 17, S. 341)...

Die bisherigen Revolutionen in der Geschichte ersetzen bestimmte Herrschaftsformen durch neue. Diesmal geht es um die Abschaffung jeglicher Herrschaft über Menschen und die Natur - ein völlig neues gesellschaftliches Ziel. Dieses Ziel beinhaltet, daß die Menschen sich selbstbestimmt versorgen und ihr soziales und kulturelles Leben selbst organisieren: Bisher wurden die gesellschaftlichen Beziehungen über persönliche oder strukturelle Gewaltverhältnisse vermittelt - die Menschen in der herrschaftsfreien Gesellschaft haben die Möglichkeit, sich von beiden Gewaltverhältnissen zu emanzipieren. Dies erfordert aber, daß auch auf dem Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden soll, dieser Aufgabe entsprechend auf Gewalt- und Machtverhältnisse verzichtet werden muß. Es muß zu dem von Marx in der 3. Feuerbachthese angemahnten »Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der ... Selbstveränderung« kommen.

Schlemm, A.
Daß nichts bleibt, wie es ist...
Band 1, Kosmos und Leben, Münster 1996

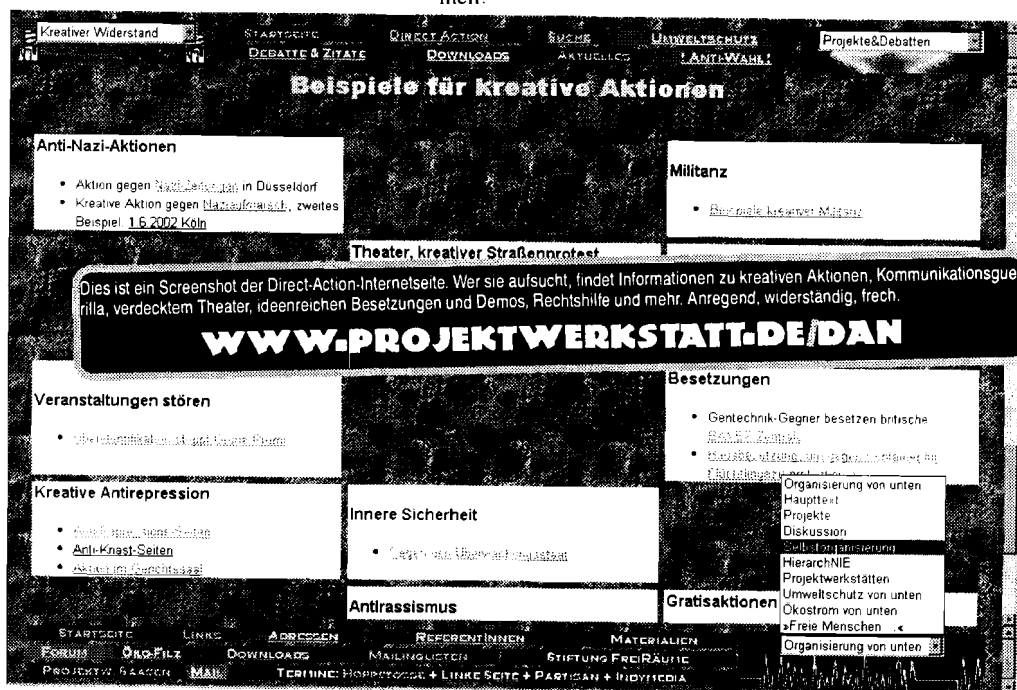
Schlemm, A.
Daß nichts bleibt, wie es ist...
Band 2, Möglichkeiten menschlicher Zukunft, Münster 1999

Schwendter, R.
Utopie
Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff, Berlin-Amsterdam
• 1994

Utopie-AG/Gewalt-freies Aktionsbündnis
Hamburg
Eine Struktur für die Freiheit
Einladung zur Utopie-diskussion (1993)

Autorin

Annette Schlemm



Demokratie runterfahren ... Selbstbestimmung installieren

EINE GRUNDLEGENDE KRITIK

Demokratie ist die zur Zeit weltweit vorherrschende Form von institutionalisierter, staatlicher Herrschaft. Ihr besonderes Merkmal



Menschen organisiert.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft ... ein verräterischer Begriff! Demokratie funktioniert somit immer über den Bezug auf einem imaginierten, organischen „Volkkörper“, dessen Willen die gewählten VertreterInnen angeblich vertreten. Diese Argumentation, die Idee von „Völkern“, kommt nicht ohne Grenzen aus und basiert immer auf dem Ausschluss von Gruppen und Menschen, die als anders definiert werden.

Volksherrschaft meint, dass sich das „Volk“ selbst regiert und der Wille der Mehrheit ausgeführt wird. Selbst wenn das so wäre, handelte es sich um Herrschaft, die nichts mit der Vision einer befreiten Gesellschaft zu tun hätte, da dort immer unterdrückte Minderheiten geschaffen würden. Tatsächlich ist nicht einmal das der Fall: Bei Wahlen entscheidet nicht die Mehrheit der Menschen, die in einem Staat leben. Zum einen ist die Wahlbeteiligung in vielen Staaten sehr niedrig, weshalb prozentuale Hochrechnungen wenig Aussagekraft haben. Überhaupt nicht bedacht wird weiterhin, dass Kinder, MigrantInnen oder entmündigte Menschen nicht wählen dürfen (obwohl Gesetze usw. auch für sie gelten). Würden die abgegebenen Stimmen auf alle Menschen innerhalb des Regierungsbezirks hoch gerechnet, wäre offensichtlich, dass selbst hinter scheinbar eindeutigen Wahlergebnissen nur ein Teil der Menschen steht, der häufig katastrophal gering ist.

Es wird nicht das beschlossen, was die Mehrheit will. Selbst wenn alle wählen dürften & würden – auf die Entscheidungen im Parlament haben die Menschen keinen Einfluß. Gesetze, die für Millionen gelten sollen, werden hier von wenigen entschieden. Es ist also völlig absurd, von Mehrheitsentscheid zu sprechen, wenn mensch nicht unterstellt, dass die ParteienvertreterInnen vom Willen der Menschen telepathisch kontrolliert werden. Es gibt Beispiele, die das belegen: Die Mehrheit der Menschen in D-Land ist gegen Atomkraft und Gentechnik – doch das interessiert nicht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass in der Demokratie nur wenige Entscheidungen treffen. Die tatsächlichen Möglichkeiten der meisten Menschen, Leben und Umgebung selbstbestimmt zu gestalten, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, unterscheiden sich kaum von anderen Regimes ... bis auf die Wahl der jeweils „Herrschenden“.

Der Glaube, VertreterInnen würden den Willen der Menschen repräsentieren, die Mehrheit würde entscheiden, spiegelt nicht die demokratische Wirklichkeit. Es sind Mythen, die ständig wiederholt werden, Diskurse, die fest in den Köpfen verankert sind. Auch wenn diese bei vielen bröckeln, so fehlen die Visionen, was besser sein könnte. Durch diese Mythen kann Demokratie breite Zustimmung herstellen und ist daher weniger auf offene Gewalt angewiesen. Sie machen es leichter, dass Menschen ihre Zurichtung durch Erziehung, Schule, Sozialisation annehmen, ihre Beherrschung verinnerlichen und sich dabei frei fühlen ... innerhalb vorgegebener Rollen natürlich.



ist dabei die Form der Akzeptanzbeschaffung, die Mechanismen, mit denen die Demokratie die Zustimmung der

Trotzdem gibt es Kontroll- und Gewaltapparate wie Polizei, Knäste und Militär, die den Markt durchsetzen usw. In kritischen Situationen stehen alle Möglichkeiten bereit, gewaltsam gegen Aufsässige und unerwünschte Menschen vorzugehen, Grundrechte aufzuheben und sich dabei weitestgehend an totalitäre Systeme anzugleichen. Ausgrenzung, Abschiebungen und Repression sind schon heute für MigrantInnen, Unangepasste und (in geringerem Ausmaß) politische AktivistInnen ein nicht weg zu denkender Teil demokratischen Normalbetriebs.

Mehrheitsabstimmungen, die für alle gelten sollen, bedeuten immer Herrschaft. Sie setzen Organe voraus, welche die Entscheidungen durchsetzen. Auch radikaldemokratische Ansätze verlagern dieses Problem höchstens. Auch nach der Überwindung des Kapitalismus ist z.B. nicht zu erwarten, dass StellvertreterInnen das tun, was die Menschen wünschen, es keine Seilschaften mehr gibt usw. Außerdem ist fraglich, ob es nicht auch hier weiter Polizei, Knäste usw. geben muß, um Entscheidungen durchzusetzen. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und Direkte Demokratie können als „Zwischenstufe“ in einem emanzipatorischen Prozess gesehen werden, ohne dabei stehen zu bleiben. Weitergehender wären Gesellschaftsmodelle, in denen Autonomie und Vielfalt von Lebensformen geschützt und bewusst gefördert werden. Also im besten Falle eine Welt ohne Herrschaftsstrukturen, die irgend etwas durchsetzen können, und in der Menschen so „gezwungen“ sind, frei zu kooperieren.



Im Kontext von Demokratiekritik ist diese visionäre Ebene sehr wichtig, um zu verdeutlichen, dass wir keine Verschärfung von Herrschaft wollen – um klare Grenzen zu antidemokratischen Parolen rechter bzw. faschistischer Gruppen zu ziehen, denen selbst die Minimittelbestimmung der Demokratie zu viel ist. Her mit viel mehr Selbstbestimmung, mehr Dezentralität und Autonomie! Wahlen sollen nicht einfach abgeschafft, sondern durch Modelle ersetzt werden, die sich an der maximalen Beteiligung der jeweils Betroffenen ausrichten und Selbstbestimmung erhöhen. Und das als ständiger, offener Prozess in Richtung Herrschaftsfreiheit!

*Diskurs meint das Zusammenspiel von öffentliche Debatten, Medien und gesellschaftlichen Institutionen, die bestimmte Denkmuster, Ansichten und Erwartungshaltungen in den Köpfen der Menschen produzieren.

NOCH MEHR DEMOKRATIE DROHT!

Demokratie ist eine Herrschaftsform – Volksherrschaft eben. Eine spezifische Idee dieser Form von Hierarchisierung der Gesellschaft ist, über den Mythos der Mitbestimmung, des Mitredens- und vor allem Mitwählen-Könnens die Menschen als Verbündete zu gewinnen. Sie basteln dann freiwillig, fast enthusiastisch an ihrer eigenen Fremdbestimmung mit. Davon droht ständig mehr. Die Modernisierung der Demokratie bedeutet, daß immer mehr Lebensbereiche der Kontrolle durch die sogenannte „Mehrheit“ (die ja meist ein Konstrukt aus Wahlen, Propaganda und Ausgrenzung ist) unterworfen werden, die akzeptanzbeschaffende Werbung für die Demokratie dabei zunimmt und immer mehr HelferInnen bei dieser Ausdehnung von Herrschaft integriert werden.



Direkte Demokratie und mehr

Viele Gruppen bemühen sich um Reformen der Demokratie. Fast alle blenden dabei die Herrschaftsmechanismen der Demokratie aus und hoffen auf bessere Zeiten, wenn die Verfahren der Abstimmungen verbessert werden. Das kann im Detail auch tatsächlich mehr Mitbestimmung bedeuten – doch das Vertretungsprinzip bleibt und leider (und ohne daß es nötig wäre!) bleiben die Vorschläge im Rahmen der Verhältnisse. Die aktuellen Vorschläge für direkte Demokratie lassen wieder nur die abstimmen, die auch wählen dürfen. Die Schere zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen usw. wird weiter geöffnet. Das ist nur ein Beispiel, eine umfassendere Kritik findet sich unter <http://www.thur.de/philo/uvu/uvu12.html>.

Global Governance

Governance bedeutet, daß zukünftig nicht mehr die Parteien, sondern auch Wirtschaft und NGOs regieren. Sie bläht Demokratie auf, erweitert die Beteiligten und schafft damit zum einen erhöhte Akzeptanz, zum anderen werden Herrschaftssysteme leistungsfähiger, weil mehr Potential an der Ausführung mitwirkt. Die „VertreterInnen der Zivilgesellschaft“ suggerieren eine demokratische Breite und bringen kritisches Know-How ein. Tatsächlich aber haben die Menschen keine neuen Mitbestimmungsebenen – ganz im Gegenteil: Während sich die Debatte um Governance, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft ausbreitete, wurden Beteiligungsrechte immer mehr der Standortpolitik geopfert. Das wird so weitergehen – die FunktionärInnen der NGOs werden zu den Gewinnern der modernisierten Herrschaft gehören. Die Menschen verlieren immer mehr Freiräume, aber es gibt immer mehr, die ihnen das Gegenteil erzählen. Die Propaganda für diese Ideen besorgen nicht mehr die Regierungen, sondern diejenigen, die sich selbst zu den VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ ernannt haben. Verkündend beschreibt z.B. Attac im Buch „Eine andere Welt ist möglich!“ (2002, VSA Hamburg, S. 146): „Alle Gesellschaften, egal wie arm, haben Organisationen, die Bauern, ArbeiterInnen, Frauen, die Geschäftswelt und so weiter vertreten, und die je nach Regierung mehr oder weniger frei agieren können.“ Alles wird gut ...

*Gemeint ist die Einteilung von Menschen in Männer und Frauen und ihnen zugeschriebenen Wertigkeitsunterschieden und Eigenschaften, mit denen v.a. die Diskriminierung von Frauen und Hierarchisierungsprozesse gerechtfertigt werden.



Seminarraum (ca. 40 Personen) mit Leinwand, Dia-, Film- und Overheadprojektor, Episkop, Video

Das Tagungshaus für kreative Gruppen

Seminarräume Arbeitsräume Bibliotheken Umweltgerechtes Haus

Was wir nicht sind ...
 Bildungsstätten sind sauteuer geworden ... und bieten dafür Luxus. Einzelzimmer statt kreativer Umgebung. Büffets statt Selbstorganisation. Luxus ist zum Markenzeichen für Seminare geworden und hat Inhalte verdrängt. Viele der SeminaranbieterInnen erhalten umfangreiche staatliche Förderungen oder nehmen hohe Gebühren. Darauf setzen wir nicht.

Und ... was wir sind:
 Im Seminarhaus der Projektwerkstatt ist vieles anders. Hier steht im Vordergrund, was Kreativität anregt und konkreten Projekten nützt: Große Gruppenräume, eine technisch gute Ausstattung mit Werkstätten aller Art. Hinzu kommt, was nötig ist: Gruppenküch, Sanitäranlagen und Schlafräume. Alles ist handgemacht, in allem spiegelt sich der Geschmack sowie das handwerkliche Geschick aller beteiligten Gruppen und EinzelhelferInnen wieder. Die Gruppen kochen in der Regel selbst. Dafür brauchen sie nur soviel zu bezahlen, wie sie können. Wir sind ein Tagungshaus für politische Gruppen, die hier Projekte vorbereiten oder Wissen *tanken* wollen.

Kleingruppenräume und -ecken in der Bibliothek

Musik- und Partyraum mit Billard, Dart und Soundanlage

Drei Bettenräume mit 8, 11 und 4 Betten plus Platz für Isomatten

► Projekt-Werkstätten nutzen!
 Alle Werkstätten stehen Seminargruppen offen. Das bedeutet, daß Musik und Theater, Layouts von Infoblättern, Plakaten oder Broschüren, Internetprogrammierung, Folienentwicklung, Interviews und vieles mehr im Seminarhaus erfolgen können.

► Unsere Preise:
 Überechnung nach Selbstschätzung (Richtwert pro Person+Nacht 6-10 Euro). Bereitstellung von Lebensmitteln: 7 Euro pro Person und vollem Tag. Volverpflege: Zusätzlich 120 Euro pro Volltag.

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (20 km östlich Gießen)
 06401/90328-3, Fax -5, unterwegs 0171/8348430, tagungshaus@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/saasen

Über Wahlaufrufe, Wahlboykott und Antiwahlaktionen

WÄHLEN. BOYKOTTIEREN. SABOTIEREN.

Wahlen stehen an. In diesem Text geht es zunächst einmal um die Frage, was an Wahlen auszusetzen ist, vor allem im Rahmen einer umfassenden Kritik an Herrschaftsstrukturen. Der zweite Teil beschäftigt sich kritisch mit den Argumentationen von „links“, die sich für Wahlbeteiligung aussprechen. Im abschließenden dritten Teil geht es dann darum, welche Formen des Widerstands und der inhaltlichen Vermittlung denkbar sind und wie sie sich kombinieren lassen. Wie stehen Wahlboykott und Antiwahlaktionen zueinander? Was können wir tun?

Sie haben die Wahl!

○ SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, Attac, B'90/Grüne, Markt, ÖkoLi, Schillpartei, DVU, Verdi, Staat, PDS, Deutsche Biertrinker-Union

oder

○ Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz

Immer!

schaftskritik

Herr-

1. Aspekte einer Wahl-, Parlamentarismus und

Kritik an Wahlen hat eine lange historische Tradition, vor allem von anarchistischer Seite. Die hier aufgezählten Aspekte sind sicher unvollständig; sie spiegeln das wieder, was für uns Aktionen gegen Wahl und Herrschaft ausmachen sollte. Sie sind für euch hoffentlich weniger rein theoretisches Wissen, sondern ein Hintergrund für Protest, kreative Aktionen und Gegenöffentlichkeit. Denn ohne klare Positionen macht es keinen Sinn, in die öffentliche Debatte einzugreifen. Antiwahlaktionen sind „nur“ so gut, wie sie die Kritik an Herrschaft und eure Gegenbilder dazu vermitteln!

Stellvertretung, Wahlen und Herrschaft als Prinzip angreifen

Es geht nicht darum, welche Partei wählbar, „links“ oder richtig ist. Das Problem ist, dass es Parteien gibt, dass es Regierungen und Apparate gibt, welche ihre Interessen gewaltsam durchsetzen können. Selbst wenn Herrschaft „gute“ Ergebnisse produziert, ändert sich neben Details am Ganzen nichts, d.h. die autoritäre Ebene bleibt: Auch die Förderung so sinnvoller Technologien wie Windrädern ist scheiße, wenn sie gegen den Willen der Bevölkerung und Naturschutz-Argumente in die Landschaft gesetzt werden können. Daher: Weg mit allen abgehobenen Gremien, erweiterten Entscheidungsbefugnissen und Durchsetzungsmöglichkeiten! Keine Stellvertretung!

Herrschaft demaskieren

Wahlen stützen ein System, das auf Herrschaft beruht. Herrschaft bedeutet u.a., Entscheidungen über die Köpfe anderer hinweg treffen und durchsetzen zu können, deren Folgen von ganz anderen Menschen getragen werden müssen. Autobahnen, Atomkraftwerke würden nicht gebaut, wenn die dort lebenden Menschen selbst entscheiden dürften. Unterschiede der Menschen werden benutzt, um Abhängigkeitsverhältnisse zu etablieren, die im Sinne des Auf- bzw. Abwertens von Menschen eingesetzt werden. Herrschaft festigt sich in bewertenden Denkschemata und in konkurrierendem Verhalten. Demgegenüber steht das Zusammenleben in Kooperation, wodurch Abhängigkeitsverhältnisse – wie Lohnarbeit – abgebaut werden können und natürliche Abhängigkeiten – wie die Nahrungsmittelproduktion – nicht in Hierarchien münden müssen.

Wahlen eignen sich als Aufhänger für Aktionen, weil sie in der demo-

kratischen Propaganda als der Ausdruck von Freiheit schlechthin dargestellt und als zentrales Unterscheidungskriterium in Abgrenzung zu totalitären Staaten herangezogen werden. Tatsächlich täuschen Wahlen nur darüber hinweg, dass alles Wesentliche nicht von den Menschen entschieden werden kann. Im Gegensatz zur Diktatur beschafft sich die Demokratie über Wahlen und damit verbundenen Mythen die Akzeptanz der Menschen.

Wichtig dabei ist, sich nicht auf Wahl und staatliche Herrschaft zu beschränken, sondern in all ihren Formen zu benennen & die dahinter stehenden Logiken anzugreifen: Die Eigentums- und Verwertungslogik des Marktes, Normierungen, der Terror der erzwungenen Zweigeschlechtlichkeit* Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund des Alters, patriarchale Strukturen, Psychatisierung, (Sozial-)Rassismus, Kolonialismus, ExpertInnen-tum usw.

Herrschaft zerschlagen statt erobern!

Herrschaft ist kein Weg zur Herrschaftsfreiheit! Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu zeigen, wie Herrschaft die verändert, die mit ihr die Welt verändern wollten, wie es die zahlreichen „linken“ Parteien in D-Land und anderswo vorhatten. Herrschaft mitsamt ihren Strukturen sind keine neutralen Mittel. Dass die PDS sich wie die SPD und Grünen (nur noch schneller) ans herrschende System angleichen wird, ist nicht auf individuelles Versagen oder moralischen Verfall zurück zu führen, sondern die konsequente Folge von finanziellen Abhängigkeiten, Sachzwängen, Erwartungshaltungen und dem Interesse am Machterhalt an sich. All das ist im System strukturell verankert.

Zudem basiert die Idee, dass es wichtig sei, selbst an den „Schaltbellen“ der Macht zu sitzen, auf der vereinfachenden Vorstellung, Herrschaft sei lokalisierbar, wahlweise als Kapital oder die Herrschenden usw. Neben der Fixierung auf den Staat wird dabei verkannt, dass Herrschaft nicht auf Hauptwidersprüche oder zentrale Instanzen zurückgeführt werden kann, sondern ein durchgängiges Prinzip darstellt, das die gesamte Gesellschaft durchzieht. Widerstand gegen Herrschaftsverhältnisse muss also die Logiken von Herrschaft in all ihren Ausformungen angehen.

Alle historischen Beispiele – und davon gibt es bereits zu viele! – belegen, wie der Aufstieg zur Macht sich auswirkt, wie sich Menschen von den ursprünglichen Zielen entfernen, sich brutalisieren und vor allem am Machterhalt interessiert sind. Das sind keine Zufälle! Über Parteienpolitik, über die Beteiligung an Herrschaftsstrukturen ist eine bunte, befreite Gesellschaft nicht zu erreichen! Und wir haben keinen Bock mehr, dass „wir“ die Fehler der Menschen vor uns endlos wiederholen. Lasst uns mal unbekannte Wege gehen, um freiere Verhältnisse zu schaffen, die nicht auf Beteiligung an Herrschaftsstrukturen oder dem Aufbau zentralistischer, hierarchischer Apparate setzen. Also ... loslegen mit Selbstorganisation, dem Aufbau von emanzipatorischen Basisstrukturen, Freiräumen und Netzwerken!

Gegenbilder aufzeigen

Proteste gegen Wahlen sind mit Politikverdrossenheit kompatibel, wenn sie sich auf Wahlboykott bzw. den Angriff auf Wahlen beschränken. Daher ist es wichtig, über die Kritik an Herrschaftsstrukturen hinaus Visionen einer befreiten Gesellschaft zu entwickeln, einer Welt ohne Markt & Staat, ohne Einteilungen in Geschlechter, „Rassen“ oder homogene Kulturen, ohne Normierungen. Dazu gehört: Hierarchiefreie Modelle der Entscheidungsfindung für Gruppen und Organisation entwickeln, anwenden und in die gesellschaftlichen Diskurse hineintragen. Informationen streuen über be-

stehende Projekte und Ansätze, die versuchen, trotz widriger Umstände Keimformen einer befreiten Gesellschaft aufzubauen: Freie Software, Umsonstläden, Hausprojekte, gemeinschaftlicher Reichtum, Wagenburgen, Netzwerke gegenseitiger Hilfe und vieles mehr. Wir haben sehr wohl Lust auf (Anti-)Politik, aber nicht auf Regierungen, Konzerne und Herrschaftslogiken!

Selbstorganisation statt Stellvertretung

In den nächsten Jahren wird sich die Situation der meisten Menschen eher weiter verschlechtern, nicht nur ökonomisch. Statt Hoffnungen auf Parteien, NGOs und Institutionen zu setzen ist es schon lange an der Zeit, sich selbst zu organisieren! Damit gemeint ist u.a. der Aufbau von Strukturen, die so weit wie möglich Unabhängigkeit von Staat und Markt ermöglichen, um uns aufzufangen und den Abbau von Hierarchien und Diskriminierungen voran zu treiben. Auf der anderen Seite gehört dazu ein organisierter, noch zu schaffender Widerstand von selbstbestimmten Basisgruppen, Netzwerken usw., die sich gegen die Projekte der Herrschaft auflehnen. Druck von unten aufbauen!

2. Kritik an Wahlaufrufen

„Es gibt keine Wahl, die Demokratie gewinnt immer.“

„Wahlen sind weder ein Repressionsinstrument der Herrschenden noch dienen sie ihnen zur Ausbeutung. Sondern: Sie dienen zur Verschleierung von Repression und Ausbeutung.“ (Wer die Wahl hat, wählt die Qual ... in: Projektil 11/12)

Der Gang zur Wahlurne ist die faktische Zustimmung zur eigenen Ohnmacht, zum demokratischen Projekt. Jeder Aufruf zur Wahl bedeutet daher auch, staatliche Herrschaft anzuerkennen und mit zu legitimieren. So betreibt mensch in jedem Fall Wahlkampf für die Demokratie und reduziert das eigene Engagement auf das Kreuz an der „richtigen“ Stelle. Wer wählt, wählt verkehrt!

Stoppt [...] ! Wahlaufufe von „links“

Es gibt immer wieder Wahlaufufe von „links“, die meinen, durch Stimmangabe eine CDU-Regierung o.ä. verhindern zu müssen. Das Problem wird durch die Zwei-Haufen-Scheiße Logik aus dem Werner-Comic sehr schön verdeutlicht: Einer schlechten Variante wird eine noch schlechtere gegenübergestellt. Schon erscheint erstere (Schröder) als die bessere Wahl. Mit solch einer berechenbaren Logik macht mensch sich selber beliebig steuerbar; etwas, dass z.B. die Wahlen in Frankreich sehr gut gezeigt haben: Nachdem Le Pen in der ersten Runde mit 17% an zweiter Stelle landete, folgte eine unglaubliche Organisation zur Rettung der Demokratie, öffentliche Empörung, Massendemonstrationen ... selbst sozialistische und kommunistische Gruppen vergaßen jegliche Kritik & stellten sich hinter den rechten Chirac, der so im zweiten Durchgang mehr als 80% der Stimmen einheimste! Und in vier Jahren ruft mensch hier vielleicht auf, Stoiber zu wählen, weil ihm ein noch größeres Arschloch gegenüber gestellt wird.

Aufrufe zur Wahl bzw. Verhinderung einer bestimmten Partei, konstruieren noch einmal, dass es das Entscheidende sein soll, wer ‚uns‘ regiert. So reduziert sich die Debatte auf die Frage, welche die „richtige“ Partei an der Macht ist und bewegt sich damit nur noch innerhalb der parlamentarischen Logik. Die entscheidende Frage kann gar nicht mehr gestellt werden: Stellvertretung oder Selbstbestimmung? Zudem produziert dies einen Blick, der sich auf die Abgabe der Stimmen verengt, ohne zu sehen, dass damit die Ohnmacht der Menschen festgeschrieben wird: Das Problem sind nicht rechte PolitikerInnen bzw. Parteien, sondern die unzähligen Menschen, die so einer Politik, zustimmen, sie stillschweigend dulden oder als einzige Aktion das Kreuz dagegen propagieren. Aufrufe von Antifas (Wählen, um den Einzug von Nazi-Parteien zu verhindern) sind häufig entpolitisiert, weil sie Widerstand durch Wählen ersetzen bzw. darauf reduzieren. Statt Wahlaufrufen wäre es sinnvoller, sich zu überlegen, wie Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das Bewusstsein der Menschen verändern, ihre Selbstorganisation fördern und Widerständigkeit wecken.

„Das kleinere Übel wählen“

Auch diese Argumentation setzt auch auf der Theorie der zwei Haufen Scheiße auf. Doch das, was als „kleineres Übel“ benannt wird, das, was noch als wählbar gilt, ist in den letzten Jahrzehnten immer schlimmer geworden. Hier zeigt sich, wie sich solche Logik in sich selbst verfängt: Wann ist der Punkt erreicht, wo Schluss ist, wo wir anfangen, widerständig zu werden & das Leben selber in die Hand zu nehmen? Faktisch erfüllt diese Logik eine Ruhighaltefunktion, die verhindert, dass Menschen eigene Perspektiven entwickeln, die sich jenseits von parlamentarischen Strukturen bewegen. Schluss mit dem Vertrösten ... auch die beste Scheiße stinkt: Wir wollen gar kein Übel mehr, sondern ein gutes & glückliches Leben für alle!

3. So what to do?

Wahlboykott? Ungültig wählen?

Ziel von Wahlboykott ist im besten Fall, durch die massenhafte Umsetzung zu signalisieren, dass die Bevölkerung keine Lust auf demokratische Fremdbestimmung hat. Zusammen mit einer öffentlichen Skandalisierung soll dem Wahlmechanismus die Legitimation und Akzeptanz entzogen werden. Ungültiges Wählen soll das sichtbar machen, da ungültige Stimmen in der Statistik auftauchen. Dazu kommt der finanzielle Aspekt, da nur gültige Stimmen Geld für Parteien bringen (Rückerstattung für den Wahlkampf).

Wahlboykott ist nicht per se gegen Fremdbestimmung und staatliche Herrschaft gerichtet. Immer wieder wurde und wird er sogar von demokratiefreundlichen Keisen als Aktion zur Forderung nach mehr Demokratie eingesetzt. Und bei Volksentscheiden kann er z.B. als taktisches Mittel einer Fraktion eingesetzt werden, um damit die nötige Mindestbeteiligung auszuhebeln. Wahlboykott erhöht in diesem Fall möglicherweise die Wahrscheinlichkeit, dass es keinen Beschluss gibt – was ja im Sinne derer ist, die z.B. eine Straße, ein Parkhaus oder ein Windrad ohne BürgerInnenbeteiligung in die Gegend setzen wollen. Teilweise wird Wahlboykott auch damit begründet, dass mensch sich von den existierenden Parteien nicht vertreten fühle. Damit wird aber die Herrschaftsstruktur Parlamentarismus prinzipiell anerkannt, das Gründen immer neuer Parteien gerechtfertigt. Wir wollen aber von keiner Partei vertreten werden, egal wie „gut“ sie ist!

All das sind keine Argumente gegen Wahlboykott, sondern gegen die alleinige Fixierung darauf. Sinnvoll ist er in der Kombination mit inhaltlicher Vermittlung, eigener (Gegen-)Öffentlichkeitsarbeit und weiteren Aktionen, die in die Debatte eingreifen, klare Positionen und Visionen benennen usw.

Antiwahlaktionen?

Antiwahl steht nicht im Widerspruch zu Formen des Wahlboykottes, setzt allerdings auf einer anderen Ebene an. In der linken Debatte werden leider nur zwei Positionen (Wählen vs. Wahlboykott) zugelassen und differenzierte Argumentationen erschwert. Ein Unterschied zum Wahlboykott ist, dass dieser für Antiwahl überhaupt nicht die zentrale Frage ist: Es nicht entscheidend, wer wählen geht oder nicht, sondern das Prozesse initiiert werden, die das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändern, Wahlen & Herrschaft nicht mehr anzuerkennen, sondern gemeinsam nach selbstorganisierten Gegenentwürfen zu suchen.

Die Frage ist eher: Wie kann eine Vermittlung herrschaftsfeindlicher Positionen gelingen? Daher sucht Antiwahl nach Interventionsformen, die eine Kommunikation zu möglichst vielen Menschen herstellen, auf deren Basis dann Gespräche über den Unsinn von Wahlen und Herrschaft möglich sind. Lasst uns Wahlveranstaltungen und Wahllokale in unsere Aktionsfelder verwandeln! Auch Wahllokalstände von Parteien bieten sich an; erinnert sei an den gefakten FDP-Infostand der Titanic-Redaktion, bestückt mit überzeichneten antisemitischen Plakaten. All das in der Hoffnung, dass möglichst viele Gruppen und Menschen auf das Repertoire direkter Aktion zurückgreifen, um gegen Wahlen & Herrschaft anzustänkern verstecktes Theater, Subversion, Kommunikationsguerilla, Reclaim The Streets usw. Einige Anregungen dazu findet ihr im Aktionsteil auf den letzten Seiten.



Widerstand und Vision

W Perspektivendiskussion - in der Nische. Widerstandsaktionen - kurzfristige Erregungsknaller ohne erkennbare Ziele. Soweit die Lage. Veränderungen? Die Erfahrungen sind bisher schlecht. Oft geradezu diffamierend reden AktivistInnen aktionsorientierter Gruppen und DiskutantInnen in Theoriegruppen übereinander - die einen werfen den anderen Theorielosigkeit und Aktionismus vor, umgekehrt ist von »Theoretikern« bis hin zu Sesselfurzern die Rede.

Versuche der Verknüpfung enden fruchtlos, kleine Ansätze werden nicht wahrgenommen - so geschah es 1999/2000 in der Vorbereitung des Expo-Widerstands, als ein Versuch der Verknüpfung von Widerständigkeit, gesellschaftsanalytischer Reflexion und Entwicklung von Visionen unter dem Titel »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen - Gegenbilder zur Expo 2000« versucht wurde, aber schnell ein Randdasein fristete, während im Kern das Nebeneinander von Theorie, Praxis und der vermittelnden Strategiefrage weiterging. Zu den meisten Anlässen, insbesondere die drei großen »Schlüsselreize« linken Aktionstourismus (zumindest in Deutschland) wie internationale Wirtschaftsgipfel, Castor und Naziaufmärsche, bleibt jeglicher Versuch der Verknüpfung von Widerstand und Perspektive aus. Aber sie wäre wichtig: Widerstand schafft Erregungskorridore, in denen die Diskussion dann stattfinden kann. Widerstand ohne die Diskussion schafft nur Erregung ohne Inhalt und kontinuierliche Prozesse (»Eventhopping« ist eine Folge). Der Diskussion aber fehlt ohne Widerstand auch etwas Grundlegendes - nämlich die Chance breiter öffentlicher Wahrnehmung und gesellschaftlicher Debatte. Eines ohne das andere schafft immer nur Nischen und eigene Sümpfe.

Beispiele:

•Der Widerstand gegen den Castor schuf die Basis für eine breite Akzeptanz regenerativer Energie. Dieses Bewußtsein für den geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhang aber haben vor allem die heutigen Energieanlagenbauer und -planer nicht mehr (siehe z.B. den verzweifelten Appell im Vorwort der Solarzeitung PHOTON im Mai 2001, wo deutliches Unverständnis für die Interessenlosigkeit der regenerativen Energiebranche an den Castortransporten geäußert wurde)

•Die Torte im Gesicht von Bill Gates steht in einem direkten Zusammenhang mit der hohen Akzeptanz des verwertungsfreien Betriebssystems Linux. - Die Debatte um verwertungsfreie Ökonomie würde erheblich an Dynamik gewinnen, wenn zu der theoretischen Ebene eine Form der politischen Praxis, der »Propaganda der Tat« hinzukäme. So würde z.B. die Debatte um freie Software und die gesellschaftliche Relevanz (diskutiert vor allem im Oekonux-Zusammenhang, siehe www.oekonux.de) mit direkten Aktionen verknüpft werden können - z.B. die Forderung nach (wert)freier Software durch eine Entwertung von Software (Überkleben der Preisschilder mit 0.- DM u.ä.) oder

durch eine Veröffentlichung der Source-Dateien nicht-wertfreier Software (mensch überlege sich einmal die öffentliche Wirkung einer Aktion, den Source von Windows per Hacking u.ä. zu erhalten und millionenfach auf CD frei zu verteilen - und diesen massiven »Erregungskorridor« dann inhaltlich zu füllen).

•Der Widerstand gegen die Welthandelsorganisation WTO im November 1999 in Seattle schuf eine breite Akzeptanz einer neoliberalismuskritischen Debatte. Diesen »Erregungskorridor« (zum Begriff siehe unten) könnten alternativ- und direkt-ökonomisch agierende Projekte und Gruppen nutzen - politisch und zur Ausdehnung verwertungsfreier Ökonomie. Das verschlafen sie allerdings komplett: Food-Coops, Tauschringe, Kommunen usw. sind derart systemkonform und angepaßt, daß sie trotz der Steilvorlage der Proteste nicht bemerken, daß sie eine wichtige Schnittstelle zwischen Widerstand und Vision darstellen könnten.

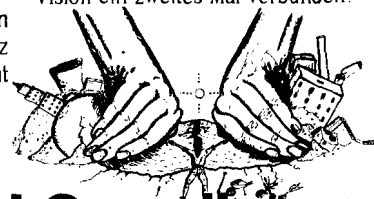
Im Widerstand die Vision benennen und verwirklichen

Der Widerstand, von der direkten Aktion bis zur Verweigerung, muß nicht selbstständig innovativ und neu sein. Vielmehr wird eine Weiterentwicklung der Methoden und Wirkung aus der Reflexion des Bisherigen, dem stetigen Wandel und dem experimentellen Ausprobieren erfolgen. Die konkreten Strategien und Aktionsformen sind eine Mischung aus bewährtem Alten, weiterentwickeltem Alten und ganz neuen Versuchen. Die Verbindung mit

dem Visionären erfolgt auf zwei andere Arten (die heute im Widerstand weitgehend fehlen):

•Die direkte Aktion eröffnet eine gesellschaftliche Debatte (»Erregungskorridor«), umfassend oder an dem Ort, wo eine Aktion sichtbar ist. In dieser Debatte, oft schon während der Aktion oder direkt danach, können neben politischen Positionen (Kritik, Forderungen usw.) auch visionäre Vorstellungen zu gesellschaftlichen Verhältnissen oder zu Einzelfragen wie der Energieversorgung, der Mobilität, der Aufhebung sozialer Kategorien (z.B. sog. Geschlechter, Behinderungen, Unmündigkeit) oder des Eigentums an Wissen, Boden usw. benannt werden. Die direkte Aktion ist dann die Starthilfe für eine Diskussion um Visionen. Widerstand und Vision sind so miteinander verknüpft, daß der Widerstand die Idee der Vision transportiert.

•Jede direkte Aktion ist selbst ein sozialer Vorgang. Sie bedarf einer Vorbereitung, der Durchführung und der Aktivitäten danach. Hierfür ist eine Organisation notwendig, die selbst zum Experimentierfeld visionärer Gesellschaftsformen werden kann. Hierarchiefreiheit, sozialer Freiraum, Gleichberechtigung und Dekonstruktion sozialer Kategorien - das und vieles mehr kann im Prozeß der Organisation, also in den beteiligten Gruppen und Zusammenhängen, bereits gelebt werden. Dann wäre Widerstand und Vision ein zweites Mal verbunden.



Aspekte und Grundlagen direkter Aktion

Das Konzept von Widerstand und direkter Aktion bedeutet keine plumpen Vokabeln für besonders radikal posierendes Polit-MackerInnenrum, sondern politische Strategien. Sie verbinden die Idee des Eingreifens in gesellschaftliche Verhältnisse, um den Raum zu schaffen für eine Diskussion um Kritik und Perspektiven bis hin zu Visionen.

Dieser Dreiklang der direkten Aktion, des daraus entstehenden »Erregungskorridors« mit einen Chancen zur gesellschaftlichen Debatte und das Einbringen von Positionen und Visionen ist nicht aufhebbar. Aktion ohne Position und Vision schafft wirkungslose Effekte. Visionen und Konzepte ohne direkte Aktion schafft Nischen und Cliques, aber beeinflusst keine gesellschaftlichen Prozesse und Diskurse. Gesellschaftliche Verhältnisse bestehen aus den Normen, Diskussionen, Kategorien, d.h. den sich verändernden,

aber aufeinander fußenden Diskursen sowie den Strukturen, Institutionen usw., die in einem wechselseitigen Verhältnis von den Diskursen geprägt sind, aber auch aus ihrer Machtstellung heraus auf diese zugreifen können (mensch denke allein an die Bildungsinstitutionen und Medien). Die Entwicklung eines Konzeptes direkter Aktion als gezielt Diskussionen schaffende und füllende Form widerständiger Politik ist vielerorts wenig entwickelt und braucht intensive Impulse, vor allem aber auch angesichts der notwendi-

Autor

Jörg Bergstedt

Dieser Text ist einer der ersten Texte für das neue Buchprojekt der Gruppe Gegenbilder und weiterer Interessierter Menschen. Ziel ist, eine gesellschaftliche Vision jenseits von Markt und Macht zu entwickeln - kein konkretes Bild, sondern ein Entwurf von Grundzügen und Prinzipien der Selbstorganisation und Selbstentfaltung. Das Buch wird offen entwickelt unter www.opentheory.org/buchprojekt

Diskussionsforum zum Text rechts: www.opentheory.org/widerstand_vision_v0001.phtml

Definitionen aus: Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen



Sie haben die Wahl!

○ SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, F.D.P., Attac,
B'90/Grüne, Markt, ÖkoLi, Schillpartei, DVU,
Verdi, Staat, PDS, Deutsche Biertrinker-Union

oder

○ Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie
Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer
Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz

Immer!

ER'S WAHLTIP



www.wahlquark.de.vu

Jede Wahl zum Anlaß für Aktionen gegen herrschaft machen!!!
Darum: Die Anti-Wahl-Internetseiten mit Infos und Aktionstipps.
Bestellmöglichkeit für die Anti-Wahl-Aktionszeitung, Links und viel mehr.